

AUTONOMIE

Materialien gegen die Fabrikgesellschaft

NEUE FOLGE

Nr.3



DIE ZWEITE ZERSTÖRUNG DEUTSCHLANDS

WECHSEL WIRKUNG

Zeitschrift

für

TECHNIK NATURWISSENSCHAFT
GESELLSCHAFT

WECHSELWIRKUNG berichtet über politische Aktivitäten im naturwissenschaftlich-technischen Bereich, Gewerkschaftsarbeit und soziale Konflikte.

WECHSELWIRKUNG analysiert die soziale, politische und ökonomische Funktion von Wissenschaft und Technik und zeigt deren Perspektiven und Alternativen auf.

WECHSELWIRKUNG ist ein Diskussionsforum für Naturwissenschaftler, Ingenieure und Techniker.

WECHSELWIRKUNG erscheint vierteljährlich.

SCHWERPUNKT Technologietransfer – Neokolonialismus oder alternative Entwicklungstrategien?: Merkmale westlicher Technologie * Gibt es eine neue Entwicklungspolitik? * Qattara – Wunsch und Wirklichkeit * China – Ende eines eigenen technologischen Weges?

Was heißt „angepasste Technologie“? Weitere Themen: Entfremdung der Wissenschaft * Auf dem Weg zum „Automatenmensch“? * Wissenschaftsläden in Holland * JET – Fusionsforschung in Europa * u.a.

Bestellungen an Reinhard Behnisch
Hauptstraße 31, 1000 Berlin 62
DM 5.- Einzelheft, DM 20.- Abonnement
für 4 Hefte (incl. Versandkosten).

blätter des informationszentrums

dritte welt

Die in 8 Ausgaben pro Jahr erscheinende Zeitschrift

+berichtet über die Lage der 3. Welt, die Ursachen ihrer „Unterentwicklung“ und über den Widerstand der unterdrückten Völker und Nationen +gibt Aufschluß über den Zusammenhang zwischen der kapitalistischen Wirtschaftsstruktur hier und dem Elend der Massen in der Dritten Welt. +beleuchtet die „Entwicklungshilfe“, ihre Hintergründe und Auswirkungen

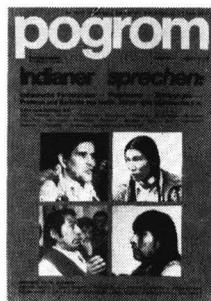
pogrom

Zeitschrift für bedrohte Völker

„pogrom“ informiert über die Situation diskriminierter und verfolgt ethnischer Minderheiten (Mehrheiten) in aller Welt.

Themen verfügbarer Sonderausgaben:
Die Afrobrasilianer, Südafrikas Bantustans, Völkermord in Burundi, Selbstbestimmung für Namibia, Südsudan – Araber gegen Afrikaner?, Japans Unberührbare (Burakumin), Südvietnams Montagnards, Freiheit für Osttimor, Indianervölker in Paraguay, in Ostbolivien, in Argentinien und in Kolumbien, Chiles Mapuche, Lateinamerikas Tieflandindianer, Dene-Indianer in Kanadas Norden.

Genaues Verzeichnis der Sonderausgaben anfordern.



Aktuelle Neuerscheinungen in der Reihe „pogrom“
Nr. 50/51 „Indianer sprechen: Forderungen, Erklärungen, Berichte aus Nord- und Südamerika“ (150 Seiten, DM 5,80) 2. Auflage
Nr. 54/55/56 „Indianer in Europa: Dokumente zur Genfer Indianerkonferenz, zum Welteingeborenentrat in Kiruna/l appland und zum BRD-Besuch“ (200 Seiten, DM 7,50)
Nr. 57/58 „Westsahara – Kampf um Selbstbestimmung (mit Berichten von TdH u.a.)“ (110 Seiten, DM 5,80)
Nr. 59 „Assyrer heute – unbekanntes, verfolgtes Volk im Nahen Osten“ In Buchform (240 Seiten, DM 7,50)

„pogrom“ ist auch im Buchhandel erhältlich.
Abonnement für 10 Nummern DM 30.- (incl. Porto).
„pogrom“ erscheint jetzt auch als zweimonatliches Magazin mit aktuellen Beiträgen zur Situation der Vierten Welt
Einzel- und Abo-Bestellungen bei:

Gesellschaft für bedrohte Völker

Gemeinnütziger Verein

Bramscherstr. 200

4500 Osnabrück

Postscheck Hamburg 297793-207

+berichtet über den Befreiungskampf der Völker in der 3. Welt und den Aufbau unabhängiger, fortschrittlicher Staaten

Probeexemplar anfordern!

Informationszentrum
Dritte Welt
Postfach 5328
D-7800 Freiburg

Walter Mossmann

***FRÜHLINGSANFANG

US - 53

außerdem lieferbar: *Flugblatt-
lieder US-10 ; *Neue Flugblatt-
lieder US-31

Die 3 Tornados

'Deutschlands
erfolgs-
reichstes
Tingel-
kabarett'
(Spiegel)

mit zwei Neuen

*** A GOGO

US-65

Nur Lieder, Ohrwürmer wie toll
*** RUNDSCHLAG AM MITTAG
Ihr letztes Programm US-50
..und ihr erstes *Flipperschau US-35

MEK bochum

Mobile Einsatzkapelle mit einer
faszinierenden Mischung aus Wohl-
und Mißtönen

*** TRÖDEL JÖDEL US - 60

Dicke Lippe

Straßenmusik, witzig, radikal

*** JAGDFIEBER US-54

GROSSES & GEMISCHTES FRAUENORCHESTER KOELN

Lieder und Musik von und mit Frauen
*** erste Platte US-62

Eva Vargas

Ihre 8.LP - Mischt Zeitkritik mit
Hexenblut, Zynismus mit Poesie

*** BIS DIE STEINE BLÜHN
US-56

CANTO GENERAL

70 Frauen und Männer aus Tübingen
singen und spielen Stücke von
Theodorakis/Neruda ***US-59

Michael Sallmann

Lieder in derber, sinnlicher Sprache
über Wut, Angst, Glück, DDR-Ausge-
bürgert. ***QUEITSCH US-61

SCHROEDER ROADSHOW

***ANARCHIE IN GERMONEY
US - 58

..und ihre erste *Sensationell! Auf
freiem Fuß L-165

Rotglut

Musik aus der Kraft des Rock,

Texte geradeaus

***WIR WOLLEN EINFACH

NUR LEBEN US - 64

RESISTERS

Gruppe von 'Rock against Racism'
London *** US - 52

KAPINGBDI

Rock-Jazzrock-Afrikanische Musik
aus Liberia, Westafrika ***US -57

Dan Dave

Lieder vom Immer-Unterwegs
aus England *** US-51

MUSIK, DIE VON UNTEN KOMMT

Kostenlosen Almanach anfordern
8000 München 90 Kistlerstr. 1

TRIKONT

AUTONOMIE

Impressum

Herausgeber: Redaktionskollektiv „Autonomie“
Verantwortlich: A. Meyer
Gestaltung Ulrike Schaz
Redaktion „Autonomie“
Thadenstraße 130a
D-2000 Hamburg 50
040/4300070
IVA-Verlag Bernd Polke GmbH
Am Lustnauer Tor 4
D-7400 Tübingen 1
Konto: Dresdner Bank Tübingen
Kontonummer: 345134300
(BLZ: 64180014)
ISBN 3-88266-900-4
ISBN 3-88266-903-9

Druck: Druckerei in St. Pauli, Tel. 040/310 154

Inhalt

Martin Schaub „Städtebau und Kriminalität“ – Symposium des Bundeskriminalamtes	4
Detlef Hartmann Von der Integration zur Aussonderung – 30 Jahre Städtebaupolitik am Beispiel der „Neuen Heimat“	16
Gisela Schmidt Entwicklung einer Strategie der Gewalt – Einkaufszentrum und Fußgängerzone	33
Detlef Hartmann Großer Abwasch in Köln, 5 Minuten vor 12	43
Horst Wesemann Hausbesetzungen in Bremen	48
Sabine Hildenbrand „So-tun-als-ob“ – die neue Strategie für Kreuzberg SO 36	54
Ahlrich Meyer Architekturutopien, Arbeiterwohnen und die bürgerliche Hauptstadt des 19. Jahrhunderts	60
Ilona Bauer Krankenanstalten als Ort der sozialen Aufbewahrung im 19. Jahrhundert am Beispiel Hamburgs	76
Elke Pahl Die Zerstörung des Gängeviertels – ein Versuch, Hamburger Hafenarbeiter über ihre Wohnungen zu kontrollieren	83
Susanne Heim Planung in der Provinz – zur Zerstörung dörflicher Strukturen durch Agrarpolitik und Landschaftsplanung	88
Detlef Hartmann Zerstörung und Enteignung unseres Alltags	97
Peter Erlach Die immer wieder unterbrochene Stimme des Lumpenproletariats	101

3/80

Preis dieses Heftes: 9.– DM

Das Abonnement beträgt 28 DM für 4 Hefte.

Zu diesem Heft

„Die erste industrielle Revolution gebar den spekulativen Städtebau. Ich erinnere Sie an viele Sektoren von Städten unseres Landes: Als Beispiel mögen gelten vor allem Berlin-Charlottenburg, noch mehr Berlin-Kreuzberg – Das 'Steinerne Berlin': reinste Ausdrucksform des Stadtbaues zu Spekulationszwecken für die eingeströmte, für die wirtschaftliche Hausse benötigte Arbeiterschaft. Diese erste Stufe der Industrialisierung verursachte ungeheures Wachstum der Städte; schwindender Bürgersinn, aufgrund der hemmungslosen Spekulation und nicht geübter Sozialisation, schufen Stadtquartier-Probleme, die zwei Generationen später von einfliegenden Bombengeschwader teilweise gelöst zu sein scheinen.“

(G. Schwab in: Städteplanung und Kriminalität. Internationales Symposium im Bundeskriminalamt 11. – 13.12.1978, Wiesbaden 1979, S. 198.)

„Wenn die Nazis die zeitgenössischen Urbanisten gekannt hätten, so hätten sie die KZs in Sozialbauwohnungen verwandelt.“
(R. Vaneigem)

Wir wollen hier die Entwicklung der Stadt nicht aus der Logik der Verwertung, sondern aus der Logik des Kampfes, der sozialen Zerstörung und Kontrolle erklären. Das widerspricht der Ideologie der Architekten, dem Jargon der Stadtplaner, der Empfindsamkeit der Kritiker der modernen Großstadt. Aber Stadtplanung und Städtebau heißt seit nunmehr 150 Jahren vor allem Zerstörung von Städten. Wie grob oder verfeinert die sozialräumlichen und baulichen Konzepte auch sein mögen: Segregation der Stadt nach Klassen, Trennung der Funktion von Arbeiten, Wohnen und Bewegen, Sozialwohnungsbau, Zentrenmetropole etc. – immer wieder sind es die Quartiere der Armen und der Arbeiter, die von der Politik der Demolierung, Sanierung, Modernisierung und Vertreibung getroffen werden. Vielleicht bilden die Konzentrationslager des NS und der Bombenkrieg tatsächlich den makabren Höhepunkt dieser Sanierungspolitik; jedenfalls gehören sie zu den Voraussetzungen des sog. sozialen Wohnungsbaus der 50er und 60er Jahre, zu den Voraussetzungen dessen, was wir die „Zweite Zerstörung“ Deutschlands nennen.

Es beginnt damit, daß der soziale Wohnungsbau keine Errungenschaft der Nachkriegszeit ist, sondern seinen Ursprung in den Initiativen der Deutschen Arbeitsfront und ihres Führers, des Reichskommissars für den sozialen Wohnungsbau, Robert Ley, hatte. Es geht damit weiter, daß der soziale Wohnungsbau, der Anfang der 50er Jahre wieder aufgenommen wurde, nicht etwa ein Mittel zur Versorgung breiter Bevölkerungsmassen und vor allem der Arbeiter und kleinen Angestellten mit billigem Wohnraum war. Dies war er sicher auch, aber nur hinsichtlich seiner quantitativen Funktion und infolge der staatlichen Subventionierung. In seiner qualitativen, gesellschaftsplanerischen Funktion war er von Anfang an darauf ausgerichtet, eine wirksame Struktur der Unterwerfung der Arbeiter und Angestellten unter die Bedürfnisse des Handels- und Industriekapitals zu schaffen und, was noch wichtiger war, neue Instrumente und Verfahrensweisen sozialer Kontrolle zu liefern. Der Bau von Großsiedlungen des sozialen Wohnungsbaus bedeutete nicht nur, daß 20.000 Wohnungen erstellt wurden, sondern er hatte zur Folge die gezielte Vereinzelung und Isolation in 20.000 Zellen, die soziale Kontrolle durch Techniken der Bevöl-

kerungsmischung und Observation, die Unterwerfung der Befriedigung aller Bedürfnisse unter die Herren des Einkaufszentrums, die Zuordnung zu industriellen Entwicklungsachsen ..., kurz: die völlige Zerstörung einer Autonomie des sozialen Alltags.

In einer zweiten Phase (d.h. schon ab 1960) bestand die sozialdemokratische Gesellschaftsreform darin, die im sozialen Wohnungsbau entwickelten zerstörerischen und gewalttätigen Gesellschaftsmodelle auf die Gesamtstadt anzuwenden. Es war im Frühling sozialdemokratischer Reformen auf Bundesebene, als die Instrumente gesamtgesellschaftlicher Zerstörungs- und Kontrollpolitik – seit 10 Jahren hartnäckig vom sozialdemokratisch beherrschten Deutschen Städtetag sowie vom Gewerkschaftsunternehmen »Neue Heimat« vorbereitet – für die nächsten 15 Jahre geformt wurden. Nachdem Ende der 60er Jahre die Sozialdemokratie endgültig das Todesurteil über den sozialen Wohnungsbau gesprochen hatte, lief die Zerstörung der Groß- und Mittelstädte wie auch der kleinen Gemeinden mit Hilfe des Städtebauförderungsgesetzes („Lex Neue Heimat“) und dessen späterer Ergänzung durch das Modernisierungsgesetz an. Das Ziel war die Auflösung traditioneller und homogener Arbeiterquartiere und die Vertreibung ihrer Bewohner an die Stadtränder, es ging darum, die alten Quartiere zu Großwohnanlagen nach Modellen des sozialen Wohnungsbaus umzuschmelzen und beherrschbar zu machen. Daß die kalkulierte und geplante Mietenexplosion im sozialen Wohnungsbau die Ärmsten über kurz oder lang auf der Strecke lassen würde, gehört mit zur Politik: die ebenfalls in die Frühlingsphase der Sozialdemokratie fallende Orientierung des Kapitals auf eine forcierte Rationalisierung in den produktiven und Informationsindustrien würde ohnehin auf lange Sicht einen nicht reintegrierbaren Bevölkerungsausschuß von sozial Randständigen schaffen. Wenn also die Wohnungspolitischen Gesprächszirkel der SPD schon im Jahre 1970/71 auf einen gezielten stadtplanerischen Angriff gegen die innerstädtischen Slums drängten, so war dies auf dem Hintergrund der Entscheidung für die Schaffung eines ausgegrenzten gesellschaftlichen Randes nur folgerichtig. Daß dieser Angriff dann nicht als „Flächensanierung“, sondern als „Stadtteilsanierung“ geführt wurde, ändert nichts daran.

Wir müssen heute begreifen, was der sozialdemokratische Frühling mit dem sozialdemokratischen Herbst zu tun hat. Der Frühling hat die Weichen für die systematische Aussonderung der Randständigen aus einer immer enger werdenden, dynamischen Kerngesellschaft gestellt. Jetzt im Herbst wird die Aussonderung, regionale Unterschiede und Vorläufe eingerechnet, konsequent zu Ende geführt. Sanierung, Modernisierung, Zentrenpolitik erscheinen vor diesem Hintergrund als die Mittel, den unproduktiven sozialen Rand auszufiltern und zu isolieren. In manchen Großstädten der BRD haben die Ausgrenzungstechniken der Modernisierung bereits zu greifen begonnen. Zudem werden gerade jetzt neue Strategien der sozialräumlichen Kontrolle im Ghetto und Kontrolle des sozialen Randes entwickelt.

Dem Herbst wird ein Winter folgen: aus den Debatten um das Investitionsprogramm des Kapitals für die 80er Jahre wird deutlich, daß die Formen der repetitiven Massenarbeit keinen Platz mehr im Zentrum der Fabriken des kommenden Jahrzehnts haben werden. In Westeuropa wird es neben einer Kernschicht der „Blaupausenarbeiter“ – und neben dem anschwellenden Tertiärsektor – eine breite Schicht mobiler Jobber geben, die allenfalls noch das austauschbare Anhängsel der durchautomatisierten Kombinate sein werden. Ihr Einkommen wird nicht mehr im Zyklus von Produktivitätszuwachs und Lohnsteigerung stehen: die Masseneinkommen werden sinken. Die Strategien der sozialen Kontrolle werden es dann mit einem sozialen „Rand“ zu tun haben, der weit größere Ausmaße annehmen dürfte, als wir es uns heute vorstellen können.

Wir folgen bei der Darstellung zunächst den Entwicklungsplänen der Landeskriminalämter und des Bundeskriminalamtes sowie den neuen Konzepten polizeilicher Gemeinwesenarbeit (**Martin Schaub** über „Städtebau und Kriminalität“). Bei der Darstellung der Geschichte des sozialen Wohnungsbaus kommt uns die von der Sozialdemokratie gewählte Organisationsform zu Hilfe. Bis in die 70er Jahre hinein war sozialdemokratische Stadtplanung und Stadtzerstörung zum großen Teil ein Produkt der „Neuen Heimat“, zumindest war sie jeweils exakt an den Reformstrategien dieses gewerkschaftlichen Unternehmens ablesbar (**Detlef Hartmann**, „Von der Integration zur Aussonderung“). Die ausgefeiltesten Instrumente der Raumordnung in den Städten und der gewaltförmigen Zurichtung des städtischen Alltags sind die Einkaufszentren und Fußgängerzonen: hierzu liegt der Aufsatz von **Gisela Schmidt** vor („Entwicklung einer Strategie der Gewalt“). – Der aktuelle Stand und die Flexibilität sozialdemokratischer Kommunalpolitik und der dagegen gerichtete Widerstand sollen sodann am Beispiel der Städte Köln, Bremen und Berlin demonstriert werden (**Detlef Hartmann**, **Horst Wesemann**, **Sabine Hildenbrand**); dabei werden auch die Risiken der Integration bestimmter Formen des Widerstands und der linken Stadteitarbeit deutlich. – In einem historischen Exkurs beschäftigt sich **Ahlich Meyer** mit dem doppelten Angriff der Sozialutopie und der Urbanistik des 19. Jahrhunderts auf die Quartiere der Unterklassen („Architekturutopien, Arbeiterwohnen und die bürgerliche Hauptstadt des 19. Jahrhunderts“). **Ilona Bauer** zeigt an Krankenhäusern Hamburgs exemplarisch die sozialhygienischen und Kontrollfunktionen solcher Einrichtungen im Stadtteil auf („Krankenanstalten als Ort der sozialen Aufbewahrung im 19. Jahrhundert am Beispiel Hamburgs“); **Elke Pahl** wertet die Zerstörung des Hamburger Gängeviertels als einen »Versuch, Hamburger Hafendarbeiter über ihre Wohnungen zu kontrollieren“. **Susanne Heim** führt das Thema des Heftes weiter: von der Stadtzerstörung kann nicht gesprochen werden, ohne daß in der Zerstörung ländlicher Strukturen – zentrale Orte, Randgebiete, Erholungsgebiete – eine parallele Entwicklung gesehen wird. – Wir schließen mit einem theoretischen Beitrag **Detlef Hartmanns**; seine zentrale These lautet: Der Zerstörung der Stadt liegt eine formale Logik der Gewalt zugrunde.

Wir haben nur an einigen Punkten die historische Kontinuität der Kontrolle und Selbstkontrolle im Stadtteil aufzeigen können; je mehr die traditionellen Formen der community und Gemeinschaftlichkeit versagen und vernichtet sind, desto dringlicher wird ihre Inszenierung von oben. Die neue Asozialität und Verelendung – ein Produkt sowohl des Scheiterns der Stadt – und Ghettoisierung, deren verobjektivierte Strukturen immer mehr Menschen in selbstzerstörerische Bedürfnisse, Alkoholismus, Drogen und Delinquenz treiben, und immer mehr auch ein Produkt der Weltwirtschaftskrise, der Umstrukturierung der Arbeit und des sozialdemokratischen Herbstes – diese neue Asozialität erfordert völlig neue staatliche Kontrollformen.

Wir werden mit einem gespenstischen Doppelspiel konfrontiert. Es gibt das einladende Angebot zu Gesprächen, Beteiligung und Integration der Linken, die Linken werden allerorten als Vermittler und Sozialarbeiter innerhalb der Unterklassen gebraucht; und es gibt die harten Kontrollformen der Sozialdienste der Polizei.

Die Fronten des Stadtkampfes, in den altstädtischen Quartieren und in den neugebauten Massenlagern, sowie die Rolle der Linken sind also gegenwärtig neu zu bestimmen. Daß das Bundeskriminalamt mehr Interesse am Ghetto und seiner spezifischen Kriminalität als an den Projekten und Kämpfen der Linken in den Vierteln hat, überrascht nicht. Wie es scheint, wird die Kontrolle der Städte durch baulich-strukturelle Maßnahmen der Durchmischung der Sozialstruktur und der Vertreibung, durch Konzepte der Selbstkontrolle der Bewohner und durch Formen präventiver polizeilicher Sozialarbeit heute ergänzt

durch die Differenzierung des sozialen Randes selbst: die linken, akademisch qualifizierten Jobberschichten, denen die Rückkehr in den Schoß des Mittelstandes nicht mehr gelingt und die noch nicht von den neuzusammengesetzten Arbeitsmärkten aufgesogen sind, übernehmen auf dem Wege von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen oder in sozialarbeiterischer Eigeninitiative die Zulieferung von soft-ware-Technikern im Umgang mit Asozialität und den Kontakt zu den Opfern staatlicher Planung.

Es ist immer dringlicher, die Frage nach der Identität der Subjekte zu stellen, die in den neuen Massenquartieren leben und immer zahlreicher leben werden. Gibt es hinter der Jugenddelinquenz, hinter der Selbstzerstörung, der Bandenbildung eine Widerstandslinie, die sich die Selbstbestimmung durch Zerstörung der Kontrollinstrumente und der verordneten Kommunikationswege zurückerobern könnte? Wird sich in den Ghettos der 80er Jahre eine neue sozialrevolutionäre Bewegung entwickeln? Werden ihr die Linken als Sozialpädagogen oder als Kampfgenossen begegnen?

Wir haben uns gefragt, ob es überhaupt eine Möglichkeit der nicht-sozialarbeiterischen Strategie und Intervention der Linken in der Stadt gibt. Die Antwort lautet in den Artikeln des vorliegenden Heftes unterschiedlich; die Konzeption des Heftes ist nicht bruchlos. Aber es ist wichtig genug, die Fronten zu kennen und zu wissen, was noch ins Planungskonzept paßt und was nicht, welche Stadtteilkämpfe in einen Beitrag zur Modernisierung umschlagen usw. Die Gegenstrategie müßte darauf eingerichtet sein, jede Stadtplanung zu sabotieren und die Entscheidung darüber, wer wo wohnen und leben darf, zurückzufordern.

» Städtebau und Kriminalität «

Symposium des Bundeskriminalamtes

Christiane schildert Erfahrungen aus der Gropiusstadt in Berlin¹⁾

So mit zehn fing ich auch an zu klauen. Ich klaute in den Supermärkten. Sachen, die wir sonst nicht bekamen. Vor allem Süßigkeiten. Fast alle anderen Kinder durften Süßigkeiten essen. Mein Vater sagte, von Süßigkeiten bekäme man schlechte Zähne.

Man lernte in Gropiusstadt einfach alles automatisch zu tun, was verboten war. Verboten zum Beispiel war, irgend etwas zu spielen, was Spaß machte. Es war überhaupt eigentlich alles verboten. An jeder Ecke steht ein Schild in der Gropiusstadt. Die sogenannten Parkanlagen zwischen den Hochhäusern, das sind Schilderparks. Die meisten Schilder verbieten Kindern natürlich irgend etwas.

Ich habe die Sprüche auf den Schildern später mal für mein Tagebuch abgeschrieben. Das erste Schild stand schon an unserer Eingangstür. Im Treppenhaus und in der Umgebung unseres Hochhauses durften Kinder eigentlich nur auf Zehenspitzen rumschleichen. Spielen, toben, Rollschuh- oder Fahrradfahren – verboten. Dann kam Rasen und an jeder Ecke das Schild: »Den Rasen nicht betreten.« Die Schilder standen vor jedem bißchen Grün. Nicht einmal mit unseren Puppen durften wir uns auf den Rasen setzen. Dann gab es da ein mickriges Rosenbeet und wieder ein großes Schild davor: »Geschützte Grünanlagen«. Unter diesem Hinweis war gleich ein Paragraph aufgeführt, nach dem man bestraft wurde, wenn man den mickrigen Rosen zu nahe kam.

Wir durften also nur auf den Spielplatz. Zu ein paar Hochhäusern gehörte immer ein Spielplatz. Der bestand aus verpißtem Sand und ein paar kaputten Klettergeräten und natürlich einem Riesenschild. Das Schild steckte in einem richtigen eisernen Kasten drin, unter Glas, und vor dem Glas waren Gitter, damit wir den Quatsch nicht kaputt-schmeißen konnten. Auf dem Schild stand also »Spielplatzordnung« und darunter, daß die Kinder ihn zur „Freude und zur Erholung benutzen“ sollten. Wir durften uns allerdings nicht „erholen“, wann wir gerade Lust hatten. Denn was dann kam war dick unterstrichen: „... in der Zeit von 8 bis 13 Uhr und 15 bis 19 Uhr.“ Wenn wir also aus der Schule kamen, war nichts mit Erholung.

Meine Schwester und ich hätten eigentlich gar nicht auf den Spielplatz gedurft, weil man dort laut Schild „nur mit Zustimmung und unter Aufsicht des Erziehungsberechtigten“ spielen durfte. Und das auch nur ganz leise: „Das Ruhebedürfnis der Hausgemeinschaft ist durch besondere Rücksichtnahme zu wahren.“ Einen Gummiball durfte man sich da gerade noch artig zuwerfen. Ansonsten: „Ballspiele sportlicher Art sind nicht gestattet.“ Kein Völkerball, kein Fußball. Für die Jungens war das besonders schlimm. Die liebten ihre überschüssige Kraft an den Spielgeräten und Sitzbänken und natürlich an den Verbotschildern aus. Es muß einige Kohle gekostet haben, die kaputten Schilder immer wieder zu erneuern.

Über die Einhaltung der Verbote wachten die Hauswarte. Ich hatte schon ziemlich schnell bei unserem Hauswart verschissen. Nach unserem Umzug in die Gropiusstadt langweilte mich der Spielplatz aus Beton und Sand mit der kleinen Blechrutsche schon wahnsinnig. Da fand ich dann doch noch etwas Interessantes. Die Gullys im Beton, durch die das Regenwasser abfließen sollte. Damals konnte man das Gitter über dem Abfluß noch abheben. Später machten sie es dann fest. Ich hob also das Gitter ab und warf mit meiner Schwester allen möglichen Mist in den Gully. Dann kam der Hauswart, griff uns und zernte uns in das Büro der Hausverwaltung. Da mußten wir beide, sechs und fünf Jahre alt, unsere Personalien angeben. So gut wir das schon konnten. Meine Eltern wurden benachrichtigt, und mein Vater hatte einen guten Grund zum Prügeln. Ich begriff noch nicht so ganz, warum das so schlimm war, den Abfluß zu verstopfen. In unserem Dorf am Bach hatten wir ja ganz andere Sachen gemacht, ohne daß je ein Erwachsener gemekert hätte. Ich begriff aber so ungefähr, daß man in Gropiusstadt nur spielen durfte, was von den Erwachsenen vorgesehen war. Also rutschen und im Sand buddeln. Daß es gefährlich war, eigene Ideen beim Spielen zu haben. ...

Bei Regen zwischen den Hochhäusern rumzuhängen, macht echt keinen Spaß. Wir mußten uns schon etwas einfallen lassen. Etwas, was wahnsinnig verboten war. Das gab es auch: mit den Fahrstühlen spielen.

Zunächst ging es natürlich darum, andere Kinder zu ärgern. Da griffen wir uns ein Kind, sperrten es in einen Fahrstuhl und drückten alle Knöpfe. Den anderen Fahrstuhl hielten wir fest. Dann mußte der bis zum obersten Stockwerk hochjuckeln mit einem Halt in jedem Stockwerk. Mit mir haben sie das auch oft gemacht. Gerade wenn ich mit meinem Hund zurückkam und rechtzeitig zum Abendbrot zu Hause sein mußte. Dann haben die alle Knöpfe gedrückt, und es dauerte eine elend lange Zeit, bis ich im elften Stock war, und Ajax wurde dabei wahnsinnig nervös.

Gemein war es, jemanden alle Knöpfe zu drücken, der hochwollte, weil er mußte. Der pullerte am Ende in den Fahrstuhl. Noch gemeiner allerdings war es, einem Kind den Kochlöffel wegzunehmen. Alle kleinen Kinder gingen nur mit einem Kochlöffel nach draußen. Denn nur mit einem langen hölzernen Kochlöffel kamen wir an die Fahrstuhlknöpfe ran. Ohne Kochlöffel war man also total aufgeschmissen. Wenn man ihn verloren hatte oder andere Kinder ihn weggenommen hatten, konnte man elf Stockwerke zu Fuß hochlatschen. Denn die anderen Kinder halfen einem natürlich nicht, und die Erwachsenen dachten, man wolle nur im Fahrstuhl spielen und ihn kaputt machen.

Die Fahrstühle waren oft kaputt, und daran waren wir nicht schuldlos. Wir machten nämlich auch richtige Wettfahrten mit den Fahrstühlen. Die fuhren zwar gleich schnell, aber es gab einige Tricks, mit denen man ein paar Sekunden einsparen konnte. Die äußere Tür mußte man schnell, aber mit viel Gefühl zumachen. Denn wenn man sie zu heftig zuschlug, ging sie nochmal wieder ein Stück auf. Die Sicherheitstür ging automatisch zu, aber wenn man mit den Händen nachhalf schloß sie

schneller. Oder ging auch mal kaputt. Ich war ziemlich gut im Fahrstuhl-Wettfahren.

Unsere 13 Stockwerke reichten uns schon bald nicht mehr. Außerdem war uns natürlich der Hauswart ständig auf den Fersen. Das Pflaster wurde also immer heißer in unserem Haus. Das Betreten anderer Häuser war aber für Kinder streng verboten. Wir kamen da auch nicht rein, weil wir keinen Hausschlüssel hatten. Aber es gab immer einen zweiten Eingang. Für Möbel und irgendwelche großen Gegenstände. Der war mit einem Gitter abgesperrt. Ich fand heraus, wie man durch das Gitter kam. Mit dem Kopf zuerst. Es war richtig trickreich, wie man den Kopf drehen mußte, um durchzukommen. Den Körper quetschten wir dann irgendwie durch. Nur die Dicken konnten nicht mit.

Ich habe uns so den Weg in ein richtiges Fahrstuhl-Paradies geöffnet. In ein Haus mit 32 Stockwerken und unheimlich raffinierten Fahrstühlen. Da entdeckten wir dann erst, was man mit Fahrstühlen alles machen kann. Besonders gern haben wir hopsen gespielt. Wenn alle zusammen während der Fahrt hochsprangen, blieb das Ding stehen. Die Sicherheitstür ging auf. Oder die Sicherheitstür ging erst gar nicht zu. So eine Hopsen-Fahrt war jedenfalls eine ziemlich spannende Sache.

Dann ein sensationeller Trick: Wenn man den Schalter für die Notbremse nicht nach unten, sondern zur Seite drückte, dann blieb die Sicherheitstür auch während der Fahrt auf. Da merkte man erst, wie schnell die Dinger fuhren. In einem irren Tempo sausten Beton und Fahrstuhlüren an uns vorbei.

Die schärfste Mutprobe war es, den Alarmknopf zu drücken. Dann ging eine Klingel los, und die Stimme des Hauswarts kam durch einen Lautsprecher. Dann hieß es türmen. In einem Haus mit 32 Stockwerken hat man eine gute Chance, dem Hauswart zu entkommen. Der lag sowieso immer auf der Lauer, erwischte uns aber selten.

Das spannendste Spiel bei schlechtem Wetter war das Keller-Spiel. Das war auch das verbotenste. Wir haben irgendwo einen Weg in den Hochhaus-Keller gefunden. Da hat jeder Mieter eine Box aus Maschendrahtgitter. Die Gitter gingen nicht bis

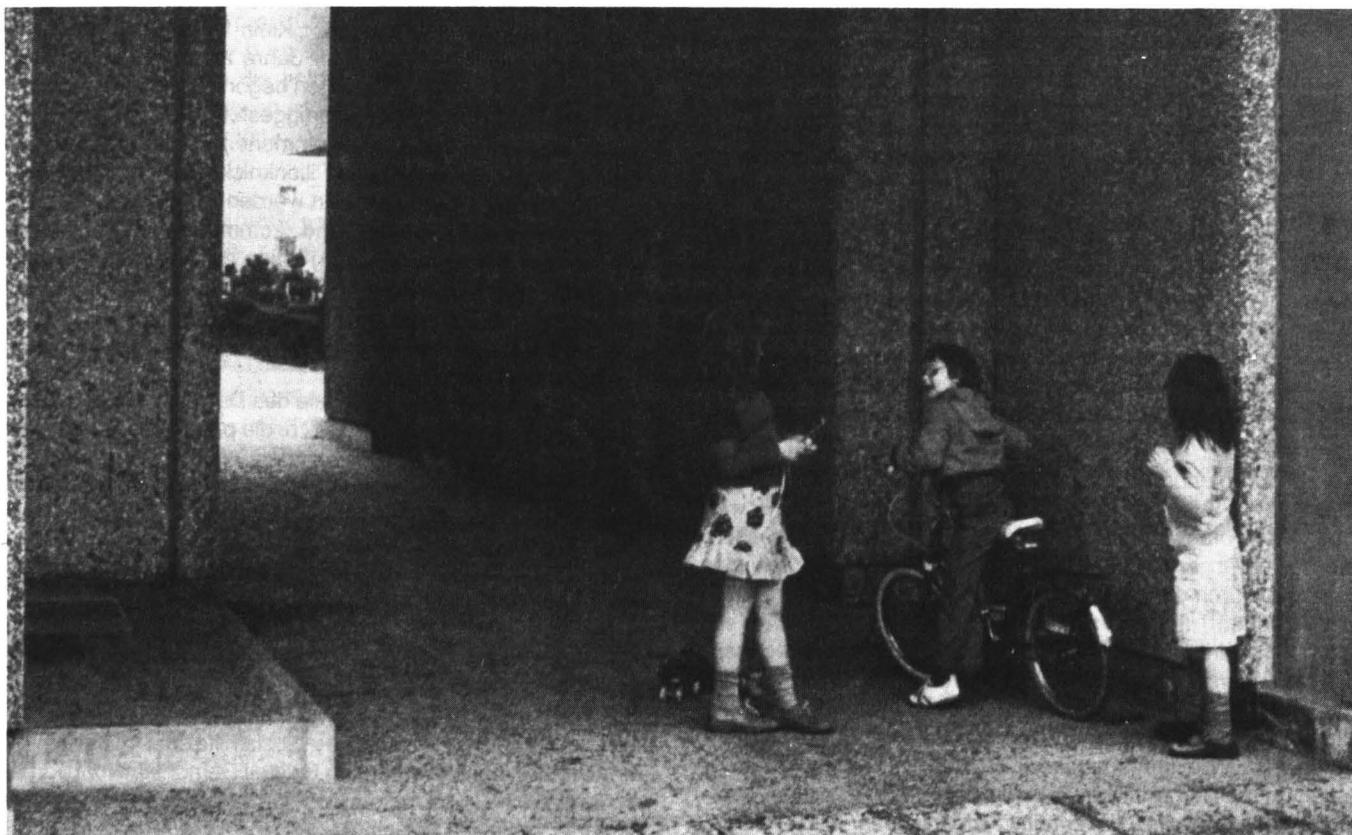
zur Decke. Man konnte also oben rüberklettern. Da haben wir dann verstecken gespielt. „Verstecken mit alles“ hieß das. Das war wahnsinnig gruselig. Es war an und für sich schon unheimlich zwischen all dem fremden Kram in ziemlich schummrigen Licht. Dazu kam die Angst, daß jemand kommen könnte. Wir ahnten ja, daß wir so ungefähr das Verbotenste überhaupt machten.

Dann haben wir auch gespielt, wer die tollsten Sachen in den Verschlängen fand. Spielsachen, Trödelkram oder Kleider, die wir uns anzogen. Nachher wußten wir natürlich nicht mehr so genau, wo wir den Kram herhatten, und schmissen ihn einfach irgendwo rein. Manchmal ließen wir auch was ganz Tolles mitgehen. Natürlich kam es raus, daß da unten jemand „eingebrochen“ war. Aber uns schnappten sie nie. So lernte man also ganz automatisch, daß alles, was erlaubt ist, unheimlich fade ist, und daß das Verbotene Spaß bringt.

Das Einkaufszentrum, das unserem Haus gegenüber lag, war für uns auch mehr oder weniger verbotenes Viertel. Da war ein ganz wilder Hauswart, der uns immer verscheuchte. Am wildesten war er, wenn ich mit meinem Hund in die Nähe kam. Er sagte, wir machten den ganzen Dreck im Einkaufszentrum. Es war wirklich stinkig da, wenn man genau hinsah und hinroch. Die Läden taten einer feiner und vornehmer und moderner als der andere. Aber die Müllkisten dahinter quollen ständig über und stanken. Man trat überall in geschmolzenes Speiseeis oder Hundescheiße und trat gegen Bierdosen und Coladosen.

Der Hauswart da sollte das abends alles sauber machen. Kein Wunder, daß er den ganzen Tag lauerte, um jemanden zu erwischen, der Dreck machte. Aber gegen die Geschäftsleute, die den Müll neben die Kästen warfen, konnte er nichts machen. An die betrunkenen Halbstarcken, die mit den Bierdosen rumwarfen, traute er sich nicht ran. Und die Omas mit ihren Hunden gaben ihm auch nur patzige Antworten. Da hielt er sich in seiner urischen Wut eben an die Kinder.

1) Christiane F.: Wir Kinder vom Bahnhof Zoo, 5. Auflage, Hamburg 1979, S. 23-29



Das Verhalten von Christiane als Problem des BKA

Im Dezember 1978 veranstaltete das BKA eine internationale Tagung zum Thema „Städtebau und Kriminalität“. ¹⁾Außer Polizeifachleuten beratschlagten Soziologen, Architekten, Politiker, Kriminologen und Experten der Neuen Heimat, was im In- und Ausland die Zunahme krimineller Taten in bestimmten Stadtteilen bewirke und wie Abhilfe zu schaffen sei. Inzwischen werden die weitreichenden Ergebnisse in der Linken diskutiert und Beispiele praktischer Umsetzung im Stadtteil dokumentiert (Hannover-Garbsen)²⁾. Ich finde den Band mit den Referaten (die Diskussionen sind nicht abgedruckt) aus verschiedenen Gründen wichtig: es geht nicht nur um eine Klärung von Fehlern im Städtebau und Schlußfolgerungen für eine Strategie für den Massenwohnungsbau der Zukunft. Es geht nicht nur um ein vergangenes Bauen und neue Architektur, die sich mit Randerscheinungen von Kriminalität auseinandersetzt. Es geht vielmehr darum, daß sich „Experten“ der Herrschenden – die herrschende Klasse also – überlegen, wie sie in einer weiter sich verschärfenden Weltwirtschaftskrise die Massen im Stadtteil unter Kontrolle halten können. Zweitens finde ich, daß die Probleme der Linken mit jugendlichen Rebellen, mit deren Aggressivität oder Selbsterstörung sie nicht viel anfangen kann, anhand der sichtbar werdenden Strategien der Gegenseite neu aufgerollt werden müßten. Drittens ist das Symposium ein Gegenbeweis für diejenigen, die immer absteiten, daß das Kapital gesamtgesellschaftlich **bewußt** handle und uns vorwerfen, wir würden fälschlich „Superverschwörungstheorien“ aufstellen. Die Kombination von Zuckerbrot (Sozialarbeit) und Peitsche (Sonderstreifen im Stadtteil mit Verhaltensmeldung in den Computer, Kontaktbereichsbeamte, Jugendpolizei) wird für alle Eventualitäten abgestuft vorbereitet und mit strukturellen Maßnahmen wie Steuerung der sozialen Zusammensetzung verbunden.

In dem Artikel werde ich nicht die Feinheiten der Analysen wiedergeben oder kritisieren, sondern versuchen darzustellen, in welche Hauptrichtungen die Kontrolle im Stadtteil weiterentwickelt werden soll. Das Phänomen „Jugendkriminalität“ ist dabei der Ausgangspunkt – es ist die Spitze des Eisberges von **Verhaltensweisen**, die den Herrschenden nicht in den Kram passen.

Was ich an Ergebnissen abgelesen habe, möchte ich als Zusammenfassung kurz voranstellen:

1. Maßnahmen für die bestehenden Großsiedlungen:

Die in den fünfziger Jahren bis Anfang der sechziger errichteten Großsiedlungen, Betonghettos genannt, sind eine städtebauliche Fehlentwicklung. Ohne gezielte Gegenmaßnahmen werden sie sich zu Slums entwickeln, weil dort immer mehr Sozialhilfeempfänger, Ausländer, Arbeitslose bzw. Gelegenheitsarbeiter und Alte wohnen, während sich die Anzahl der Besserverdienenden ständig verringert und unter diesen die Fluktuation besonders hoch ist. Dieser Tendenz zur sozialen Ghettobildung soll durch vermehrte Anreize für die Mittelschicht (Eigentumsbildung) und Zugangssperren entgegengewirkt werden. Als besonderes Krisensymptom in den Betonstädten ist die weit über dem Durchschnitt liegende Jugendkriminalität anzusehen, die sowohl in architektonischen Mängeln als auch fehlender Kontrolle durch die Bürger selbst wesentlich begründet ist. Mit einer neuen „kommunikativen Gemeinschaftlichkeit“³⁾ soll gleichzeitig informelle Sozialkontrolle unter den Bewohnern und Nachbarschaft zur Überwindung von Isolation und Anonymität geschaffen werden. Um diese herbeizuführen wird die Einstellung von ein paar tausend zusätzlichen Sozialarbeitern durch die Wohnungsbaugesellschaften vorgeschlagen. Zusammen mit Bürgerinitiativen und Leuten, die Kulturarbeit machen, sollen sie die „community“ organisieren, also Gemein-

schaftsleben zustandebringen und Mißstände beseitigen, wobei die Bekämpfung von Kriminalität und das Weitermelden von Ausgeflippten und Problemfamilien an Soziale Dienste und Polizei mit als Hauptaufgabe dazugehört. Sozialfürsorge, Polizei, Schulen und therapeutische Krisendienste sollen eng zusammenarbeiten, um vorbeugend besser koordiniert eingreifen zu können. Für das, was dann noch übrig bleibt, wird die Polizei ein effektiveres System der Überwachung, sogenannte „Regionalstrategien“ ausarbeiten, das praktisch jedes auffällige Verhalten, auch das nicht strafbare, mittels Sonderstreifen, Kontaktbereichsbeamten, Jugendpolizei, V-Leuten (Spitzel) zu erfassen versucht.

2. Vorstellungen für den künftigen Wohnungsbau

Aus der Kritik an den monofunktionalen Wohnsiedlungen, speziell in Hochhausform, ergibt sich, daß der Städtebau der Zukunft anders aussehen muß. Durch die Zusammenführung verschiedener Bauformen soll von vorneherein gewährleistet werden, daß eine im Sinne von Kontrolle funktionierende Durchmischung der Bevölkerung erhalten bleibt. Beim Bauen sollen die Erkenntnisse über den „defensible space“ berücksichtigt werden, was besagt, daß zwischen Wohnung und öffentlicher Straßensphäre (wozu in den Hochhäusern die praktisch öffentlichen Treppen und Flure gehören) ein halbprivater bzw. halböffentlicher Zwischenbereich geschaltet wird, der eine informelle Kontrolle durch die Bewohner ermöglicht. Außerdem soll die in den letzten Jahrzehnten übliche Trennung von Wohnquartieren, Dienstleistungszentrum und Gewerbegebieten soweit als möglich vermieden werden.

Jugendkriminalität als aktuelles Krisensymptom

Die genaueste Analyse eines Stadtteils stammt vom Lt. Kriminaldirektor Herbert Schäfer aus dem LKA Bremen.⁴⁾ Aufgrund des „Erkenntnisprivilegs erster Ordnung, das die Polizei besitzt“ hat er die Informationen, um präzise das Desaster zu beschreiben, das die Herrschenden mit ihrem Demonstrativbauvorhaben Osterholz-Tenever in Bremen erlitten haben. Osterholz-Tenever, im allgemeinen „Klein-Manhattan“ genannt, wurde erst Anfang der siebziger Jahre als Forschungsmodell für ursprünglich 4 000 Wohnungen begonnen, von denen allerdings nur 2652 Wohnungen fertiggestellt wurden. Angeblich wegen einer nicht zustande gekommenen Flächensanierung in der Innenstadt und wegen des Pillenknicks mußten die Bedarfprognosen nach unten korrigiert werden. Heute machen „Objektive Sicherheitsstörungen“ und „kommunal- und sozialpolitische Unruhe in der Bevölkerung“ eine polizeiliche „Regionalstrategie Tenever“ erforderlich.

Es ist vielleicht ganz interessant, wie ein höherer Polizeioffizier die Dinge sieht.⁵⁾

„Eines der deklarierten Hauptziele des Demonstrativbauvorhabens war die Wohnverdichtung, d. h. die preiswerte, kostensparende Akkumulation von zahlenden Mietern in modernen Wohntürmen. Dieses Ziel wurde offenbar erreicht: die durchschnittliche Wohndichte in Bremen beträgt 18 Einwohner pro Hektar, im Bereich des Demonstrativbauvorhabens 86 Einwohner pro Hektar. (Zwei Drittel der Mieter wohnen in Häusern mit 30 und mehr Wohneinheiten).

Am 01.04.78 waren 5682 Personen im Demonstrativbauvorhaben polizeilich gemeldet. 966 Personen waren Sozialhilfeempfänger.

Die vom Sozialamt errechnete „Sozialhilfesziffer“ liegt für die Stadt Bremen beim Wert 55, im Ortsteil Demonstrativbauvorhaben bei 170 (01.04.1978), oder offener formuliert: über 16% der Bewohner erhielten Sozialhilfe.



Osterholz-Tenever in Bremen

Der Anteil der Wohngeldempfänger lag am 01.11.1976 im städtischen Durchschnitt bei 4,3%, im Demonstrativbaukomplex bei 8,3% der Bewohner und dürfte sich inzwischen (nach Mietanhebungen) erhöht haben.

Wenn hier versucht wird, mit Hilfe der relativ einfach zu erreichenden kriminalökologischen Daten eine regionale Präventionsstrategie anzubahnen, dann wird damit der Erkenntnis gefolgt, daß es für die Kriminalpolizei weniger darauf ankommt, auf der taktischen Ebene in der Arbeit am Einzelfall den multifaktoriellen kriminogenen Ursachen im Leben des einzelnen bis in die letzten Verästelungen hinein nachzuspüren. Es kommt vielmehr für strategische und operative Zwecke ausreichend darauf an, die Indikatoren für eine drohende oder bereits eingetretene oder sich noch verschärfende Kriminalitätslage zu erkennen und danach die polizeipräventiven und die sozialprophylaktischen operativen Maßnahmen zu bestimmen. Auf kriminologische Ziselierungskünste darf dabei verzichtet werden.¹⁴⁾

Je mehr Indikatoren vorliegen, um so leichter ist die Analyse der Situation und um so treffsicherer die Prognose der kurz- und mittelfristigen Kriminalitätsentwicklung.

In bezug auf den Demonstrativbaukomplex Tenever könnte dies umgekehrt den Einwand begründen, daß zu wenig kriminalökologisch interessante Daten vorliegen, welche entsprechende Schlußfolgerungen ermöglichen könnten. Diese wenigen und durchaus ergänzungsbedürftigen kriminalökologischen Indikatoren zeigen aber immerhin an, daß Personenmehrheiten mit sozialen Noxen und Läsionen (Schäden und Verletzungen, d. Verf.) in einem überproportional starken Maß offenbar schon in den ersten Jahren dort zuzogen. Damit wurden möglicherweise Schwellenwerte in den einzelnen sozialen Zuordnungs- und Eigenschaftsbereichen überschritten, die in ihrer Addition und Akkumulation zu einer „kritischen Masse“ führen können, von der dann im Wege der Induktion und Irradiation Situation- und Klimaverschlechterungen sowohl in den einzelnen Familien wie auch bei der Mehrheit der Bewohner eintreten können. Es kann arbeitshypothetisch davon ausgegangen werden, daß die rückkoppelnden Folgen der Schwellenwertüberschreitung (also die Folgen der Belegung) vor allem diejenigen treffen, für welche das Leben – aus welchen Ursa-

chen auch immer – schon an sich schwerer zu bewältigen ist: das sind in erster Linie die sozial noch nicht angepaßten Minderjährigen und die „sozialen Sitzbleiber“. Diese werden aber auch durch die Unwirtlichkeit des modernen Massengebäudekomplexes wahrscheinlich am ehesten tangiert. Selbst die Flucht in die gut ausgestatteten Wohnungen entlastet dann nicht. Damit wird die Frage nach der Zusammensetzung der Bewohner dieses Viertels **scheinbar** zur Hauptfrage und das Problem der wenig anheimelnden Architektur tritt unzulänglich-erweise in den Hintergrund. Erst aus Gesprächen mit Vertretern der Mieterinitiativen wird wieder erkennbar, wie sehr sich die durch die Umgebung gesetzten Bedingungen auf das subjektive Lebensgefühl auswirken und wie stark sie das sozial angepaßte oder sozial abweichende (ggf. strafbare) Verhalten beeinflussen. Davon werden vier Gruppen betroffen

1. Die Gruppe der interessierten Wohnungssuchenden, welche nach einer Besichtigung des Viertels, nach Gesprächen mit Bewohnern und spätestens nach dem Lesen der Mietverträge erst gar nicht einziehen.
2. Die nicht sehr große zweite Gruppe besteht aus älteren Mietern, welche zurückgezogen leben, die den Vorteil der über kurze Strecken zu erreichenden Versorgungseinrichtungen des Viertels gern nutzen und die im übrigen sich hier endgültig niederlassen möchten und ohne Umzugsfurcht und Umzugsabsichten selbst unter Inkaufnahme gelegentlicher sozialpsychologischer Entzündungspunkte wohnen bleiben möchten. Als Rentner und Pensionäre werden sie auch in Zukunft nicht durch die alle fünf Jahre automatisch anzuhebenden Mieten so bedroht werden wie etwa die Gruppe drei, weil bei höheren Mieten auch das ihnen zu zahlende Wohngeld angehoben werden würde.
3. Die dritte Mietergruppe setzt sich aus den dynamischen, biologisch und begabungsmäßig begünstigten, vitalen Personen zusammen, welche entweder mit einer nur auf einige Jahre befristeten Verbleibensabsicht zuziehen oder aber durch die ihnen nicht zusagenden Einzelsituationen bzw. durch die Gesamtlage bewogen, sich nachträglich zum Auszug – in der Regel in ein Eigenheim – entschliessen.

4. Die vierte Gruppe ist die problematischste. Könnte die dritte Mietergruppe als die der „Sozialen Durchsteiger“ bezeichnet werden, so könnte für die vierte Gruppe der Begriff der „Sozialen Sitzenbleiber“ zutreffen. In dieser Gruppe häufen sich die Träger sozialer Noxen und Läsionen überproportional stark. Hier tauchen die Problemfamilien auf, welche sozialprophylaktisch zu betreuen sind und welche – mit dem eigenen sozialen Überleben ausschließlich überbelastet und beschäftigt – keine aus diesem Viertel hinausführende Zukunftsplanung erfolgreich durchdenken, betreiben und verwirklichen können. Es kann hier dahingestellt bleiben, wie groß z. Z. der Anteil dieser vierten Mietergruppe an der Gesamtmieterzahl ist, da sich dieser Anteil durch den Abzug der sozialen Durchsteiger und das Auffüllen des Viertels mit einer offenbar immer größer werdenden Zahl von Mietern der vierten Gruppe ständig verändert. Diese Veränderung wird um so schneller vonstatten gehen, als sich der Ruf dieses Viertels verschlechtert und die Baugesellschaften als die vermietenden Eigentümer schon aus wirtschaftlichen Gründen daran denken müssen, die große Zahl der leerstehenden Wohnungen mit Mietern zu füllen: wer aber leistet zuverlässigere Mietzahlungen, als diejenigen, deren Mieten durch die Sozialbehörde und via Wohnungsgeld gesichert sind? ...

Durch die Schwierigkeit der Anpassung an die Widrigkeiten dieses Viertels sind aber vor allem diejenigen betroffen und gefährdet, welche die soziale An- und Einpassung erst noch am Vorbild der Erwachsenen orientiert erleben und nachahmen sollen: die Kinder und Jugendlichen und die Heranwachsenden im Sinne des § 105 Jugendgerichtsgesetz. Es wird also nicht ausbleiben, daß gerade deshalb – und nicht allein nur wegen der großen Zahl der dort lebenden Minderjährigen – die Jugendkriminalität besonders stark ansteigen wird. Die Minderjährigen vor allem sind durch die interfamiliäre Induktionswirkung und durch die Irradiation der näheren Umwelt besonders betroffen und beeinflusbar. Sie zeigen u.U. Reaktionen nach latenten Anlässen, die der Erwachsene als solche gar nicht mehr empfindet und versteht.

Es ließe sich nun dagegen einwenden, daß sich gegen subjektives Unbehagen im spannungsreichen Mieter-Vermieter-Verhältnis nichts unternehmen lasse und daß man diese Rederei-

en am besten ignorieren sollte, da sie nicht genügend substantiiert seien. Ein solcher Einwand hieße die Problematik unterschätzen, zumal das subjektive Unbehagen sich nicht nur im sozialmotivierten Protest einschließlich politischer Aktionen und Wahlen, sondern auch im abweichenden Verhalten und schließlich in gewissen Formen der Kriminalität äußern kann. Darunter leidet schließlich das subjektive Gefühl der Sicherheit in diesem Viertel¹⁵⁾.

An erster Stelle aller Beanstandungen steht der Begriff der „Anonymität“, der mit dem der „Isolation“ gekoppelt wird. Es gebe keine Gemeinsamkeiten. („Die Anonymität ist schrecklich.“) Selbst das Treppenreinigen werden entgeltlich (eingeschlossen im Mietpreis) durch anonyme Reiniger von Reinigungsfirmen vorgenommen. Die Bewohner trafen sich nicht einmal im Fahrstuhl („Wie schön war das, als einmal der Fahrstuhl ausfiel und wir alle die Treppen herunterlaufen mußten, uns dabei kennenlernten und gemeinsam schimpften.“) Wohnen drei Familien auf einer Etage, so bestünde die Chance, daß man sich nach und nach kennenlernt. Bei sechs bis acht Familien sei dies praktisch ausgeschlossen. Es werde nicht bekannt wer einzieht und nicht wer auszieht.

Die „Kommunikationshöfe, in die im Herbst und im Frühjahr lange Häuserschatten fallen“, seien schöne Anlagen „ohne Sommeraktivitäten“ (es sei denn, die Mieterinitiativen versuchten eine gemeinsame Veranstaltung zu organisieren). Zwar würden die großen Sandkisten durch die unbefangenen Kinder angenommen, doch fehle diesen Höfen die „Intimität“, da sie von oben, d.h. aus allen Fenstern schutzlos eingesehen werden könnten¹⁶⁾.

Für die Innenhöfe seien Grillstellen, Feuerstellen (mit Wasserhähnen zum Löschen), hölzerne Sitzgruppen, Schachbrett, Bocciabahn u.ä. vorgesehen, die teilweise nach und nach demontiert und bisher nicht wieder erneuert worden seien¹⁷⁾.

Selbst die Einkaufszentren beseitigen nicht die Anonymität; so wird geklagt, daß die Frauen sich dort kaum zweimal begegnen würden. Auch die kostenlosen Saunen würden zwar eifrig besucht, aber nur von einer exklusiven Minderheit, die mit Mißtrauen betrachtet würde („Sozial Schwächere gehen nicht in



die Sauna“). Die „Zuwanderer“ aus anders strukturierten Stadtteilen fühlten sich nach ihrer „Entwurzelung“ (Abreißen der alten Verbindungen und Beziehungen) allein. Sie würden sich auch nicht bei neuen Nachbarn vorstellen. („Da war ein Mann aus Walle, der muschelte dort mit seinen Hühnern und Kaninchen herum. Er hat sich die neue Wohnung angesehen, sich über den Fahrstuhl gefreut und darüber, daß aus allen Hähen heißes Wasser kommt. Er zog mit seiner Familie ein, hatte nach einigen Monaten 4 000 Mark Schulden, fühlt sich allein und unglücklich.“)

Wenn man jemanden vom Ansehen her kennt, wird er trotzdem nicht begrüßt. Leute, die morgens Papier auf den Verbindungswegen wegwerfen, meckern abends darüber, daß alles so schmutzig sei und der Hausmeister nicht für Ordnung Sorge. ...

Die Aufgliederung der Straftaten nach Deliktgruppen ergibt ein erhebliches Übergewicht der Diebstähle unter erschwerenden Umständen, vor allem in den „jugendtümlichen“ Begehungsweisen.

Straftaten nach Deliktgruppen²⁸⁾

373-2 DBV Erfasste Fälle abs.	in %		Häufigk.- ziffer	Stadt Bremen Häufigk.- ziffer
0000 Straftaten gegen das Leben	-	-	-	-
1000 Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung	10	1,1	181,8	113,9
2000 Rohheitsdelikte u. Straftaten gegen die persönliche Freiheit	37	4,1	672,7	548,6
3000 Diebstahl ohne erschwerende Umstände	158	17,6	2872,7	3525,2
4000 Diebstahl unter erschwerenden Umständen	538	59,8	9781,8	2676,5
5000 Vermögens- u. Fälschungsdelikte	10	1,1	181,8	1086,1
6000 Sonst. Straftatbestände (StGVb)	144	16,0	2618,2	1312,5
7000 Strafrechtliche Nebengesetze	3	0,3	54,5	233,3
Straftaten insgesamt	900	100,0	16363,6	9493,8

Delikte nach Häufigkeit

Erfasste Fälle abs.	in %	
1. Diebstahl unter erschwerenden Umständen	538	59,8
2. Diebstahl ohne erschwerende Umstände	158	17,6
3. Sachbeschädigung	101	11,2
4. Sonstige Delikte	103	11,4
insgesamt	900	100,0

15) Zur Frage des subjektiven Sicherheits- bzw. Unsicherheitsgefühls siehe generell mit interessanten Parallelen die Untersuchung von Gunther Arzt „Der Ruf nach Recht und Ordnung“ (Ursachen und Folgen der Kriminalitätsfurcht in den USA und in Deutschland), Mohr-Siebeck, Tübingen, 1976

16) Wer umgekehrt einmal die psychologisch wohl geplante Intimität eines Hofraumes beobachten möchte, dem sei der Besuch eines Kontakthofes eines Eroszentrums in Hamburg empfohlen: abgedeckt, verwinkelt, nur auf kurze Strecke übersehbar, mit Wärmestrahlern ausgestattet, sind die Voraussetzungen für die Entstehung sozialer – wenn auch nicht unbedingt zu empfehlender – Kontakte gegeben.

17) Es kommt offenbar nicht auf die erstklassige Erstausrüstung eines „Kommunikationszentrums“ an, sondern auf die dort anzutreffende, auf den entsprechenden Personenkreis abgestellte und durch optische und akustische Harmonie erzeugte Stimmung. Ein Kollege einer Großstadt berichtete mir einmal von der Neueinrichtung eines eleganten, mit Leder und Chrom ausgestatteten Spielsalons in einem der frequentiertesten Vergnügungsviertel der Bundesrepublik. Sogar die Zigaretten wurden in diesem erstklassigen Etablissement kostenlos abgegeben. Die Zocker seien in dieses vornehme Haus gekommen, hätten die Zigaretten entnommen und sich dann jenseits der Straße

in einen umgebauten Zimmerschlauch zwischen zwei Häusern zurückgezogen, wo zeitweilige bis zu 40 Spieler und Kiebitze sich enggedrängt, schwitzend und rauchend stundenlang mit dem gleichen Spiel aufhielten, wie es in dem vornehmen Lokal angeboten wurde. Der Inhaber des neuen Lokals machte Pleite: seinem Lokal fehlte das intime Fluidum!

28) Die Fehlerquote der „Fall-Datei“ dieses Zeitraumes liegt bei 36%. 22% der Fehler sind entstanden durch die fehlenden Angaben zum Staßenschlüssel und der Postleitzahlen (z.B. in den Fällen der Fahrgeldhinterziehung) oder durch fehlende Angaben zum Polizeirevier, Revierbuch oder zum sachbearbeitenden Kommissariat. ...

Nach der sog. Häufigkeitsziffer ist die Gesamtkriminalität im Stadtteil doppelt so hoch wie im Bremer Durchschnitt. Diese Häufigkeit basiert ausschließlich auf den „jugendtümlichen Delikten“, die 88,6% der Gesamtkriminalität ausmachen. Dabei handelt es sich um den „Diebstahl unter erschwerenden Umständen“, der dreimal so häufig vorkommt, wie sonst in Bremen, und die Sachbeschädigung. Bei den „Tatverdächtigen“ sieht es so aus, daß 60,7% unter 21 Jahre alt sind, während diese Altersgruppe im Bremer und im Bundesdurchschnitt nur mit etwa etwas mehr als 35% vertreten ist.⁶⁾

Die Delikte sind im Einzelfall kaum als „objektive Sicherheitsstörung“ erkennbar, sie sehen eher wie Streiche aus. „Im halbjährigen Rhythmus bilden sich immer wieder Jugendgruppierungen, aus denen heraus Eigentumsdelikte verübt werden.“⁷⁾ Sie holen sich z.B. ds Eingemachte aus den Lattenverschlüssen im Keller, sie treiben sich auf den Böden oder in der Tiefgarage herum und machen aus Bock irgendetwas kaputt, sei es die Autoantenne oder das Telefonhäuschen.

Bargeld lockt ebenfalls. Es ist in Form von 50-Pfening-Münzen in den Waschautomaten im Keller erhältlich (Hamburg/Kirchdorf-Süd). Jetzt sind die Geldautomaten allerdings unter Strom gesetzt, was die Jugendlichen dazu nötigt, vorher die Stromzufuhr zu unterbrechen.

Mit anderen Worten: was in Klein-Manhattan als besonders hohe Kriminalität ausgewiesen wird, sind die zahlreichen Aneignungs- und Zerstörungsakte Jugendlicher.

Es ist klar, daß wir nicht lange nach den Ursachen für die Jugendkriminalität suchen müssen. Christianes Bericht am Anfang macht da, glaube ich, einiges deutlich. Ich habe keine Lust, die kriminologischen Theorien und weiteres sozialstatistisches Material aus dem Symposionsband hier zu dokumentieren. Es stellt sich für mich – und den Leser wahrscheinlich auch – die Frage, ob sich aus den Verhaltensweisen der jugendlichen Rebellen eine sozialrevolutionäre Perspektive im Stadtteil ergibt.

Wir wissen, daß wir das Verhalten der Jugendlichen, so wie es ist, nicht einfach unter die Widerstandsformen, die uns weiterbringen, subsumieren können.⁸⁾ Dazu ist zuviel Selbstzerstörerisches in ihm enthalten. Viele haben das Buch von Christiane weitergelesen und kennen ihren Leidensweg. Wir wissen über Alkohol und Heroin, über Gewalt und Schwäche, über Rassismus, über das Klauen untereinander und über die Behandlung von Außenseitern genug, als daß wir uns an den polizeilichen Problemen mit zunehmender Kriminalität als Zeichen für die Auflösung des Systems von unten nur freuen könnten.

Wir wissen aber auch, daß jeder Reformismus – wie jede Erziehung – an der Aggressivität, die das System produziert, scheitern wird. Für mich sind die Jugendlichen **angepaßt** an die zerstörerische Umgebung. Es geht darum, mit ihrer Kraft und Stärke eine Praxis von Militanz und Verweigerung zustandezubringen, die unmittelbar angreift und nicht künstlich Bewußtsein einpflanzen will. Vielleicht kennt ihr die Klagen von ML-Gruppen über den „Anarchismus“ von politischen Jugendlichen. Positive Beispiele einer Praxis mit Jugendlichen im Stadtteil, wie die vom SSK in Köln, aus dem Häuserkampf, von Fahrpreisdemonstrationen und aus der Jugend- und Lehrlingszentrenbewegung wären aufzuarbeiten.

Die Rockerbanden waren die historischen Vorläufer der heutigen Jugendbanden. Sie wurden von der Polizei systematisch zerschlagen.⁹⁾Nach den Krawallen auf einem Rolling Stones Konzert im Jahre 1966 wurde in Hamburg bereits eine Jugendpolizei aufgebaut unter der Bezeichnung „Abt. Jugendschutz“. In Zivil trieben sich die Jugendschutzbullen in den Freizeithäusern und an den Treffpunkten der Gangs herum, versuchten sich im Umfeld der Banden anzubiedern und Erkenntnisse über die „Rockerkartei“ zu sammeln. In Hamburg beteiligten sich die Rocker aktiv an den Kämpfen gegen Springer 1968, 1972 stürmten und besetzten Rocker die Polizeiwache 70 in Hamburg Wilhelmsburg, 1973 fanden Hausbesetzungen in HH-Wilhelmsburg und in der Ekhofstraße statt, an denen militante Arbeiterjugendliche beteiligt waren. Die damaligen „Avantgarde“ der Banden sind wohl ausnahmslos in den Knast gewandert. Ich weiß nicht, ob sich jemand aus der Linken um sie gekümmert hat.

Die Verbindung von jugendlicher Militanz und politischer Praxis wird von den Herrschenden wie Tod und Teufel gefürchtet, besonders, wenn dabei Klassenschranken verschwinden.

Im folgenden soll skizziert werden, wie sich die Planer erhoffen, solche Solidarisierungsprozesse unterlaufen zu können.

Das BKA auf der Suche nach kommunikativer Gemeinschaftlichkeit

Historisch kann man davon ausgehen, daß die Zersplitterung von Lebenszusammenhängen, das Durcheinandermischen verschiedener Klassen und die Auflösung von Nachbarschaften mit Leuten gleichlaufender Lebenserfahrungen kein bedauerlicher Nebeneffekt, sondern politisches Ziel der Sanierungen und Umsiedlungen gewesen ist. Mit den Kriegszerstörungen der alten Arbeiterviertel der Großstädte wurde praktisch endgültig reiner Tisch gemacht: nachdem 1933 die Parteien und Organisationen zerschlagen worden waren, nachdem im Laufe der folgenden Jahre der NS-Herrschaft die Produktion endgültig zur Massenproduktion mit entsprechender Zersplitterung der Arbeiter auf betrieblicher Ebene umgestaltet worden war, kann man die Zerbombung der Städte als vorläufig letzten Akt auf Stadtteilebene sehen. Äußerlich mag es in der Wiederaufbauphase so ausgesehen haben, als wären die Gesichtspunkte zur Neugestaltung der Städte durch technische Notwendigkeiten, wie den wachsenden Autoverkehr bedingt. Tatsächlich ist es umgekehrt: die Städte wurden so umgemodelt, daß selbst Arbeiterfamilien immer mehr auf diese Verkehrsmittel angewiesen waren, um die steigende Zeit, die sie für die Fahrt zur Arbeit brauchten, etwas zu vermindern. „Urbanität“, Lebendigkeit: Tante Emma-Laden, das Kino und die Kneipe um die Ecke wären ohne andere Strukturen in den Neubauvierteln nicht so leicht gestorben. Ob nun das Auto, die Zentralisierung des Einzelhandels oder auch das Fernsehen selbst die Haupttriebkkräfte waren oder diesen Atomisierungsprozeß nur flankiert haben, kann ich nicht auseinanderfieseln. Alles paßt zusammen und dient demselben Ziel: Auslöschung von gemeinsamer Erfahrung, über die im Alltag kommuniziert werden kann, die politische Qualität hat und somit zum Widerstand gegen das System sich verdichten könnte. Die Technik der Neuzusammensetzung der Arbeiterklasse ist uns aus der Fabrik als entscheidendes Herrschaftsinstrument bekannt. Mit Hilfe der angewandten Sozialwissenschaft wird nun seit zwanzig Jahren das Betonghetto so konstruiert, daß eine Wiederaneignung des Stadtteils durch die selbstorganisierte Community möglichst unterbleibt. Was sollte da auch passieren, was von den zusammenlebenden Menschen selbst kommt. Kein Umbau, kein Anbau, keine Kneipe, kein Stein keine Wiese keine Blume, die nicht von oben exakt vorberechnet wären. Die Verhinderung des Sich-Kennens als Programm. Die Lüge der äußeren Ordnung. Außen glatt und kahl und in den Menschen das Chaos: die Wut, die die Männer an der Frau und den Kindern auslassen. Die Anonymität

schafft Distanz nach außen und verringert sie innerhalb der Kernfamilie. Somit frißt sich die äußere Gewalttätigkeit von Arbeitszwang und Betonstrukturen in den Menschen und zwischen die Menschen.

Vieles von dem, was nur in einer neuen Anonymität möglich wurde, haben wir selbst als Befreiung erlebt. Die traditionellen Normen haben wir im Bereich von Sexualität und Ehe gern mit zerstört. Auf kleinbürgerliche Kontrolle durch die klatschende Nachbarin konnten wir pfeifen. Dieser Auflösungsprozeß von Traditionen und Ritualen bedeutet in den Vorstädten ohne Szene jedoch, daß nur noch die nackten materiellen Tatsachen übrig bleiben. Die vereinzelte kleine Keimzelle der Gesellschaft ist hilflos der Konkurrenz um das höhere, gesicherte Einkommen mit repräsentativem Konsum als Selbstdarstellung nach außen ausgeliefert. Soweit, so gut – für die Herrschenden.

Warum wird plötzlich die fehlende „kommunikative Gemeinschaftlichkeit“ auf einem BKA-Symposium diskutiert und zum erstrangig Forschungsgegenstand erhoben? Sind es Kritik und Unzufriedenheit der Betroffenen, die sich eine andere Wohnumwelt wünschen? Anonymität und Isolation stehen immerhin an erster Stelle, wenn nach Mängeln in den Siedlungen gefragt wird. In einer Studie der GEWOS wird berichtet, daß in 10 untersuchten Neubausiedlungen ca. 60% der Bewohner keine Freunde in der Siedlung haben und zwischen 30% und über 50% selten oder nie Gespräche mit Nachbarn haben.¹⁰⁾Für die Polizei geht es kaum darum, die erfolgreiche Zersplitterung von Lebenszusammenhängen wieder rückgängig zu machen. Sie bedauert nur die bei diesem Prozeß ebenfalls verlorene soziale Kontrolle. Die jeder staatlichen Repression vorgeschaltete Instanz: die wachsamen Augen der Nachbarn fehlt in der Anonymität des Ghettos. Bisher ist das Bedürfnis nach gesellschaftlicher Kommunikation dessen Nichtbefriedigung ein emotionales Grunddefizit im Kapitalismus darstellt und deshalb Basis der diversen Triebmanipulationen ist, sowohl ökonomisch als auch in der Ideologie der Klassenharmonie und des Nationalgefühls ausgebeutet worden. Über den Umweg der Ware („die gemütliche Wohnungseinrichtung“, „der Stereo-Hörgenuß“, „die tolle Urlaubsreise“) werden Teilbefriedigungen angeboten, die Medien schaffen verlogene Interpretationen des gesellschaftlichen Lebens. Nun sind wir auf dem perversen Stand, das BKA forschen zu sehen, wie man die Emotionalität des isolierten Individuums für eine Strategie der gegenseitigen Kontrolle auf Stadtteilebene benutzen kann.

Ausgangspunkt der Forschungen ist die sog. **empirische Kriminalitätsgeographie**. Für den interessierten Laien ist der „Kriminalitätsatlas Bochum“, vom BKA im Jahre 1978 herausgegeben, als Standardwerk und Einführungsliteratur empfehlenswert.¹¹⁾ Er enthält nämlich einen historischen Einführungsteil, in dem z.B. auf das wahrscheinlich interessante Werk eines Herrn Walther aus dem Jahre 1936 verwiesen wird, der eine Stadtplanung ermöglichen will, in deren Vordergrund die „soziale Gesundheit“ gerückt wird.¹²⁾ Dieser Gesichtspunkt wird vom BKA-Autor als „recht anrühlich“ bezeichnet, vielleicht weil zu offensichtlich davon gesprochen wird, „die nicht Besserungsfähigen unter Kontrolle zu nehmen und das Erbgut der biologisch hoffnungslos Defekten auszumerzen.“¹³⁾In der Methode gibt es allerdings keinen Unterschied zum konkreten Teil des Bochumer Atlas. Damals (wie auch heute wieder) war es wegweisend, die Häufung der Wohnungen von Familien mit Hilfsschulkindern und Fürsorgezöglingen mit der Konzentration von Kriminalitätszahlen in den einzelnen Wohngebieten zu vergleichen. Früher wurden auch noch die „Nester“ der Wohnungen der kommunistischen Wähler erfaßt. Heute müßten die Wohngemeinschaften miterfaßt werden, was für die Verfassungsschutzausgabe bestimmt angestrebt wird. In dem Bochumer Atlas geht es im empirischen Teil um die Verteilung von Wohnsitzen von Tätern, um Tatorte, um die Bauformen der entsprechenden Gebiete und die sozialen Tatbestände wie Alter der Bevölkerung, Ausländeranteil, Einkommen, Gewerbegebiet

oder City usw. All das wird durch Computer miteinander in Beziehung gesetzt und auf zig-verschiedenen Karten automatisch ausgedruckt. Besonders wichtig scheint den Experten das Abgehen vom Planquadrat und die Umstellung auf das Stadtviertel und den Häuserblock. Einmal programmiert kann der Computer monatlich die aktuelle Entwicklung auf neuen Karten ausdrucken und macht den räumlichen Schwerpunkteinsatz der ausführenden Organe möglich. Mit einiger Phantasie läßt sich beim Anschluß an die Datei der Krankenversicherungen auch ein „Krankfeiereratlas“ vorstellen. Dann gibt es noch das sog. Dunkelfeld, das die gar nicht gemeldete bzw. angezeigte Kriminalität wiedergeben soll.

Leider ist das Bochumer Werk in seinen Ergebnissen für die Polizei nicht deutlich genug ausgefallen. „Rückständige“ Gebiete mit schlechtem Altbaubestand, die als slumverdächtig mit hoher Anzahl an Täterwohnsitzen erwartet worden waren, erwiesen sich gar nicht so kriminalitätsfördernd. Es wurden zwar Gebiete sei es mit vielen Tatorten, sei es mit vielen „Aktivitätsausgängen“ (da, wo die Kriminellen wohnen) oder mit beidem gefunden, die aber alle irgendwelche (historisch zu erklärenden) Sondermerkmale hatten, die ein einfaches Erklärungsmuster z.B. nach dem schlechtesten Baubestand verhinderten. Eine besondere These hinsichtlich der Neubaughettos bestand offensichtlich nicht.¹³⁾

Der Atlas geht von recht traditionellen sozialen Merkmalen und einer einfachen Charakterisierung der Baulichkeiten aus. Er ist auch mehr als Instrument für die praktische polizeiliche Arbeit gedacht. Das ist bei dem geplanten BKA-Forschungsprojekt „Kriminalitätsabwehrende Architektur“ anders.¹⁴⁾ Hier wird versucht, die aus der Untersuchung besonders ausgewählter Wohngebiete gewonnenen Erkenntnisse in ein umfassendes präventiv ausgerichtetes Stadtbaukonzept einfließen zu lassen.“

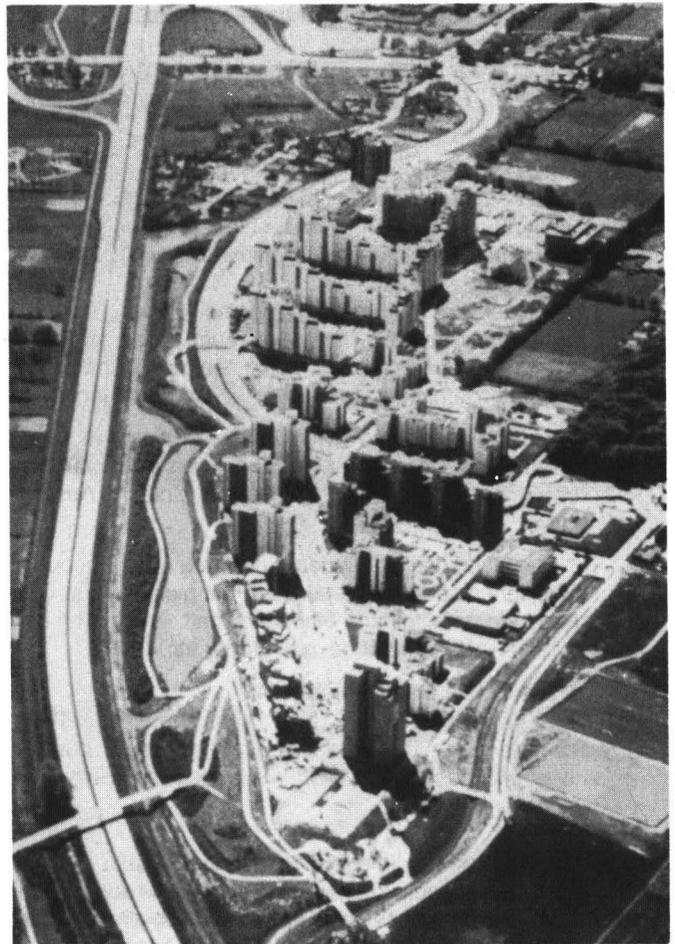
Zunächst werden die von Oscar Newman in den USA entwickelten Theorien des „defensible space“ aufgegriffen.

„Newman geht von der Variable „architektonische Gestaltung“ von Wohnhäusern und Wohnhauskomplexen aus, und zwar von einem „defensible space“. Hierunter versteht er eine bauliche Anordnung,

- die den Bewohnern suggeriert, ihren Verantwortungsbereich von ihrer Wohnungstür bis an die Straße hinaus zu verlegen,
- die eine Sichtkontrolle der Fremden durch die Bewohner ermöglicht (surveillance) und
- die eine höhere Kommunikation unter den Bewohnern fördert und Anonymität abbaut (1973,3).“

„defensible space“ wird erreicht, indem der halböffentliche Raum – wie Wege von der öffentlichen Straße zum Gebäude, Eingänge, Eingangshallen, Treppenhäuser und Aufzüge, Flure – durch bauliche Gestaltung als zum Bereich der Bewohner gehörend definiert wird. Deutliche Markierungen wie Hecken und Zäune, einsehbare Eingänge und Eingangshallen durch Anordnung von Fenstern, ferner geringe Anzahl von Wohnparteien in einem Flur u.ä. vermitteln dem Bewohner unmittelbar das Gefühl, in seinen erweiterten Wohnbereich einzutreten und dem Fremden, auch potentiellen Straftäter, in den Bereich anderer einzudringen. Der Aufbau einer informellen Sozialkontrolle führt mithin zu einem größeren Entdeckungsrisiko für den Täter und damit zur Verringerung von Kriminalität in diesem Bereich.“¹⁶⁾

Das BKA kritisiert aber diesen Ansatz als nicht umfassend genug, da hierbei nur die **von außen** auf die Bewohner zukommende Kriminalität erfaßt werde. Die Kriminalität bzw. das sozial unerwünschte Verhalten der Bewohner selbst bleibe unberücksichtigt. Es soll deshalb erforscht werden, welche Variablen



Osterholz-Tenever

des Städtebaus wieder eine Gemeinschaftlichkeit unter den Bewohnern herstellen, die eine Sozialisation zu gesellschaftlich erwünschtem Verhalten herbeiführt, also die kaputtgegangene ehemalige „kleinbürgerliche“ Kontrolle wieder in Gang setzt.

„Wir fragen nicht nur, welche Architektur-Form macht seine Bewohner wehrloser oder wehrhafter gegen eindringende Kriminalität, sondern darüber hinaus, welche Architektur, fördert Sozialisationsbedingung,

- unter denen sozial-angepaßte Handlungsmuster optimal ausgebildet und
- vorhandene kriminelle Handlungsmuster möglichst abgebaut werden.“¹⁷⁾

Gemeinschaftlichkeit kann durch Architektur gehemmt und gefördert werden, aber es gibt noch andere Gründe für einen hohen Grad an kommunikativer Gemeinschaftlichkeit. Diese anderen Gründe enthält uns das BKA leider vor: sie sind noch nicht **operationalisiert**, (sollen es aber für das Projekt noch werden). Ich stelle mir vor, daß da von der Lebenswürdigkeit des Kneipenwirts bis zum Vereinsleben und der Bürgerinitiative einiges **operationalisiert** werden kann. Im Bereich der Architektur ist an folgende Indikatoren für Gemeinschaftlichkeit gedacht:¹⁸⁾

„Im gegenwärtigen Stadium der Untersuchung liegen noch keine Operationalisierungen für die Variablen vor. Die Kennzeichnung der Variable „architektonische Gestaltung“ dürfte aber kaum Schwierigkeiten machen. Zunächst ist an die Indikatoren gedacht, die auch Newman zur Charakterisierung des Begriffs „defensible space“ benutzt hat:

- Größe des Wohngebäudes:
- Anzahl der Stockwerke, Anzahl der abgeschlossenen Wohnungen auf einem Korridor etc.

Gute oder schlechte Einsehbarkeit des halböffentlichen Raumes:

Weg von der Straße zum Wohngebäude, Hauseingang, Korridore, Treppe, Aufzug, Eingänge der anderen Wohnungen.

– besondere Sicherungsvorkehrungen:
Sprechanlage, Sicherungskette, Türauge etc.

Sodann sollen ergänzende Merkmale hinzukommen wie z.B.:

– Vorhandensein oder Nichtvorhandensein von Gemeinschaftseinrichtungen:

Gemeinsame Waschküche, gemeinsamer Trockenraum, Schwimmbad, Tischtennisraum, Kinderspielplatz, Bolzplatz für Jugendliche, gemeinsamer Grillplatz, gemeinsame Umzäunung (Hecke) für alle Wohnungen etc.

– Ausstattungen und Eigentumsverhältnisse:
Eigentumswohnungen, Mietwohnungen, Luxusausstattung (Marmor, Wohnungsgröße etc.), einfache Ausstattung.

– Integration des Gebäudes in der weiteren Umgebung:
Nähe Innenstadt, Trabantenstadt mit gleichartigen Gebäuden in unmittelbarer Nachbarschaft, Anordnung der einzelnen Wohngebäude zueinander etc.

– Geschätzte Deliktanfälligkeit:
Drei Kriminalbeamte als „rater“ schätzen aus der Rolle des potentiellen Täters das konkrete Gebäude daraufhin ein, ob es sich als Ort eines Deliktes (Einbruch, Raub) eignet.

Sehr viel schwieriger ist die sozialstrukturelle Variable zu operationalisieren. Demzufolge liegen auch noch keine ausbreitbaren Vorformulierungen vor. Soweit es geht, wollen wir bewährte Indikatoren aus der Kommunikationsforschung benutzen.

– Informationsfluß unter den Nachbarn:
Schwatz auf der Treppe, Grüßen, Reichweite des Informationsflusses u.a.

– Umfang der sonstigen Kontakte:
Gegenseitige Besuche, gemeinsame Aktivitäten, gegenseitige Hilfe, Wohnungsverwahren während des Urlaubs, Kinder vorübergehend überwachen u.a.

– Einschätzung des Umfangs des privaten und halböffentlichen Wohnbereichs.

– Grad der Angst, Opfer eines Verbrechens zu werden.

– Fluktuation der Bewohner.

– Analyse der Bedürfnisse, die an ein zufriedenes Wohnen in einem Wohngebäude gestellt werden, u.a.

Die empirische Überprüfung der Hypothesen soll in folgender Form erfolgen: In Regensburg und in München sollen je zwei abgrenzbare Wohngebiete unter dem Gesichtspunkt unterschiedlicher Baugestaltung ausgewählt werden.“

Experimente für eine zukünftige Kontrolle: Stadtteilgruppen als Bindeglied im flexiblen Ausnahmezustand

Vielleicht schafft das BKA es ja mit seinen angelaufenen Forschungsprojekten herauszubekommen, wie man beim Wohnungsbau der Zukunft eine verbesserte Kontrolle unter den Bewohnern selbst von vornherein einbaut. Zur Zeit ist man sich noch nicht ganz einig, ob es tatsächlich der Beton ist, der die Unangepasstheit hervorruft oder ob sich in den Ghettos nur anhäuft, was sonst in anderen Stadtteilen ebenfalls verstärkt aufgetreten wäre.

Das spielt auch keine so große Rolle, weil der Schwerpunkt im Wohnungsbau der Zukunft nicht beim Neubau ganzer Stadtteile liegen wird, sondern in der Erneuerung alter Quartiere. Die Neue Heimat ist sowieso der Ansicht, daß sich der Mensch gefälligst den – vorhandenen – Bauformen anzupassen hätte und nicht umgekehrt, die Bauten dem Mensch.

„Baumassen dagegen sind statisch und allenfalls innerhalb langer Zeiträume veränderbar. Die laufende Anpassung vorhandener Baumassen kann daher – selbst wenn dies erwiesenermaßen heilsam wäre (was ich nicht glaube) – schon aus ökonomischen Gründen – nicht der entscheidende Lösungsansatz sein, wenn es darum geht, Kriminalität abzubauen.“¹⁹⁾ Nach Vormbrocks Überzeugung liegt der „entscheidende Hebel“ gegen die Kriminalität in „Organisationskonzepten“, die geeignet sind, eine Prävention zu bewirken. Damit befindet er sich in Übereinstimmung mit sehr vielen Diskussionsteilnehmern, denen es darum geht, im Vorfeld der offenen Repression die Bewohner selbst für eine Kontrolle ihrer Mitbewohner zu mobilisieren. Natürlich wird das Ziel der Kontrolle gerade von den hauptsächlich Angesprochenen, den wissenschaftlichen Vertretern der Sozialarbeit, nicht genannt. Herr Kapius beispielsweise, der die sozialkulturelle Aufbauarbeit vertritt, spricht von Emanzipation, Befreiung, Partizipation und Selbstverwirklichung unterprivilegierter Gruppen usw.²⁰⁾ Insgesamt sind sich alle aber in der Analyse und Schlußfolgerungen einig, wenn das Vokabular auch unterschiedlich ist und verschiedene Methoden zur Erreichung des gleichen Ziels bevorzugt werden.

Im folgenden möchte ich zeigen, wie die Konzepte einer progressiven Sozialarbeit ebenso wie die guten politischen Absichten mancher Bürgerinitiative in den Klassenkampf von oben eingebaut werden.

Es geht darum, daß sich seltsamerweise im Ziel „Gemeinschaft und Kommunikation schaffen“ sowohl Linke und fortschrittliche Sozialarbeiter als auch die Planer vom BKA, Neuer Heimat und Unis einig sind. Wie das?

Bei der Linken erkläre ich mir das folgendermaßen: Vor ein paar Jahren haben wir den „proletarischen Lebenszusammenhang“, später unter dem Begriff „community“, als wesentliche Voraussetzung des Widerstands der Arbeiterklasse entdeckt und als Widerstandszusammenhang für den Stadtteil theoretisiert. Uns kam es vor allem darauf an, neben den formellen Organisationsstrukturen einer Partei oder Gewerkschaft die Bedeutung informeller Zusammenhänge unter den Arbeitern zu begreifen. Diese Erkenntnisse haben damals den Abschied von unseren eigenen Organisationsstrukturen erleichtert. Als Alternative wurden damals Stadtteilzentren vorgeschlagen und teilweise auch realisiert, immer unter der Perspektive einer offensiven Politik gegen das Ausbeutersystem. Die linke Sozialarbeit geht von ähnlichen Gedanken bei den neueren Ansätzen zur Gemeinwesenarbeit aus, allerdings mit dem wesentlichen Unterschied, daß es um den Zusammenschluß „Unterprivilegierter“ zur Wahrnehmung ihrer Interessen im Rahmen dieses Systems geht. Also erst einmal Ausschöpfung der legalen Möglichkeiten zur Durchsetzung berechtigter Ansprüche.

Wenn sich kollektive Ansätze zur Beseitigung von **Mißständen** in der Wahl der Kampfformen von vornherein eingrenzen lassen oder eingegrenzt sind, weil die Sozialarbeiter sonst ihren Job verlieren würden, lassen sie sich als „Frühwarnsysteme“, aber mehr noch zur Unterdrückung weitergehender Aktionen einbauen. Von den Konzepten einer aggressiven, konfliktorientierten Sozialarbeit scheint man in den letzten Jahren unter den gegebenen Verhältnissen ohnehin abgekommen sein, obwohl dies in der Zeitschrift „päd. extra sozialarbeit“ als vorschnelle Resignation in Frage gestellt wird.²¹⁾ Merkwürdigerweise wird als Ersatz statt des Rückzugs in die Einzelfallhilfe nun Mut gemacht für die Gemeinwesenarbeit mit dem Ziel „Neue Nachbarschaft entwickeln“. Die Methoden „ein entwickeltes Stadtteilleben herzustellen“ werden exemplarisch an der Stadtteilar-



Ein Wohnblock in den USA wird gesprengt. Er war unrentabel geworden, weil sich keine Mieter fanden.

beit in Duisburg-Neumühl vorgestellt: Videoarbeit, Stadtteilbeste, Stadtteilwoche mit Veranstaltungen, Stadtteilzeitung, Vorschläge zur baulichen Veränderung ausarbeiten wie die Begründung von Flächen oder die exemplarische Gestaltung eines Innenhofes.

Die ganze Diskussion um Nachbarschaft oder, schlimmer noch, Koordinierung von Freizeitaktivitäten, egal ob sie mit den Mitteln einer Bürgerinitiative oder denen der professionellen Sozialarbeit hergestellt werden soll, geht zwar berechtigterweise von den Leiden des anonymisierten Individuums in der modernen Stadt aus. Sieht man sich aber Literatur und Praxis genauer an, entdeckt man, daß Widerstand – falls er überhaupt erwähnt wird – nur im Rahmen des Machbaren, des legalen, institutionellen Weges vorstellbar scheint. Letztendlich geht es darum, die kleinen Ärgernisse zu beseitigen, während das zerstörerische Grundübel als nun einmal gegeben und unveränderbar akzeptiert werden muß:

Identifikationen mit dem Stadtteil, Integration und Verhaltensänderung sind die Schlagworte.

Trotzdem wäre an sich nichts gegen die guten Absichten von Sozialarbeitern und Initiativen zu sagen, wenn sie wirklich darauf hinausliefen, einen solidarischen Zusammenhang aller Bewohner, auch der „kriminellen“ und „arbeits-scheuen“ zu schaffen. Dazu müßten sie den kollektiven Ladenklau („Bezahlt wird nicht!“) oder Aktionen für Erhöhung der Sozialhilfesätze organisieren. Oder die Bestimmungen für den Erhalt des Arbeitslosengeldes angreifen.

Das Gegenteil ist das Ziel, wenn das BKA von Gemeinschaftlichkeit redet. Ein Hauptinstrument der Planer ist die Entsolidarisierung mittels heterogener Zusammensetzung. Ursprüng-

lich ging man wohl davon aus, daß die Durchmischung schon eine disziplinierende Wirkung haben würde, die das Unterlassenverhalten genügend domestizieren könne. „Heterogenität war für die Nachbarschaftsplaner eine wichtige Voraussetzung für solche sozialen Lernprozesse: die entstehende Mannigfaltigkeit bereichere das Leben jedes einzelnen, durch die unterschiedlichen Gruppen entstehe praktisch eine Art 'Kulturaustausch'. Unterschichtsangehörige könnten z.B. von dem höheren Standart des Mittelstandes profitieren.“⁽²²⁾ Dieses Ziel des gegenseitigen Achtens auf Einhaltung der Mittelstandsnormen wird aber nicht erreicht, wenn erstens die Anonymität zu groß ist, so daß jeder sowieso unkontrolliert macht, was er will und zweitens die Mittelschicht aus den Ghettos wegzieht, weil sie es nicht aushält und sich noch leisten kann, ein Häuschen im Vorort zu erstehen. Dann käme der Gemeinwirtschaft in der Arbeit der Planer die doppelte Aufgabe zu, erstens die Bessersituierten und Angepaßten durch stärkere soziale Bindungen im Stadtteil zu halten und zweitens diese sozialen Bindungen, die neue Gemeinschaftlichkeit, gegen den unangepaßten Rand der Ausgeflippten, jugendlichen Kriminellen usw. einzusetzen. Ich behaupte also, daß es die Absicht der Planer ist, die angepaßten Bürger im Stadtteil durch Gemeinwesenarbeit gegen die Kriminalität formell und informell zu organisieren. Vormbrock von der Neuen Heimat spricht das als Aufgabe der Sozialarbeiter offen an:

„käme es ... nun darauf an, bei der Bevölkerung in den vornehmlich durch Mietwohnungen geprägten Wohngebieten das Bewußtsein für die Notwendigkeit zu wecken, sich viel mehr als bisher mit potentiellen Delikten in ihren Quartieren zu befassen ... also neben der generellen Aufgabe, bei der Bildung stabiler Nachbarschaften erfolgreich behilflich zu sein, wäre jene Aufgabe ein neuer wichtiger Akzent in der Bewohnerbetreuung



Ekhofstraße Hamburg 1973

durch den Sozialarbeiter. ... Um aber an einem **Beispiel** deutlich zu machen, was in der Praxis gemeint sein kann, nur **eine** Anregung aus dem sehr breiten Spektrum denkbarer Möglichkeiten etwa zu der Überschrift Sicherheit der Kinder. Hier könnte man sich vorstellen, daß der Sozialarbeiter, nachdem er eine entsprechend positive Resonanz bei den Bürgern, auch selbst mitzuhelfen, sicherlich mühsam erwirkt hat, Rundgänge von Erwachsenen organisiert, deren Präsenz alleine bereits, im Sinne einer sozialen Kontrolle, deliktmindernd wirken könnte. Darüberhinaus wäre fallweise auch zu prüfen, ob und wenn ja, in welcher Form eine Zusammenarbeit mit der örtlichen Polizei sinnvoll ist.²³⁾

Ähnliche Gedanken zum Thema Prävention äußert der Kriminologe: Günter Kaiser auf dem Symposion: „Ferner könnte man in Anlehnung an schwedische Vorschläge an Mieter- und Lehrerräte denken, um dem ansteigenden Vandalismus durch junge Menschen wirksamer Einhalt zu gebieten.“

Vornbrock schlägt vor, pro 800 Wohnungen im sozialen Wohnungsbau jeweils 1 Sozialarbeiter durch die Wohnungsbaugesellschaften einzustellen (bisher 1 Sozialarbeiter auf 12 000 Wohnungen bei der Neuen Heimat). Es würden dann 6 000 neue Sozialarbeiter eingestellt werden, wofür die Miete nur um 10 Pf. pro qm im Monat erhöht werden müßte. (Für die anerkanntenswerte große Zahl junger Menschen, die sich auf diesem Gebiet beschäftigen möchten ... vom Motiv her sehr überzeugende Arbeitsplätze.²⁴⁾ Wahrscheinlich werden sich die offen repressiven Varianten durch Bürgerpolizeien nicht durchsetzen lassen, dafür könnten aber die nach außen hin fortschrittlichen Ansätze die gleiche Funktion bekommen. Ansätze nämlich, die das Stadtleben mit Festen, Kommunikationszentren und eventuell Beratungsstellen bereichern, und die sich tatsächlich gegen die Gesellschaften für die Bewohnerinteressen einsetzen. Die aber, da sie von anständigen, politikfähigen Leuten getragen werden, sich von allem kriminellen und illegalen Tun distanzieren. Interessant wird es dann, wenn die anständigen Politmenschen und Sozialarbeiter ihre Informationen über den

Stadteiluntergrund der Jugendlichen an die Polizei, die zukünftigen Kontaktbereichsbeamten oder Jugendpolizisten weitergeben. Aus eigener Erfahrung weiß ich, daß sich dies in den normalen Stadtteilinitiativen gar nicht vermeiden läßt, falls nicht vorher eine knallharte Diskussion darüber stattgefunden hat. In den Jugendzentren läuft es ja meist so, daß die links eingestellten Sozialarbeiter oder Erzieher sich nicht gegen „Hauer“ oder Zerstörungswütige zu helfen wissen und der zivile Jugendschutzbulle dann zu Hilfe geholt wird, um durch seine ständige Präsenz bei den Discos etc. vorzubeugen und die entsprechende Vorinformation für das spätere Eingreifen der Normbulen zu haben.

In absehbarer Zeit wird der Staat versuchen, all das, was auf Stadteilebene an Initiativen und Sozialarbeit läuft, für ein neues Konzept von Kontrolle zu benutzen. Er wird versuchen, Bürgerinitiativen, vielleicht im Zusammenhang mit den „Grünen“, offiziell als „4. Gewalt“ anzuerkennen und damit den Spielregeln institutioneller Politik unterwerfen. Wie die Gewerkschaft die Arbeiter schon seit langem in der Fabrik an die Kette legt, so braucht man heute, als Antwort auf die steigende Unzufriedenheit in der Region und die Anti-AKW-Bewegung, einen neuen Grenzträger von Herrschaft.

Man wird eine flexiblen Puffer einrichten, der aus Elementen von Sozialarbeit, Bürgerinitiativen, Freizeiteinrichtungen, Vereinen und Nachbarschaftsorganisationen zusammensetzt ist und der für sich in Anspruch nimmt, im Namen der Bürger zu bestimmen, was im Stadtteil laufen soll und darf und was nicht. Einen vielsagenden Versuch in diese Richtung unternimmt man bereits in Bremen. Für den Arbeiterstadtteil Hemelingen soll eine eigens dazu bestellte Diplom-Sozialpädagogin die Stadtteilarbeit koordinieren. Sie wird sämtliche Vereine und Stadtteilgruppen für eine Koordination der Aktivitäten unter ihre Fittiche nehmen. Offiziell heißt das Ziel: Förderung der Freizeitaktivitäten. Dies dürfte aber nur eins unter vielen Experimenten in ähnlicher Richtung sein. Ziel aller Experimente ist es, das „unanständige“ und „kriminelle“ Element im Stadtteil zu isolieren und

ZEITUNGSTERROR UND BODENSPEKULATION EIN'S IN DIE FRESSE !!



Aufkleber Hamburg 1973

damit einer Slumbildung vorzubeugen. Die neuen Koordinationen o.ä. werden sich als legale Organismen ja nur konstituieren können, wenn eine autonome, auf unmittelbar praktischen Kampf gerichtete Stoßrichtung unterbleibt.

Eines wird in Zukunft nicht gemacht werden: daß man den Menschen, heute kann man schon sagen dem größten Teil der Gesellschaft, da auch die Mittelklasse längst zum Objekt einer umfassenden Gesellschaftsplanung geworden ist, einen Einfluß auf Strukturen, auf etwas Grundsätzliches, ein Recht auf etwas von unten organisch Wachsendes zugestehen würde. Der Verzicht auf differenzierte Planung von oben, käme einem Verzicht auf die Klassenherrschaft gleich, wäre in den Augen der Herrschenden das Chaos. Der Prozeß des Entzugs von Einflußmöglichkeiten und damit des Denkens ist bereits soweit vorangetrieben, daß er nur immer neue Antagonismen hervorruft, von steigender Kriminalität, Krankheit, Arbeitsunlust und Verzweiflung bis hin zur Parteimüdigkeit auch bei den integrierten Schichten, daß die Antwort darauf nur in einer neuen Ebene von besserer, päventiver Planung zu bestehen scheint. Die Taylorisierung der Stadt, ist nicht mehr zurückzunehmen, sie ist in der Logik dieses Systems nur durch dasselbe zu bekämpfen, was ihr Ausgangspunkt war: Soziale Kontrolle und Stabilisierung der Ausbeuterherrschaft durch Planung des gesellschaftlichen Lebens.

Die entsubjektivierende Planung bleibt – bis wir ihr durch die soziale Revolution eine Ende setzen.

Anmerkungen

- 1) Süddt. Zeitung v. 21.12.78; Frankf. Rundschau v. 16.12.78; Spiegel Nr.50/1978; Kriminalistik Nr. 2/1979.
Die Referate gibt es in einem Sonderband der BKA-Forschungsreihe, der einem, wenn man eine Institution an der Hand hat, zugeschickt wird: Bundeskriminalamt, Städtebau und Kriminalamt, Referate, Wiesbaden 1979. Interessant ist die Teilnehmerliste dieser Strategiedebatte: Von den 47 Männern und 4 Frauen waren 9 vom BKA einschließlich Herold, 6 von Landeskriminalämtern bzw. der Polizeiführungsakademie einschließlich Schreiber, Polizeipräsident von München, 9 ausländische Gäste, 17 Wissenschaftler von Unis und Forschungsinstituten u. a. der Soziologe Jürgen Friedrichs der Sozialpädagoge Jürgen Mangold, der Kriminologe Günther Kaiser, vom Vorstand der Neuen Heimat Wolfgang Vormbrock, einige Stadtbaudirektoren und ein parlamentarischer Staatssekretär aus Bonn.
- 2) INFO Bremer Undogmatischer Gruppen Nr. 48 (Nov. 79), Nr. 49 (Dez. 79); TAZ v. 11.12.79 und v. 3.1.80
- 3) Der Ausdruck stammt vom BKA. Bundeskriminalamt, S. 179 f.
- 4) Herbert Schäfer: Polizeiliche Probleme in Neubau- und Sanierungsgebieten, in: Bundeskriminalamt, S. 53-102
- 5) Schäfer, S. 62-66,73
- 6) Schäfer, S. 70-71
- 7) Schäfer, S. 75
- 8) Die meisten Kinofilme die ich alle ganz gut finde, bleiben in ihrer Konsequenz auf einer individuell-therapeutischen Ebene stehen und sind damit resignativ: „Supermarkt“, „Nordsee ist Mordsee“, „Die Abfahrer“, „Die letzten Tage der Kindheit“ und „Das Ende des Regenbogens“.
- 9) Vgl. Heinz E. Wolf, Hans Jürgen Wolter: Rocker-Kriminalität, 1. Sonderdruck zum Archiv für Angewandte Sozialpädagogik, Seevetal-Ramelsloh 1974.
- 10) GEWOS; Neue Wohnanlagen im Urteil der Bewohner, Analyse der Wohnzufriedenheit, Hamburg 1978, S. 54
- 11) Schwind, Hans-Dieter: Empirische Kriminalgeographie, Bestandsaufnahme und Weiterführung am Beispiel von Bochum („Kriminalitätsatlas Bochum“), BKA-Forschungsreihe, Wiesbaden 1978. Projektleiter Schwind, Professor für Kriminologie und Stafvollzug in Bochum, ist jetzt Justizminister von Niedersachsen.
- 12) Kriminalitätsatlas, S. 15
- 13) Walthert, A.: Neue Wege der Großstadtsanierung, Stuttgart 1936
- 14) Bundeskriminalamt, S. 175
- 15) Rolinski, Klaus: Kriminalitätsabwehrende Architektur, Vorstellung des geplanten BKA-Projekts, in: Bundeskriminalamt, S. 177-183
- 16) Rolinski, S. 178
- 17) Rolinski, S. 179
- 18) Rolinski, S. 180, 181
- 19) Vormbrock, Wolfgang: Lösungsvorschläge aus der Sicht der Bauträger, in: Bundeskriminalamt, S. 203 ff, hier: S. 204
- 20) Kappius, Gerhard L.: Sozialkulturelle Aufbauarbeit in Problemgebieten (Animation), in: Bundeskriminalamt, S. 47 f.
- 21) päd. extra sozialarbeit H. 9/1978, S. 28, 29
- 22) Gronemeyer, Reiner; Bahr, Hans-Eckehard: Nachbarschaft im Neublock, Empirische Studien zur Gemeinwesenarbeit, theoretische Studien zur Wohnsituation, Weinheim/Basel 1977, S. 368
- 23) Vormbrock, in: Bundeskriminalamt, S. 206, 207
- 24) Vormbrock, in: Bundeskriminalamt, S. 208

Martin Schaub

Von der Integration zur Aussonderung

30 Jahre Städtebaupolitik am Beispiel der Neuen Heimat

Anfang der 60er Jahre, als selbst die größten gemeinnützigen Wohnungsbauunternehmen sich noch mit dem Bau von Häuseransammlungen beschäftigten, die kaum die Bezeichnung „Siedlung“ verdienten, konnte die Neue Heimat schon, was die größte Stadt und auch kein Land konnten: Städte bauen. Damals begann sie ein Monopol zu entwickeln, das ihr den Titel „größtes Städtebauunternehmen der Welt“ eintrug. Dieser Titel untertreibt ganz erheblich. Denn die Einzigartigkeit dieses Unternehmens beruht nicht nur auf einem unternehmerischen Monopol, sondern sie liegt darin begründet, daß sie als **kapitalistisch organisiertes Unternehmen** zugleich ein gesellschaftspolitisches Monopol auf dem Gebiet der Stadtplanung entwickelte. Sie wurde zu einer Art gesamtrepublikanischen Superbehörde in den Formen eines kapitalistischen Unternehmens.

An ihr läßt sich der ganze Bogen sozialdemokratisch-kapitalistischer Stadtplanung nachzeichnen, von den Anfängen einer auf völlige technokratische Integration in die plankapitalistische Verwertung und Kontrolle zielende Politik bis schließlich zum vorläufigen Ende: einer Politik der Scheidung des verwertbaren Kerns vom ständig wachsenden Rand eines sozialen Restes, den es mit neuen Formen sozialer Kontrolle unter der Führung des BKA und der LKA's in Schach zu halten gilt. Aber noch in diesem Stadium bewies sie ihre Führungsrolle. Lange vor den Kriminalämtern propagierte und praktizierte sie ein verstärkte Zusammenarbeit der sozialen Dienste mit der Polizei und weitere neue Formen der Überwachung, um die Kontrolle über das abweichende Verhalten der sozial Randständigen in den Neubaughettos zu sichern. Und es ist kein Zufall, daß schließlich auf dem Weihnachtssymposium des BKA über „Städtebau und Kriminalität“ im Jahre 1978 Kerndiskussion am Beispiel der Neue-Heimat-Siedlung „Osterholz-Tenever“ und unter Teilnahme des Vorstandsmitglieds der Neuen Heimat durchgeführt wurde.

Ein Abriss dieses geschichtlichen Bogens am Beispiel der Neuen Heimat kann hier einem Anspruch historischer Lückenlosigkeit nicht entfernt genügen. So liegt mir vielmehr daran, eine Hypothese zur Erklärung des historischen Hintergrunds der extrem zugespitzten Krisensituation zur Diskussion zu stellen, um damit einen Beitrag für die Orientierung zukünftiger politischer Arbeit zu leisten.

Eine Geschichte des bundesrepublikanischen Wohnungsbaus – und damit auch eine Geschichte der Neuen Heimat – wäre unvollständig ohne die Darstellung ihrer Anfänge im Nationalsozialismus. Denn die zweite Zerstörung Deutschlands hat begonnen, bevor die erste überhaupt vollendet war. Nach verschiedenen Initiativen und Vorbereitungen der deutschen Ar-

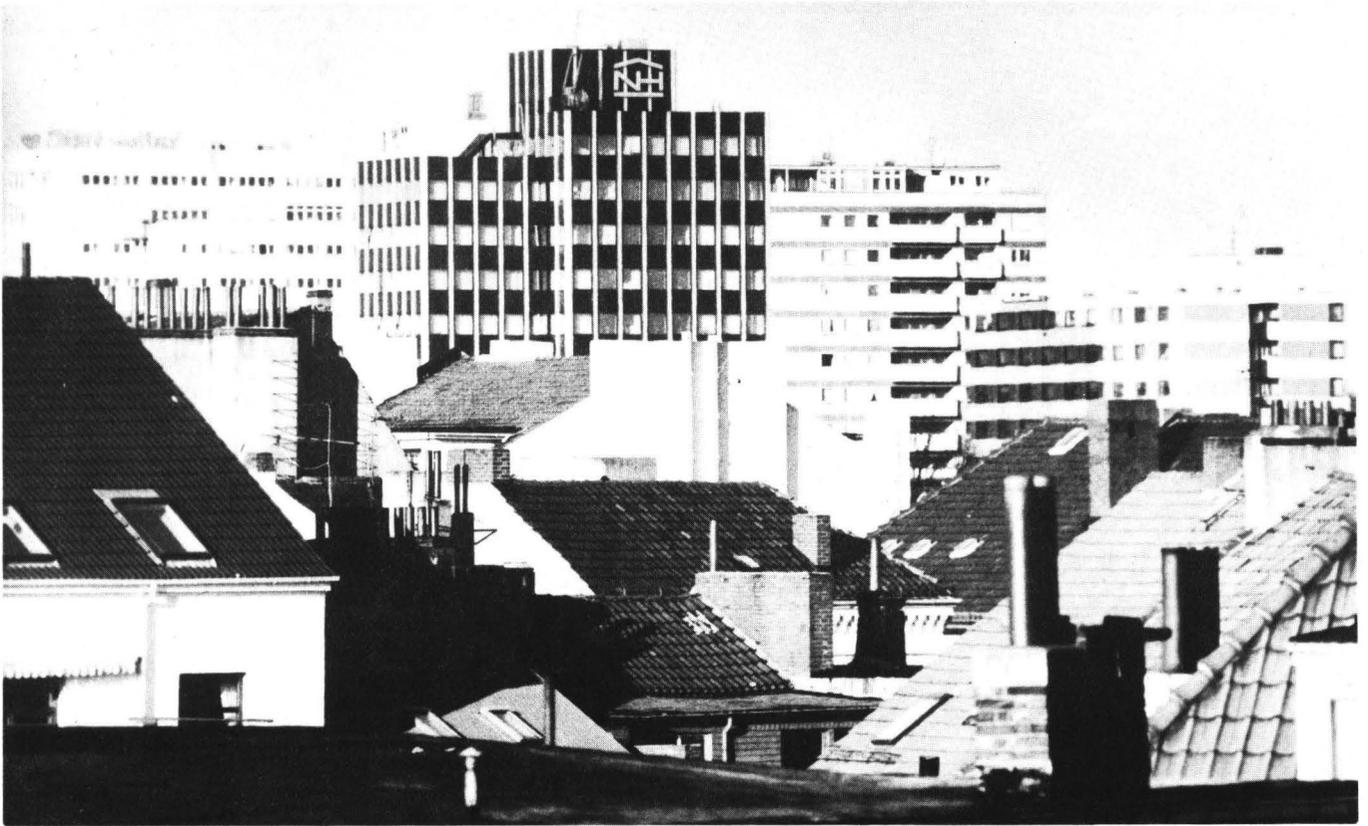


Werkssiedlung der Deutschen Arbeitsfront (DAF)

beitsfront wurde deren Führer, Robert Ley, Anfang des Krieges zum „Reichskommissar für den sozialen Wohnungsbau“ durch Führererlaß ernannt. Zugleich wurden unter der Direktion seines Unterführers, Fischer-Dieskau (der nach 1945 erster Staatssekretär im neuen Wohnungsbauministerium wurde), die rechtlichen und organisatorischen Voraussetzungen für den sofortigen Beginn des sozialen Wohnungsbaus nach dem Sieg vorbereitet. Eine detaillierte Darstellung der nationalsozialistischen Wurzeln des bundesrepublikanischen Massenmietwohnungsbaus ist an dieser Stelle nicht möglich. Sie soll in einem der folgenden Hefte zum Thema „Nationalsozialismus“ nachgeholt werden.

Der gemeinnützige Profit

Von Anfang an war die Neue Heimat durch die Gewerkschaftsspitze auf ihre Rolle als gesellschaftspolitisches Instrument der sozialdemokratischen Einheitsgewerkschaft programmiert worden. Schon im Jahre 1950 wurde eine Arbeitsgemeinschaft der gesellschaftseigenen Wohnungsunternehmen unter dem Vorsitz Reihold Tarnow's gegründet. Sie hatte die Aufgabe, „eine einheitliche Linie in der Politik dieser Gesellschaften herbeizuführen ...“⁽¹⁾ „Wie die Gewerkschaftsbewegung insgesamt sich von der rein sozialpolitischen Sicht ihrer Aufgaben zur wirtschaftlichen Gesamtbetrachtung aller Probleme, auch der sozialpolitischen Zielsetzung, entwickelt hat, so haben auch die gewerkschaftlichen Wohnungsunternehmen eine Erweiterung ihrer Aufgabenstellung erfahren. Sie dienen einerseits der sozialen Wohnungsversorgung jener breiten Schichten des Vol-



kes, deren Interessen von der Gewerkschaftsbewegung vertreten werden, und entwickeln sich gleichzeitig immer mehr zu wohnungspolitischen Laboratorien, die der innergewerkschaftlichen Klärung und Weiterentwicklung der Probleme des Wohnungsbaues dienen.⁽²⁾ Ein Gewerkschaftschronist bemerkt dazu aus seinen Erfahrungen: „Obwohl die führenden Kräfte der gewerkschaftlichen Wohnungsunternehmen wußten, daß es zunächst einmal darauf ankam, Wohnungen, und nochmals Wohnungen zu bauen, um die drängendste Wohnungsnot zu beseitigen, wurde aber in der Arbeitsgemeinschaft bereits überlegt, was geschehen könne, um ... den Wohnungsbau mit der Sanierung und Neugestaltung der Städte zu verbinden.“⁽³⁾ So wurden schließlich unter Führung der Hamburger „Neuen Heimat“ sämtliche 27 gewerkschaftseigenen Wohnungsbauunternehmen zu einem riesigen gesamtrepublikanischen Netz verbunden. Die Zeitspanne bis zum Beginn der Sechziger Jahre nutzte die Neue Heimat zur Akkumulation und zum Aufbau nie im Städtebau gekannter Planungskapazitäten. Es waren die fetten Jahre des sozialen Wohnungsbaus. Der Neuen Heimat war das Thema „Profit“ sehr unangenehm. Immer, wenn sie darauf angesprochen wurde, verwies sie auf das schlechte Geschäft einer Gewinnausschüttung, die nach dem Wohnungsgemeinnützigkeitengesetz auf 4% beschränkt war. Aber diese Ausrede liegt völlig neben der Sache. Es kam den Gewerkschaften nicht auf guten Profit an, sondern auf maximale Expansion. Und die war in dieser Zeit unter den Bedingungen des gemeinnützigen sozialen Wohnungsbaus am besten garantiert, ja durch die 4% Schranke geradezu noch gefördert. Der mögliche Gewinn wurde damit zwangsweise voll reinvestiert. Und er war nicht gerade knapp.

Als gemeinnütziges Wohnungsbauunternehmen kam die Neue Heimat in den Genuß der Befreiung von Körperschafts-, Gewerbe-, Vermögens-, und Grunderwerbssteuer. Hinzu kamen die in den fünfziger Jahren reichlich fließenden staatlichen Subventionen und Erleichterungen.

Das sogenannte „Kostendeckungsprinzip“, nach dem die Unternehmen nur eine Miete in Höhe ihrer eigenen Aufwendungen verlangen können, war auch eine jener Beschwörungsför-

meln, mit der sie ihre Mieter und Kritiker von ihren lauterer uneigennützig Motiven überzeugen wollten. Aber es war gerade die Kostenmiete, die es erlaubte, die gesamten oft hohen Kapitalkosten für Planung, Durchführung und Verwaltung auf die Mieter abzuwälzen. Bauprojekte wurden zum Teil bis zu 90% über den Kapitalmarkt finanziert, damit gingen die Kapitalkosten voll zu Lasten der Mieter. Auch die Kosten der Expansion ihrer Planungskapazität konnte sie über das Kostendeckungsprinzip voll auf ihre Mieter abwälzen. Die Neue Heimat „kaufte“ Planungs- und sonstige Dienstleistungen in der Regel bei sich selber, d.h. der Hamburger Holding-Gesellschaft, ein. Darüberhinaus brachte sich die Neue Heimat selbst besonders bei Großbauvorhaben voll in den Genuß ihrer eigenen Rationalisierungsvorteile, denn die Kostenmiete wird auf der Basis isolierter Einheiten berechnet. Immerhin ist es bemerkenswert, daß die Quadratmetermiete der Neuen Heimat sich immer genau an den Bundesdurchschnitt hielt. Entscheidend in diesem Zusammenhang war auch die auf Vorrat eingerichtete Grundstücksakquisitionspolitik der Neuen Heimat Kopfgesellschaft. So konnte sie auch Gewinne aus Bodenwertsteigerungen für sich nutzen. Außerdem preßte sie aufgrund ihrer marktbeherrschenden Stellung den Kometenschweif der von ihr abhängigen mittelständischen und kleinen Bau- und Handwerksbetrieben aus wie eine Zitrone. Sie erzwang Preisnachlässe von bis zu 25%. Was das in der Gesamtkalkulation bedeutet, kann man nur auf dem Hintergrund ermessen, daß die Neue Heimat insgesamt zu bestimmten Zeiten mehr als 4 000 Baufirmen beschäftigte, denen sie Arbeit, Materialversorgung, Kalkulation, Sonderkonditionen diktierte. Mit dem Ende dieser Expansionsphase hatte die Neue Heimat ihre Gesamtbilanzsumme von 30 Millionen (1950) auf 3,5 Milliarden (1961) und den Bauausstoß auf insgesamt 19 098 Baueinheiten gesteigert. Im Jahre 1962 beschäftigte sie 2 695 Angestellte allein in Planung und Verwaltung.

Mit dem Ende der fünfziger Jahre waren die größten Lücken in der Versorgung der Bevölkerung mit Wohnraum, die der Krieg gerissen hatte, gefüllt, die erste Expansionsphase der Neuen Heimat abgeschlossen. Zugleich wurde deutlich, daß die Verwertung des Monopolkapitals an ihre strukturellen Grenzen



stieß. Ihre Expansion bedurfte neuer Kompetenzen und organisatorischen Möglichkeiten des regionalen Planstaates. Das Handelskapital drängte auf neue Formen der Zentralisierung und Rationalisierung räumlicher Kaufkraftabschöpfungsstrukturen, das Industriekapital forderte die strukturelle Optimierung der „Allokation der Ressourcen“ (Zuordnung der Produktionsvoraussetzungen), wie es im Infrastrukturrotwelsch hieß und Banken, informationsverarbeitende Industrie, Verwaltungen – der „tertiäre Sektor“ eines „neuen Wachstums“ verlangte eine bessere Erschließung innerstädtischer Standorte. Von Anfang an spielte die Neue Heimat – eine dominierende Rolle bei der Entwicklung der Durchsetzung neuer Organisationsmodelle oder besser: der zweiten Zerstörung Deutschlands.

Das plankapitalistische Instrumentarium der Neuen Heimat

Schon Anfang der 60er Jahre war die Planungskapazität der Neuen Heimat konkurrenzlos. Neben ihren Wohnungsbaugesellschaften waren die tragenden Unternehmensbestandteile, die später im Jahre 1969 unter dem neuen Dach der „Neue Heimat Städtebau“ zusammengefaßt werden sollten, bereits vorhanden. Hierzu gehörte die „Gewerbebau-Träger GmbH“. Sie war auf die Herstellung von Einkaufszentren spezialisiert und sollte in der kommenden Zeit die Unterwerfung ganzer Siedlungen und sanierter Stadtteile unter die Verwertungsziele und Herrschaft des Handelskapitals leisten. In dieser Funktion war ihr bundesrepublikanisches Monopol nie gefährdet.

Die „Neue Heimat Kommunal“ schließlich war auf Planung, Finanzierung und Bau kommunaler Einrichtungen ausgerichtet. Sie stand konkurrenzlos neben den Bauämtern der großen Städte. Einzigartig in der BRD war sie in der Lage, das gesamte Objekt, – ob Schule ob Krankenhaus, Kongresszentrum, Ra-

thaus – als Paktet frei Haus zu liefern, einschließlich Erschließung, Planung, Finanzierung usw. Dabei machte sich die Neue Heimat das Fehlen einer mittelfristigen Finanzplanung zunutze. Über eine Art Mietkaufkonstruktion eröffnete sie den Gemeinden die Möglichkeit, die Herstellungskosten über einen langfristigen Entschuldungsplan als Pachtzins langsam abzustottern. Die Erfolge ließen nicht auf sich warten. Schon bei ihrer Gründung lagen Aufträge für den Bau von Krankenhäusern in Höhe von 50 Mill. DM und die Anfrage über den Bau einer Universität vor. Schon ein Jahr später überschritt das Bauvolumen 500 Mill. DM und waren insgesamt 53 Projekte in Arbeit.

Bis Anfang der 70er Jahre baute die Neue Heimat ihr Städtebaumonopol konsequent aus.

Im Vollgefühl ihrer Macht proklamierte sie sich für „konkurrenzlos“, ohne bösen Widerspruch befürchten zu müssen. Denn selbst die größte Stadt der BRD, Hamburg, mußte eingestehen, ohne ihre Hilfe vor größeren stadtplanerischen Maßnahmen kapitulieren zu müssen. Hämisch bohrte damals „Die Welt“ den Stachel tiefer: „...Fast alle städtebaulichen Ideen der letzten Jahre entstanden nicht – wie es eigentlich sein sollte – in den Gehirnen der beamteten Stadtplaner, sondern in den Konstruktionsbüros der cleveren Neue Heimat Architekten.“

Bösartigen Kritikern, die der Neuen Heimat ihre Marktmacht vorwarfen, entgegnete sie immer bescheiden mit ihrem Hinweis auf ihre geringen Marktanteile. Und in der Tat: Ihr Anteil am Wohnungsbau pendelte zwischen 3 und 4 % und ihre Mietwohnungen machten (im Jahre 1967) sogar nur ein Prozent des gesamten Wohnungsbestandes aus. Aber diese Zahlen setzen auf einer völlig falschen und untergeordneten Ebene an. Das absolute konkurrenzlose Monopol der Neuen Heimat lag im Verkauf und Realisierung von kapitalistischem Plan. So wurden Großsiedlungen ohnehin nur von den Gemeinnützigen Wohnungsbauunternehmen hergestellt. An deren Bauvolumen war

die Neue Heimat 1971 bereits mit 18 % beteiligt. Aber selbst das gibt die beherrschende Position der Neuen Heimat, soweit es den Wohnungsbau betrifft, nicht annähernd wieder. Denn schon bei Anlagen in einer Größenordnung von 5000 Wohnungen konnten die meisten Gemeinnützigen und Gemeinden nicht mithalten. So kam es denn, daß die Neue Heimat bei der Errichtung der Großsiedlungen von städtebaulicher Bedeutung die Federführung in Planung und Realisierung an sich riß.

Die Monopolstellung der städtebaulichen Gesamtkapazität der Neuen Heimat war noch weit eindrucksvoller und wurde bis Ende der 60er Jahre ständig ausgebaut. Planungs- und Finanzierungskapazität selbst der größten deutschen Städte reichten nicht entfernt an das „größte Städtebauunternehmen der Welt“ heran. So bot sich die Neue Heimat schließlich selbst offen als das an, was sie seit ihrer Gründung immer sein sollte: eine kapitalistisch organisierte kommunale Superbehörde für die Aufgaben der Reorganisation und Unterwerfung der Städte unter die technologischen Bedürfnisse des Kapitals. Sie verkaufte kapitalistischen Plan als Ware. Der Neue Heimat Chef Vieter charakterisierte sie so: „Wir sind an einem Punkt der Entwicklung angelangt, an dem es wahr wird, daß die Bürger ihre Stadt selbst bauen. Die Behörden mögen Regeln aufstellen für Stand, Sicherheit und Standart, für die Art der Bebauung usw. usw., sie haben jedoch nicht das Geld und die Organisation, um wirklich in der Lage zu sein, rasch und zügig ganze Stadtteile umzugestalten oder neu zu bauen. Das kann nur die Gemeinschaft der Grundeigentümer und Bewohner unter betreuender Anleitung durch erfahrenen Organisationen als Träger aller Maßnahmen, natürlich in Zusammenhang mit den städtischen Behörden und allen anderen einschlägigen Institutionen.“⁽⁴⁾ „Der Städtebauträger übernimmt die gesamte Organisation der Projektvorbereitungs- und Abwicklungsprozesse und hält den kommunalen Partner frei von einschlägigen Risiken. Eigene Spezialisten müssen nicht vorgehalten werden. Die kommende Verwaltung hat einen gesamtverantwortlichen Partner und nicht – wie sonst – unvermeidlich eine Vielzahl von Auftragnehmern.“⁽⁵⁾ Wie weit die Vorstellungen der Neuen Heimat gingen, dieses Monopol einer kapitalistisch organisierten kommunalen Superbehörde auch institutionell zu verankern, um dadurch die reibungslose Unterwerfung der Stadtplanung unter die Verwertungsbedürfnisse des Kapitals zu garantieren, geht aus ihren wütenden Stellungnahmen im Gerangel um die Funktion des „Sanierungsträgers“ in den Entwürfen zum Städtebauförderungsgesetz hervor. So betonte Neue Heimat-Vorstandsmitglied Harro Iden die größere Flexibilität eines kapitalistisch organisierten Unternehmens für die Forderungen der investitionswilligen Kapitale folgendermaßen: „Der Entwurf geht davon aus, daß ein Sanierungsträger ausschließlich als Treuhänder der öffentlichen Hand auftritt. Dieses System hat zweifellos Vorteile, für die praktische Durchführung sind jedoch auch Nachteile ersichtlich. Starke Anbindungen an die Gemeinde, die sich aus der Treuhänderfunktion ergibt, engt die unternehmerische Beweglichkeit und die Möglichkeiten des Sanierungsträgers ein ... Es ist unbedingt nötig, daß über die vorgesehenen Möglichkeiten hinaus abweichende Vereinbarungen über das Treuhandverhältnis zwischen Gemeinde und Sanierungsträger ermöglicht werden. Risiken sollten zwischen den Beteiligten auch teilbar sein und die unternehmerische Initiative müßte erhalten bleiben. Kleinere Gemeinden werden nur unter diesen Voraussetzungen erforderliche Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen in Angriff nehmen. **Diese Kritik an der vorgesehenen Regelung soll kein Mißtrauen gegenüber der Arbeit der öffentlichen Hand bedeuten;**“⁽⁶⁾ Eine unverschämtere Formulierung für die ausdrückliche Forderung einer direkten Übertragung staatlicher Kompetenzen an das Kapital kann man sich kaum denken. Daß die Neue Heimat es sich leisten konnte, diese Forderung derart unverblümt zu stellen, war allerdings auch schon das Resultat jahrelanger Arbeit an einem weiteren Monopol: ihrer beherrschenden Rolle bei der Entwick-

lung politischer Konzeptionen des Städtebaus. Diese hatte sie hartnäckig und zielstrebig über ihr vielleicht raffiniertestes Instrument herausgearbeitet: die GEWOS e.V.!

Die GEWOS e.V.

Noch bevor die Neue Heimat ihre erste Infrastruktur-Instrumentalgesellschaft – die „Neue Heimat Kommunal“ – gründete, rief sie am 1.8.1963 die Gesellschaft für Siedlungs- und Wohnungswesen e.V. (GEWOS e.V.) ins Leben. Sie war von Anfang an konstruiert als kapitalistisch gesteuerter außerparlamentarischer Riesenausschuß zur Steuerung der Städtebaupolitik. Schon auf der Gründungsversammlung präzierte Vieter die Ziele: „Sowohl die unternehmerische Wohnungswirtschaft, wie der Realkredit, die Städte, die Gemeinden, die Gemeindeverbände, der Bund und die Länder möchten viele Fragen beantwortet haben, die für die weitere Entwicklung des Wohnungsbaus und der Sanierung, der Städteerneuerung der Raumordnung von Bedeutung sind. Die Antworten auf diese Fragen müssen durch wissenschaftliche Forschungen, Strukturuntersuchungen und die systematische Auswertung der bereits vorliegenden Untersuchungen gewonnen werden.“⁽⁷⁾ Und auf der ersten Jahresversammlung: „Wohnungsbau, Städtebau, Stadtsanierung und Raumordnung sind entscheidende gesellschaftspolitische Aufgaben im Dienst der Wirtschaft und nicht zuletzt des Menschen. Aber zur Bewältigung dieser Aufgaben fehlen immer noch die wichtigsten Grundlagen und Grunddaten.“⁽⁸⁾ Mit sicherem Instinkt gestaltete die Neue Heimat ihr Instrument zu einer Mischung von „wissenschaftlichem“ Institut, Public-Relations-Einrichtung, Show-Business und exklusivem Club für die Creme aus Wirtschaft und Politik. Um von vorneherein der GEWOS die größtmögliche öffentliche Glaubwürdigkeit zu sichern und gleichzeitig die wahren Abhängigkeitsverhältnisse zu verschleiern, wurde sie als Verein organisiert, der Form nach eine autonome Personenvereinigung, an der es keine Eigentumsrechte gibt. Diese „Autonomie“ war allerdings nur juristischer Schein. Praktisch hielt die Neue Heimat alle wichtigen Posten mit ihren Leuten besetzt. Vorstand, d.h. das allein vertretungsberechtigte Vereinsorgan wurde „Generalsekretär“ Heinz Roosch. Roosch war nach seiner Einstellung bei der Neuen Heimat im Jahre 1952 bald zum Hauptabteilungsleiter für Finanzierungsfragen und dann zum kaufmännischen Leiter avanciert und hatte diesen Posten bis zur Gründung der GEWOS inne. Im Präsidium des Kuratoriums – eine Art kollegiales Kontroll- und Aufsichtsorgan – gehörten von drei Leuten zwei der Neuen Heimat an: als Vorsitzender des Kuratoriums Albert Vieter persönlich, in seiner Funktion des Vorsitzenden des Wissenschaftsrats Prof. E. May, Leiter der Planungsabteilung der Neuen Heimat. Der Dritte, E. Godefroy von der Deutschen Genossenschaftshypothekenbank hatte den weniger wichtigen Posten als Vorsitzender des Verwaltungsrats inne.

Der Bestand des Kuratoriums selbst flukturierte und wurde ständig nach Gesichtspunkten des politischen und wirtschaftlichen Einflusses aufgebessert. Die Namensliste des 1969 neu bestellten Kuratoriums spricht für sich: Präsident: Albert Vieter; weitere Mitglieder: Bundesminister a.D. Ewald Bucher; E. Godefroy; Senator Horst Grabert, Beauftragter für Bundesangelegenheiten des regierenden Bürgermeisters von Berlin; Staatssekretär F. Halstenberg, Chef der Staatskanzlei des Landes Nordrhein-Westfalen; Walter Hesselbach, BfG-Vorsitzender; Harro Iden und Paul Seitz aus dem Vorstand der Unternehmensgruppe Neue Heimat; H.I. Lange, Beigeordneter des Deutschen Städtetages; Heinz Dietrich Ortlieb, Direktor des Hamburger Weltwirtschaftsarchivs; Oswald Paulig, Präsident des Bundes Deutscher Konsumgenossenschaften, MdB; Ludwig Rosenberg; K. Saage, Präsident des Bundes Deutscher Architekten; Josef Stingl, Präsident der Bundesanstalt für Arbeit;

Louis Storck, Staatssekretär im Bundesministerium für Städtebau und Wohnungswesen.

Zu den Mitgliedern des Vereins zählen neben den einzelnen Neue Heimat-Gesellschaften das Bundesministerium für Städtebau und Wohnungswesen, einige Bundesländer, unter anderem Hamburg und Berlin, einige Wohnungsbauunternehmen, sowie führendes Management von Staat und Wirtschaft. Ihre Anzahl: 193 im Jahre 1966, 302 im Jahre 1972. Eine unglaubliche Menge höchster Funktionäre aus Staat und Wirtschaft arbeiteten in Kommissionen für verschiedene Spezialbereiche mit: „Finanzierung“, „Wohnungsstandard, Wohnungsbedarf und Wohnungsaufsicht“, „Arbeits-, Wohnstätte – Nahverkehr“, „Boden- und Enteignungsrecht“ usw. Ich kann sie hier namentlich nicht alle auflisten, aber sie reichen von Ministern, Staatssekretären, Oberbürgermeistern, ehemaligen Senatspräsidenten am BGH bis zu den obligatorischen Vorstandsmitgliedern der Neuen Heimat.



Über dieses Instrument wurde die Neue Heimat zum entscheidenden Motor plankapitalistischer Vereinheitlichung auf dem Feld des Städtebaus und der Raumordnung. Von hier aus wurde das Zentrale-Orte-Modell (dessen Ursprünge in den Nationalsozialismus zurückreichen) als Raumordnungskonzept propagiert und forciert. Hierüber nahm die Neue Heimat Einfluss auf das „Städtebauförderungsgesetz“, das auch „Lex Neue Heimat“ genannt wurde. Das bei vielen Sanierungen angewendete „Bewertungssystem zur Beurteilung von Sanierungserfordernissen“ der GEWOS e.V. sorgte für gutachterliche Richtlinien in die Richtung von Kahlschlag und Flächensanierung. Der in der GEWOS entwickelte „Entwurf eines Gesetzes zur Sicherung gesunder Wohnverhältnisse“ legte die Grundlagen für das spätere „Modernisierungsgesetz“. Die Kommission „Bodenrecht“ bereitete mit ihrer Propaganda für ein System von Infrastrukturkostenbeiträgen, Planungswertausgleichsabgaben, flankierenden steuerlichen Maßnahmen sowie eines Arsenal von Abbruch-, Modernisierungs- und Baugeboten die nunmehr erfolgte Novellierung des Bundesbaugesetzes von langer Hand vor. Dies sind nur einige der wichtigsten Initiativen.

Die Dreistigkeit in dieser informellen Organisation von Staatsgewalt ging soweit, daß es Anfang 1973 der Wohnungs- und Städtebauminister Vogel wagte, sich mit Vietor über die GEWOS anzulegen. Es störte ihn vor allem, daß Beamte seines Ministeriums in Ausschüssen der GEWOS mitarbeiteten und als Staatsdiener Gesetzesvorschläge prüfen mußten, die sie vor-

her mit ausgearbeitet hatten. Die Kontroverse verlief zeitweise dramatisch und führte sogar zu einer parlamentarischen Anfrage der CDU/CSU. Nach mehreren laschen Dementis durfte Vietor mit Genugtuung vermerken, daß auch der widerborstige Vogel der GEWOS und der Neuen Heimat seine Referenz erwies und auf der Jahresversammlung der GEWOS den gerügten Gesetzesvorschlag seiner Beamten aus den Händen der GEWOS entgegennahm.

Neben der GEWOS e.V. sind als weitere Instrumente der Beeinflussung der Stadtplanung zu nennen: das 1972 von der Nordrhein-Westfalen gegründete „Institut für Bodenordnung“, das voll im Eigentum der Neuen Heimat stehende renommierte „SIN-Städtebauinstitut“, die „Bundesarbeitsgemeinschaft für Städtebau- und Wohnungspolitik der SPD“, in der Vietor den stellvertretenden Vorsitz führte. Natürlich darf an dieser Stelle der direkte „Filz“ nicht vergessen werden. Schon die „Neue Heimat-Kommunal“ führte in ihrem Aufsichtsrat insgesamt

Landesminister, die Anzahl der Bürgermeister, Landtagsmitglieder, ja sogar Minister in den Aufsichtsräten der Neuen Heimat-Gesellschaften war immer sehr groß.

Mit diesem Gesamtinstrumentarium hat die Neue Heimat eine führende Rolle in der Reorganisation in der BRD übernommen. Ihr Beitrag an der Entwicklung der Raumordnungsprogramme hat Zentralisierung und Konzentration des tertiären Sektors und die Entwicklung industrieller Schwerpunkte vorangetrieben. Sie hat den Wohnungsbau in den Dienst neuer Industrieansiedlungen gestellt, ja sie hat sogar selbst Industrieansiedlungen projektiert usw. Es würde den Rahmen dieses Beitrages sprengen, wenn ich hierauf näher eingehen wollte. Ich möchte mich hier vielmehr auf denjenigen Sektor beschränken, der das Kernthema dieses Heftes bildet: den Reproduktionsbereich.

Hier liegt auch der eigentliche gesellschaftspolitische Schwerpunkt der Neuen Heimat. Mit ihrer beispielgebenden Entwicklung von integrierten Einkaufszentren und Großwohnanlagen, die zugleich als Strukturmodell für die später in Angriff genommenen Stadtsanierungen dienten, übernahm sie die Führung in der Zerstörung gesellschaftlicher Zusammenhänge und der Unterwerfung gesellschaftlichen Lebens unter ein Modell von Verwertung, Herrschaft und Kontrolle. Es baut auf auf der systematischen Isolierung der Kernfamilie, die, ihres Halts im Netz sozialer Beziehungen beraubt, verfügbar wird für ihre Verwertung im Einkaufszentrum – der kapitalistischen Aneignung

des öffentlichen Alltags – verfügbar darüberhinaus für die Scheinversprechungen sozialen Aufstiegs und als flüssiges Angebot mobiler Arbeitskraft.

Die technologische Gewaltstruktur der Großsiedlung

In dem Beitrag von Gisela Schmidt über Einkaufszentren wurde bereits ausführlich dargestellt, daß und wie das integrierte Einkaufszentrum als Kern und strukturelle Verdichtung der Gewaltorganisation in der Gesamtsiedlung konzipiert ist. Das Einkaufszentrum Hannover-Laatzten, aus dem auch die Bilder stammen, wurde von der Gewerbebau-Träger GmbH gebaut. Die dort beschriebene funktionale Verödung des Siedlungsraumes als Mittel der Einsaugung und Unterwerfung der Lebensbedürfnisse unter das Zentrenkapital und gleichzeitig als Mittel

ist die Pflanzgärtchen-Aktion in einer Wiesbadener Siedlung. Kinder durften selbst Pflanzgärtchen „betreiben“, anders kann man es kaum nennen. Durchführungsordnung: „Jedes Beet soll etwa 3 Quadratmeter groß sein und mit Gehwegplatten eingefasst werden. Durch die gruppenweise halbkreisförmige Anordnung der Beete werden übersichtliche Bereiche geschaffen, sodaß die Kinder sich in der Anlage gut orientieren können. ... Der gesamte Garten wird mit sogenanntem Jägerzaun aus Holz gegenüber den anderen Außenanlagen abgegrenzt.“⁽⁹⁾ Die politische Intention der Lebensprogrammierung wurde besonders plastisch, als die Neue Heimat nach den ersten Krisenerscheinungen in ihrem Gewaltprogramm begann, den „halb-öffentlichen Bereich“ zwischen den Wohnungszellen dosiert durch sogenannte „Gemeinschaftseinrichtungen“ zu lockern. Geigenberger, Vorsitzender der Neuen Heimat Bayern sagte damals: „Ein wichtiges Moment ist auch der halböffentliche Bereich, um den sich Bauherren intensiv kümmern können und müssen, wie z.B. Außenanlagen, Treppenhäuser, Hauseingän-



striktester Verhaltenskontrolle wird durch dieselben Gewaltformen realisiert wie im Zentrum selbst. Der gesamte Raum ist organisiert als extrem verarmtes reduziertes „Raumprogramm“ aus genormten, räumlich genau festgelegten und voneinander abgeschotteten Lebensfunktionen: Schlafzimmer, Wohnzimmer, Küche, Clo, Treppenhaus, Keller, Wege, unbetretbarer Rasen, abgerenzte Spielplätze.

Die Neue Heimat hat immer wieder unerbittlich deutlich gemacht, daß sie die strikte Verhaltensorientierung am Raumprogramm und damit ihre Herrschaft und Kontrolle über den Lebensalltag rigoros durchzusetzen gedenkt. Dies wird vor allem an trivialen Beispielen deutlich. In den sechziger Jahren bemühte sie eine Reihe von Gerichtsverfahren, um die Aneignung des Rasens durch spielende Kinder einzudämmen. Ihre eigenen Mieter wurden unter Berufung auf das Exklusiveigentum der Neuen Heimat am Rasen mit einstweiligen Verfügungen geradezu bombardiert. Wenn die Neue Heimat den Kindern einmal mehr erlaubte, so nahm dies häufig geradezu groteske Formen von Kontrolle an. Ein besonders drastisches Beispiel

ge und auch Gemeinschafts- bzw. Gruppenräume. Bei den ersten bemühen wir uns, das Angebot auszubauen. Was aber Gruppenräume angeht, so habe ich da eine etwas andere Meinung. Entweder verwaarloosen sie und stehen dann leer oder sie sind für Übertüchtige ein Instrument der Manipulation. Der Mittelweg wäre nur denkbar durch geschulte Kräfte für ein inhaltliche Betreuung.“⁽¹⁰⁾

Die objektive Gewaltstruktur durch Raumprogrammierung wird ergänzt durch eine systematische Planung der Bevölkerungsstruktur. Die Isolation der Wohnzellen voneinander, die Verhinderung kollektiver Ansätze im Raumprogramm bilden natürlich auch den Kern der Sozialplanung, der Planung sozialer Nicht-Beziehungen. Das Isolationsmodell ist nichts anderes, als das Modell eines auf die Spitze getriebenen Sozialdarwinismus. Er wird intensiviert durch das Strukturmodell der sog. „feinkörnigen sozialen Mischung“. Zielsetzung ist, unter allen Umständen eine homogene Sozialstruktur zu vermeiden und zusätzlich durch die Mischung voneinander angrenzenden „Schichten“ über den Mechanismus des Neides soziales Aufsteigertum zu

imitieren. „Dabei soll einer der Hauptgrundsätze wohl in dem Ziel bestehen, vor allem keinerlei Ghettocharakter aufkommen zu lassen. Einschlägige Erfahrungen weisen daraufhin, daß eine heterogene Bevölkerungsstruktur am ehesten positive Spannungsfelder schafft, eine gewisse Dynamik der sozialen Beziehungen fördert und zu einer dauerhaften Vitalisierung der Sozialkontakte eines Gemeinwesens beiträgt ...“¹¹⁾



„Das Wohnungsangebot soll m.E. in ganz kommerzieller Weise erfolgen ... Der Interessent sucht aus – nach Plan und Modell – was ihm gefällt, solange der Vorrat reicht. Der Vergeber prüft dabei die in der Person bzw. im Familienstand liegenden Voraussetzungen der Förderungswürdigkeit pp. Nur so wird die „künstliche“ Bewohnerstruktur bereits am Anfang ein wenig „humanisiert“ und auch harmonisiert. Vor allem werden so Ghattobildungen vermieden. Schließlich wirkt die eigene Entscheidung (anstelle der Zuteilungsannahme) positivierend in der Einstellung zur Gesamtlage und bildet damit einen weiteren positiven Schritt auf dem Wege zu einer ansprechenden Atmosphäre und Anpassung. Zeigt sich nach einer Belegungsphase in der nicht befriedigten Nachfrage eine andere Struktur als die die Wohnungstypenmischung im vergebenen Block vorsah, wären im Rückkopplungsverfahren die nächsten Blocks entsprechend und anders aufzuteilen, wobei allenfalls soziologische Limitierungen zu berücksichtigen wären. Die für die Strukturharmonie wichtigen Gesichtspunkte sollten Primat haben vor der Räumung bestimmter Nachfragekontingente.“¹²⁾

„Und es wäre schließlich zu fragen, wie das Mischungsverhältnis mindestens sein muß, um sozial einen leichten Trend nach oben zu bekommen. Diese konkreten, aber sehr schwierigen Fragen sind zu beantworten und ggf. in subtiler Form zum Bestandteil der Vergabeschulung zu machen.“¹³⁾

Höhepunkt der subtilen Planung feinkörniger Mischungen ist das Sozialkonzept, das für das Riesenstädtebaukonzept Billwerder-Allerhöhe in Hamburg vorgesehen war. Dort wurde mit drei verschiedenen Quartierstypen operiert, die jeweils ihrerseits wieder eine andere prozentuale Zusammensetzung der drei gemischten „Schichten“ haben sollten. Der neidfördernde und leicht distanzierende Effekt wird nach außen vermittelt durch die Akzentuierung und gegenseitige Absetzung verschiedener Wohnungstypen, die darauf angelegt sind, soziale Unterschiede zu symbolisieren. Gerade die Neue Heimat hat sich intensiv um diese Fragen gekümmert. Beleg dafür ist ein eigens auf diese Fragen ausgerichtetes Projekt der GEWOS e.V. gewesen: „Bauform und Wohnverhalten“ das den Fragen induzierter sozialer Integration und Desintegration in subtiler Weise nachgeht. Gerade an den oben zitierten Äußerungen wird deutlich, daß Integration nichts, aber auch gar nichts mit sozialer Einbindung, Förderung sozialer Beziehungen, Aufhebung gesellschaftlicher Isolation zu tun hat, sondern umgekehrt: Integration ist die subtile Förderung sozialer Distanzen, die das Konzept der strukturellen Isolation durch Raumprogrammierung nur fortsetzen.

Im übrigen ist festzustellen, daß die Praktiken der Neuen Heimat nur den Techniken der kapitalistischen Sozialtechnokraten zur Förderung sozialer „Mobilität“ folgen. Ein inzwischen ungeheuer ausdifferenziertes System von Statuszeichen nährt künstlich eine Aufsteigermentalität, die nach dem Zusammenbruch der Ideologie umfassender Aufstiegschancen den Sozialdarwinismus künstlich am Leben halten soll. Nennen diese Einrichtung von Aufstiegersatz „unechte Mobilität“.

An dieser Stelle darf auch nicht vergessen werden, daß die innere Mobilisierung und Entwurzelung der Bewohner selbst noch über den äußeren Ausdruck technologisch-induzierter Lebensrationalisierung erreicht wird. Es war eine fundamentale Feststellung der Forscher, die auf die Untersuchung der Folgen von Sanierungsmaßnahmen in den USA angesetzt waren, daß die Arbeiter in den alten Arbeitervierteln ihre Identität in besonders starkem Maße auf die sinnlich-konkreten räumlichen Merkmale und das Geflecht sozialer Beziehungen des Viertels bezogen.¹⁴⁾

Der völlig abstrakte und verarmte Charakter der neuen Siedlungen läßt Anbindungsmöglichkeiten für eine solche Identität gar nicht erst aufkommen. Identität als konkrete Besonderheit ist vom – noch im letzten Detail der Umwelt sichtbaren – Gerippe des Schemas abgefallen, das sich in seiner Serialität permanent in die Alltagserfahrungen eindrückt.

Über ihre innere Struktur wurden die Großsiedlungen erst im besonderen Maße auch raumordnerisch als Mittel zur optimalen Verwertung der Arbeitskraft verfügbar. Als „Sozialkapital“, wie der wissenschaftliche Leiter der GEWOS e.V., Jochimsen, sich ausdrückte¹⁵⁾ sollten sie im Rahmen der Bildung neuer industrieller Schwerpunkte die entsprechenden Reservoirs von extrem mobilisierter Massenarbeit bilden. Gefüllt werden sollten sie durch die systematische Vertreibung der Bewohner alter Arbeiterquartiere mit den Mitteln großflächiger Sanierungsmaßnahmen.¹⁶⁾ Hier wird eine funktionale Beziehung zu den Anstrengungen der Neuen Heimat deutlich, mit dem „Städtebauförderungsgesetz“ und dem bereits erwähnten Bewertungsprogramm für sanierungsverdächtige Viertel Instrumente für diese Umsetzungsprozesse bereitzustellen.

Die Ausdehnung des „Modells Großsiedlung“ auf die Gesamtgesellschaft

Die erste Angriffswelle dieser Realisierung von Serien gewalttätiger Lebensschemata in Großsiedlungen betraf ungefähr 700 000-1 000 000 Menschen. Bis 1970 war die Neue Heimat an der Herstellung von 13 Anlagen über 5 000 Wohnungen, 7 Anlagen über 7 000 Wohnungen und einer Anlage von über 20 000 Wohnungen beteiligt. Dazu gehören die größten Objekte, die überhaupt jemals in der BRD realisiert worden sind. Zugleich aber bildete die Großsiedlung das nunmehr an lebenden Menschen erprobte Modell für die Zerstörung gewachsener Städte durch Sanierung. Wir können ihre Merkmale bis in die Einzelheiten der Reorganisation von Altstadtquartieren und Kernen von mittleren bis großen Städten, aber auch Kleinstädten verfolgen. Die Zentralisierung aller städtischen Funktionen, die Organisation des Kerns nach dem Gewaltschema der Einkaufszentrums als „Fußgängerzonen“ die Ausdünnung des Zentrumsumfeld, die Schaffung einer differenzierten Sozialstruktur in einem konzentrischen Stufengefälle, waren die Leitvorstellungen, die der Entwicklung der integrierten Großsiedlung als Retorte neuer gesellschaftssanitärer Rationalisierung entlehnt waren. Beispielhaft hat die Neue Heimat auch diese zweite Angriffs- und Zerstörungswelle angeführt, die dann später nach dem einmal entwickelten Schema von vielen Landesentwicklungsgesellschaften und Kommunen fortgeführt und verbreitert wurde. Als besonders umkämpft sind ihre Sanierungen in Hameln und im Karlsruher „Dörfle“ bekannt geworden.

Ich habe ihre Beteiligung in Sanierungsmaßnahmen nicht gezählt, aber es sind mit Sicherheit über 40. Der begrenzte Raum erlaubt es mir nicht, dies an dieser Stelle beispielhaft zu erläutern. Ich denke aber, daß die meisten Leser sanierte Städte aus eigener Anschauung kennen und die hier beschriebenen Grundzüge der Rationalisierung des städtischen Alltags in ihnen wiedererkennen werden.

Rationalisierung des Alltags als Mittel des Klassenkampfes

Eine der entscheidendsten Gesichtspunkte dieser technologischen Totalrationalisierung und Enteignung von Leben ist jedoch ihre Funktion als reaktiver und präventiver Zug im Klassenkampf.

Aus der Geschichte des Kampfs in der Produktion ist bekannt, daß jede arbeitsorganisatorische Reorganisation mit der Verbesserung der ökonomischen Verwertungsbedingungen zugleich untrennbar auch ein Kampfschritt gegen das betrieblich-soziale Geflecht proletarischer Insubordination war. Ebenso dient die gewaltsame Rationalisierung des Reproduktionsbereichs der Zerstörung und Verhinderung der für die alten Arbeiterquartiere typischen horizontalen Geflechte sozialer Zusammenhänge. Denn sie waren es gerade, die zu jeder Zeit – undurchsichtig für den Gegner – die schnelle Organisation des Widerstands und seine flexible Anpassung ermöglichten. Vietor drückt dies in einer für die sozialdemokratischen Herrschaftsformen so typischen Diktion fürsorglicher Kontrolle so aus: „Ich meine, meine Damen und Herren, damit ist das Zeitalter eines wahren demokratischen Städtebaus angebrochen. Es wird dem Proletarier im Proletarierquartier, der keinen inneren Bezug zu seiner Stadt hatte, weil er sich noch als ungeliebtes Kind ausgestoßen fühlte, nur noch als schreckliche historische Erinnerung geben.“

Jeder etwas aufgeklärte Historiker und Soziologe weiß, daß gerade das Gegenteil richtig ist. Den inneren Bezug zu **seiner Stadt** konnte der Proletarier nur in seinem Quartier herstellen. So zielt denn die Strategie gewerkschaftlicher Rationalisierung in jedem einzelnen der hier beschriebenen Ansätze direkt auf die materielle Basis dieser „schrecklichen historischen Erinnerung“.¹⁷⁾

Die Isolation der Kernfamilie, ihre Mobilisierung, das gesteuerte Aufsteigertum, die Techniken des begrenzten Neides zielten auf die Zerstörung und Verhinderung eines autonomen gesellschaftlichen Beziehungsgeflechts. Elisabeth Pfeil, häufige Mitarbeiterin der GEWOS e.V., konstatiert als Ergebnis der Mobilisierung der Familie: „Sehen sie am Ende die wiedereingewurzelte Familie, so hat sich ihr Verhalten gegenüber dem Verhalten im alten Stadtteil verändert. Das Leben hat sich stärker auf die Kernfamilie konzentriert ...“ „In gewisser Weise machen die Arbeiter, verpflanzt in Wiederaufbaugebiete oder Neubaugebiete, einen Emanzipationsvorgang durch, den die anderen bereits vor zwei oder drei Generationen vollzogen haben. Ihr Verhaltensstil ändert sich, seit sie die fabriknahen Arbeiterviertel mit ihrer starken inneren Sozialisation verlassen und in sozialgemischte Gebiete kommen.“¹⁸⁾

Ein anderer Aspekt dieses Angriffs ist die Zentralisierung der Öffentlichkeit und Reorganisation zur Maschine. Der Beitrag über Einkaufszentren von Gisela Schmidt macht deutlich, daß sich ihre technologische Struktur von der Zerstörung der horizontalen tauschförmigen Kommunikationsstruktur nährt, wie sie in traditionellen Quartieren üblich war. Wenn diese in den Zeiten der Ruhe auch die kleinbürgerlichen Verkehrsformen und Verhaltensstile der Arbeiterklasse zum Vorschein brachte, so war es in den Zeichen des Kampfes gerade der in diesen Strukturen enthaltene Rest von Autonomie, der jäh mobilisiert werden konnte. Selbst zur Zeit des Nationalsozialismus war es nach Zerstörung aller kommunistischen und sozialistischen Or-





organisationen gerade dieses für die Gestapo kaum einsehbar horizontale Geflecht gewesen, das die informelle Reorganisation des antifaschistischen bewaffneten Kampfs der jugendlichen Untergrundkämpfer (Navajos, Edelweißpiraten, usw.) entscheidend begünstigte.

An der Erkenntnis, daß die sozialdemokratische Strategie der Totalrationalisierung von Leben und Alltag mit ihrer technologischen Verwertungsfunktion untrennbar zugleich auch ein direktes Mittel des Klassenkampfes ist, sollte uns der über sie gewebte Schein in der Normalität nicht irre machen. Sicher sind die alten Formen des Kampfgetümmels in ihm nicht mehr zu erkennen und so ist auch das explizite Vokabular des Kampfes aus den Sprachregelungen der Normalität des „30-jährigen Friedens“ gebannt. Aber strukturelle Kampfstrategien von einer derartigen Totalität und Tiefe haben andere Erscheinungsformen und Zyklen als die traditionellen Formen.

Die Krise der strukturellen Gewalt und Ökonomie: umschalten von Integration auf Aussonderung

Die Krise des Massenmietwohnungsbaus

Wenn ich an dieser Stelle von „Krise des Wohnungsbaus“ spreche so will ich gleich vorausschicken, daß die hier dargestellten Feststellungen und Hypothesen kaum etwas mit den gängigen Vorstellungen zu tun haben, die mit Schlagwörtern wie „Krise des sozialen Wohnungsbaus“, „Krise der Stadt“ bezeichnet werden. Erklärungen wie: der Stop des sozialen Wohnungsbaus sei auf die enormen Baupreissteigerungen, die Hochzinspolitik der Bundesbank usw. zurückzuführen oder: die Krise der Städte sei im Kern eine „Finanzkrise“, eine „Infrastrukturkrise“, bewegen sich am Rande und bezeichnen zum Teil heteroge Folgewirkungen grundsätzlicher politischer Entscheidungen. Vor allem ist die Krise des Massenwohnungsbaus nicht die unschuldige Fehlentwicklung und bloße Auswirkung ganz anders verorteter Ursachen, sondern sie ist die mitgeplante Implikation einer Grundentscheidung des Kapitals: der fundamentalen Reorganisation der Gesamtarbeit, die ihrerseits wiederum eine Antwort auf die technologisch-ökonomische Verwertungs Krise darstellt.

Am Massenmietwohnungsbau wird dies am leichtesten deutlich. Er war ja strukturell an die Strategie der Massenarbeit überhaupt und die Funktion der Zuordnung von Arbeitskräftereservoirs zu den Zonen industrieller Produktion gebunden. Ökonomisch konnte nur die Verwertung von Massenarbeit den Massenwohnungsbau tragen. Aber es war die Massenarbeit, die Mitte bis Ende der 60iger Jahre in eine entscheidende, globale Krise geraten war. Die technologische und Kontrollstrate-

gie der Effektivierung mit den Mitteln der Arbeitsorganisation war an ihre Grenze gestoßen. Auf dem Extrempunkt ihrer Entwicklung wurde die Zerstörung der Rhythmen und Abläufe derart brutal, daß die Möglichkeiten irgendeiner Identifikation mit der Arbeit völlig beseitigt waren und Symptome einer umfassenden globalen Motivationskrise erkennbar wurden. Sie drückte sich in den verschiedenartigsten Krisenerscheinungen aus: Streiks, Sabotage, Verweigerung, Absentismus erreichte einen derartigen Grad der Insubordination (vor allem in Italien), daß sich auch das bundesrepublikanische Kapital zu einem drastischen Schritt multinationaler Reorganisation der Gesamtarbeit gezwungen sah.

Wie im einzelnen das Kapital mit Unterstützung der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften die Strategie der Automation auf nationaler Ebene und die gleichzeitige Verlagerung der Sektoren taylorisierter Massenarbeit in die sogenannte „Dritte Welt“ durchsetzte und damit eine neue Phase imperialistischer Gesamtarbeit einleitete, ist bekannt und braucht hier nicht näher ausgeführt zu werden. Damit waren aber eine Reihe von unmittelbaren und mittelbaren Folgen impliziert, gleichsam mitgeplant. Was das Konzept des strukturellen Massenmietwohnungsbaus anlangt, so hatte es keine Funktion im Verwertungszusammenhang des Kapitals mehr. Es wurde aufgegeben. Als spektakulärstes Beispiel sei das Projekt Billwerder-Allemöhe in Hamburg genannt. Ursprünglich geplant als Arbeitskräftereservoir für die Industrieschiene an der Unterelbe, verschwand es in den Schubladen, als endgültig zugunsten der Ansiedlung hochautomatisierter Industrien entschieden wurde.

Die fundamentale und langfristige Implikation dieser Reorganisation war jedoch der Bruch mit der bisherigen integrativen Struktur- und Sozialpolitik und der Beginn einer neuen Politik der Segregation, der Spaltung von kapitalistisch relevantem sozialen Kern und aus dem Verwertungszusammenhang graduell herausfallendem Bevölkerungsausschuß, der Politik von Aussonderung und Kontrolle.

Strukturkrise der Verwertungsvoraussetzungen

Der Produktionssektor war zwar der Kernbereich, aber nicht der einzige, den der technologische Angriff in die Krise geführt hatte. Dies gilt in gleichem Maße für die Rationalisierung der Verwertungsvoraussetzungen, die Ende der 50er Jahre eingesetzt hatte. Hier sind auch ein Teil der Phänomene anzusiedeln, die in der Stadtplanungsdiskussion unter den Begriff „Krise der Stadt“ zusammengefaßt werden. Es ist an dieser Stelle nicht möglich, sie detailliert zu schildern und zu systematisieren.

Zum Teil gehören sie zum Kern der fundamentalen Krise der technologischen Gewaltstrategie des Kapitals. Die Beiträge von Gisela Schmidt und mir (zur Zerstörung des Alltags) haben deutlich gemacht daß die Rationalisierung von Leben im Reproduktionsbereich nach denselben Prinzipien vorgenommen wurde, wie sie auch im Produktionssektor angewendet wurden.

Folge war auch hier eine politisch-technologische Krise: Da ist zunächst einmal der in jeder Großwohnanlage auftretende Unwille über die Öde und die gewaltsame Monotonie der Siedlung. Über Untersuchungen, zum Teil sogar selbst durchgeführt von der Neuen Heimat, (offenbar in Erwartung eines anderen Ergebnisses), ist derart viel Kritik aus den Siedlungen an die Öffentlichkeit gelangt, daß ich sie an dieser Stelle wohl nicht weiter zu belegen brauche. Unruhe im Management der Neuen Heimat rief sie vor allem da hervor, wo sie sich über neue Initiativen ausdrückte.

Besondere Besorgnisse galten aber auch verschiedenen Erscheinungsformen dieser Krise im Verhalten der Kinder und der Jugendlichen. Formen des Vandalismus und der Kleinkriminalität waren überall zu finden. Politisch manifestiert haben sie sich sogar in Besetzungen. So haben sich 1973/74 die Jugendlichen der Neue Heimat-Siedlung „Falkenhagener Feld“ das frisch errichtete sozial-kulturelle Zentrum (mit Schönheitssalon für die Arbeiterfrauen, rigider Freizeitorganisation) völlig angeeignet und umfunktioniert. Zeitweise war es Tag und Nacht mit einem unglaublichen Reichtum verschiedenster autonomer Aktivitäten bis hin zu politischen Diskussionsgruppen angefüllt.

Darüberhinaus – im gesamten Krisenkomplex mehr an der Peripherie angesiedelt – gibt es ein ganzes Feld verschiedenster Engpässe und Reibungen in der Durchsetzung des planstaatlichen Rationalisierungschubs seit Ende der 50er Jahre.

So wurde eine Teilbedingung für das jähe Ende des Massenmietwohnungsbaus sicher durch die Neuverteilung staatlicher Ausgaben im Rahmen dieses Organisationsprogramms herbeigeführt. In diesem Zusammenhang ist der schrittweise völlige Abzug staatlicher Subventionen und Investitionen im Sektor des Massenwohnungsbaus einzuordnen. Gerade die Neue Heimat, die beim völligen Zusammenbruch sozialen Wohnbaus in den Jahren 1972/73 so viele Krokodilstränen vergoß, hatte in den 60er Jahren die radikale Umorientierung des städtischen Budgets vom Wohnungsbau in Infrastrukturmaßnahmen gefordert. Daß die zu reinen Kapitalaufwandsbeihilfen (Zinszuschüsse, Anuitätsbeihilfen, Aufwendungsdarlehen) eingeschränkte Subventionen später notwendigerweise zu den „programmierten Mietsprüngen“ führen mußten, die 1973 bereits Kostenmieten von 16.– pro m² zur Folge hatten, war den erstklassigen Finanzierungsspezialisten der Neuen Heimat mit Sicherheit immer präsent. Im übrigen muß zur Ehre der Neuen Heimat gesagt werden, daß sie nie so dumm war, wie sie sich gab. Sehr früh setzte sie schon an, das sinkende Schiff zu verlassen. Schon in der ersten Hälfte der 60er Jahre begann sie, den sozialen Massenmietwohnungsbaus zugunsten von Eigentumswohnungen zu reduzieren. Im Jahresbericht des Konzerns im Jahre 1970 heißt es schließlich: „Die Neue Heimat ist der Auffassung, daß Aufgaben der Stadterneuerung und Stadtentwicklung und Strukturverbesserung nicht mit eigentumsfeindlichen Maßnahmen gelöst werden können, sondern durch Schutz und Förderung des privaten Eigentums. Sie wird das Schwergewicht ihrer Wohnungsbautätigkeit auf eigene Rechnung auf Wohnungen für sog. Problemfälle verlagern.“⁽¹⁹⁾

Von den 1970 fertiggestellten Wohnungen waren bereits 47,2% Eigentums- und Betreuungsobjekte, nach den Worten von Vieter ging es darum die restlichen 45% „mit mehr Eigentum auf neuen Wegen“ auszufüllen. Tod des sozialen Wohnungsbaus? Besser: Tötung des sozialen Wohnungsbaus. Und dies, das sei am Rande noch bemerkt, bei einer von der Neuen Heimat im Jahre 1970 selbst noch registrierten Obdachlosigkeit von 800 000 Familien, die in Baracken, Nissenhütten und sonstigen unzureichenden Wohngelegenheiten lebten.

Darüberhinaus machten regelrechte Mieteraufstände in den Siedlungen deutlich, daß man mit dem Abpressen der eingeplanten Mietsprünge bald auf Schwierigkeiten stoßen mußte.

1973 beschloß eine Mieterversammlung der neuen Siedlung Darmstadt-Kanichstein einen Mietboykott. 400 Mieter der Neue Heimat-Siedlung Bremen-Huchting beschlossen 1974 Heizkostensprünge nicht mehr zu bezahlen. Neue Heimat Chef Vieter sprach seine Befürchtungen damals offen aus: „Nach Wegfall der Subventionen erreichen wir im sozialen Wohnungsbau bald m²-Mieten von 11-12.– DM. Wenn wir dieses Problem nicht schnell im Griff haben so bekommen wir eine Mieterrevolution.“⁽²⁰⁾

Es gibt sicher noch eine ganze Menge weiterer technischer und politischer Schwierigkeiten und Grenzen bei der Durchsetzung der beabsichtigten gesamtgesellschaftlichen Rationalisierung, die die Umstellung des Kapitals auf ein neues Konzept gefördert haben. Hier sind auch vor allem viele der Phänomene anzusiedeln, die von den „linken“ Stadttheoretikern und bürgerlichen Soziologen und Politologen zugleich unter „Krise der Stadt“ zu subsumieren sind. Es ist im wesentlichen der berühmte „Teufelskreis“: der multikausale Zusammenhang, bzw. Rückkopplungskonnex zwischen Segregation („Verschlechterung der Sozialstruktur“ in den Städten, die Guten zogen aus, die Schlechten blieben da), Finanzkrise der Städte (keine Steuern mehr von den weggezogenen Guten), Disparitäten der Infrastrukturversorgung bzw. – auslastung und schließlich die mit all den vorgenannten im Zusammenhang stehenden Verkehrsprobleme (die Guten müssen gleichwohl zum Arbeiten und Einkaufen wieder in die Stadt, aber natürlich mit dem PKW; dadurch werden die Städte noch unwohnlicher und vertreiben noch mehr Gute und die Stadt nimmt noch weniger Steuern ein usw. usw.)

Es ist nicht schwer, hinter diesen Theorien Schwierigkeiten in der Realisierung der seit Ende der fünfziger Jahre ins Werk gesetzten Verwertungskonzepte zu sehen. „Finanzkrise“ heißt im Wesentlichen nichts anderes, als daß Anpassungen der staatlichen Verwaltungsstruktur an den regionalen Planstaat auf Hindernisse gestoßen sind. Die „Unerträglichkeit des Verkehrs“ als Moment der Stadtkrise ist zum großen Teil ein Mythos. Auf der einen Seite wird damit legitimiert, daß es ja nun endlich an der Zeit sei, daß die gute Bevölkerungsstruktur von außen die schlechte von innen vertreibt (aber dies hat inzwischen eine andere Bedeutung, wie wir gleich sehen werden) auf der anderen Seite heißt es nicht mehr, als daß das aufwendige Verkehrsnetz aus Autobahnen und Stadtautobahnen auf Realisierungsschwierigkeiten stößt. Denn Ziele der Einschränkung des Individualverkehrs würden den Interessen des Kapitals schaden und man hat bisher auch nicht gehört, daß der Widerstand gegen den rasanten Ausbau der Stadtautobahnnetze, irgendwo Erfolg gehabt hätte. Ich möchte nur am Rande noch bemerken, daß viele „progressive“ Theoretiker und Beobachter der Stadtkrise die einzelnen Krisenphänomene und Verbesserungsvorschläge erstaunlich neutral und technokratisch abhandeln. Mit besorgten Augen sitzen sie gemeinsam mit Bundesbauminister



Haack und den Vertretern aus den Stadtplanungsämtern auf einer Bank und machen brav Vorschläge dazu, wie man den einzelnen Reibungen und Dysfunktionen zu Leibe gehen könnte. Ich glaube, daß dieses traurige Bild zum Teil auf die marxistische Übung zurückzuführen ist, die Gewaltformen technologischer Organisation im Bereich der Produktionsvoraussetzungen – d.h. also auch der Stadtplanung – politisch zu neutralisieren.

Jedenfalls ist, soweit ich sehen kann, die Städtebaukritik von einer detaillierten und systematischen Krisentheorie weit entfernt. Mir kommt es an dieser Stelle auch nicht darauf an, dies auch nur ansatzweise nachzuholen. Es erscheint mir viel wichtiger, den fundamentalen Gegenzug des Kapitals auf die Verwertungskrise in seine einzelnen strategischen und taktischen Konsequenzen zu verfolgen. Dabei ist zu berücksichtigen, daß das Kapital ja nicht nur den ökonomischen Folgen ihrer Grundentscheidung gegenüberstand. Sicher steht die Erwartung im Mittelpunkt, daß die neue internationale Reorganisation des Verwertungszusammenhangs in der Bundesrepublik eine wachsende Menge von Menschen produzieren würde, die als neue Arme grundsätzlich und für immer aus der Integration in diesen Verwertungszusammenhang herausfallen würden. Aber damit waren die Ursachen dieser Krise, die in dem viel früher eingeleiteten Angriff von Rationalisierungen in allen Bereichen der Gesellschaft durch neue Formen struktureller Gewalt lagen, nicht beseitigt. Eher im Gegenteil. Denn die Rationalisierungen in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens wurden verschärft und vertieften die Motivationskrise. Die Zerstörungen der Städte wurden nicht rückgängig gemacht, sondern weiter verfolgt und intensiviert. Schule, Krankenhäuser, Knäste wurden taylorisiert und fabrikiert. Wie in der Fabrik wurde auch in allen diesen weiteren gesellschaftlichen Bereichen den Menschen immer mehr die Möglichkeit genommen, sich selbst in diesen formalisierten Strukturen wiederzuerkennen, zu verwirklichen, ihre eigene Subjektivität einzubringen. Die Krise war und verschärfte sich also viel umfassender. Nicht nur die Menge nicht mehr verwerteter Subjekte wurde größer, sondern überhaupt auch die Menge nicht verwerteter und den abstrakten Formen fremd gegenüberstehender Subjektivität. Wie diese zugleich auch die Stadtplanung und den Wohnbau in die Krise brachte, wurde am Beispiel der Großsiedlung unter der rationalisierten Stadtöffentlichkeit bereits konkret gezeigt und in dem Beitrag über die Zerstörung des Alltags grundsätzlich analysiert.

Konsequent wurden damit neue Formen sozialtechnologischer Kontrolle zum konstitutiven Bestandteil des kapitalistischen Verwertungszusammenhangs und traten damit in zunehmendem Maße an die Stelle der alten Integrationspolitik. Ich will

versuchen, dies an den neuen Strategien der Vertreibung und stadträumlichen Segregation und der Entwicklung neuer Kontrolltechniken in den Neubausiedlungen zu verdeutlichen.

Mobilisierung, Umsetzung, Ghettoisierung

Die Altstadtquartiere drohten aus mehreren Gründen besonders gefährlich zu werden. Einmal war der zunächst geplante Zusammenhang von Sanierung und Neubau infolge der Krise abgerissen. Eine Umsetzung im Dienste der Kapitalverwertung kam also nicht mehr in Betracht. Die Zuordnung von Massenarbeit zu neuen Industrieansiedlungen war überflüssig geworden. Dies sorgte mit zusätzlichen politischen Reibungen in der Durchsetzung der Flächensanierungen dafür, daß eine stagnierende, sich homogenisierende Bevölkerung in den Quartieren belassen wurde. Da neben den wachsenden Anteilen völlig Ausgeliederter (Alte, Sozialhilfeempfänger) neue Jobberschichten und vor allem ausländische Massenarbeiter die Quartiere mit problematischer „Bevölkerungsqualität“ anreicherten, rochen die Stadtplaner ungeahnte Krisen. Ich habe mich damals im Hamburger Altstadtquartier St. Georg an Stadtteilarbeit beteiligt und häufig Äußerungen gehört, wie sie der Leiter des Dezernats für Stadtentwicklung in Köln Rüdiger Göb im Jahre 1977 für das in der Entwicklung etwas zurückgebliebenen Köln abgab: „Wir haben ca. 400 000 Wohnungen in Köln, davon sind 160 000 Wohnungen modernisierungsbedürftig ... Davon sind etwa 68 000 Wohnungen in zusammenhängenden Quartieren, sodaß man aufpassen muß, daß sie nicht absinken, daß sie in diesem Strudel der absinkenden Quartiere nicht einmal umschlagen, nicht mehr bewohnbar werden, mit all den sozialen Problemen, die da drinstecken. Diese Probleme bestehen nicht nur darin, daß man die Menschen wegschickt oder wieder holt ... Das sind ja auch soziale Gärprozesse. Da werden ja Häuser besetzt ... Sie kennen das und sie kennen das auch ...“

Damit erlangten die in der Phase der Rationalisierung des regionalen Planstaats einmal konzipierten Mittel und Techniken auf die alten Quartiere eine neue, zusätzliche Bedeutung. Sanierung der Altstadtquartiere und Stadtkerne nach dem Städtebauförderungsgesetz dienten zwar weiter der Rationalisierung des Handelskapitals und der weiteren Zentralisierung des tertiären Sektors. Zusätzlich aber zielten sie darauf, das Umfeld dieser Zentren und weiterer Teile der Altstadtquartiere für die abgewanderte „bessere Qualität“ attraktiv zu machen und dadurch die Geflechte der Pauperisierten und aus den Kernen der Verwertungszusammenhänge ausgestoßenen Bewohner aufzulösen.



Es stellte sich heraus, daß das StBauFG für diese Zwecke zu schwerfällig war. Das Planungsverfahren war wegen der eingebauten Techniken der Legitimationsbeschaffung („Demokratie“) zu langwierig, Stadt und Sanierungsträger waren als Organisatoren von Riesenprojekten politisch für Kritik und Widerstand zu leicht greifbar und angreifbar, die städtischen Investitionen stießen infolge der Finanzkrise der Städte auf wachsende Schwierigkeiten. So schuf man zusätzliche Instrumente: die auf Stadtbau ausgerichtete Novelle zum Bundesbaugesetz, das Modernisierungsgesetz,²¹⁾ Modernisierungsanreize und weitere Techniken des ökonomischen Drucks sollten für die flexiblere Durchsetzung einer Strategie der Aussonderung und Umsetzung sorgen. Die Flexibilität beruht auf der taktischen kleinteiligen Privatisierung der Initiativen. Die Stadtplanung instrumentalisiert die privaten Profitinteressen der Hauseigentümer mit dem statischen Ziel großräumiger Umsetzung. Es soll an dieser Stelle schon angemerkt werden, daß die künstliche Reprivatisierung ein durchgängiges Merkmal spätkapitalistischer Kontrollstrategien ist. Wir werden dies noch weiter unten sehen.

Modernisierungen, die bei zunehmender Anspannung des Wohnungsmarkts immer profitabler wurden, hatten einen mehrfachen Vertreibungseffekt. Sie erhöhen die Miete nicht nur direkt, sondern sie dynamisieren in der Regel auch den Rest der Mieten in nicht modernisierten Häusern, wenn sie in einem Gebiet erst einmal in ausreichender Zahl durchgeführt sind. Denn die so erhöhten Mieten fließen in die Feststellung der sogenannten „ortsüblichen Vergleichsmiete“ vor allem nach den überall üblich gewordenen Mietspiegeln mit ein. Abgesehen davon ist zu beobachten, daß unabhängig davon die Mietspiegel in vielen Städten mit dem Ziel „wirtschaftlicher Belebung“ im Wohnungsbau in Bewegung gebracht wurden. Über den Mietspiegel lassen sich nach dem „Miethöhegesetz“ drastische Mietsteigerungen problemlos durchführen. Modernisierungen dienen aber darüberhinaus häufig als technisches Vehikel, Mieter durch unmittelbare Gewalteinwirkung zu vertreiben. Hausbesitzer gehen zunehmend dazu über, die Wiederinstandsetzung zeitlich zu verschleppen, wenn die Wohnungen einmal durch herausgerissene Fußböden, zerstörte sanitäre Anlagen usw. unbewohnbar geworden sind. Die bisherigen Mieter ziehen dann aus, der Vermieter kann ohne Bindung an die Beschränkungen des „sozialen Mietrechts“ die Miete heraufsetzen. In Köln sind honorige Hausbesitzer sogar schon dazu übergegangen, Schläger und Zerstörungstrupps zu mieten, die dann die zumeist ausländischen Bewohner durch direkte Gewaltanwendung aus den Wohnungen vertreiben. In unserem Anwaltsbüro ist die Anzahl solcher Fälle in der letzten Zeit drastisch gestiegen.

In die gleiche Richtung wirken sogenannte „Wohnumfeldverbesserungen“, wie verkehrsberuhigte Zonen usw. Wenn sie mit finanziellem Aufwand verbunden sind, so kann dieser auf die Hausbesitzer umgelegt werden und so seinen Weg in die erhöhte Miete finden. Außerdem ist festgestellt worden, daß diese Maßnahmen für sich allein schon über die Hebung der Attraktivität einen ganz erheblichen Druck auf die Mieten ausüben.²²⁾ Jedem, der etwas mit Kommunalpolitik vertraut ist, ist offenbar, daß diese Maßnahmen als Mittel staatlicher Vertreibungspolitik angesetzt sind. Natürlich geben dies die Stadtstrategen nicht ausdrücklich zu. Aber der Zusammenhang zwischen der Besteuerung „Wir wollen unter allen Umständen die bestehende Bevölkerungsstruktur erhalten“ und dem in günstigen Momenten der Diskussion abgerungenen Eingeständnis: „Wir haben leider kein Mittel, die Vertreibung der Bewohner gegen die Profitinteressen der Hausbesitzer zu verhindern“, ist darum aufschlußreich, weil es ja gerade staatlich Instrumente und Maßnahmen sind, die diese Profitinteressen im Augenblick massiv befördern. Inzwischen ist der Zusammenhang zwischen Modernisierung und Steigerung der Obdachlosenquoten auch schon statistisch festgestellt.²³⁾

Welches soziale oder gar sozialräumliche Gliederungskonzept hinter diesen Segregationsstrategien steht, ist im Augenblick noch nicht genau auszumachen. Viele der Exilierten verschwinden in Obdachlosenunterkünften, wieder andere gelangen in die für die kommunalen Wohnungsämter reservierten Kontingente der Neubaughettos, wieder andere sind die Opfer eines kleinteiligeren Segregationsprozesses: Sie finden eine neue Wohnung in den nicht modernisierten Randzonen der verbesserten Kerne. Außerdem hält man an den alten Durchmischungskonzepten fest, solange es irgend geht. Zusätzlich greifen auch Strategien, die den Bereich der inzwischen aus dem Kernarbeitsmarkt abgespaltenen Anteile von „Jobbern“ so groß und zugleich mobil wie möglich halten sollen. Darauf zielt besonders der neuerliche Großeinsatz von Sozialarbeitern in den ghettoverdächtigen Bereichen.

Krisenmanagement in den Neubausiedlungen

Seit die verdichtete Gewaltorganisation der neuen Großsiedlungen ihre ersten oben bereits beschriebenen Krisensymptome zeigten, war es vor allem die Neue Heimat, die sehr früh daran ging neue Integrations- und Kontrollstrategien zu entwickeln. Sie wurden verschärft und intensiviert, als deutlich wurde, daß es mit dem Verlust ihrer Funktion als Arbeitskräftereservo-



irs immer weniger gelingen würde, ihre Bewohner an die von der Sozialdemokratie gepflegten Aufsteigerideologien zu binden. Verschärft wurde die Krise zudem dadurch, daß sie sich immer mehr zu Ghettos für die aus dem Verwertungskern herausgefallenen Menschen entwickelten oder bewußt entwickelt wurden. Denn so sehr sich die Neue Heimat, wie auch die anderen Gemeinnützigen abstrampelten, durch eine intensive Imagepflege auf den Zuzug bessergestellten Arbeiter- und Angestelltenschichten hinzuwirken, sie wurden immer mehr zur schlechten Adresse. So verstärkte sich die Praxis der Kommunen, die neuen aus den Altstadtquartieren vertriebenen Obdachlosen in die Siedlungen zu vermitteln. Die Miete wanderte dann aus den Fürsorgekassen der Kommunen direkt in die Säcke der Gemeinnützigen. Inzwischen gibt es in sehr vielen Siedlungen feste und abgegrenzte pauperisierte Kontingente, aus denen selbst die Arbeitsämter nicht mehr vermitteln.

Die Neue Heimat vermied von vorneherein jede Form einer unmittelbaren Basisdemokratie. Nach ihrem Modell wählten die Mieter in „Wahlkreisen“ je einen Vertreter, die dann ihrerseits aus ihrer Mitte den drei- bis neunköpfigen Mieterbeirat wählten. Der Mieterbeirat war nur verpflichtet, jedes Vierteljahr die Mietervertreter einzuberufen, um Anregungen und Wünsche entgegenzunehmen und Probleme zu besprechen. Selbst in der Branche der Gemeinnützigen liefen die Mieterbeiräte bald mit dem Namen „Mülltonnenparlamente“, weil sie sich nach den Vorstellungen der Siedlungsbetreiber vordringlich mit der Gestaltung von Gemeinschaftseinrichtungen, wie Grünflächen, Wegen, Waschanlagen und Abstellplätzen usw. beteiligen sollten. Darüberhinaus dienten sie zur Durchsetzung von Mieterhöhungen. In der „Mieterzeitung“, herausgegeben vom Deutschen Mieterbund, berichtet Adalbert Höhne von der Neuen Heimat über erfolgreich nach Einschaltung der Mülltonnenpar-



Obdachlosenasyl

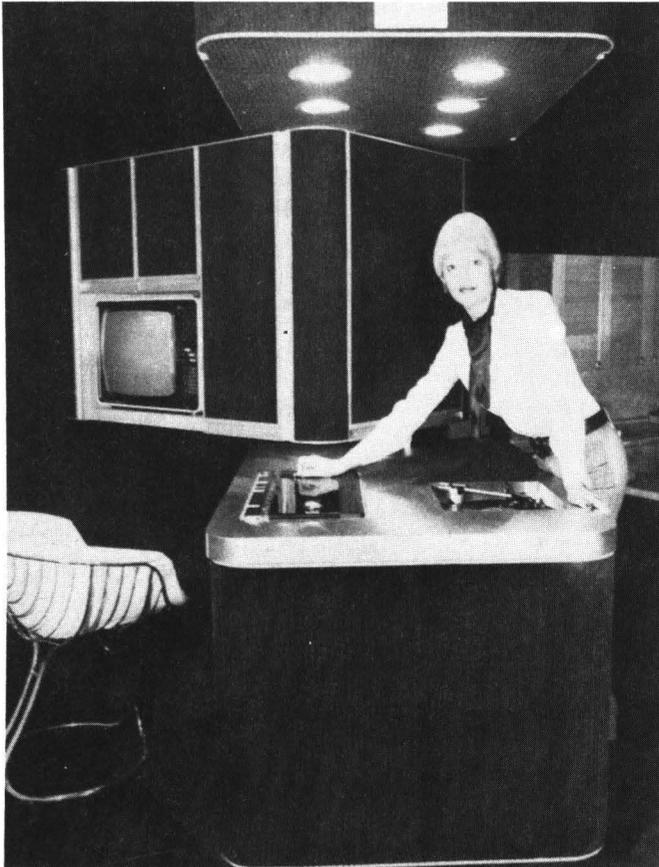
Mieterbeiräte

Zwei Monate nach den ersten spektakulären Hausbesetzungen im Frankfurter Häuserkampf beschloß als erste die Stadt Wiesbaden bei ihrer gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaft die Einführung des ersten „Mieterbeirates“ in der Bundesrepublik. Im Jahre 1971 unternahm auch die Neue Heimat die ersten Schritte, die spannungsträchtige Kluft zwischen Management und Unterworfenen durch dazwischengeschaltete Mieterbeiräte zu überbrücken. „Der aus drei bis neun Personen bestehende Mieterbeirat soll als Mittler zwischen der Mieterschaft und dem Unternehmen eine Informations- und Beratungsfunktion ausüben. Durch die Mieterbeiräte soll die Mieterschaft zu einer verstärkten Anteilnahme an allen Bewirtschaftungsfragen und zu einer größeren Mitverantwortung angeregt werden.“ Immer hielt die Sozialdemokratie ein solches Krisenmanagement für so wichtig, daß sich die zweite Kommission der „Bundesarbeitsgemeinschaft für Städtebau- und Wohnungspolitik der SPD“ im September 1971 in Bremen ausschließlich und intensiv mit ihrer Problematik beschäftigte. Es klangen sogar Vorschläge einer Orientierung am Betriebsverfassungsgesetz an.

lamente durchgeführte Mieterhöhungen und berichtet von einem grotesken Glanzprojekt: „Mit großer Begeisterung wurde die Aktion „Grünpflege“ durchgeführt. Dazu wurden Fragebogen vom Mieterbeirat verteilt, ob und wer mitarbeiten will. Die Neue Heimat stellte 5 000 Rosen sowie Spaten und Harcken zur Verfügung. Heute sind die kleinen Vorgärten vor den Häusern mit selbstgepflanzten Rosen verschönt und die Mieter pflegen diese Beete.“ Darüberhinaus versuchte die Neue Heimat, in neu gebildete Mieterinitiativen einzusteigen, um ihre Steuerung in den Griff zu kriegen. Zu diesem Zweck setzte sie die von ihr angestellten Sozialarbeiter gezielt auf die Gruppen an. Als die Teilnehmer einer Mieterinitiative in der Bremer „Neuen Vahr“ feststellten: „Wenn die Mieter der „Neuen Vahr“ zusammenhalten, sind sie eine Macht“, gelang es der Neuen Heimat, durch viel „Demokratie“, den in der Mieterinitiative gebildeten Bürgerausschuß zur Umgestaltung der „Neuen Vahr“ auf Minimalforderungen zurückzudrängen. Auch mit Hilfe anderer Institutionen versuchte die Neue Heimat früh, die durch das grundsätzliche Isolationskonzept heraufbeschworenen Gefahren neuer Sozialität in Richtung einer kontrollierten „Nachbarschaftlichkeit“ zu bannen. „Mieterzentren“, „Freizeitpavillons“, „Hobbyräume“, „Partyräume“, wurden den Bewohnern zum Teil nach Maßgabe extrem reglementierter Nutzungsordnung, zum Teil aber auch zur Mieterselbstverwaltung überlassen, die

aber regelmäßig unter die Betreuung der Neuen Heimat-Sozialarbeiter gestellt wurde. Denn, wie wir bereits von dem Neuen Heimat-Chef Geigenberger wissen „entweder verwahrlosten sie und stehen dann leer, oder sie sind für übertüchtige ein Instrument der Manipulation. Der Mittelweg wäre nur denkbar durch geschulte Kräfte für eine inhaltliche Betreuung.“ Sogar Siedlungszeitungen wurden von der Neuen Heimat betreut. So gab die Neue Heimat zusammen mit einem Münchner Werbeverlag in der neuen Superwohnanlage „München-Perlach“ die Zeitung „Hallo Perlach“ heraus. Daß sie eine Public-Relations-Maßnahme der Neuen Heimat war, blieb den meisten Lesern verborgen.²⁴⁾

Darüberhinaus aber ging die Neue Heimat auch zunehmend zu Formen der direkten Kontrolle über. Früher gab es in den Großwohnanlagen lediglich Hausverwalter und eine zentrale Sied-



„Lebensqualität“ aus einem Prospekt der Neuen Heimat: „Robot“, ein Turm, der aus Unter-, Mittel- und schwenkbarem Oberteil besteht, enthält Kühlschranks, Stereoanlage, Plattenspieler, Bar, Bücher- und Rotweinabteil sowie Fernseher. Bezugsmaterial: Kunststoff, Textil oder Leder.“

lungsverwaltung, die aber nicht den direkten Kontakt mit den Bewohnern suchte. 1970 beschloß die Neue Heimat, Sozialarbeiter als sogenannte „Sozialpfleger“ einzusetzen. Sie wurden aus der Verwaltungspauschale, also durch die Mieter mitfinanziert. Sie waren unmittelbar auf die Kontrolle aller kritischen Reaktionen angesetzt, die mit der verschärften Gewaltstruktur der Großwohnanlage einhergehen. Vor allem aber sollten sie bei „geistigen und psychischen Defekten und Verhaltensstörungen sowie bei Erziehungsproblemen“²⁵⁾ eingreifen. Daneben oblag ihnen die Kontrolle über die Aktivitäten von Mieterbeiträgen und Mieterinitiativen. Außerdem wurde schon bald aus Siedlungen berichtet, daß sie zum Eintreiben der Mieten verwendet wurden. Wie schrankenlos die Neue Heimat in einem frühen Stadium bereit war, totale Kontrolle ins Auge zu fassen, macht das im November 1972 vom Neuen Heimat-Vorstandsmitglied Wolfgang Vormbrock (derselbe Vormbrock, der später die Zusammenarbeit mit dem BKA suchte) verfaßte „Sozialkonzept“ für den geplanten Stadtteil Hamburg-Allermöhe“ deutlich. Die-

ses Konzept sah einen Informationspavillon für den gesamten Siedlungskomplex vor, der einen Terminal für eine Lautsprecheranlage und ein Fernsehmonitorsystem über die ganze Siedlung enthalten sollte. Darüberhinaus schlug er vor, eine „Bürgerpolizei“ einzurichten, die in „diesbezüglich brisanten Zeiten, also vornehmlich während der Dunkelheit, Runden geht im Quartier und über walky-talkys Verbindung mit der örtlichen Polizeidienststelle hat.“²⁶⁾

Darüberhinaus begann die Neue Heimat schon sehr früh, über Privatisierungsstrategien den Schein privater Autonomie zu schaffen und damit die weiterhin unangetastete Herrschaft über das Alltagsleben im Siedlungsraum im Bewußtsein der Bewohner aufzuheben. Die Veräußerungen vormaliger Mietwohnungen als Eigentumswohnungen betrieb die Neue Heimat erstmals im Jahre 1974. Eine Eigentumsideologie mit künstlichen Mitteln verfolgte die Neue Heimat mit dem sehr interessanten Modell des sogenannten „Wohnbesitzbriefs“ für die untersten Einkommenschichten. Der Bewohner erwirbt kein Eigentum, sondern ist nur an einem Vermögensfonds beteiligt, zu dem die gesamte Wohnanlage gehört. (Diese Konstruktion führte selbst in den Kreisen der Gemeinnützigen zu heftiger Kritik, wurde aber zur Grundlage eines neuen Gesetzes) „Zu seiner Vermögensbildung soll der Arbeitnehmer durch eigene Leistungen beitragen. Damit gewinnt er die Gewißheit, sich selbst etwas aus eigener Kraft unter Mithilfe der Gemeinschaft geschaffen zu haben, das Bestand hat.“²⁷⁾

Wann und wie begann die Umstellung?

Ich habe mit erfahrenen und klugen Stadtplanern die hier aufgestellte Hypothese diskutiert. Die Haupteinwände waren: niemand hätte damals etwas von dieser Umstellung sozialpolitischer Strategien gesagt, die linken Reformisten des sozialdemokratischen Mittelbaus hätten zumindest geglaubt, daß man die sozialen Folgen der Rationalisierungen durch die Steigerung des Wachstums auffangen könne, es hätte damals außerdem sehr viele Ungleichzeitigkeiten sozialpolitischer Vorstellungen gegeben, jedenfalls seien die alten Integrationskonzepte keinesfalls aufgegeben worden.

Zunächst einmal: niemand konnte damals von der Sozialdemokratie erwarten, daß sie eine solche fundamentale Umorientierung offen diskutiert. Darum kann auch niemand heute erwarten, daß man die hier vorgestellte Hypothese überhaupt mit Zitaten belegen kann. Es bleibt nach wie vor eine lohnende Aufgabe, diese fundamentale Umorientierung mit den Bruchstücken einzelner Sachentscheidungen und Problemdiskussionen zu belegen. Entscheidend ist für mich, daß bereits Ende der sechziger Jahre fest mit einer wachsenden Ausgliederung von Menschen aus dem Verwertungsprozeß durch Rationalisierungen gerechnet wurde. Ferner, daß Kapital und Sozialdemokratie / Gewerkschaft von Anfang an ein kategorisches Nein zu einer Anpassungsstrategie der graduellen Auflösung des produktiven Kerns in „Freizeit“ über Arbeitszeitverkürzungen ausgesprochen haben, d.h., daß sie bewußt auf Spaltung gesetzt haben. Außerdem war es unter den Bedingungen der schon damals sehr hohen Staatsverschuldung oder Finanzkrise illusorisch, diese Spaltung auffangen zu wollen. Wer sich daran erinnert, wie rigoros die SPD und die Gewerkschaften mit den Kritikern der technologischen Gewalt und des technologischen Fortschritts umgesprungen sind, dem muß klar sein, daß sie damals nicht nur zwei und zwei zusammenzählen konnten, sondern daß sie zwei und zwei zusammengezählt haben oder besser: die ganze Rechnung erst aufgemacht haben. Man kann es auch daran ablesen, wie sich die Träger dieser Umstrukturierung sofort auf die Pflege von Ersatzideologien verlegt haben. Trotz des kategorischen Neins zu mehr Freizeit für alle wurde damals blumig über den „Marsch in die Freizeitgesellschaft“ bramabarsiert. In diesen Zusammenhang gehört auch das gan-

ze Gerede über mehr Chancengleichheit, das den reformistischen Mittelbau zum Eifer motivieren sollte und vor allem der euphorische Aufbruch zu mehr „Lebensqualität“, der darauf abzielte, die Loyalität diesseits der Armutsgrenze gegen die „neuen Armen“ zu stabilisieren (Besonders die damaligen Reden des schnell avancierten SPD-„Linken“ Eppler geben die Gesamtstrategie von „neuer Armut“, „Lebensqualität“ und internationaler Reorganisation sehr plastisch wieder. Die in diese Strategie eingekaufte Reformlinke ist ja auch bis heute sein Eintrittsgeld in die SPD-Spitze geblieben). 1973 wird auf dem Parteitag in Hannover der „Orientierungsrahmen '85“ der SPD (eine Sorte zweites Godesberger Programm) beschlossen. Zum Thema Stadtsanierung ist er eindeutig: „Stadtsanierung bringt eine bessere Funktionsfähigkeit unserer Städte, verbesserte Umweltverhältnisse und damit volkswirtschaftlichen Gewinn, wenn sie in Gebieten einsetzt, ... wo die Gefahr innerhalb der Kerngebiete besteht, daß sich durch Ansiedlung eines überdurchschnittlich hohen Teils sozial schwacher Gruppen, alte Menschen und Ausländer Slumgebiete.“²⁸⁾

Es war der wissenschaftliche Leiter der GEWOS Prof. Dr. Harald Jürgensen, der 1970 bereits von erheblichen Rationalisierungsfreisetzung ausging, als er zur Interventionsstrategie der Stadtentwicklungsplanung ausführte: „Die Mietpreisgestal-

tung, die Wohnungszuweisung und die Neubauanstrengungen sollten zusammenwirken, um der drohenden stadtentwicklungsfeindlichen, gesellschaftsschädlichen Ghettobildung entgegenzuwirken. Kinderreiche, Alte, Sanierungsverdrängte sollten nicht gleichsam kaserniert werden. Selbst für die gesellschaftlich Desintegrierten ist Verteilung und Streuung das erste Gebot, wenn überhaupt eine echte Chance für ihre gesellschaftliche Reintegration geboten werden soll.“²⁹⁾

Die Landeskriminalämter und das Bundeskriminalamt greifen ein

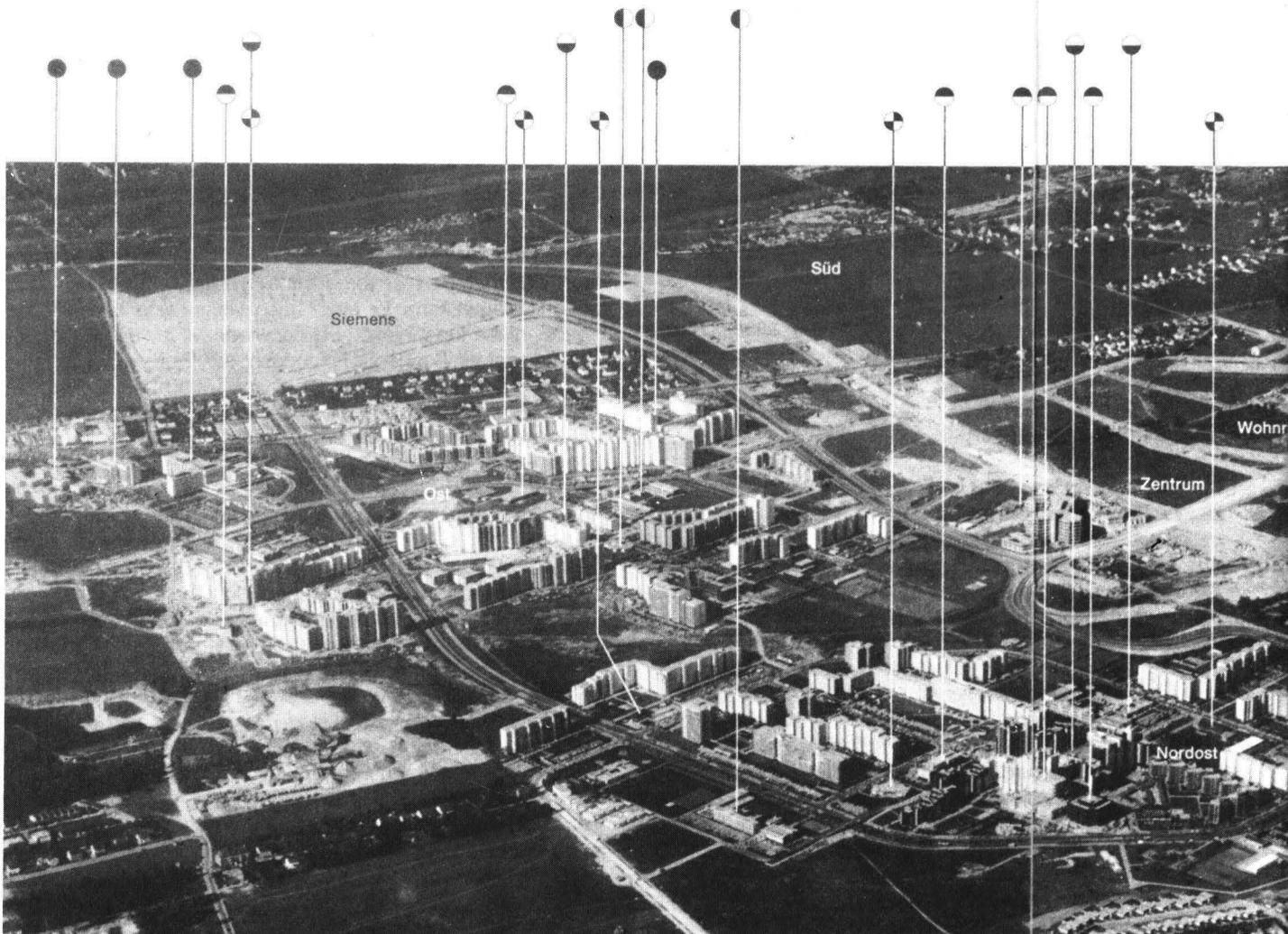
Die nächste Stufe in der verschärften Organisation von integrativ-repressiver Kontrolle über diese Gebiete war erreicht, als das BKA im Dezember 1978 eine Internationale Tagung zum Thema „Städtebau und Kriminalität“ veranstaltete. Für die deutsche Politik war der Kern die am Beispiel der Neue Heimat-Siedlung „Osterholz-Tenever“ in Bremen vorgestellten Analysen und Kontrollvorschläge. Auch das Neue Heimat-Vorstandsmitglied Vormbrock war mit einem Beitrag vertreten. Die wesentlichen Inhalte, die auf gemischten Strategien von einerseits verschärfter polizeilicher und sozialarbeiterischer Kontrol-

● Schulen und Kindertagesstätten

● Einkaufszentren

● Betriebe

● Wohnheime, Kra



le andererseits der Wiederherstellung alter Garantien sozialer Kontrolle unter Beibehaltung der territorialen Gewalt und technologischen Strukturen (Kleineigentum, „Defensible Space“ als Ausdruck gegenseitiger Kontrolle der untergegangenen Tauschöffentlichkeit, Chancen „gepflegter Distanz“ in wiedereröffneten scheinöffentlichen Räumen) beruhen, berichtet der Beitrag von Martin Schwab. Allgemein sind aber bereits jetzt eine ganze Reihe anderer Strategien zur Integration, Einkreisung, und Kontrolle des ständig wachsenden gesellschaftlichen Restes neuer aus dem Verwertungsprozeß herausgefallender Asozialität ins Stadium der Erprobung gelangt. Es ist durchaus nicht ausgeschlossen, daß in den Köpfen einiger Strategen Herolds Konzept einer kriminalitätsökologischen Gesamtgliederung der Gesellschaft in Zonen verschiedener Kriminalitätsdichte (sowohl in Formen anpassender Polizeistategien als auch aktiver Gesellschaftsplanung) sich mit den neuen Vorstellungen gesellschaftlicher Aussonderung verbinden. Insoweit kann erwartet werden, daß Stadtplanung partiell zunehmend kriminalpolitischen Strategien unterworfen wird. Darüberhinaus sind besonders zwei Aspekte der Entwicklung neuer Integrations- bzw. Kontrolltechniken interessant: die Hereinnahme der „Linken“, besonders der subkulturell orientierten Linken in die integrativen Bemühungen wird in zunehmendem Maße finanziell abgesichert. Sie hat ihre Begründung vor allen Dingen

darin, daß gerade diejenigen Bestandteile der Linken, die sich lebensreformerisch-kritisch aus den Gewaltformen kapitalistischer Fabrik- und Stadttechnologie herausgesondert haben, und damit selbst „subkulturell“ geworden sind, in besonderem Maße den Zugang zur exilierten Subjektivität der Randständigen eröffnen.

Auf der Ebene staatlicher Intervention sind vor allem die wachsenden Bemühungen wichtig, sämtliche „sozialen Dienste“ der Kommunen zu einem Gesamtkontrollnetz zusammenschweißen. Die ersten wichtigeren Versuche organisierter Zusammenarbeit zwischen sozialen Diensten und Polizeidiensten fanden ab November 1977 in Bremen statt. Sie sollten zu einer besseren Erfassung kriminalitätsrelevanter Indikatoren führen, aber auch zu einer „Ebene der theoretischen Kriminal- und Sozialstrategie zwischen den jeweils hierarchisch höchsten Ämtern, also durch das Landeskriminalamt, dem Planungsbeauftragten des Senators für Soziales, Jugend und Sport, dem Statistischen Landesamt.“⁽³⁰⁾ Der ehemalige Bochumer Professor und jetzige Justizminister des Landes Niedersachsen, Hans-Dieter Schwind, erprobt im Moment ein „Präventionsprogramm Sozialarbeiter – Polizei“. Ab Herbst 1979 arbeiten im 9. Polizeirevier Hannover sechs Sozialarbeiter nach Grundsätzen, die Schwind dem „Chikago-Area-Projekt“ und dem Chikagoer „Social-Service-Project“ entnommen hat.

☛ Öffentliche und kirchliche Kommunikationseinrichtungen

Darüber hinaus wird durch das Modell der gemeindenahen Psychiatrie die Hereinnahme der ohnehin schon an den polizeirechtlichen Prinzipien der Gefahrenabwehr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung orientierten Psychiatrie in diesen Verbund vorbereitet. Über die Funktion der Psychiatrie zur Kontrolle „polizeirelevant-abweichenden Verhaltens“ habe ich bereits im vorigen Heft der Autonomie berichtet.

Rand, Asozialität oder neues Subjekt

Ich habe bei der Darstellung meiner Hypothese eine ganze Reihe von Begriffen verwendet, die zwar im unmittelbaren Kontext neue gesellschaftliche Strategien umschreiben konnten, gesellschaftstheoretisch jedoch uninterpretiert geblieben sind: „Kern / Rand“, „Neue Asozialität“, „Subjektrest“, „Ausschuß“, usw. Es ist wichtig, sich klar zu machen, daß sie nicht nur Oberflächenphänomene gesellschaftlicher Entwicklungen oder meinetwegen auch Auseinandersetzungen bezeichnen, sondern den Krisenkern einer neuen Phase kapitalistischer Verwertung.

Ich habe mit meinen Beiträgen in diesem Heft deutlich zu machen versucht, wie eng die Eskalation der Formen technologischer Gewalt mit der Entwicklung ökonomischer Verwertung und Ausbeutung zusammenhängt. An anderer Stelle habe ich begründet, wie und warum diese Formen konstitutiver Bestandteil einer materialistischen Geschichtsauffassung sein müssen.⁽³¹⁾ Danach beruht die Krise der kapitalistischen Verwertung darauf, daß gerade die technologische Intensivierung der Gewalt einen wachsenden Subjektrest entbindet. Die zu extremer logischer Armut erstarrten „vergesellschafteten“ Abläufe in Fabrik, Krankenhaus, Einkaufszentrum usw. stehen schließlich einer wachsenden Masse von Subjektivität, von Bedürfnissen nach gesellschaftlicher Verwirklichung, nach kommunikativem Reichtum gegenüber, die sie nicht mehr absorbieren können, die aus ihnen herausfallen und ihnen fremd gegenüber treten. Diese extrem zugespitzte Fremdheit äußert sich als Krise in den verschiedensten Formen sogenannter „psychischer Erkrankung“, des Alkoholismus, manifester Zerstörungswut, Vandalismus und auch in der Artikulation alternativer Bedürfnisse. Es ist genau dieses kritische Potential subjektiver Fremdheit, auf das die neuen Strategien repressiver Kontrolle zielen, weil das Kapital unfähig geworden ist, sie einzusaugen.



Wenn man daher von „Kern / Rand“ spricht, so sieht man dieses Verhältnis in Wirklichkeit von der falschen Seite. Der neue Kern ist der Inbegriff der Formen der gegen die Zerstörung in den Lebensmaschinen gerichteten Fremdheit und Subjektivität. Die sogenannte „Asozialität“ ist selbst in ihren zerstörtesten Erscheinungen menschlicher und „sozialer“ als die zerstörerische „Vergesellschaftung“ der lebensfeindlichen Krankenhausorganisation, Fußgängerzonenplanung, Großraumbüroabläufe.

Es kann jetzt noch nicht abgesehen werden, ob und wie sich dieses Potential subjektiver Fremdheit zu einem historischen Subjekt verdichten wird. Aber ich hoffe, daß aus diesem Beitrag deutlich geworden ist, wie notwendig es ist, die Frage nach dem historischen Subjekt jenseits von orthodoxem Marxismus und Kapitalismus neu zu beantworten. Es ist unerlässlich, die neue Entwicklung der Stadtorganisation dabei zu berücksichtigen.

Detlef Hartmann

- 1.) Kurt Hirche, Die Wirtschaftsunternehmen der Gewerkschaften, Wien. Düsseldorf 1966, S.234
- 2.) Wilfried Scharnagel, Das Groschenimperium, München 1970, S.170
- 3.) Hirche, op.cit.a.a.O.
- 4.) Referat von Neue-Heimat-Chef Albert Vietor, gehalten am 2.Juni 1967 in Hamburg, im Rahmen der Vortragsveranstaltung anlässlich der Jahreshauptveranstaltung der Gewos e.V., abgedruckt in "Raumordnung, Verkehrspolitik und Städtebau", Schriftenreihe der Gewos e.V., S.88
- 5.) "Neue Heimat", Monatshefte für neuzeitlichen Wohnungs- und Städtebau, 1973, Heft 4, S.15
- 6.) "Neue Heimat", 1969, Heft 5, S.2ff
- 7.) "Neue Heimat", Jg. 1964, Heft 1, S.45
- 8.) "Neue Heimat", Jg.1966, Heft 5, S.42
- 9.) "Neue Heimat", Jg. 1973, Heft 2, S.42
- 10.) "Mit den Augen einer Wohnungsbaugesellschaft", Konzepte und Rezepte der Neuen Heimat Bayern, Bauwelt 1972, Heft 50, S.1921ff, hier S.1925
- 11.) Wolfgang Vormbrock, Sozialkonzept für den geplanten Stadtteil Hamburg-Allermöhe, unveröffentl. Manuskript S.31
- 12.) aaO., S.32
- 13.) aaO., S. 34
- 14.) M.Fried, u.a., Giving for a lost home; in: The Urban Condition. People and Policy in the Metropolis, Hg. L.J. Duhl, New York/London, 1963, pp151-171.
- 15.) Prof. Dr. H. Jürgensen, Wohnungsbau und Stadtentwicklung, GEWOS-Schriftenreihe, Neue Folge Nr.1
- 16.) aaO., insbesondere S. 12f
- 17.) Albert Vietor, Referat vom 2.Juni 1967, aaO. S.88
- 18.) Prof. Dr. Elisabeth Pfeil, Die Stadtsanierung und die Zukunft der Stadt, einleitendes Referat auf der Eröffnungssitzung des internationalen Kongresses des internationalen Verbandes für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung in Berlin, August 1969, abgedruckt in: Sanierung für wen? Textsammlung. hrg.v.Büro für Stadtsanierung und soziale Arbeit Berlin-Kreuzberg, 1971, S. 73f, hier S.80; Prof. Dr. Elisabeth Pfeil, Die Familie im Gefüge der Großstadt, Schriftenreihe der Gewos e.V., 1965, S.66
- 19.) "Neue Heimat", Jg. 1971, Heft 8, S.14
- 20.) Hamburger Abendblatt v. 28.6.1974
- 21.) auch dieses Gesetz war durch die Vorarbeiten mehrerer Gewos-Kommissionen von langer Hand vorbereitet und immer wieder propagiert worden.

- 22.) Vergl. Volker Lange, Vortrag auf einem Fachseminar "Wohnumfeldverbesserung durch Verkehrsberuhigung": "Konsequenzen der Verkehrsberuhigung für die Stadtentwicklungsplanung", Berichte und Dokumente aus der Freien und Hansestadt Hamburg, Nr. 593, 29.Aug.1979, S,7f
- 23.) K. Wortmann, Untersuchung über Reserven des Hamburger Wohnungsmarktes für die durch Statderneuerungsmaßnahmen verdrängten Innenstadtbewohner, Diplomarbeit an der Hochschule f. bildende Künste, Hamburg, 15.5.1979
- 24.) Petra Dorsch, Eine neue Heimat in Perlach, München 1972 S.108
- 25.) A. Höhne, Mehr als nur ein Dach über dem Kopf, in: Mieterzeitung, hrg.v. Deutschen Mieterbund, Febr.1973,S.4f
- 26.) Vormbrock, op.cit., S.47
- 27.) "Neue Heimat", Jg.1972, Heft 4, S.16
- 28.) Beschluß zum "Orientierungsrahmen '85", Zit. S.139
- 29.) Prof.Dr.H.Jürgensen, Wohnungsbau und Stadtentwicklung, Gewos-Schriftenreihe, Neue Folge Nr.1, S.22
- 30.) H.-D. Schwind/W. Ahlborn/ R. Weiß, Empirische Kriminalgeographie, Wiesbaden, 1978, (BKA-Forschungsreihe, S.349)
- 31.) D. Hartmann, Die Gewalt der formalen Logik, (Arbeitstitel), erscheint März 1980 im IVA-Verlag, Tübingen

Wer an einer Korrespondenz über die Neue Heimat interessiert ist oder besondere Erfahrungen mit ihr gemacht hat oder über interessantes Material verfügt, möge sich, bitte, über die Redaktion an mich wenden.

Dokumentation

ZUM KAMPF DER IRISCHEN GEFANGENEN
FÜR DEN POLITISCHEN STATUS IN DEN

H BLOCKS

DES KZ's LONG KESH, IM FRAUENGEFÄNGNIS ARMAGH UND IM CRUMLIN ROAD JAIL.

Mit dem Mittel der absoluten Verweigerung jeglicher Kooperation mit den jeweiligen Lagerleitungen kämpfen seit Herbst 1976 nun 400 irische Gefangene nackt für die Zuerkennung des Kriegsgefangenenstatus.

Die 64seitige Broschüre dokumentiert ihren weltweit beispiellosen Kampf, der unter demütigsten Bedingungen gefochten werden muß, anhand von rausgeschmuggelten Briefen, Erklärungen und Stellungnahmen revolutionärer und bürgerlicher Organisationen wie internationaler Institutionen.

Erhältlich in den linken Buchläden, über WISK-Init. Ffm, c/o G.Westhoff Falkstr. 53, 6 Frankfurt und WISK, PF 53, 637 Oberursel 5

Einzelpreis 3,50 DM



Entwicklung einer Strategie der Gewalt Einkaufszentrum und Fußgängerzonen

Wie immer in der Stadtplanung dauerte auch diesmal die kritische Phase inszenierter Euphorie lange genug, um die wichtigsten anfänglichen Investitionen einer neuen Methode der Stadtzerstörung unter einer Glocke von Jubel vor kritischen Mißtönen zu schützen.

Als man Ende der sechziger Jahre als Reaktion auf die sogenannte „Krise der Stadt“ begann, radikal auf die Fußgängerzonen als Kern der Reorganisation von Stadt und Raum zu setzen, mochte man glauben, das Paradies breche an. In der Tat war der Begriff „Fußgängerparadies“ fast schon genormter Sprachgebrauch und der Inbegriff der offiziellen Propaganda für die Garantie einer „menschlichen Stadt“, Wiederherstellung der „Urbanität“ und universelle Freiheit und Frohsinn. Die Werbroschüren der Stadtverwaltungen, die kleinen Handelsgazetten, die Zeitungen quollen über mit fotografischen Freiheitsversprechungen: planschende Kinder in Fußgängerzonenbrunnen, Enten fütternde Kleine, Plausch der Alten, Freiraum der Gaukler und Musikanten.

Jeder weiß inzwischen, daß es anders ist. In der Freiburger Fußgängerzone dürfen die Musikanten spielen, jawohl. Um aber die gleichmäßige Umsatzgarantie aller Geschäfte nicht zu gefährden, dürfen sie sich nur eine Viertelstunde an einem Platz aufhalten, dann müssen sie sich einen anderen Platz zum Spielen suchen. Käuferstromhemmende Veranstaltungen sind überhaupt eliminiert. Schon in der Frühzeit des ersten geschlossenen Fußgängerbereichs in Hamburg, der Spitalerstraße, gab es am Endpunkt der Zone einen zähen Knubbel des antitechnologischen Widerstands: Volksredner, politische Diskussionsgruppen, Penner, altes Volk aus der Umgebung, sie hielten den Platz kurz vor dem HEW-Gebäude hartnäckig besetzt. Über mehrere Monate hinweg kamen regelmäßig die Rollkommandos der Polizei und fischten weg, was nicht pflichtgemäß strömte. Erst nach langer Zeit gelang es, den Reichtum lebendiger Vielfalt wieder zu zerstören und auf den mageren Kern einiger Nutzungsdefinitionen zu verarmen: Kuchen-essen, Kaffee-trinken, Sich-auf-Betonklotz-von-der-Konsumrennbahn-erholen, Strömen. So kann man dann im großen und ganzen

feststellen, daß die meisten Paradiese technisch sauber funktionieren. Dies hat empfindsame Städtebaukritiker auf den Plan gerufen: allen voran Paul-Hans Peters moniert die Einschränkung des Stadterlebnisses auf die „Konsumopolis“.¹⁾ Aber es gehört gleichsam zur Systematik einer integrativen Kulturkritik, daß sie die kritisierten Zustände als eine Art Entgleisung von den eigentlich gut gemeinten Vorhaben, als Ausdruck menschlicher und planerischer Unzulänglichkeiten charakterisiert. Richtig begreift man die Bedeutung der Fußgängerzonen nur, wenn man erkennt, daß sie im Gegenteil nicht mangelhaft sind, nicht Fehlschläge, sondern die konsequente Verwirklichung der Planerziele, wahre Wunderwerke der Planerphantasie, einer Phantasie lebenszerstörerischer Gewalt.

Die Fußgängerzone ist der vorerst letzte Akt einer Langzeitstrategie der Rationalisierung gesellschaftlichen Lebens im öffentlichen Raum. Warum diese wahre Natur auf der Ebene der Stadtplanung und Architekturkritik nicht in Erscheinung tritt, liegt an der bekannten arbeitsteiligen Struktur, die den – häufig so wohlwollenden – Architekten einer schöneren Welt die ästhetische Realisierung von Vorgaben zuweist, die ihrem Zugriff völlig entzogen sind. Die integrierten Einkaufszentren und nunmehr die Fußgängerzonen sind Kern- und Angelpunkt einer Reihe verschiedenartigster Funktionen, von denen ich hier nur einige kurz andeuten will.

In der krisenbedingten Phase stagnierender Kaufkraftentwicklung dienen sie den großen Kaufhauskonzernen, oligopolistischen Filialisten und Ketten dazu, die letzten Reste mittleren und kleinen Einzelhandels „abzuschmelzen“ und die frei werdende Kaufkraft aufzusaugen. Es ist ein Zweifrontenkrieg, denn sie dienen zugleich der Eindämmung ihrer blutigsten Konkurrenten: der Verbrauchermärkte.

Die Fußgängerzonen sind in jeder Hinsicht die Fortsetzung des Zerstörungskonzepts „Einkaufszentrum“ mit anderen Mitteln: raumordnerisch sind sie die Verwertungsmaschinen, in die das über Verkehrsmaßnahmen (Autobahnnetze, Stadtautobahnen) eingesaugte Leben fließt, ihre innere Organisation ist nur die Übertragung der fabrikisierten Struktur des Einkaufszentrums auf die Reste städtischen Alltags.

In den neueren Konzepten der städtischen Sozialplanung sind sie der Kern, auf den diverse Programme der Aufspaltung der Bevölkerung in Kern- und Randbevölkerung, der Vertreibung von Menschen, usw. hinorientiert sind.

Im Folgenden will ich einen kurzen Überblick über die Entwicklung und geschichtliche Rolle des Einkaufszentrums und der Fußgängerzonen geben. Das Schwergewicht soll dabei auf einem immer wieder vernachlässigten Gesichtspunkt liegen: dem technologischen Konzept der Rationalisierung von lebendigem Alltag zur Verwertungsmaschine.

Einkaufszentren und Fußgängerzonen sind zugleich Formen technologischer Organisation, gesellschaftlicher Kontrolle, gesellschaftlicher Gewalt auf der eine Seite wie auch Ausdruck eines bestimmten Stadiums ökonomischer Verwertung auf der anderen. Beide Aspekte sind unlösbar miteinander verbunden. Es gibt unzählige polit-ökonomische Arbeiten über den Konzentrations- und Monopolisierungsprozeß des Handelskapitals. Soweit ich die Literatur überblicke, gibt es aber keine einzige Arbeit, die sich mit der Funktion der „Einzelhandelsformen“ als technologisch-politische Gewalt- und Kampfmittel auseinandersetzt. Auch ich kann eine solche historische Analyse an dieser Stelle nicht leisten. So soll es der Sinn der folgenden Ausführungen sein, Ansatzpunkte für eine solche Analyse herauszuarbeiten. Da ein Vorverständnis über den Zusammenhang zwischen politisch-technologischer Gewalt und der Organisation des Einzelhandels so gut wie gar nicht entwickelt ist, halte ich es für zweckmäßig, diesen Zusammenhang zunächst an seinem reifsten Modell zu demonstrieren: dem integrierten Einkaufszentrum.

Um eine plastische, wenn auch untechnische Beschreibung einmal vorwegzuschicken: das multifunktionale Einkaufszentrum (Beispiele Frankfurt Nord-West-Stadt, Hannover Laatzen, Köln-Chorweiler) ist eine durchorganisierte Ansammlung von Einzelhandelsunternehmen zu einem geschlossenen Gebäudekomplex, an das weitere Dienstleistungsfunktionen (Behörden, Arztpraxen, Polizei) angeschlossen sind. Die Einsaugung von gesellschaftlichen Prozessen des öffentlichen Alltags und Kaufkraft zugleich wird über Techniken des Verkehrs, der Kontrastpflege, der funktionalen Exklusivität etc. erreicht. Man darf es sich also nicht als einen isolierten Komplex vorstellen, sondern eher als eine Krake, die ihre Funktionen über die Reichweite ihrer Greifarme erstreckt.

Kern dieses Gesamtkomplexes ist das Einkaufszentrum selber. Man sollte es weniger begreifen als eine Ansammlung von Gebäuden, sondern vielmehr als die Struktur einer Organisation von Verhaltensabläufen. Diese Organisation setzt die Isolation der kaufkräftigen Bewegungseinheit (Mensch) voraus. Insgesamt stellt sie sich als die optimale Steuerung von Strömen atomisierter Bewegungseinheiten.

Techniken der Analyse des Bewegungsverhaltens von Kunden.

Das Verhalten der kaufkräftigen Bewegungseinheit im Zentrum wird mit folgenden Methoden analytisch erfaßt: Kundenfrequenzanalysen, Kundenstromanalysen und Kundenkaufanalysen. Sie gehen in die Entwicklung neuer Shopping-Center ein, wie sie auch zur Umgestaltung bereits bestehender Zentren angewandt werden: Bei Fragen der Analyse der Besucherfrequenz; bei der Ermittlung der Kapazitätsauslastung der Center-Mall (Fachausdruck: gemeint ist die Straße im Zentrum, an der alle Geschäfte liegen) durch den innerbetrieblichen Kundenstrom; bei Fragen der Dimensionierung der Verkehrsflächen und Verkehrswege innerhalb des Centers; „bei der Schaffung eines ‚vorprogrammierten‘ Personenstroms durch das Center“⁽²⁾; bei der räumlichen Anordnung der einzelnen Betriebe usw.³⁾

Die Kundenfrequenzanalysen dienen dazu, die Stärke des Kundenstroms an verschiedenen wichtigen Punkten des Einkaufszentrums, hauptsächlich in der Center-Mall, zu erfassen. Sie sind ein wichtiger Bestandteil der Kundenstromanalyse, bei der es darauf ankommt, Stärke und Richtung der Kundenströme zu registrieren. Ergänzt und verfeinert werden diese Verfahren durch die Kundenlaufanalyse. Sie ist eigentlich nichts anderes als die Übertragung und Verfeinerung der Kundenstromforschungsverfahren, die bereits innerhalb von Warenhäusern und vor allen Dingen Supermärkten üblich sind.

Bei diesen Kundenlaufstudien wird „der Kunde beim Durchgang durch den Verkaufsraum daraufhin beobachtet, welche Warengruppen und Abteilungen er in welcher Reihenfolge besucht und wie lange er sich dort aufhält.“⁽⁴⁾

Ein anderes Verfahren, das ebenfalls in Warenhäusern angewendet wird, ist das Multimomentverfahren. Es dient der innerbetrieblichen Standortbewegung, sowie der Fixierung von Kundenmagneten (in der Regel große Kaufhäuser), außerdem wird es auch zur Aufhellung der Kundenstruktur herangezogen. Hierbei kann auf zwei Methoden der Erfassung des Kundenweges zurückgegriffen werden: Auf das Linien- und das Markierungsverfahren. Beim Linienverfahren wird der Weg des Kunden in den Grundriß des Ladens durch die Gerade eingetragen. Man will daraus ablesen, an welcher Gangseite sich der Kunde orientiert. Beim Markierungsverfahren werden die möglichen Laufrichtungen in Beobachtungsabschnitte aufgeteilt, an denen die Passagefrequenz ermittelt wird.⁽⁵⁾

Derartige Kundenlaufanalysen, bei denen der Kunde beobachtet wird, werden auch im Einkaufszentrum seit einiger Zeit vorgenommen. „Mittels verdeckter Beobachtung wird der Kunde bei seinem Besuchsweg durch das Center – vom Betreten des Gebäudes bis zum Verlassen des Gebäudes – ‚verfolgt‘“.⁶⁾ Die Beobachtung des Kunden gilt vor allen Dingen der Aufenthaltsdauer, im gesamten Center, wie auch in den einzelnen Läden. Der Umfang der Kaufabschlüsse und Kaufbeträge wird registriert, die benutzte Verkehrsmittelart beim Verlassen des Centers, evtl. auch das amtliche Kennzeichen seines Fahrzeuges. Zur Überprüfung und Vervollständigung der Informationen wird der verfolgte Kunde beim Verlassen des Center-Grundstückes durch eine Kurzbefragung ausgeforscht.⁷⁾ Dabei soll auch sichergestellt werden, ob sich der Kunde auch tatsächlich unbeobachtet verhalten hat.

Für die Durchführung dieser Maßnahmen ist in den einzelnen Shopping-Centern das Centermanagement zuständig. Es ist verantwortlich für die ständige Beobachtung und Auswertung der Kundenströme.⁸⁾

Prinzipien und Techniken der Verkehrs- und Verhaltensplanung.

Die Ziele dieser Verkehrsstrom- und Verhaltensplanung haben wir bereits angedeutet: Aus Gründen der Kapazitätsauslastung des Zentrums insgesamt und zur Förderung der Interessen sämtlicher Einzelgeschäfte soll das Zentrum allseitig und gleichmäßig mit Kaufkraft beschickt werden, d.h. alle Kunden müssen möglichst gleichmäßig an allen Geschäften vorbeigeführt werden.⁹⁾ Dies vor allem, weil Einkaufszentren bei der Kalkulation ihrer Absatzchancen zunehmend von „Impulskäufen“ ausgehen.¹⁰⁾

Der Kunde soll die Möglichkeit haben, die Preise und Qualität der Waren in den Spezialgeschäften miteinander zu vergleichen.¹¹⁾ All dies setzt natürlich voraus, daß der Kunde ohne sachfremde Störungen dem Einfluß der Geschäfte und der Auslagen ausgesetzt wird. Wahrnehmungs- und Verhaltensmöglichkeiten werden daher entsprechend beeinflusst.

Hindernisplanung

Eine ganze Anzahl gängiger Mittel zielt auf die unmittelbare Beeinflussung der Bewegungsrichtung des Kunden. Schon die Parkflächenplanung wird als Instrument in die Verkehrsstromplanung einbezogen. Durch Hindernisse soll das Überwechseln von einem Parkflächensektor in den anderen verhindert werden. „Dies hat den Sinn, einen Parker in dem Sektor festzuhalten, in dem er sich befindet, damit möglichst wenig interner Verkehr erzeugt wird. Eine solche Regelung soll auch verhindern, daß bei größeren Einkaufszentren mit einer Ladenstraße von über 150 m Länge der Kunde das Einkaufszentrum verläßt, um sein Auto zu holen, um zum anderen Ende zu fahren“.¹²⁾ Auch die Situierung der einzelnen Geschäfte dient diesen Prinzipien. In erster Linie ist dies „Magnetplanung“, wie es im technischen Jargon heißt. Magneten sind die großen Warenhäuser, in kleineren Einkaufszentren auch Supermärkte und große Bekleidungshäuser. Gibt es nur einen davon, so wird er üblicherweise in die Mitte des Einkaufszentrums gelegt. Ist die Errichtung mehrerer Magneten beabsichtigt, so nimmt das Einkaufszentrum die entsprechende Form an: Bei 2 Magneten wird sie meist als ein- oder zweigeschossige Mall ausgestaltet, an deren Enden die Magneten ihren Platz finden, bei 3 Magneten als Y-förmige Mall. Der Sinn dieser Gestaltung ist, daß die Kunden bei ihrem Weg von einem Magneten zum anderen gezwungen werden, an allen Geschäften des Zentrums vorüberzugehen.¹³⁾

Darüber hinaus wird der Kundenstrom durch die Form des Zentreninneren wie auch gezielt eingesetzte Hindernisse beeinflusst. In der Regel begnügt man sich mit schlichten Formen, um jedes Steuerungsrisiko und vor allem Vorwürfe der Geschäftsinhaber zu vermeiden, wie zum Beispiel der Mall oder einem einfachen rechteckigen Platz usw. Zu den risikofreudigeren Ausnahmen zählt zum Beispiel das Fashion Island Center, Newport Beach, California. Hier zielten die Architekten mit zick-zack-ähnlich versetzten Ladenfronten darauf ab, die Kunden bei ihrem Weg durchs Zentrum „zu ermutigen, eher durch die Läden zu gehen als an ihnen vorbei“.¹⁴⁾ Etwas ähnliches finden wir im Leine-Einkaufszentrum. Es ist grundsätzlich als zweigeschossige, geschlossene Mall konzipiert.

Zwischen dem östlichen Hof und dem mittleren Hof befindet sich ähnlich wie im Fashion Island Center, nur in Miniaturform, eine zick-zack-artig ausgestaltete Ladenpassage.



Zick-Zack-Passage zwischen östlichem und mittlerem Innenhof

Ich habe es an mir selbst ausprobiert: Wenn ich an dieser Stelle meinem normalen Impuls folgte, an der jeweiligen Schaufensterwand parallel vorbeizugehen, so wurde ich automatisch von der nächsten, im Winkel von ca. 130° abstehenden, offenen Ladenfassade aufgefangen und eingeschoben.

Die Feinsteuerung des Kundenstromes wird durch geschickt platzierte gröbere und feinere Hindernisse besorgt. Als solche sind sie allerdings selten zu erkennen, weil man ihnen meistens nach außen hin eine andere, häufig funktionale, meistens ästhetische Form gibt. Etwas grotesk ist zum Beispiel die Gestaltung einer Ladenstraße in Kuzuha, Japan, wo die Sogwirkung eines attraktivitätsfördernden, zentralen Platzes auf „nette“ Weise kontrolliert wird: „Ein Straßencafé und eine alte Lokomotive schränken hier die Betretbarkeit ein, die auf den Straßenstücken durch den mittleren Rasenstreifen praktisch aufgehoben ist. Die Besucher sind gezwungen, unter den weit ausragenden Vordächern an den Schaufenstern entlang zu spazieren.“¹⁵⁾

Etwas ähnliches finden wir in Hannover-Laatzen. Im Leine-Einkaufszentrum findet man in den Bereichen mit hoher Kundenfrequenz praktisch keinen freien Platz. Alle drei Innenhöfe sind in der Mitte mit Wasserkunstwerken und Gartenanlagen mit subtropischer Vegetation derart ausgefüllt, daß nur Wandstreifen zur Fortbewegung an den Ladenfronten und zu den Ladeneingängen übrigbleiben. Man kann sagen, daß praktisch von den großflächigen Höfen kaum freier Raum für kundenstromhemmende Menschenansammlungen übriggeblieben ist.



Mittlerer Innenhof

Für das Obergeschoß gilt dies schon darum, weil die Zwischen-
decke ungefähr im Umfang der genannten ästhetisierten Hin-
demismaßnahmen durchbrochen ist.



Östlicher Innenhof

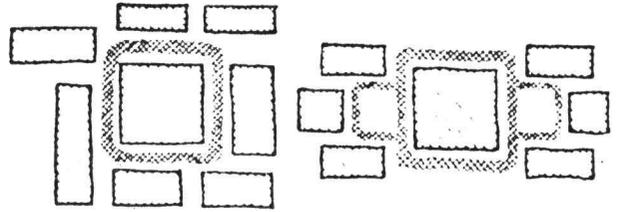
Zur Verminderung der Stromgeschwindigkeit in der Mitte der
Mall wird häufig Straßenmobiliar wie Bänke, Blumenkübel, Te-
lefonzellen usw. verwendet. (vgl. Bild) Wie Wellenbrecher für
den Kundenstrom wirken die vor praktisch jedem Ladenein-
gang aufgestellten Behältnisse und Ständer mit Warenangebo-
ten.

Redstone weist allerdings daraufhin, daß die Shopping-Center-
Planer sehr vorsichtig mit Hindernissen umgehen müssen und
vor allen Dingen vermeiden müssen, daß die durch Hindernisse
veränderte Richtung und Blickrichtung des Kundenstroms sich
ungünstig auf die allseitige Beschickung des Zentrums mit
Kaufkraft auswirkt.¹⁶⁾ Kioske zum Beispiel sollten aus diesem
Grund auf eine bestimmte Weise gestaltet werden: Die Aufbau-
ten sollten unter Betriebsbedingungen niedrig genug sein, um
den Blick von der einen Seite der Mall zur anderen nicht zu stö-
ren. Der obere Teil sollte während der Geschäftsstunden ent-
weder völlig offen sein oder aus Glas, um den Durchblick zu
den Nachbargeschäften zu gestatten.¹⁷⁾

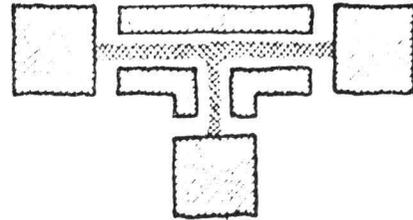
Um das Bild abzurunden: Tote Räume (zum Beispiel unter
Treppen) werden in der Regel, meist durch Kunst oder Pflan-
zen, ausgefüllt.

Tafel der Richtung und Intensität der Kundenströme bei unter-
schiedlicher Anordnung und Anzahl der Magneten.

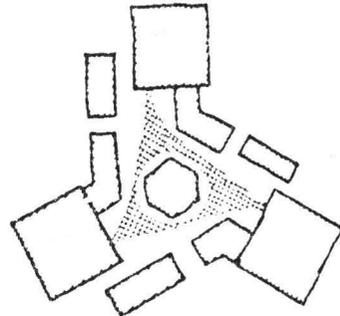
1. Kundenströme bei einem Magneten
Der Kundenstrom konzentriert sich um das Warenhaus herum.



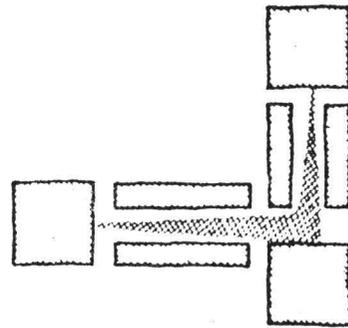
2. Kundenströme bei einer Anordnung von drei Magneten



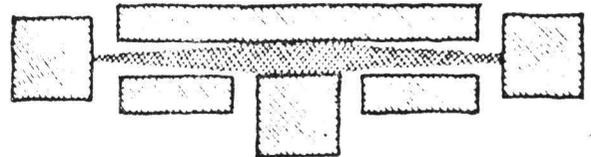
Stärkster Strom zwischen den beiden gegenüberliegenden
Kaufhäusern.



Gleichmäßige Verteilung des Kundenstroms:

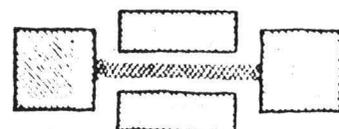


Kundenstrom verteilt sich ebenfalls ungleichmäßig. Kunden-
konzentration in der Biegung.

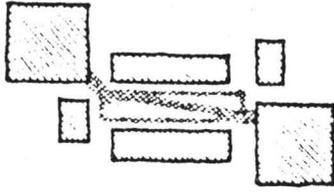


Fußgängerströme konzentrieren sich vor dem mittleren Kauf-
haus, die beiden seitlichen Kaufhäuser werden benachteiligt.

3. Kundenströme bei einer Anordnung von zwei Magneten



Einfachste und meistverwendete Lösung mit zwei Magneten:
gleichmäßigste Kundenstromverteilung.



Variante: ebenfalls mit zwei Magneten.

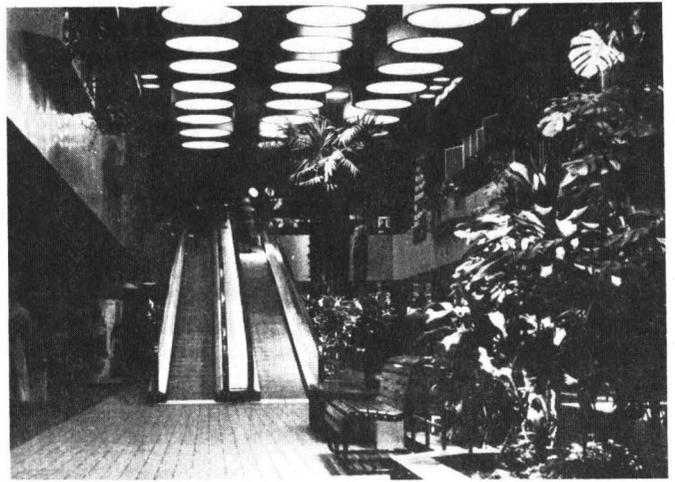
Quelle: Gruen, Victor, Überleben der Städte a.a.O., S. 66f

Rationalisierung der Wahrnehmungs- und Informationsstruktur.

Ganz allgemein sind die Organisationstheoretiker inzwischen zu der Auffassung gelangt, daß bei der Steuerung und ökonomischen Optimierung dem „knappen Faktor Aufmerksamkeit“⁽¹⁸⁾ eine entscheidende Bedeutung zukommt. Die Steuerung des Menschen läuft über seine Wahrnehmung, Deutung und Interpretation von Informationen, seine Kapazität zur Informationsverarbeitung ist begrenzt. Planung und Gestaltung von Einkaufszentren spiegeln sehr deutlich die Einsicht in diesen Sachverhalt wieder. An diesem Aspekt wird vielleicht am meisten deutlich, wie umfassend die Gesamtplanung dem „eigentliche(n) Zweck eines Zentrums“ unterworfen wird, „den Kunden zum Kauf zu stimulieren“⁽¹⁹⁾: Durch Einschränkung von Wahrnehmungsmöglichkeiten, differenzierende Darbietung von Reiz- und Stimulusquellen, durch die detaillierte Planung eines Text- und Signal systems usw. „Man muß eine Menge Überlegungen vor Beginn der Gestaltung anstellen, um das maximale Potential an Informationsvermittlung sicherzustellen.“⁽²⁰⁾ Dies vor allem, damit es nicht zu einem Streit zwischen den Mietern kommt. In der Regel werden daher Fragen der grafischen Gestaltung vorher ausgehandelt und Übereinkünfte in den Mietverträgen fixiert.⁽²¹⁾

Die Form der geschlossenen Mall dient vordringlich dem Zweck, ein abgeschlossenes, künstliches Wahrnehmungsfeld zu schaffen und zweckfremde Information auszublenden. Victor Gruen preist an dem „introvertierten“ Zentrum „die Möglichkeit, alle Maßnahmen zur Regulierung des Besucherstroms innerhalb des Zentrums voll einzusetzen.“⁽²²⁾ „Die heute bei großen Einkaufszentren übliche Gruppierung der Läden in Form einer nach innen orientierten Ladenstraße bietet die Möglichkeit, hier eine eigene Welt zu schaffen ...“⁽²³⁾

Selbst die Helligkeit des Tageslichts erscheint den Zentrenplanern als Störquelle: „Prinzipiell sollten die öffentlichen Räume weniger hell sein, weil sonst der private Teilnehmer wirksame visuelle Reize nicht erzielen kann. Diese Allgemeinregel gilt auch für das natürliche Licht, das durch Oberlichter oder ähnliche Vorrichtungen in die öffentlichen Räume eines geschlossenen klimatisierten Zentrums dringt.“⁽²⁴⁾ So erscheinen auch die Oberlichter im Leine-Einkaufszentrum weniger als natürliche Lichtquellen, sondern eher als relativ schwache künstliche Beleuchtungskörper. Dem Bedürfnis nach einer komplexen Wahrnehmungsumwelt will Gruen allenfalls auf symbolisierte Weise Rechnung tragen: „Die künstliche Beleuchtung sollte den Charakter der Außenwelt wahren ... Bei der Besprechung der für die öffentlichen Räume notwendigen Dimensionen habe ich darauf hingewiesen, daß natürliches Licht einem psychologischen Bedürfnis dient. Das natürliche Licht sollte jedoch nicht bloß durch horizontale Oberlichter einfallen. Der Besucher sollte die Möglichkeit haben, durch vertikale oder leicht geneigte Glasflächen den Himmel zu sehen, weil dadurch der Eindruck verstärkt wird, im Freien zu sein.“⁽²⁵⁾ Im Leine-Einkaufszentrum wurde dieser Effekt dadurch erreicht, daß an mehreren Stellen zwar durch Glasscheiben der Blick nach außen geöffnet ist, die Scheiben jedoch so stark getönt sind, daß einmal die Helligkeit des Tageslichts und Unterschiede im Wetter kaum bemerkbar sind, zum anderen die ohnehin nur matte Farbgebung des Betons im Umfeld keine störende Wirkung entfalten kann:



Innenhof im Ostteil: Tageslichtoberlichter haben die Wirkung von schwachen künstlichen Beleuchtungskörpern

Auch die gleichmäßige Beschallung mit Musik im gesamten Zentrum, die im Leine-Einkaufszentrum ohne Unterbrechung zu hören war, dient der Nivelierung und Homogenisierung des Wahrnehmungshintergrunds.⁽²⁶⁾

Wie schon oben erwähnt wurde, werden Gegenstände (Kioske, Mobiliar, usw.) so konstruiert, daß die allseitige visuelle Beeinflussung des Kunden nicht beeinträchtigt wird.⁽²⁷⁾

Besondere Aufmerksamkeit schenken die Planer dem Verhältnis der verschiedenen Reizquellen zueinander. „Da der eigentliche Zweck eines Zentrum darin liegt, den Kunden zum Kauf zu stimulieren, werden die einzelnen Teilnehmer durch die Wirkung ihrer Ladenfronten, Schilder, Dekorationen und Innenräume starke Stimuli schaffen. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit, den gemeinschaftlichen Räumen – als Kontrast und um diese Reize wirksam werden zu lassen – eine Atmosphäre der Ruhe und Harmonie zu geben.“⁽²⁸⁾ Dieser Effekt läßt sich in mehreren Dimensionen erreichen.



Mall dunkler beleuchtet als Kaufhaus

Ruhige Farben werden für die Mall empfohlen, die den Hintergrund für die aufregende farbliche Gestaltung der Auslagen abgeben soll, ein Prinzip, das auch der farblichen Gestaltung im Leine-Einkaufszentrum zugrundegelegt wurde. Am interessantesten ist aber ein Gedanke, der vor allen Dingen von Victor Gruen gepflegt wird, und den man auch im Leine-Einkaufszentrum berücksichtigt hat. Die vielbeschworene „Dialektik von Öffentlichkeit und Privatheit“ wird in dieser Scheinöffentlichkeit im Hause des Kapitals zum rein ästhetischen Kontrasterlebnis denaturiert: „Da der Designer besonders emotionelle Reaktionen ansprechen will, verwendet er Mittel und Wege, die assoziativ ganz bestimmte Gefühlsregungen im Kunden hervorrufen. Ob-

gleich ihn die Klimabedingungen nicht mehr dazu zwingen, verwendet er sogar für die öffentlichen Räume eines geschlossenen Zentrums Materialien und Baumethoden wie für Außenbereiche. Um sein Ziel zu erreichen, muß er über bestimmte Flächen verfügen, die ihm ermöglichen, die Trennung effektiv auszudrücken.

Außer Bodenflächen, Decken und Säulen schafft er um jedes einzelne Privatgebiet (also zwischen und über den Ladenfronten) sogenannte „neutrale Rahmen“, die groß genug sein müssen, um Kontinuität und Kohäsion der Form und des Charakters des öffentlichen Raumes zu wahren. Damit werden gleichzeitig auch die **ausgeprägten individualistischen Formen und Reize der einzelnen Privaträume voneinander getrennt**. Für die architektonische Gestaltung der öffentlichen Räume ergibt sich eine höchst einfache Regel: Alles, was typischerweise für die Gestaltung eines Privatortes verwendet wird, sollte in der Gestaltung des öffentlichen Raumes vermieden werden. Dies betrifft Bodenbeläge, Wandbehandlung, Farben, Texturen und Beleuchtung ... Die künstliche Beleuchtung soll den Charakter der Außenwelt wahren.³⁰⁾⁺ Auch die einen „ewigen Frühling“ simulierende subtropische Flora soll hierzu beitragen.³¹⁾ Im Leine-Einkaufszentrum wurde besonderer Wert auf solche technisch zu Signalen geronnenen und ästhetisierten Merkmale des öffentlichen Raums gelegt: Subtropisches Grün, Telefonstände mit Sonnen- bzw. Regenüberdachung, kleine Mäuerchen, gepflasterter Fußboden und Geländer, wie sie auch im Zentrumsumfeld verwendet wurden, und dergleichen mehr.

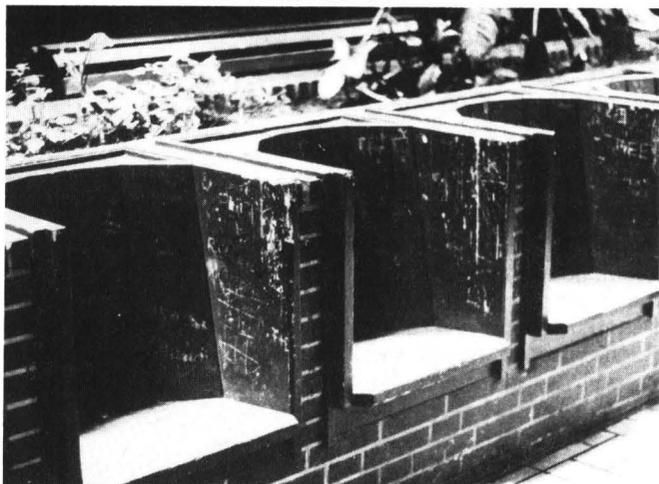
Die normative Struktur

Ein Mittel der Verkehrsstrom- und Verhaltensplanung im Zentrum, das mit beiden eben abgehandelten Dimensionen in engem Zusammenhang steht, kann ich an dieser Stelle nicht so detailliert abhandeln, wie es seine grundsätzliche Bedeutung eigentlich verdient: Die Definition der Situation im Einkaufszentrum. Obwohl dieser Gesichtspunkt selten in theoretischen und Falldarstellungen und allenfalls in Planungsbeschreibungen unter dem Oberbegriff „Raumprogramm“ auftaucht, so kommt ihm doch eine entscheidende Bedeutung für das technische Funktionieren des Einkaufszentrums zu. Das primäre Ziel der Maximierung des Kaufakts und all die sekundären Zielsetzungen, die seiner Verwirklichung dienen, wie: Allseitige Beschickung, Stromplanung, optimale Stromgeschwindigkeit, optimale Gestaltung der Wahrnehmungsstruktur, sind nur dann zu realisieren, wenn das Angebot von Verhaltensmöglichkeiten entsprechend ausgerichtet und eingeschränkt ist, so daß keine Störungen des technischen Ablaufs von ihm ausgehen können. Dies wird dadurch erreicht, daß nur eine begrenzte Anzahl verschiedener Nutzungsmöglichkeiten angeboten wird, die, relativ scharf definiert, in sauberlich getrennten Zentrumsbereichen lokalisiert werden. Praktisch kann man das Einkaufszentrum auch als eine geordnete Ansammlung von monofunktionalen Nutzungsfeldern ansehen, wobei das Leine-Einkaufszentrum nicht vom Üblichen abweicht: Der Zubringerstraße, dem Parkplatz, den in der Regel leeren und relativ engen Beschickungspassagen, der Mail zum Vorbeiströmen an den Geschäften, den peinlich davon abgegrenzten Bereichen zur Erholung vom Einkaufserlebnis usw. Sie alle wären als „Situationen mit Aufforderungscharakter“ genauer zu analysieren, besonders auf die (im wesentlichen symbolischen) Mittel hin, durch die die spezifischen Aufforderungen vermittelt werden. Was mir in Laatzen besonders auffiel, war die Gestaltung der „Erholungsbereiche“, die normalerweise am ehesten Gelegenheit zu funktionsfremder Interaktion bieten könnten. Bemerkenswert ist zunächst einmal, daß die zwei relativ großen Erholungsbereiche im Ost- und Mittelteil sauberlich durch Mauerwerk, und Niveauunterschiede von den Kaufbereichen getrennt sind.



Erholungsraum im Mittelteil

Interessant ist, daß der Bereich im Mittelteil nur wenig bequemen Platz zum Sitzen bietet. Zudem sind die Bänke so angeordnet, daß praktisch jeder Anreiz zur Kommunikation über die einzelne Bank hinaus vermieden ist.



Die Bedeutung des normativen Gesichtspunkts wird daran deutlich, daß nicht-programmierte Interaktion nicht nur das Kaufverhalten beeinträchtigen würde, sondern auch das so sorgfältig strukturierte Wahrnehmungsfeld stören würde. Wie empfindlich unprogrammiertes Verhalten, nicht geplante Interaktion und Kommunikation sich auf den technischen Ablauf eines Einkaufszentrums auswirken können, demonstriert plastisch der Bericht von Richard Frey, Präsident von Shopping-Centers, Inc, über funktionsfremde Aktivitäten im Northland Center zu Weihnachten 1969. Politische Demonstrationen von hunderten von Teenagern hatten das Zentrum so durcheinander gebracht, daß das Weihnachtsgeschäft empfindlich getroffen war. Darauf entschloß sich das Zentrummanagement, soziale und politische Aktivitäten kontrolliert in den Zentrumsablauf zu integrieren und damit zu neutralisieren. Besonders in ihrer Einschränkung und grotesken Reglementierung wird die Empfindlichkeit der Zentrumsstruktur deutlich: Die Aktivitäten wurden auf einzelne gezielt aufgestellte Kioske beschränkt, in denen sich nicht mehr als zwei Personen aufhalten durften. Jede Form aktiver Kontaktsuche mit den Kunden wurde untersagt, Flugblätter durften nur angeboten, nicht aber in die Hand gedrückt werden.³³⁾

Meine Anfragen bei den Managements der verschiedenen bundesrepublikanischen Shopping-Centers haben ergeben, daß auch hier funktionsfremdes Verhalten von Jugendlichen, Pönern, ja sogar Jugendbanden Sorgen bereiteten. Teilweise bedient man sich bereits einer privaten Polizei zu ihrer Kontrolle, teilweise schließt man sie ganz aus dem Zentrum aus. So wur-

de mir aus der City-Galerie Aschaffenburg und dem Leine-Einkaufszentrum berichtet, daß Jugendbanden, die die Zentren nachhaltig über längere Zeit störten, mit Hausverbot belegt werden mußten. Während meines Aufenthalts im Leine-Einkaufszentrum konnte ich jedoch beobachten, daß die Leute sich zum großen Teil dem Zentrumsprogramm entsprechend verhielten. Herumlungernde Jugendliche waren allerdings überall zu beobachten und es war leicht vorstellbar, daß die nur zum Schein und aus technischen Gründen induzierte Atmosphäre von „Öffentlichkeit“ vor allen Dingen Jugendliche sehr schnell aus ihrem normativen Zugriff verlieren kann.³⁴⁾



Psychologische Beeinflussung.

Im Gegensatz zu den vorher beschriebenen Dimensionen gibt es im psychologischen Bereich keinen orthodoxen Kodex von Beeinflussungstechniken. Redstone berichtet zwar, daß in den letzten Jahren sehr viel Forschung auf dem Gebiet der psychologischen Wirkungen von Licht und Farbe im Einkaufszentrum betrieben wurde,³⁵⁾ und auch Gruen gibt an den schon zitierten Stellen³⁶⁾ in groben Umrissen Hinweise auf entsprechende Beeinflussungsmöglichkeiten. Vereinzelt sind sie daher in systematischer Form auf Initiative der Architekten hin bereits in die Gesamtplanung eingeflossen. Aber noch vor einem halben Jahr beklagte sich Falk: „Längst sind auch die verkaufpsychologischen Wirkungen bekannt, die von der farblichen und lichttechnischen Gestaltung der Verkaufs- und Geschäftsflächen ausgehen. Bekannt, aber viel zu wenig von den Initiatoren ausgeschöpft.“ Eine Prognose zukünftiger Entwicklungstendenzen auf diesem Gebiet läßt sich daher ebenfalls aus den bereits etablierten Techniken der Verkaufsraumgestaltung gewinnen. Auch zur psychischen Auswirkung der Raumformen gibt es bisher allenfalls Faustregeln aus dem intuitiven Know-how der Zentrumsarchitekten: Zum Beispiel, daß man negative psychische Reaktionen auf den „Tunneleffekt“ einer überlangen Mall am besten durch ihre Unterbrechung, Modifikation der Grundrißform usw. erreicht.³⁷⁾

Flußgeschwindigkeit und Verweildauer.

Viel vager noch und in viel größerem Ausmaß Gegenstand unsicherer Analysen und rein intuitiver Gestaltung sind die Überlegungen zur Zeitoptimierung. Natürlich sind sie sehr wichtig, weil die Minimierung der Aufenthaltszeit des Kunden die Kapazität des Zentrums erhöht. Auf der anderen Seite: Je länger der kaufkräftige Kunde der Reizwirkung der Waren ausgesetzt bleibt, umso besser. Es ist klar, daß es hier kein technisches Kalkulationsschema geben kann.

Im groben kann man sagen, daß die rein technischen Hemmnisse der Bewegungszeit der kaufkräftigen Bewegungseinheit möglichst reduziert werden (z.B. durch Verminderung der Distanzen usw.), während die attraktivitätsfördernden Maßnahmen darauf abzielen, die sogenannte „Verweildauer“ zu erhöhen.³⁸⁾ Auch hier gibt es natürlich Unterschiede. „Abweichend von den voraus gestellten Beispielen gibt es Sonderformen von Einkaufszentren, z.B. Einkaufszentren an Fremdenverkehrsorten. Dort ist ein schneller Kundendurchgang, wie sonst bei allen anderen Einkaufszentren keine Forderung. Der Gast hat Zeit, er verweilt länger er möchte das Einkaufen genießen, es stört ihn auch nicht, wenn die Ladenstraße enger, verwinkelt ist und Höhenunterschiede aufweist.“³⁹⁾

Nach diesen Darstellungen ist es sicherlich unschwer nachzuvollziehen, warum man die Form des Einkaufszentrums als eine „Taylorisierung“ städtischer Öffentlichkeit begreifen muß. In dem Beitrag von Detlef Hartmann ist dargelegt, wie sich die logische Struktur arbeitsorganisatorischer Gewaltsamkeit und stadtplanerisch-technologischer Gewalt entsprechen. Im Shopping-Center schließen sie sogar nahtlos unmittelbar aneinander an. Der Selbstbedienungsladen z.B. ist praktisch eine Fortsetzung der organisatorischen Struktur des Einkaufszentrums in den Laden hinein, denn auch er ist nach dem Flußprinzip organisiert. Interessanterweise setzt sich die serielle Organisation bis in die nunmehr fast vollends computerisierten Bereiche der Lagerhaltung und Verwaltung fort. Vom Tauschakt ist nichts weiter übriggeblieben als der nunmehr zum kalten Kuß am Kassenterminal reduzierte Austausch von Ware und Geld. Der Rest ist algorithmisierte (seriell) Ablaufstruktur.

Der Griff ins Umfeld.

Genauso wie die organisatorische Gewalt des Einkaufszentrums an eine gleichförmige Rationalität der Arbeitsorganisation anschließt, genauso greift sie – allerdings in weit größerer Form – in das Umfeld des Einkaufszentrums hinein.

Mit der Erkenntnis, daß zur planerischen Sicherung der Kaufkraftabschöpfung die alten, auf der Naturwüchsigkeit der Tauschbeziehungen aufbauenden Modelle einer „Kaufkraftgravitation“ zum Zentrum hin⁴⁰⁾ nicht mehr ausreichen, wurden neue Forderungen technischer Kaufkraftsteuerung eingesetzt. Hierher gehört zunächst einmal die Integration zusätzlicher Dienstleistungsfunktionen in die Stadtmitte. Das „multifunktionale Einkaufszentrum“ dient nämlich nicht nur der Humanisierung der Einkaufsmaschinerie (dazu weiter unten) sondern zugleich dem Zweck, über die verschiedenen Angebote und Konzentration von Behörden Menschen ins Zentrum zu ziehen und sie dadurch zugleich der Verwertung im Zentrum zu unterwerfen.

Eine noch wichtigere Steuerungstechnik ist die kalkulierte Verödung des unmittelbaren Zentrums Umfelds. Die scharfe Differenzierung zwischen funktional völlig ausgedünntem Umfeld und künstlerischem Erlebnisreichtum im Konsumzentrum ist nicht etwa das Resultat profitorientierter Sparabsichten. In einer Arbeit, die im Auftrag der Neuen Heimat über die Bremer Siedlung „Neue Vahr“ hergestellt wurde heißt es: „Die Tendenz zur ‚Verödung‘, die reinen Wohnsiedlungen von einer bestimmten

Größe an eigen ist, kann ja nur durch die Stimulierung außerhäuslicher Aktivitäten kompensiert werden, deren selbstverständlichster Kristallisationspunkt das Einkaufsverhalten sein dürfte.⁴¹⁾ Die Öde einer programmierten, wenn auch äußerlich bunten Verkaufsmaschine ist nur dann relativ erträglich und anziehend, wenn sie in ein noch öderes Umfeld eingelagert ist. Es handelt sich hierbei also um nichts anderes, als um eine relative Kontrastierung verschiedener Grade von Gewaltbarkeit.

Den verkehrstechnischen Formen von Einsaugung von Kaufkraft liegt als Grundmodell bundesrepublikanischer Raumordnung, das sogenannte „zentrale-Orte-Modell“ zugrunde. Es gliedert eine Hierarchie von zentralen Orten verschiedener Ordnungsstufen. Mittlerweile sind alle Länder der Bundesrepublik als Netze mehrerer Systeme solcher Hierarchien organisiert.

Ein jeweiliger Ort von höchster Zentralität, das sogenannte A-Zentrum (das sind in der Regel die verschiedenen Großstädte) wird umgeben von einem Kranz von B-Zentren (Hannover-Laatzten, Frankfurt Nord-West-Stadt sind solche B-Zentren), die ihrerseits wieder von C-Zentren (Mittelzentren) umgeben sind usw. Das Verkehrsnetz der großen Strassen, vor allem der Stadtbautobahnen ist auf das A- und die B-Zentren hinorientiert. Diese Orientierung nimmt in der unmittelbaren Umgebung des integrierten Einkaufszentrums an Intensität zu. Selten wurde dies so unverblümt ausgesprochen, wie von Harald Ludmann, der für die Planung des Hauptzentrums Köln-Chorweiler mitverantwortlich war: „Die in Köln gemachten Erfahrungen mit der Gewerbeansiedlung zeigen, daß es notwendig ist, alle städtebaulichen Möglichkeiten für eine Belebung des Hauptzentrums auszuschöpfen ... Die Haupterschließungsstraße als Anschluß für die weiteren Wohnbereiche und die Sammelstraßen als Anschluß der angrenzenden Wohnbereiche sind unmittelbar auf die das Zentrum umgebenden Straßen geführt. Nahe den Einmündungen gelegene Parkmöglichkeiten fangen den Verkehr auf. Damit erfolgt eine allseitige Beschickung des Zentrums, wodurch für alle Läden günstige Geschäftslagen erreicht werden.“⁴²⁾ Es gibt noch eine Menge von Tricks für die Feinsteuerung, auf die ich hier nicht näher eingehen kann.

Auch der flußläufige Nahverkehr ist vor allem im Zusammenhang mit dem öffentlichen Nahverkehr ähnlich organisiert. Sie Sammelwege führen auf das Zentrum hin, die Haltestellen der Bahnen sind in der Regel so situiert, daß man nach dem Aussteigen unmittelbar durch das Zentrum hindurch muß.

Ergänzende, aber als außerordentlich wichtig eingeschätzte Mittel sind die öffentliche Beschilderung und die Richtung der öffentlichen Verkehrsführung (Einbahnstraßen).

Eine ganz entscheidende flankierende Maßnahme zum Zentrale-Orte-Modell der Kaufkraftabschöpfung ist die staatliche Garantie von Abschöpfungsbereichen. Im Rahmen ihrer rechtlichen Möglichkeiten bemühen sich die Verwaltungen der Länder und Großstädte, sicherzustellen, daß keine weiteren Großformen des Handels ein einmal etabliertes Kaufkraftabschöpfungsmodell beeinträchtigen. Es gibt inzwischen sehr viele Beispiele, daß Baugenehmigungen für Verbrauchermärkte oder weitere Zentren nur aus dem Grund verweigert wurden, weil die bestehende Kaufkraft bereits ausschließlich einem bestimmten Zentrum zugeordnet war. So wurde im Jahre 1973 nach vielen Auseinandersetzungen ein riesiger Verbrauchermarkt mit einer geplanten Geschäftsfläche von insgesamt 50 000 qm nur 2 km vom Nord-West-Zentrum in Frankfurt entfernt verhindert.⁴³⁾ Ähnliches gilt aus dem gleichen Zeitraum für das Einkaufszentrum Hannover-Laatzten, in dessen Abschöpfungsbereich Baugenehmigungen schon mit Beginn seiner Errichtung nicht mehr erteilt wurden. Ähnliches ist weiter unten über den Abschöpfungsschutz für Fußgängerzonen zu sagen.

Aus all dem Gesagten ergibt sich, daß ein wesentliches Merkmal der integrierten Einkaufszentren die übergreifende gesamt-kapitalistische Planung ist. Über die Grenzen der Kompetenzen der einzelnen beteiligten Handelskapitale hinaus wird ein Plan zur Verwertung von Herrschaft und Kontrolle über das Leben im öffentlichen Raum realisiert.

Es ist nicht der Staat, der in der Bundesrepublik die Entwicklung dieses Plans und damit die Rolle eines „realen Gesamtkapitalisten“ übernommen hat. Protagonisten waren vielmehr Kapitalgesellschaften, in der Bundesrepublik die „Einkaufs-Center-Entwicklungsgesellschaft GmbH und Co.KG. (ECE) – Werner Otte“ und die „Gewerbebauträger GmbH“ der Neuen Heimat, Hamburg. Beide hatten in der Bundesrepublik das Monopol und verkauften die technologischen Verwertungsformen städtischer „Öffentlichkeit“ als „Ware“. Man kann von einer Meta-Ware, der Ware des gesamt-kapitalistischen Plans sprechen.

Das kapitalistische Management des öffentlichen Raums

In derselben Weise manifestiert sich auch die gesamt-kapitalistische Kontrolle über die städtische Öffentlichkeit. Detlef Hartmann hat in seinem Beitrag über die Kapitalisierung des Alltags gezeigt, wie die Taylorisierung des öffentlichen Raums Herrschaft und Kontrolle in die Hände des Managements abzieht. Das übergreifende Management in den Einkaufszentren wird meistens durch die Zentrenhersteller selber als Vermieter oder / und durch die Mietergemeinschaft ausgeübt. Dazu gehören: Kontrolle der technischen Vollzüge des öffentlichen Alltags (Kundenstromsteuerung, Kundenbeobachtung, etc.), Betrieb und Überwachung der gesamten Einrichtungen. Sicherheitsmaßnahmen und Kontrolle der Zentrumsöffentlichkeit (Sicherungssysteme, zentrumseigene Privatpolizei), Marketing und die Beobachtung und Erforschung des Kaufkrafteinzugsgebietes, Public-Relations-Funktionen, Kontakte zu politischen Instanzen, Parteien, Behörden usw., usw.

Mit all dem ist eine neue Stufe der Verbindung von ökonomischer Verwertung und technologisch-politischer Herrschaft über den öffentlichen Alltag erreicht. Es wird vor allem deutlich, daß man die eigentliche politische Bedeutung nicht begreift, wenn man nur den ökonomischen Konzentrationsprozeß des Handelskapitals im Auge hat. Denn dieser wäre längst an eine Grenze gestoßen, hätte sich das Kapital nicht die Kalkulierbarkeit und Erwartungssicherheit der Kaufkraftabschöpfung durch eine neue Stufe des kapitalistischen Gesamtplans erschlossen. Wichtiger aber ist die Erkenntnis, daß die neuen technologischen Formen der Rationalisierung und Steuerung von Verhalten im öffentlichen Raum nichts anderes sind, als eine neue Stufe von politischer Gewalt im technischen Gewand. Es ist eine Zerstörung der Restbestände relativer gesellschaftlicher Autonomie, die noch in den Geflechten tauschförmigen Verkehrs eingelagert war, zugleich damit eine Isolation der Individuen. Es ist eine gewaltsame Aneignung des menschlichen Alltags zum rein maschinellen Vollzug über gewaltsamere Definitionen des Verhaltens und etabliert damit eine neue Strafe von Herrschaft und Kontrolle im öffentlichen Raum.

Damit erweisen sich die Gewaltformen der Rationalisierung des „Einzelhandels“ als Kern einer Strategie der Zerstörung und Neuzusammensetzung der Beziehungen und Verkehrsformen im öffentlichen Raum. Von hier erst lassen sich Ansatzpunkte für die Fragestellung nach ihrer historischen Rolle bestimmen. Global kann man sagen, daß sich diese Gesamtstrategie gegen die schwer einsehbaren und kontrollierbaren Beziehungen und kommunikativen Möglichkeiten richtet, die die alte „Tauschöffentlichkeit“, vor allem in den traditionellen proletarischen Quartieren charakterisierte. So wie in der Geschichte immer wieder ganze Quartiere wegen politischer Unkontrollierbarkeit und Undurchsichtigkeit relativer proletarischer Autonomie einfach eingeebnet wurden, so handelt es sich nunmehr um eine gründlichere Strategie zur Beseitigung der strukturellen Voraussetzungen dieser Autonomie überhaupt: durch Isolation, Programmierung, prinzipielle Fremdbestimmtheit. Hiervon ausgehend wäre eine Geschichte der Auseinandersetzungen im

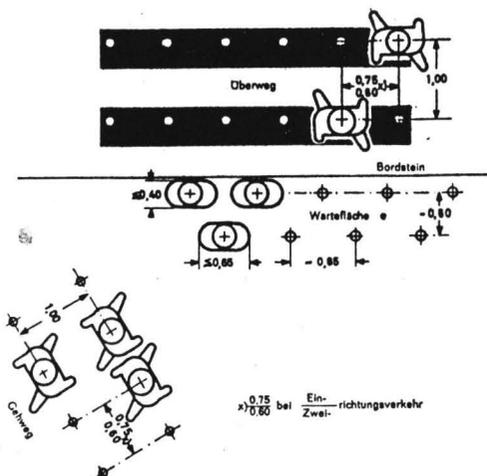
öffentlichen Alltag, in die sich die Strategien der Rationalisierung einbetten würden, erst zu schreiben.

Die Herstellung von Einkaufszentren findet ihren Abschluß mit der ökonomischen Krise. Schon dem Jahre 1978 war kein einziges Einkaufszentrum der Größenordnung über 25 000 qm mehr im Bau. Mit der ökonomischen Krise waren aber auch einige weitere günstige Bedingungen für die Entwicklung der Einkaufszentren weggefallen. Neue Großsiedlungen, die sehr häufig den Kaufkraftmantel für neue Einkaufszentren abgegeben haben, wurden nicht mehr errichtet. Darüberhinaus brachte die zunächst unkontrollierte Expansion der Verbrauchermärkte ein großes Investitionsrisiko mit sich. Schon ein großer Verbrauchermarkt im Einzugsbereich eines Einkaufszentrums kann sämtliche Rendite und Profilkalkulation über den Haufen werfen. Darüberhinaus stieß die großflächige Innenstadtsanierung nach dem Städtebauförderungsgesetz, die am ehesten noch neue Standorte für Einkaufszentren hätten schaffen können, bald auf ökonomische und politische Hindernisse. Darüberhinaus aber war das Einkaufszentrum als rigoros durchgeführtes Modell – man kann geradezu sagen: als Destillat – einer neuen Form technologischer Gewalt in die Krise geraten. Es stellte sich heraus, daß selbst die aufwendigsten attraktivitätsfördernden Maßnahmen (Zirkusse, öffentliche Tanzveranstaltungen, Basare) nicht ausreichten, die Öde und Trostlosigkeit dieser Maschinen schmackhaft zu machen. Dies bedeutet jedoch nicht die Aufgabe der im Einkaufszentrum realisierten Gewaltstrategie als solcher. Ganz im Gegenteil: forciert griff sie nunmehr nach den traditionellen Kernen städtischer Öffentlichkeit, und zwar in der Form der Fußgängerzonen. Denn organisatorisch-technisch sind Fußgängerzonen nichts anderes als die Verwirklichung der Einkaufszentrenstrategie am lebendigen Objekt. Erst damit wurde der letzte Akt der Rationalisierung städtischen Alltags eröffnet.

Merkmale der Innenstadtrationalisierung in Fußgängerzonen.

Ebenso wie im Einkaufszentrum, wird die Fußgängerzone derart gewählt und gestaltet, daß eine gleichmäßige, allseitige Beschickung der und Orientierung an den Geschäften der Zone gewährleistet ist.

Auch hier geht man von der isolierten Fortbewegungseinheit aus. Es wird in den „Richtlinien für Anlagen des Fußgängerverkehrs“ festgelegt, welchen Bewegungsraum Fußgänger exakt benötigen. „Danach muß sich ein „genormter“ Fußgänger auf dem Gehweg im Stadtverkehr mit einer Fläche von 0,60 qm zufriedengeben, wenn er im sogenannten Einrichtungsverkehr geht. Ihm stehen dagegen 0,75 qm zu, wenn es sich um Zweirichtungsverkehr handelt, er also auf Gegenverkehr stößt.“⁽⁴⁴⁾

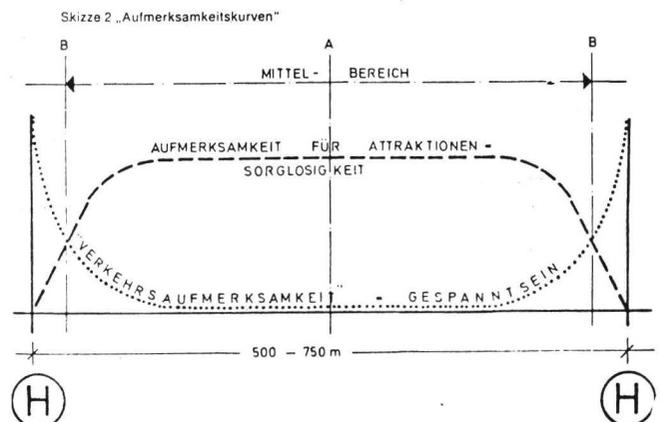


Quelle: Danielewski, G., a.a.O., S.16.

Die Techniken der gleichmäßigen Beschickung kennen wir aus dem Einkaufszentrum. Hierbei ist unter anderem zu berücksichtigen, daß bei Überschreitung bestimmter Dimensionen der Fußgängerzone mit unterschiedlichen Passantenfrequenzen auf den einzelnen Abschnitten der Zone – und damit verbunden mit unterschiedlichen Lauflagequalitäten – gerechnet werden muß.

Daneben spielt die Anordnung der „Magneten“ in den verschiedenen Bereichen der Fußgängerzone eine bedeutende Rolle für einen relativ gleichmäßig verteilten Passantenstrom.⁽⁴⁵⁾ Für die zu wählenden Dimensionen gilt fast ähnliches wie beim Einkaufszentrum: „Fußgängerstraßen und -zonen dürfen nicht zu großflächig sein. Die Durchmesser von Fußgängerbereichen sollten zwischen 300 und 600 m liegen. Für Fußgängerstraßen kommen als maximale Länge etwa 600 m und als maximale Breite 15 m, besser 10 m in Frage.“⁽⁴⁶⁾ „Diese Messung einer Fußgängerzone als Einkaufsbereich sollte dem Bedürfnis der einkaufenden Passanten entsprechen, nicht zu kurz, um die Unterbringung eines kompletten Branchenangebots zu ermöglichen, nicht zu lang, damit keine Ermüdung aufkommt.“⁽⁴⁷⁾ Eine gleichmäßige Beschickung der Fußgängerzone wird unterstützt durch die Situierung der Haltestellen der öffentlichen Verkehrsmittel. „Der Erfolg einer Fußgängerzone ist also auch abhängig von der unmittelbaren Anbindung an die öffentlichen Verkehrsmittel. Die Haltestellen sollten in unmittelbarer Nähe der Fußgängerzone, wenn möglich an den beiden Endpunkten der in der Regel linear gestreckten Zone situiert sein. Hierdurch wird einerseits die Voraussetzung für einen relativ gleichmäßigen Kundenstrom geschaffen, andererseits die Überwindung größerer Entfernungen vermieden.“⁽⁴⁹⁾ Man weiß aus eigener Erfahrung, daß sehr breite Fußgängerzonen in der Mitte mit Straßenmobiliar ausgestattet sind, die dieselbe Funktion haben wie im Einkaufszentrum.

Zur Erreichung des optimalen Wahrnehmungspotentials wird vermieden, daß schaufensterfreie tote Ecken entstehen. Im Stadtplanungsamt Hannover erzählte man mir, daß man es aus diesem Grunde in den innerstädtischen Fußgängerzonen möglichst vermeide, Banken und Versicherungen in die Untergeschosse zu lassen. Auch die sehr starke Differenzierung zwischen Innen und Außen der Fußgängerzone wird für diesen Zweck nutzbar gemacht. Wenn ein Fußgänger mit einem öffentlichen oder privaten Verkehrsmittel die Innenstadt erreicht, befindet er sich in einer technischen Welt, die voll seine gesamte Aufmerksamkeit verlangt. Vom Verlassen des Busses oder der Straßenbahn an „nimmt die nervliche Entspannung, die durch diese Art Aufmerksamkeit entsteht, ab.“⁽⁴⁹⁾ Mit wachsender Entspannung wendet sich die Aufmerksamkeit den im Fußgängerbereich gebotenen Attraktivitäten zu, der geruhsame Stadtbummel beginnt.⁽⁵⁰⁾ Ludmann hat in „Aufmerksamkeitskurven“ die variierenden Aufmerksamkeitspotentiale festgehalten.⁽⁵¹⁾



In vielen Fußgängerzonen haben sich bereits Mietergemeinschaften gebildet, die zusammen mit den Behörden den „öffentlichen“ Raum kontrollieren. Staßentheater und Straßenmusikanten haben es häufig sehr schwer. „In manchen Städten besteht totales Musikverbot, in anderen ist die Spielzeit auf 15 Minuten begrenzt oder man darf nur 3 mal innerhalb von 6 Wochen auftreten und richtig legal ist es erst, wenn man eine Reisesegewerbekarte vorweist und pro Vorstellung beim Tiefbauamt eine Sondernutzungsgenehmigung einholt.“⁵²⁾ Die Mietergemeinschaft nutzt die räumlich geschlossene Einheit von Fußgängerzonen gern für attraktivitätsfördernde, „öffentliche“ Kinderfeste, Weihnachtsmärkte, Platzkonzerte, folkloristische Veranstaltungen, Auktionen, Faschingsfeste“⁵³⁾ aus.

Auch die technischen Mittel der Unterwerfung des Umfeldes sind dieselben wie bei dem Einkaufszentrum. Auch die Fußgängerzone ist abhängig von einer großzügigen Verkehrsanbindung des zugeordneten kaufkräftigen Umfelds. Diese wird einmal über ein zentrenorientiertes Netz von Stadtautobahnen und größeren Straßen, zum anderen durch eine Reorganisation des öffentlichen Nahverkehrs hergestellt. Zusätzlich wird häufig ein Park-and-Ride-System ausgearbeitet, nachdem dem Besucher von einer bestimmten Grenze an geraten wird, ein öffentliches Verkehrsmittel zu benutzen und den Wagen auf einem, neben einer bestimmten Haltestelle gebauten, öffentlichen Parkplatz abzustellen. Um eine maximale „Umschlagshäufigkeit“ der Parkplätze zu erreichen, wird häufig das Dauerparken des täglichen Berufsverkehrs eingeschränkt und die zeitliche Parkdauer limitiert.

Eine dem Konzept des integrierten Einkaufszentrums entsprechende Verödung des Umfeldes wird einmal über den aus der Fußgängerzone verdrängten Individualverkehr erreicht, zum anderen über den Anlieferungsverkehr, da mit dem Fußgängerzonenkonzept zugleich immer ein technisches Konzept der Warenanlieferung verbunden sein muß. Ein zusätzliches besorgt die Abschmelzung des kleinen Einzelhandels und auch Handwerks im Umfeld. In Anbetracht der augenblicklichen allgemeinen Stagnation der Einzelhandelsumsätze wird man sicherlich einen Teil der Umsatzsteigerungen von 10 bis 40%, die mit der Einrichtung einer Fußgängerzone verbunden sind auf diese Art technischen Veränderungswettbewerbs zurückführen können. Dadurch wird tauschförmige Öffentlichkeit, Urbanität im Zonenumfeld ausgedünnt und beseitigt. Die gesamt-kapitalistischen Agenten dieser Reorganisation sind einmal Entwicklungsgesellschaften, in der Rechtsform der GmbH, die im Zuge von Sanierungsmaßnahmen die Reorganisation in enger Zusammenarbeit mit dem investitionswilligen Handelskapital durchführen. Daneben gibt es auch Formen der unmittelbaren Zusammenarbeit zwischen Stadtverwaltung und den interessierten Kapitalen, die bis zur völligen Überantwortung der Gestaltungsfreiheit durch die Gemeinde gehen. Als kommunale Superbehörde für die Entwicklung und Propagierung für die Fußgängerzonen stellt sich immer mehr der Deutsche Städtetag heraus. Mit Informationen, Arbeitstagen und der Schaffung informeller Arbeitszusammenhänge sorgt er für die homogene Durchsetzung der Strategie in der gesamten BRD. Darüberhinaus wurden aber bereits internationale Organisationen gebildet, die für Vereinheitlichung und Erfahrungsaustausch auf europäischer Ebene sorgen. Dazu gehört „Urbanicom“, die „Internationale Vereinigung Stadtentwicklung und Handel“ mit Sitz in Brüssel. Sie besitzt eine deutsche Sektion, die auf Studententagen Vertreter der Handelskapitale und kommunale Planungsstäbe zu gemeinsamer Arbeit zusammenführen. Auch im Fall der Fußgängerzonen bemühen sich die Gemeinden, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln, die exklusive Kaufkraftabschöpfung von zugeordneten Einzugsbereichen zu garantieren. Damit kämpfen sie zusammen mit den für Fußgängerzonen geeigneten Formen des Einzelhandels (Großkaufhäuser, Filialisten, Ketten) gegen die Verbrauchermärkte, die innerhalb von 13 Jahren aus dem Nichts einen Marktanteil von ca. 15% erobert haben.

Unter den Bedingungen stagnierender Kaufentwicklung ist dies ein Kampf auf Leben und Tod, dessen Ausgang lange Zeit ungewiß erschien. Bis vor einigen Jahren konnten sich die Verbrauchermärkte die Konkurrenz der Städte um die Steuerquellen zunutzemachen. Inzwischen hat aber dieser Kampf für die Aufstockung des rechtlichen und organisatorischen Arsenal der Protagonisten der rationalisierten Öffentlichkeit gesorgt. Neue rechtliche Kontrollmöglichkeiten (vor allem durch die Änderung der Baunutzungsverordnung) und eine Unzahl von Regierungserlassen haben die Kontrollmöglichkeiten über die Genehmigungspraxis der Gemeinden verbessert. Darüberhinaus haben sich die Kommunen sogar zur Abwehr neuer Verbrauchermärkte zusammengeschlossen. Wie im Jahre 1978 haben die Städte Essen, Bochum, Gelsenkirchen, Gladbeck, Mühlheim, Oberhausen und Ratingen einen Verbund zur gemeinsamen Kontrolle von Handelsansiedlungen gegründet.

Zugleich bildet die Entwicklung eines hierarchischen Geflechts von Fußgängerzonen den Kern von neuen Strategien sozial-räumlicher Segregation und Kontrolle. Mit der Umwandlung traditioneller Stadtkerne zu Fußgängerzonen ist regelmäßig zugleich ein Konzept der Schaffung einer kaufkräftigen und dynamischen „Mantelbevölkerung“ um das Zentrum herum verbunden, ähnlich wie beim Konzept des integrierten Einkaufszentrums. Damit wird zugleich das Ziel einer Aufwertung des Zentrenumfelds überhaupt verfolgt, vor allem, um den in die städtischen Randbereiche abgewanderten Familien attraktive Wohnmöglichkeiten zu bieten. Die Vertreibung der ansässigen armen Bevölkerung wird mit Techniken der Mietsteigerungen erreicht: „Wohnumfeldverbesserung“ durch „Verkehrsberuhigungsmaßnahmen“, Modernisierungen, Dynamisierung der ortsüblichen Vergleichsmieten. Daß damit die Fußgängerzonen und die Zentrenplanung zugleich ein Angelpunkt der neuen Strategie der Segregation in Kern- und Randbevölkerung darstellt, ist offensichtlich.

Der Widerstand dagegen ist in vielen Städten auf der Ebene der Bürgerinitiativbewegung und Selbsthilfegruppen organisiert. Bedauerlicherweise setzen sie häufig nur an isolierten Erscheinungsformen der gesamten Gewaltstrategie an: an ihrem jeweiligen Teilstück der Stadtautobahn, der Zerstörung ihrer unmittelbaren Umwelt durch Superparkplätze und -häuser, der Vertreibung von Menschen ihrer Straße. Es ist sehr wichtig, daß sie alle begreifen, daß sie eigentlich ein gemeinsamer Kampf gegen einen globalen Zerstörungsplan unserer gesellschaftlichen Zusammenhänge und unseres öffentlichen Alltags miteinander verbindet.

Gisela Schmidt

Literatur zu diesem Thema:

- 1) Peters, Paul-Hans; Stadt für Menschen, München 1972
- 2) Falk, Bernd R., Kundenforschung im regionalen Shopping Center, in: Falk, Bernd, R., Shopping Center Handbuch, München 1973, S. 296.
- 3) Vgl. hierzu die ausführlichen Darstellungen von Falk, Bernd R., in: Methodische Ansätze und empirische Ergebnisse der Kundenforschung in Einkaufszentren (Shopping-Center), München 1973
- 4) Falk, Bernd, R.; Wolf, Jakob, Die Investitionsrechnungen bei der Standortwahl, III. Teil, in: Moderner Markt 12/1974, S. 50.
- 5) Lönneker, Walter, Kundenströme messen und lenken, in: Rationeller Handel, 11/1972, S. 53
- 6) Falk, Bernd, R., Kundenforschung im regionalen Shopping-Center, a.a.O. S.308.
- 7) ebenda, S. 308
- 8) Appelt, Herbert, Aufbau und Leitung einer Shopping-Center-Gruppe, in: Moderner Markt, 12/1973, S.35.
- 9) Vielberth, Johann, Erscheinungsformen des Einkaufszentrums, in: Falk, Shopping-Center Handbuch, a.a.O. S. 40
- 10) Hertwig, Joro, Warum Kunden kaufen, in: Markenartikel, 12/1974, S.562.
- 11) Rappel, Manfred; Neumeier, Josef, Architektur und Konstruktion des Shopping-Centers, in: Falk, Shopping-Center-Handbuch, a.a.O., S. 145.
- 12) Vielberth, Johann, Verkehrs- und Parkfragen bei Einkaufszentren, in: Falk, Shopping-Center-Handbuch, a.a.O., S. 100.

- 13) Rappel, M.; Neumeier, J., Architektur und Konstruktion des Shopping-Centers, in: Falk, Shopping-Center-Handbuch, a.a.O., S. 145, Redstone, Louis, a.a.O., S. 6
- 14) Redstone, Louis, G., New Dimensions in Shopping Centers and Stores, United States of America, 1973, S. 165.
- 15) Baumeister 1/1974, S. 51
- 16) Redstone, Louis, G., New Dimensions in Shopping Centers and Stores, a.a.O., S. 69
- 17) ebenda, S. 69
- 18) Vgl. die allgemeinen Überlegungen von H.A. Simon, in: Informationssystem für Managemententscheidungen, in: Stadtbauwelt 32, S. 27.
- 19) Gruen, Victor, a.a.O., S. 104
- 20) Redstone, Louis, a.a.O., S. 104
- 21) ebenda, S. 88, vgl. als eines der ersten Beispiele die Planung des Northland Centers, Gruen, Victor, a.a.O., S. 49 f.
- 22) Gruen, Victor, a.a.O., S. 90.
- 23) Vielberth, Johann, Erscheinungsformen des Einkaufszentrums, in: Falk, Shopping-Center-Handbuch, a.a.O., S. 40.
- 24) Gruen, Victor, a.a.O., S. 105.
- 25) Gruen, Victor, a.a.O., S. 105, 107.
- 26) Gruen, Victor, a.a.O., S. 100.
- 27) Redstone, Louis, a.a.O., S. 88.
- 28) Gruen, Victor, a.a.O., S. 104, vgl. auch Redstone S. 68
- 30) Gruen, Victor, a.a.O., S. 105.
- 31) ebenda, S. 110.
- +) Hervorhebungen vom Verfasser
- 33) Redstone, Louis, a.a.O., S. 115.
- 34) Vgl. Menzel, Josef F., Einkaufszentren – Bestandsaufnahme und Zukunftsaussichten aus der Sicht einer Shopping-Center-Entwicklungsgesellschaft, in: Dokumentation 4. internationale Tagung für Shopping-Center 1976, München, Blatt 11.; Störellemente lungern in der City Galerie Aschaffenburg herum und provozieren sogar Bombenalarm.
- 35) Redstone, Louis, a.a.O., S. 90.
- 36) Gruen, Victor,
- 37) Redstone, Louis, a.a.O., S. 68.
- 38) Vielberth, Johann, Verkehrs- und Parkfragen bei Einkaufszentren, S. 98, und Pawlik, Walter, Praktische Erfahrungen bei der architektonischen Entwicklung, Realisierung regionaler Shopping-Center, S. 161, Rappel, Manfred; Niemeier, Josef, Architektur und Konstruktion des Shopping-Centers, S. 147, alle in: Falk, Bernd, R., Shopping-Center-Handbuch, a.a.O. S. ?
- 39) Rappel, M.; Niemeier, J., Architektur und Konstruktion des Shopping-Centers, a.a.O., S. 149.
- 40) Vergl. einen Überblick bei: Knecht, Robert; Fragen der Standortplanung von Shopping-Centers, Bern, Frankfurt/M 1972
- 41) Kob, Jan-Peter; Kurth, Monika; Voss, Rüdiger; Schulte-Altendorfer, Manfred: Städtebauliche Konzeption in der Bewährung: Neue Vahr, Bremen – Lehre einer Fallstudie, 1972, S. 64 f.
- 42) Ludmann, Harald; Riedel, Joachim; Neue Stadt – Köln-Chorweiler; Stuttgart, 1967, S. 80
- 43) Die Nord-West-Stadt und ihr Zentrum, Unter besonderer Berücksichtigung eines Verbrauchermarktes auf Kolbach's Äcker, Gutachten der GEWOS e.V. März 1974, S. 27
- 43) Danielewski, Gerd, Wo der Fußgänger König ist, Neue Wege der Cityplanung, Düsseldorf 1974, S. 10.
- 45) Falk, Bernd, R., Fußgängerzonen – ein Instrument zur Regenerierung der Innenstadt? in: Shopping Center Revue, Nr. 8, April 1974, S. 5.
- 46) „Richtlinien für Anlagen des Fußgängerverkehrs“, Forschungsgesellschaft für das Straßenwesen, Köln 1972, zitiert bei: Danielewski, G. a.a.O., S. 16.
- 47) Ludmann, Harald, Fußgängerbereiche in deutschen Städten, Köln 1972, S. 10.
- 48) Falk, Bernd, R., Fußgängerzonen – ein Instrument ... a.a.O., S. 8.
- 49) Ludmann, Harald, Fußgängerbereiche in deutschen Städten, a.a.O., S. 10.
- 50) ebenda, S. 10.
- 51) ebenda, S. 11

Großer Abwasch in Köln, 5 Minuten vor 12

„Fäkaliensprache!“ schimpfte einer der leitenden Funktionäre des neugegründeten „Stadtbauamts“ in einem offenen Blatt an das „Kölner Volksblatt“. Was ihn so schäumen ließ, war unser doch verhältnismäßig lieb formulierter „Ehrenfelder Stadtverstörer“, der als Sonderbeilage zum Volksblatt erschienen war. Und uns selbst bedachte er auch gleich mit einem stadtplanerisch vernichtenden Urteil: „Hinterhofidylle Marienstraße“. Zum Teil ist dieses Prädikat ja gar nicht so falsch. Wir sind eine Gruppe von ungefähr 120 Deutschen und Türken einschließlich Kindern, deren Seniorenkern 1977 zusammen mit dem SSK insgesamt zehn Häuser in der Marien- und Lessingstraße des Stadtteils Köln-Ehrenfeld besetzt hatte. Nach und nach ist es uns gelungen, uns sozusagen umgekehrt und von unten an den Rand der Legalität zu bringen, die verfallenen Häuser wieder zu renovieren und sie bis auf das letzte Zimmer zu belegen. Schließlich ist noch ein Handwerkerkollektiv dazugekommen, eine Gesundheitsgruppe, eine Krabbelgruppe, Türken- und Kurdenversammlungen und, wenn ich es euphorisch betrachte, ist daraus ein Stückchen kollektives Leben geworden.

Die idyllische Seite allerdings ist es sicherlich nicht, die den Stadtplaner gestört hat. Immerhin sind wir uns noch vor kurzem mit großer Liebeshuldigkeit begegnet. Ich erinnere mich, wie er uns bei einer Begehung eines „Modernisierungsprojektes“ noch gesagt hatte: „Schreiben Sie aber schön sachte und beunruhigen Sie vor allem die Bevölkerung nicht!“ Das müssen wir aber im „Stadtverstörer“ wohl getan haben, denn ein ähnlich scharfer Anwurf wie „Fäkaliensprache“ ist mir in dieser Stadt der sanften Umgangsformen bisher nicht begegnet. Vielleicht liegt es sogar nur daran, daß wir nur die Wahrheit geschrieben haben.

Zunächst einmal haben wir auf das verlogene und schönfärbere Vokabular der Planer verzichtet. Der Zerstörungsplan schien uns für das objektivistische Getue der Planer zu ernst. Auch mochten wir nicht ins übliche marxistische Gerede verfallen. Statt „Problemgebiet mit Veränderungsdruck“ sagten wir „Zerstörungsplan“. Statt „Modernisierung“ „Menschenvertreibung“, statt „Wohnungsamt“ „Obdachlosen-Verwaltung“. Und was wir insgesamt registrierten, ist der Aufmarschplan für einen stadtzerstörerischen Blitzkrieg, 5 Minuten vor 12.

Wenn man aus einer weitgehend durchrationalisierten Stadt wie z.B. Hannover nach Köln kommt, dann wähnt man sich im Mittelalter. Zwar hat die erste Zerstörung Kölns im 2. Weltkrieg in der Innenstadt genügend Raum für eine der modernsten und vielgepriesenen Konsumrennbahnen (sprich: Fußgängerzone) der BRD geschaffen: die Hohe Strasse. Mit dem Überschreiten der Grenze zu den ringförmig um den Stadtkern gelagerten Stadtteilen Ehrenfeld, Nippes Mühlheim, Kalk taucht man in ein Stadtleben, das man längst untergegangen wähnte. Lange

Korridorstraßen mit unzähligen kleinen Geschäften, Handwerksstätten, ja sogar Kaffeegeschäften mit Kaffee aus eigenen kleinen Brennereien, bei denen man sich schnell von den genormten überregionalen Sauerbrannt erholen kann. Kleine Altbauten aus der Zeit der Industrialisierung in eigenwilligem Industriearock, Renaissance, Gotik. Keine Hochhäuser, wenig organisierte Verkehrsführung. Die Bevölkerungsstruktur kleinbürgerlich, proletarisch bis subproletarisch, mit erstaunlich intakten und konstanten sozialen Beziehungen. Allerdings sind große Anteile der hier früher stark vertretenen Facharbeiter weggezogen. Dafür sind viele Ausländer, vor allem Türken, zugezogen, denen kleine, von Türken und Italienern betriebene Lebensmittelläden nachgefolgt sind. Man kann aber nicht sagen, daß die Ausländer die Viertel überfremdet haben. Die Kölner hängen mit einer erstaunlichen Hartnäckigkeit an ihrem „Veedel“. Jetzt, nachdem die Stadtspitze einige Angriffswellen bundesrepublikanischer Stadterstörung verschlafen hat (nur im Severins-Viertel hat die Vorbereitung einer Sanierung nach dem Städtebauförderungsgesetz einen gewissen Reifegrad erreicht), ist der Feldzug nach kürzester Zeit organisiert worden. Das Handelskapital drängt auf die Zentralisierung und damit auch die Rationalisierung der Kölner Kaufkraftabschöpfung. Die geplante ringförmig um das Zentrum gelegte Stadtautobahn soll Kaufkraft in die Schwerpunkte verteilen und die Zentren des übrigen tertiären Sektors (Banken, Versicherungen) besser erschließen und vor allem: die „schlechte Bevölkerungsqualität“ mit ihrem wachsenden Anteil von Alten, Ausländern, Sozialhilfeempfängern, jugendlichen Arbeitslosen soll endlich beseitigt werden. Dazu R. Göb aus dem Stadtentwicklungsamt: „Wir haben ca. 400.000 Wohnungen in Köln, davon sind ca. 160.000 Wohnungen modernisierungsbedürftig ... davon sind ca. 68.000 in zusammenhängenden Quartieren, so daß man aufpassen muß, daß sie nicht absinken, daß sie in diesem Strudel der absinkenden Quartiere nicht einmal umschlagen, nicht mehr bewohnbar werden, mit all den sozialen Problemen, die da drin stecken. Diese Probleme bestehen nicht nur darin, daß man die Menschen wegschickt oder wiederholt ... das sind ja auch soziale Gärprozesse. Da werden ja Häuser besetzt ... sie kennen das und wir kennen das auch ...“.

Mitte 1977 wurde ein Stadtentwicklungskonzept verabschiedet. Darüber hinaus wurde die Beseitigung der verwaltungswirtschaftlichen Hemmnisse und Reibungsschwierigkeiten zwischen den verschiedenen Ressorts, auf die bisher die verschiedenen Stadtplanungskompetenzen aufgeteilt waren, in Angriff genommen.

Die Kompetenzen wurden nunmehr fest in einem einzigen Haus, dem „Stadterneuerungsamt“, konzentriert. Mit dem Stadtentwicklungskonzept und dem auf ihm aufbauenden, vor der Verabschiedung stehenden Flächennutzungsplan wird das gesamte Arsenal der Stadtplanung zur Anwendung gebracht.

Stadterstörung durch Zentralisierung

Das Kernmodell des Angriffs auf die Stadt Köln ist zugleich das Grundmodell deutscher Stadterstörung: das „Zentrale-Orte-Modell“. Um das Kernzentrum in der Innenstadt sollen in Nippes, Kalk, Mülheim, Ehrenfeld usw. ein Ring von sogenannten „B-Zentren“ gelagert werden. Orthodox soll eine Stadtautobahn mit dem Hintergrund ihres in das Umland verästelten Systems von Autobahnen für die Zulieferung kaufkräftigen Fleisches sorgen. Die in Köln mit mehreren Organisationen besonders stark vertretenen Kaufhauskonzerne sind an der schnellen Durchsetzung dieses Modells besonders darum interessiert, weil sie sich dadurch in ihrem Vernichtungskampf gegen Verbrauchermärkte Kaufkraftzuwachs versprechen (vgl. den Beitrag von Gisela Schmidt).

Wir wehren uns gegen diese Zentralisierung aus folgenden Gründen. Sie bedeutet einen zerstörerischen Eingriff in das soziale Leben der Altstadtquartiere und vor allem auch Ehrenfelds, von dem diese sich kaum mehr erholen werden. Es ist bekannt, daß Fußgängerzonen die Struktur des kleinen Einzelhandels im Umfeld schon auf kurze Sicht zerstören und ihn „abschmelzen“, wie der Zentrenplaner sagt. Damit werden nicht nur viele Ladenbesitzer ihrer Existenzgrundlage beraubt, sondern eine der Grundlagen für das soziale Leben, für die Beziehungen zwischen den Menschen, ist damit zugleich beseitigt. Dies ist nicht nur eine Erfahrungstatsache. Wenn man eine Zeitlang in einem solchen Viertel lebt, dann begreift man auch, warum dies so ist. Die Stadtsoziologen kommen an dieser Stelle immer mit dem banalen und pauschalen Wort von der „Tante Emma als Kommunikationsbörse“. Aber das ist viel zu oberflächlich gesehen. Natürlich reden die Leute im Laden auch viele Sachen und es verblüfft einen, wenn man mitkriegt, wie der siebzehnjährige Gemüsehändler eine sechzigjährige Frau duzt, während sie ihn siezt, weil sie schon als kleines Kind in den Laden gekommen ist. Aber der kleine Einzelhandel hat zugleich auch etwas mit Herrschaft zu tun. In ihm erfährt der Käufer,



aber auch der kleine Ladenbesitzer, daß die Öffentlichkeit, der Verkehr zwischen ihnen nicht von Oben geplant ist und in gewisser Weise noch ihnen gehört. Man merkt das an der Atmosphäre, daran, wie die Leute miteinander umgehen, man spürt in ihren Verkehrsformen bis in die Straße hinaus, daß ihnen dieser Raum irgendwie gehört. Diese Atmosphäre wird durch eine typisch kölsche Einrichtung noch verstärkt: die Kioske. Man wird durch ein breites Fenster auf der Straße bedient, kann in ihnen alles kriegen und meistens stehen Leute davor, die sich miteinander unterhalten.

Es gibt gar keinen Zweifel, daß der öffentliche Raum dieser Straßen völlig enteignet ist, wenn die Geschäfte verschwunden sind und die Öffentlichkeit im großen Einkaufszentrum konzentriert ist. Erfahrungsgemäß gelingt es, den Prozeß der Abschmelzung des Einzelhandels in den Nebenstraßen durch Verkehrsmaßnahmen, durch die aggressiven Preisbrecher (wo dann im Schnitt doch nichts billiger wird), durch die Sogwirkung des Zentrums binnen weniger Jahre abzuschließen. Sicher ist es richtig, daß sich über die Korridorstraße des alten Quartiers auch kleinbürgerliche Einstellungen herstellen. Aber es ist deutlich zu spüren, daß die Kleinbürgerlichkeit in den pauperisierten Teilen Ehrenfelds lange nicht so penetrant entwickelt ist wie in den besseren Teilen. Und außerdem bin ich der Meinung, daß sie mit der graduellen Verurteilung eines Bevölkerungsteiles zum nicht mehr integrierten „Rand“ ohnehin eine neue Qualität des Widerstandes annimmt. Nicht umsonst ist es darum das Ziel der Stadtplaner, diese Strukturen zunächst einmal aufzulösen.

Das Zentrum ist aber nicht nur darum Kern des Angriffs, weil es den Kleinhandel abschmilzt, sondern weil es zudem auch spürbar ein ganzes Gebiet und seine Bevölkerung der Fremdbestimmung und Herrschaft des Zentrenmanagements unterwirft. Darüber hinaus entwickelt sich in der Regel mit planerischer Unterstützung eine Verbesserung des Zentrenumfeldes und die Etablierung einer „Mantelbevölkerung“ (das ist Planerjargon) von guten Verdienern, die ihrerseits die alte Bevölkerung vertriebt.

Vertreibung durch Modernisierung, Wohnumfeldverbesserung

Darüber hinaus gibt es noch eine Anzahl weiterer Mittel, mit denen die alte Sozialstruktur durchlöchert werden soll und die ärmsten Bevölkerungsteile vertrieben werden sollen. An erster Stelle steht dabei die Modernisierung. Die Stadt betreibt sie mit allen zu Gebote stehenden Mitteln. Nach den Vorschriften des Modernisierungsgesetzes werden Darlehen gewährt. Viele Hauseigentümer führen sie aber auch mit privaten Investitionen durch, weil sie auf dem Hintergrund der Wohnungsnot (17.000 Familien suchen in Köln eine Wohnung) immer lukrativer werden. Die Zentrenbildung übt darüber hinaus auch einen gewissen Modernisierungsanreiz aus. Natürlich haben wir immer wieder betont, daß wir nicht gegen bessere Wohnungen sind. Modernisierungen führen aber zum Teil mittelfristig, zum Teil aber auch binnen kurzem zu drastischen Mieterhöhungen, die die armen Bewohner häufig nicht mehr bezahlen können. Gerade um dieses Effektes willen werden sie von der Stadt auch betrieben. Rechtliche Möglichkeiten, Subventionen, mit denen die Mieten niedrig gehalten werden könnten, waren von vorne herein nicht eingeplant.

Viele Hausbesitzer praktizieren inzwischen die verschiedensten Formen unmittelbarer und mittelbarer Gewalt, um über ihre Modernisierungen schnell zu höheren Mieten zu kommen. In einigen Fällen tauchten plötzlich Schlägertrupps auf, die die Wohnungen entweder von innen verwüsteten oder ein Stockwerk darüber die Wasserhähne herausrissen, um so eine Über-



schwemmung zu veranstalten. Wieder andere kündigten vage Modernisierungsabsichten an und erschienen dann plötzlich mit Handwerkern, die die Böden herausrissen und die sanitären Anlagen außer Betrieb setzten. Später wurde dann so lange nichts an den Wohnungen gemacht, bis die Mieter die Geduld verloren und einfach auszogen.

Auch sogenannte „Wohnumfeldverbesserungen“ wie Verkehrsberuhigungsmaßnahmen, Einrichtungen mit sogenanntem „Straßenmobiliar“ (Blumen, Betonkübel, Sitzbänke, Straßenlaternen) führen nach den neuesten Erfahrungen in der Regel zu drastischen Mietsteigerungen.

Ein sehr wichtiges Mittel zur Mobilisierung der Durchschnittsmiethöhe ist das Instrument der „ortsüblichen Vergleichsmiete“ und des „Mietspiegels“. Beide wirken über das sogenannte „Miethöhegesetz“ in die gleiche Richtung. Jeder Vermieter kann nämlich die Miete auf die Höhe der ortsüblichen Vergleichsmiete oder des Mietspiegels anheben. Das bedeutet, daß schon eine gewisse Anzahl von Modernisierungen in einem Viertel die übrigen Mieten in Bewegung bringen können, ohne daß an den Häusern überhaupt etwas geschieht. Darüber hinaus sind Bestrebungen erkennbar, den städtischen Mietspiegel auf ein unverhältnismäßig höheres Niveau zu schieben.

Es besteht für uns überhaupt kein Zweifel daran, daß die Vertreibung beabsichtigt ist, beginnend mit bestimmten Kernbereichen des Einsatzes des hier beschriebenen Instrumentariums. Wir haben auch immer wieder ehrliche Stadtplaner getroffen, die uns den Vertreibungseffekt offen eingestanden. Da diese Vertreibung so systematisch betrieben wird, kann man hierin nur den Anfang der Exilierung und Aussonderung derjenigen Bevölkerungsteile sehen, die ökonomisch und gesellschaftlich



zum nicht mehr integrierbaren Ausschuß gehören. Ob und wie das schließlich eine stadtstrukturelle Gestalt annehmen wird, kann jetzt noch nicht endgültig gesagt werden. Viele der Vertriebenen fließen jedenfalls in die Neubaughettos, vor allem nach Chorweiler. Es ist auch nicht beabsichtigt, geschlossene Obdachlosensiedlungen wieder zu eröffnen. Auch die Herausbildung von Randbereichen der jeweiligen Altstadtquartiere kann man bereits beobachten.

Die Modenschau der Bürgerbeteiligung

Die Techniken der Legitimationsbeschaffung auf dem Wege der sogenannten Bürgerbeteiligung haben ein eigenartiges Verfallsstadium erreicht. Was vor zehn Jahren einmal als Bürgerbeteiligung mit dem einigermaßen ernsthaften Ziel begonnen worden war, den außerparlamentarischen Unmut durch scheindemokratische Techniken aufzufangen, ist längst müden Inszenierungen monologischer Operschmiere unter bewußter Einkalkulation des Mißerfolgs gewichen. In Köln sah das meist so aus, daß eine Reihe gut gekleideter Bonzen mit Conferencierlächeln die Tribüne bestiegen, um von dort aus möglichst unter Aufrechterhaltung ihres Lächelns die bereits erwarteten Schmähungen entgegenzunehmen. Nach abgessener Mindestzeit war dann die Pflichtübung erfüllt. Als Fazit der Anhörungspraxis des letzten Jahres kann jedenfalls festgestellt werden: Expertenhörigkeit und grundsätzliches Wohlwollen der Betroffenen haben stark abgenommen, Frustrationstoleranzen der behördlichen Anhörer mußten erheblich aufgestockt werden.

Da ja der gute Schein gewahrt bleiben muß, überstürzen sich auf diesem Gebiet die Neuerfindungen und machen den Schein nun vollends zur Farce. Der vorletzte Hit, ganz neu, bestens organisiert, daß 1A Superdemokratie-Ersatz-Erlebnis, war die sogenannte „vertiefte Bürgeranhörung“. In Köln-Ehrenfeld sah der Plan folgendes vor:

Bestimmte Personen wurden ausgewählt und eingeladen, an einem mehrstündigen Seminar zur Besprechung der Planung teilzunehmen. Das Ergebnis wurde dann protokolliert und als Empfehlung an die Stadt weitergereicht. Die Ernsthaftigkeit dieser Bemühungen war schon von vorneherein daran abzulesen, daß die großen ausländischen Bevölkerungsanteile gar nicht in ihrer Landessprache eingeladen worden waren. Dann sollte auch gar nicht kommen können, wer wollte, sondern nur eine Auswahl, sozusagen seminar- oder besser demokratiefähige Personen.

Wir sind hingegangen und haben dann gleich zu unserer Verblüffung festgestellt, daß die Hauptinteressenten der Stadtplanung alle versammelt waren:

Der Einzelhandelsverband hatte gleich einen Spezialisten geschickt, Parteien waren reichlich vertreten, ebenso in wechselnder Besetzung investitionswillige Mittelständler. Von den Alten, den Sozialhilfeempfängern, den Ausländern keine Spur. Wir haben unserer Empörung Ausdruck gegeben und in der Tat bei einigen Personen ziemlich große Resonanz gefunden, die zum Teil enttäuscht mit dieser Form der Beteiligung hart ins Gericht gingen. Dennoch:

Ungetrübtes Lächeln auf den Gesichtern der Stadtplaner (bis auf den Ausrutscher mit der „Fäkaliensprache“). Ich hatte eigentlich erwartet, jetzt wäre erst einmal Schluß mit der Modenschau des Demokratieersatzes. Ich habe mich geirrt. Zwischen dem ersten Niederschreiben dieses Beitrages und der Überarbeitung, die ich jetzt, kurze Zeit später, vornehme, hat es schon wieder etwas Neues gegeben: Die „Planung in der Zelle“. Erfinder ist der Wuppertaler Soziologe Peter Diemel und Köln ist die erste deutsche Großstadt, die das Verfahren testet. Kostenpunkt: 180.000 DM. Gruppen von jeweils 25 zufällig ausgewählten Bürgern aus unterschiedlichen Schichten, Altersstufen und Wohngebieten werden unabhängig voneinander von Experten in die „Planungsprobleme“ eingeführt. Sie kriegen dafür 240 DM und müssen am Ende eigene Modelle entwickeln. Dann wird das Ganze von der Gesamthochschule Wuppertal ausgewertet und zu einem „Bürgergutachten“ zusammenge-

faßt. Dieses Verfahren beseitigt erfolgreich mehrere unerwünschte Nachteile der bisherigen Bürgerbeteiligung. Die „Beteiligten“ sind nicht mehr notwendigerweise die von der Planung unmittelbar Betroffenen, sie können sich daher ähnlich gut über deren Bedürfnisse hinwegsetzen. Außerdem kennen sie sich in der Regel nicht, haben nichts miteinander zu tun und können darum kaum nennenswerten gemeinsamen Widerstand gegen die Planung entwickeln. Schließlich: nicht einmal gemeinsam auswerten dürfen sie das, was sie im Laufe der Zeit sich ausgedacht haben. Wir stehen nur noch einen kleinen Schritt von der vollautomatischen Bürgerbeteiligung entfernt.

Die Farce ist das letzte Stadium einer Lüge und so ist zu erwarten, daß mit der Bürgerbeteiligung in absehbarer Zeit überhaupt Schluß gemacht wird. In Frankfurt gibt es schon unverblühte Initiativen in diese Richtung, aber auch die Novellierung des Städtebauforderungsgesetzes macht deutlich, daß eine Anzahl von Beteiligungspraktiken ersatzlos gestrichen werden sollen.

Der Widerstand gegen Stadtplanung und Vertreibung

Nach allem ist klar, daß man sich gegen Zentralisierungen, Modernisierungen, Wohnumfeldverbesserungen konsequent und kompromisslos wehren muss. Denn sie bedeuten Zerstörung von Lebenszusammenhängen, von Umwelt, Vertreibung. Es wird Zeit, daß in der Bundesrepublik erkannt wird, daß diese Formen der Vertreibung und der inneren Zerstörung von Lebenszusammenhängen und Gesellschaft ebenso schlimm sind, wie äußere Umweltzerstörung. Es gehört sträflich viel Naivität dazu, den Stadtplanern zu glauben, wenn sie sagen, wir wollen die Wohnungen verbessern, aber wenn die Leute dadurch vertrieben werden, können wir ja auch nichts machen. Denn es ist derselbe Staat, der die Instrumente so geschaffen hat, wie sie jetzt genutzt werden. Mir erscheint es als ein schlimmes Symptom, daß viele, die diesen Zusammenhang erkannt haben, sich noch immer auf Detaildiskussionen einlassen, wenn die Existenz und das Glück von Menschen auf dem Spiel steht. Über den Sinn dieser Vertreibung und Zerstörung kann man nicht mehr diskutieren.

In Köln ist der Kampf gegen die Stadtzerstörung und -vertreibung für die Erhaltung von billigem Wohnraum sehr stark entwickelt. Allen voran demonstriert der SSK (Sozialistische Selbsthilfe Köln) seit Jahren immer wieder durch Besetzung

von Häusern gegen die Vernichtung von Wohnraum. Er findet darum viel Anklang beim Volk, weil er praktisch selbst eine Ausdrucksform der Randständigen ist. Bei ihm wohnen und kämpfen psychiatrisch Exilierte, Vertriebene, arbeitslose und obdachlose Jugendliche.

In Mülheim hat vor kurzer Zeit eine Gruppe von Jugendlichen die leerstehenden Gebäude eines Komplexes um das „Dreikönigs-Hospital“ besetzt, das im Rahmen einer Sanierungsmaßnahme völlig beseitigt werden soll. In der Brüssler Straße hatten türkische Familien zusammen mit dem SSK die leerstehenden Räume eines Hauses besetzt. Sie sind allerdings durch einen Zerstörungstrupp des Verwalters zusammen mit dem SEK (Sondereinsatzkommando der Polizei) wieder vertrieben worden. Die letzte Initiative im Häuserkampf ist die sogenannte „Wohnraumrettungsgesellschaft“, die von vielen Kölner Gruppen gemeinsam getragen wird. In ihr werden Erfahrungen ausgetauscht und gemeinsame Vorgehensweisen abgestimmt.

Dann gibt es in Köln eine ganze Menge von stadtteilbezogenen Bürgerinitiativen, deren gemeinsamer Nenner die Verhinderung der Stadtautobahn ist und die sich unter anderem der Durchsetzung quartierspezifischer Forderungen widmen. Eines ihrer Hauptprobleme ist, wieweit sie sich überhaupt auf den Dialog mit der Stadt und auf die Mitwirkung beim Planungsprozeß einlassen sollen. Der pragmatische Standpunkt, soviel wie möglich erreichen zu wollen und vor allem zur Milderung der größten Auswirkungen stadtplanerischer Angriffe beizutragen, wechselt häufig mit kategorischem Widerstand. Die ist vor allem auch ein Resultat der Einengung des Gesichtsfeldes auf den jeweiligen Stadtausschnitt. Wie in anderen Städten, so gilt auch in Köln die bedauerliche Erfahrung, daß die gesamtstädtische Zusammenarbeit von Bürgerinitiativen oft sehr brüchig ist. So gelang es der Nippeser „Baggerwehr“, viele Kölner Initiativen zu einem gemeinsamen Kampf gegen die Stadtautobahn in ihrem Abschnitt zu mobilisieren. Damals stellten sich hunderte Kölner durch Besetzung eines der Zerstörung geweihten ehemaligen Kleingartengebietes den Baggern entgegen. Die Auseinandersetzungen mit der Polizei dauerten viele Tage und führten insgesamt zu an die hundert Gerichtsverfahren. Als dann die gesamtstädtische praktische Solidarität erlahmte, ging die „Baggerwehr“ sogar zeitweise auf den Vorschlag der Behörde ein, die Stadtautobahn in diesem Abschnitt zur Vermeidung von Umweltbelastungen in einen Tunnel zu verlegen.



Irgendwo zwischen dem SSK, der ja zugleich eine radikal neue, kollektive Lebensform darstellt, und den aus privat vertretenen Personen bestehenden Normalinitiativen siedelt sich die Marienstr./Lessingstr. an. Die Bewohner wirtschaften z.T. zusammen, pflegen Kochgemeinschaften, es gibt freundschaftliche Beziehungen zwischen deutschen und türkischen Familien, die sich ihrerseits zum Teil intensiv um die Situation ihrer Landsleute kümmern. Wenn die Stadt uns als „Hinterhofidylle“ bezeichnet, so muß sie befürchten, daß uns gerade dies möglicherweise attraktiv macht. Denn auch auf dem Gebiet der Stadtplanung ist der Glaube an den Fortschritt so gut wie völlig zerstört. Bei unseren Infoständen und Veranstaltungen konnten wir jedenfalls wenig Fortschrittsglauben feststellen. Die Argumente der Stadt für eine Lebenszerstörung unter technologischem Deckmantel 5 vor 12 ziehen nicht mehr. Es ist nicht auszuschließen, daß die verschiedenen Hinterhofidyllen und kollektiven Ansätze gerade dagegen an besonderem Wert gewinnen.

Unsere Probleme sind allerdings dieselben wie die vieler anderer Initiativen, die zugleich Formen alternativer Lebensweisen jedenfalls partiell pflegen. Es besteht immer die Tendenz, über die Verselbständigung der eigenen Lebenspraktiken und -zusammenhänge die größeren Auseinandersetzungen aus dem Gesichtsfeld zu verlieren. Man gravitiert um den kleinen Kern von Kollektivität und löst sich zeitweise sogar aus den Auseinandersetzungen mit den Teilen der Stadtplanung heraus, von denen man selbst betroffen ist. Das bedeutet allerdings nur, daß die Intensität der politischen Auseinandersetzung Schwankungen unterworfen ist. Im großen und ganzen blicken wir jetzt auf zwei Jahre ziemlich konstanter politischer Arbeit zurück. Unser Erfolg wird davon abhängen, wie sehr sich die Bevölkerung in unserem Teil Ehrenfelds in unserem eigenen Kampf um nicht modernisierten billigen Wohnraum wiedererkennt. Immerhin kommen bereits viele Modernisierungsoffer aus der Umgebung zu uns und bitten uns um Hilfe.

Detlef Hartmann

Hausbesetzungen in Bremen



In Bremen hats im vergangenen Sommer einen Haufen Hausbesetzungen gegeben. Das, nachdem an dieser Front jahrelang tote Hose war. Eifrig gekämpft haben wir gegen Atomkraftwerke, nicht aber vor unserer Tür. Ausschlaggebend für diese Hausbesetzungen war nicht eine Einsicht in die politische Notwendigkeit von Hausbesetzungen, sondern die ganz banale Wohnungsnot verschiedener Freaks auf der einen Seite und das Verrottenlassen von leeren Häusern auf der anderen Seite.

Das ganze ging los mit drei Hausbesetzungen. Die **Grundstr. 21** gehört dem Liegenschaftsamt Bremen. Sollte einer Durchgangsstraße weichen – dem sog. St. Pauli Durchbruch. Dieses Haus stand unseren Informationen nach über 12 Jahre leer und wurde als „unbewohnbar“ geführt. Dieses Haus besetzten wir zu dritt. Der **Osterdeich 12** gehörte ebenfalls der Stadt Bremen – wird jedoch von der Sanierungsgesellschaft „Bremische“ treuhänderisch verwaltet. Dieses Haus sollte ursprünglich ebenfalls einer Durchgangsstraße weichen – der sog. Mozarttrasse. Diese Trasse ist „vorläufig endgültig“ auf Eis gelegt worden – deshalb sollte das Haus jetzt objektsaniert werden. Es stand ca. ein dreiviertel Jahr leer. Eingezogen sind dort drei Wohngemeinschaften. Als drittes Haus wurde die **Mozartstraße 31** besetzt. Ebenfalls ehemaliger Trassenbereich. Gehört jedoch einer Boutiquenbesitzerin in Düsseldorf. Dies Haus stand 6 Jahre leer und wird jetzt von einer Wohngemeinschaft bewohnt.

Alle drei Häuser befinden sich im Bereich Ostertor und Steintor. In den kommenden Monaten gabs dann noch eine Reihe weiterer Hausbesetzungen, die ich hier nur kurz anreißen will.

Osterdeich 13: hier gilt das gleiche wie für Osterdeich 12.

Meyerstraße 47: liegt außerhalb des Sanierungsgebietes, stand aber auch fast 5 Jahre leer und gehört einer noch zu ermittelnden Erbgemeinschaft. Der verwaltende Rechtsanwalt setzte alsbald nach der Besetzung eine polizeiliche Räumung durch, die auch relativ „glatt“ über die Bühne ging.

Körnerwall 16: wurde schon wenige Stunden nach der Besetzung freiwillig geräumt. Die Bewohner krachten mit dem Fußboden durch die Decke.

Weberstr. 20: gehört dem Liegenschaftsamt und ist inzwischen legalisiert: Mietvertrag mit geringer Miete – dafür Renovierung mit eigenen Mitteln (genau wie in der Grundstraße – das beschreib ich später noch genauer). **Weberstr. 22:** wurde auch nach einer Woche wieder freiwillig geräumt. Dort sollte ein „Sanierungsbüro“ entstehen mit Cafe und so. Das Liegenschaftsamt machte jedoch die Räumung zur Voraussetzung für eine Legalisierung der Weberstr. 20.

St. Pauli Str.: wurde nach einer Nacht wieder geräumt – ebenfalls ohne Terz. Die Bewohner legten keinen Wert auf Öffent-



Weberstraße Nr. 20 und 22

lichkeitsarbeit und wollten eine „unpolitische Hausbesetzung“ machen. Das ging natürlich in die Hose.

Buntentorsteinweg: liegt ebenfalls im ehemaligen Trassenbereich – jedoch nicht im Sanierungsgebiet. Gehört dem Liegenschaftsamt und ist ebenfalls legalisiert mit den Bedingungen wie in der Grundtrasse.

Wienerhof: ein Gebäudekomplex, welcher ebenfalls objektiert werden soll – diesmal allerdings von der Neuen Heimat. Den über 50 Bewohnern sind Ersatzwohnungen in Betonsilos weit außerhalb des Innenstadtbereichs angeboten worden. Das haben sie natürlich abgelehnt und sind einfach nicht ausgezogen, obwohl die Mietverträge zum Teil schon abgelaufen sind.

Soweit die Aufzählung der Hausbesetzungen der vergangenen Monate. Ich werde anhand der ersten drei Hausbesetzungen mal den Stand der Dinge und das Verhalten der Behörden ein bißchen genauer beschreiben. Dies Verhalten hat in den anderen besetzten Häusern seine Parallelen.

Vorweg jedoch ein paar Takte zur Geschichte des Sanierungsgebietes **Ostertor**.

Wie der Name schon sagt, liegt das Ostertor außerhalb des ehemaligen Osttores der Wallanlagen. Fest bebaut wurde es erst mit Beginn des 19. Jahrhunderts. Das war damals fast eine Revolution, denn bis dahin in wohnten die Bürger innerhalb der Wallanlagen – im Innenstadtbereich. Die Bebauung lief nicht gar so naturwüchsig ab, wie man sich das vielleicht vorstellt – das waren schlaue Köpfe damals. So verboten sie Straßen und Gänge, die nur für Fußgänger benutzbar waren. Ebenso Hinterhäuser. Man wollte ja schließlich den Überblick behalten. Und das umso mehr, als sich hier Politiker und hohe Beamte ansiedelten. Die kleineren Beamten suchten natürlich die Nähe ihrer Vorgesetzten und bauten ebenfalls am Ostertor, wenn auch in kleineren Ausgaben. Kleinere Handwerksbetriebe vervollständigten das Bild. Diese Struktur hielt eigentlich jahrelang vor – auch noch als erstmalig in den 30er Jahren dieses Jahrhunderts die ersten Verkehrskonzepte einschließlich der Mozarttrasse auftauchten. Es ging darum, langfristig den Verkehr aus der Innenstadt herauszuhalten und mit mehreren Trassen daran vorbeizuführen. Das Ostertorviertel selber sollte zum erweiterten Innenstadtbereich mit Einkaufszonen umstrukturiert werden.

Das ganze wurde erst konkret zum Problem, als nach dem Kriege die Besatzer eine „Veränderungssperre“ (als Voraussetzung für den späteren Abriss) für das Ostertorviertel verhängten. Die Mozarttrasse war wieder aktuell. Das bedeutete: keine Renovierungen, keine Neubauten oder Umbauten, keine neuen Fenster und kein Bad – mit anderen Worten geplanter Verfall!

Das ganze Viertel sollte abgerissen und stattdessen sollten einige Hochhäuser gebaut werden. Die Stadt Bremen kaufte deshalb alle zum Kauf angebotenen Häuser – besonders diejenigen im Bereich der geplanten Trasse. Und da die Häuser eh eines Tages abgerissen werden sollten – warum nicht gleich. Auf diese Weise verschaffte uns die Stadt jede Menge Lücken in den ansonsten blendenden Häuserreihen.

Diese Abrisse dauerten solange an, bis das Sozialamt auf den Bolzen kam, die Häuser der Stadt bis zur endgültigen Realisierung der Mozartstraße zu nutzen. Sie hatten jede Menge sog. Problemfamilien, die kurzfristig untergebracht werden mußten. Diese Familien durften keine hohen Ansprüche an den Wohnkomfort stellen und waren den Behörden eh derartig ausgeliefert, daß sie auch kurzfristig wieder umquartiert werden konnten.

BREMISCHES

Vor Kriminalisierung gewarnt

Hausbesetzung aus sozialpolitischer Sicht – Studie über Motive

„Hier wird Wohnraum vernichtet, und das ist genauso strafbar wie eine Hausbesetzung. Aber ein Haus leerstehen zu lassen ist schlimmer, als darin zu wohnen.“ Das ist die Meinung jener Gruppe von rund 30 bis 40 jungen Leuten, die in der letzten Woche drei zu drei ungenutzte Häuser im Ostertorviertel besetzte. „Ohne die Schwachstellen ihrer Argumentation und Ver-

haltensweisen negieren und entschuldigen zu wollen“, wie er schreibt, hat jetzt der Leiter des Stadtelbetrats Mitte, Herbert Wulfekuhl, vor einer „Kriminalisierung“ dieser Gruppen gewarnt. Da es sich um eine noch wachsende Zahl zum Teil sehr junger Menschen handele, empfehle sich eine ernsthafte und tolerante Beschäftigung mit ihnen.

Der Bericht Wulfekuhls, der zu diesem Schluß kommt, soll am Mittwoch nächster Woche die Grundlage für ein Gespräch zwischen dem Stadtelbetrat, dem Beirat der Betroffenen, der Bremischen Gesellschaft für Waffensanierung und den Hausbesetzern bilden. Nach Ansicht Wulfekuhls sollte beispielsweise

geprüft werden, ob die Grundstruktur für die Sozialstruktur des Sanierungsgebietes unverändert bleiben sollen, oder ob es möglich ist zum Beispiel durch Eigenhilfe von Mietern, für bestimmte Bevölkerungsgruppen dauerhaft niedrige Mieten zu erreichen.

Andernfalls, so der Beiratsamtsleiter, müsse man sich Gedanken darüber machen, ob eine sich fortsetzende Vertreibung und das Nichtzurkenntnis-Nehmen von Gruppen nach Art der Hausbesetzer sozialpolitisch auf die Dauer vertretbar sei. Nach Wulfekuhls Ermittlungen handelt es sich bei den jetzigen Hausbesetzern um Studenten, Arbeiter, Arbeitslose und „Freiberufliche“ im Sinne von Gelegenheitsarbeitern. Ihre Zukunftsaussichten schwanken nach Wulfekuhls Einschätzung zwischen „Aussteigen in eine alternative Lebensweise“ und „Absacken in ein sozial schwaches bis unangepasstes Milieu“.

Mehrere der Hausbesitzer haben nach Wulfekuhls Bericht bisherige Wohnungen im Ostertorviertel durch Kündigungen und Klagen neuer Eigentümer verloren. Zu den für sie tragbaren Mieten gebe es keine Räume mehr. Daß sie im Ostertorviertel trotz starker Nachfrage nach Mietwohnungen und Häusern überhaupt auf leerstehende Gebäude gestoben seien, habe – zumindest bei den von der Bremischen Gesellschaft verwalteten Grundstücken – eine leicht erklärliche Ursache. Einmal stünden modernisierte Gebäude vor der Privatisierung zunächst oft leer, weil die Gutachter überlastet und die vorgeschriebenen Angebotstermine sehr lang seien. Häuser, die noch modernisiert werden müßten, könnten wiederum nicht immer gerade dann geräumt werden, wenn mit den Arbeiten begonnen werden sollte. Und eine dritte Gruppe von Gebäuden schließlich werde nicht bewohnt, weil wegen ihres Zustands ein Abriss erforderlich sei.

Tatsache ist allerdings, so geht aus Wulfekuhls Bericht hervor, daß sich die Entwicklung im Sanierungsgebiet in unerwarteter Weise vollzogen hat. Zwar war es beabsichtigt, die Mischung der Einkommensschichten nach oben hin zu verbessern, mehr junge Familien ins Viertel zu ziehen und den Zugang von Studenten und Ausländern zu stoppen. Doch während vor allem Angehörige geborener Schichten massiv für den eigenen Bedarf gekauft und Kapitalanleger mit freitrananzierten Modernisierungswohnungen die Preissteigerungen dieses Gebietes an die Spitze gleich hinter Oberneuland getrieben hätten, seien die Privatisierungspreise für die bevorzugten Bevölkerungsgruppen ihrer Ansicht nach kaum erschwinglich. (tsp)

Bremische Nachrichten 24.5.79

Der bis dahin hier ansässige Bürger rümpfte die Nase: Flüchtlinge, Pöner, Mittellose in seiner Nähe. Das konnte man unmöglich dulden. Auf den Zuzug dieser Leute hatten sie keinen Einfluß – aber sie konnten wegziehen. Bremen war inzwischen viel größer geworden. Ein solcher Wegzug viel leicht in Anbetracht der Veränderungssperre. Wer wollte schon in einem Haus ohne Bad und Heizung leben, wo es am Dach reinregnet und an den Fenstern wieder raus. Nix wie weg also. Die zurückgelassenen Häuser liessen sich zudem auch noch profitabel vermieten – reinstecken durfte man ja von Staats wegen schon nichts mehr, aber Miete kassieren war nicht untersagt. Und wer nimmt solche Häuser: „Gastarbeiter“, Studenten, Freaks, Leute mit wenig Einkommen. Die Läden wurden zu Kneipen und Bars umgebaut – der Puff ist auch gleich um die Ecke.

Dem Sozialwerk der Universität werden Häuser zur befristeten Nutzung angeboten. Beispiel: Die Neue Heimat vermietet an das Sozialwerk. Das Sozialwerk vermietet weiter an die Studenten. Damit spart die Neue Heimat die gesamte Verwaltung, braucht nur einmal zu kündigen und die Mieter können keine direkten Ansprüche an die Neue Heimat stellen. Eine Situation, wie sie heute im **Wienerhof** vorzufinden ist.

Der „Sub“ machte sich breit. Und weil hier so viele Ausländer wohnen, gibts bald einen türkischen Gemischtwarenladen an der Ecke. Und weil hier so viele Studenten wohnen, gibts schnell noch nen paar Studentenkneipen dazu. Buchläden und Discos ziehen nach. Resultat: Noch mehr „Sub“ zieht ins Viertel. Die Genossen wohnen dann um die Ecke.

Bemerkenswert an dieser Situation scheint mir, daß in dieser Zeit (der Bremer Senat hält bis Dez. 73 an den Trassenplänen fest) ohne jegliche Planung die jetzige Sozialstruktur gewachsen ist. Man ging offensichtlich davon aus, daß dieser Zustand eh nur kurzfristig sei, da irgendwann sowieso alles abgerissen werde.

Die Entscheidung des Bremer Senats, auf die Realisierung der Mozarttrasse zu verzichten, beruht im wesentlichen auf drei Faktoren.

Zum einen an dem erheblichen Widerstand der Ostertorbewohner und zum anderen daran, daß die Einwohnerzielzahl Bremens von 800 000 auf 600 000 heruntergeschraubt wurde (auch auf Druck von unten) und deshalb eine dichtere Bebauung gar nicht mehr möglich war. Die Pläne, die Innenstadt in Richtung Ostertor auszudehnen, waren eh schon am Unwillen der Kaufhauskonzerne gescheitert, die kein Bedürfnis verspürten, ins Ostertor auszuweichen. Damit entfiel für den Bremer Senat auch die Notwendigkeit, seine Planungen gegen die Bevölkerung durchzusetzen.

Der Kampf gegen die Mozarttrasse zeigte dem Bremer Senat auch sehr deutlich, was hier im Ostertor los ist. Hier wohnen Leute, die sich nicht alles gefallen lassen. Schon damals gab es ständig Hausbesetzungen hier im Viertel, und überhaupt, wenn sich in Bremen was rührte, dann meist im Ostertor.

Selbst der SPD-eigene Unterbezirk „Ortsverein Altstadt“ war der aufmüpfigste von allen. Na und woran liegt das? Hier wohnen zuviel Ausgeflippte, Studenten und so. Hier muß was geändert werden. Auf dieser Grundlage wurden Sanierungskonzepte entwickelt: Stärkere „soziale Mischung“ nennt sich das. Die bauliche Substanz des Viertels soll erhalten und verbessert – die Sozialstruktur jedoch geändert und „verbessert“ werden.

Wie geht das?

– Zum einen versucht die Bremische Gesellschaft als Sanierungsträger, die jetzt alle städtischen Häuser im Sanierungsgebiet treuhänderisch verwaltet, die Häuser an die vorherigen Eigentümer zurückzuveräußern. Das klappt natürlich meistens

nicht mehr, denn die haben sich inzwischen woanders angesiedelt und haben keinen Bock mehr aufs „Viertel“.

– Als nächstes werden die Mieter gefragt, ob sie kaufen wollen. Zum Teil sind aus den aufmüpfigen Studenten von damals honorige Lehrer/Hochschullehrer geworden. Staatstreue versteht sich. Die sind in der Lage so ein Haus auch tatsächlich zu kaufen.

– Wenn das Haus dann absolut nicht zu verkaufen ist, wird es objektsaniert. Da wird dann aus einem geräumigen 8-Zimmer-Haus ein Haus mit drei kleinen Drei-Zimmer-Wohnungen. Wo vorher ne Wohngemeinschaft drin war – sitzen jetzt mehrere Kleinfamilien. Die Mieten sind in diesen komfortablen Häusern auch dem Komfort angepaßt und nicht mehr für jeden tragbar.

(An dieser Stelle vielleicht ein kleiner Einschnitt: Ganz so glatt läuft das natürlich nicht. Die Sozialdemokraten haben auch aus der Geschichte gelernt. So hat z.B. jeder Hauptmieter Anspruch auf Ersatzwohnungen hier im Ostertor. Soll ein bewohntes Haus saniert werden, werden die Mieter umgesetzt und nach der Renovierung mit ganz leicht erhöhten Mieten wieder rein.)

– Die neu zu vermietenden Wohnungen werden nur noch an Mieter ihres Sozialstrukturplans vermietet.

– Arbeitemigranten werden Ersatzwohnungen in der Nähe ihrer Arbeitsstelle angeboten. Oft nehmen diese die neuen Wohnungen. Die Bremische bezahlt den Umzug und ne ordentliche Prämie.

– Dem Sozialwerk werden alle Verträge gekündigt und keine neuen Häuser mehr angeboten – es sei denn ganz weit weg vom Viertel. Die Studenten als Nutzer der alten Wohnungen haben keinen Anspruch auf Ersatzwohnungen. Sie sind nicht Vertragspartner des Eigentümers der Häuser.

– Kinderläden werden mit Riesenprämien aus dem Viertel gelockt: in einem Fall 15 000 DM, wenn sie 500 m weiter ziehen – außerhalb des Sanierungsgebietes. Ersatz bietet die Bremische natürlich.

– Viele der sanierten Häuser werden auf dem „freien“ Markt zum Kauf angeboten. Die Preise bestimmen die soziale Herkunft des Käufers. (Auch das ist nur halb richtig, weil die Häuser in erster Linie an Bewohner des Ostertors verkauft werden müssen, auch wenn diese nur die Hälfte des Preises bieten! Sagt man. Aber was macht das aus bei einem Preis von 500 000 DM. Die soziale Herkunft ist bei 250 000 die gleiche.) Konkret: ein Haus – vor Jahren von der Stadt gekauft für ca. 100 000 DM/Sanierungskosten: 800 000 DM/Verkaufspreis: 450 000 DM.

So siehts jetzt hier im Viertel aus. Daß die Bremische zu teuer saniert – darüber regen sich die „linken Sozialdemokraten“ auf. Aber das ist von untergeordneter Bedeutung. Wichtig ist, daß sie mit der Sanierung versuchen, uns hier aus dem Viertel zu vertreiben. Und das wollen wir uns nicht bieten lassen. Wir lehnen jeden planerischen Eingriff der Bürokratsäcke ab. Wir nehmen die „Planung“ jetzt in unsere eigenen Hände!

Wie ist das mit den Häusern gelaufen?

Grundstr. 21: Von Anfang an ist ne ziemlich gute Öffentlichkeitsarbeit gelaufen (es ging bei dieser Öffentlichkeitsarbeit natürlich immer um alle drei Häuser). Am Nachmittag nach der Besetzung haben wir ne Pressekonferenz gemacht. Waren auch alle da: Zeitungen, Radio, Fernsehen.



Häuserkampf im Frankfurter Westend

Unsere Forderungen waren: Mietverträge für die Häuser zu erträglichen Mieten, Instandsetzung der Häuser nach unseren Bedürfnissen mit finanzieller Unterstützung durch die Eigentümer. Schon auf dieser Pressekonferenz wurde uns (Grundstr.) ein Nutzungsverhältnis zugesagt. Über die Modalitäten sei jedoch noch zu verhandeln. Mit dieser Zusage konnten wir ruhigen Gewissens anfangen zu renovieren. Außerdem schufen wir damit Fakten, die unsere Position erheblich stärkten. „Da sind Leute, die wollen das Haus tatsächlich erhalten!“

Das ganze war jedoch nicht ganz so einfach, wie wir uns das vorgestellt hatten. Mit nen bißchen Tapete und Farbe wars nicht getan. Schließlich stand das Haus über 12 Jahre leer. Wir rissen Wände raus, bauten einen Schornsteinkopf neu, dichteten das Dach ab, verlegten den gesamten Strom neu, und, weil wir grad dabei waren, auch gleich noch Wasser und Gas neu. Und da wir in den Zimmern keine Schornsteine hatten, mußten und wollten wir ne zentrale Heizung, Gas war am günstigsten. Und natürlich jede Menge Maurer- und Malerarbeiten. Unsere Arbeit wurde kräftig unterstützt: von einem Maler kriegten wir fast alle Farben, von nem Klempner ne Badewanne, Waschbecken, Spülkasten und Armaturen.

Nach 14 Tagen Besetzung kriegten wir unseren Mietvertrag befristet auf zwei Jahre – wegen der immer noch existierenden Pläne, das Haus abzureißen, was jedoch heute höchst unrealistisch scheint – und mit 170.– DM Miete im Monat. Wobei die eingezahlte Miete jedoch wieder ins Haus investiert wird. Alles andere müssen wir selber bezahlen. Unsere Renovierungskosten ohne unsere Arbeitsleistung beliefen sich auf 7 000 DM. Das ist natürlich ein ganzer Batzen. Aber umgerechnet auf zwei Jahre ist das noch ne erträgliche Miete. Außerdem sind wir damit so stark geworden, daß die Nutzung mit Sicherheit über die zwei Jahre hinaus gehen wird.

Wir haben dann nach der Renovierung einen „Tag der offenen Tür“ gemacht (das macht die Bremische auch immer mit ihren frisch renovierten Häusern), um der Öffentlichkeit mal vorzustellen, wie **wir** uns Objektsanierung vorstellen. Die Presse war so gut, daß wir damit schon wieder Probleme kriegten. Die stellten uns nämlich plötzlich als die guten Besetzer hin, während die anderen, die Schlechten, noch keinen Handschlag an ihren Häusern gemacht hätten. Wobei sie geflissentlich übersehen haben, daß wir schon einen Mietvertrag hatten, während die anderen mehr oder weniger täglich mit ner Räumung rechnen müssen.

Osterdeich 12: gehört der Bremischen Gesellschaft. Sollte objektsaniert werden – unten ein Architekturbüro und oben zwei Wohnungen. Die Bremische stellt sich wegen der Besetzung quer: Strafantrag wegen Hausfriedensbruch, Antrag auf polizeiliche Räumung. Dieses Bestreben war und ist immer noch nicht politisch durchsetzbar. Sowohl der Bremer Senat als auch die Polizei wollen (noch) keine militärische Lösung des Konflikts. Besonders hervorgerufen hat sich bei der Vermittlung unser „Stadtteilbeirat“ mit seinem Amtsleiter.

Stadtteilbeiräte gibt es in den Stadtteilen, in denen es keine Ortsämter gibt. die Ortsämter sind sowas wie Überbleibsel kommunaler Selbstständigkeit aus der Zeit vor der Einverleibung in die Stadt Bremen.

Der Stadtteilbeirat ist sowas ähnliches wie ein kommunales Vertretungsorgan. Besetzt ist dieser Beirat nach dem Parteienproporz – wird also nicht direkt gewählt. Auch die Entscheidungsbefugnis reicht nicht an die Kompetenzen eines Kommunalparlamentes. Sie werden zu allen Fragen ihres Stadtteils gehört. Im Zweifel entscheiden jedoch die politischen Entscheidungsträger im Bremer Senat. Ein typisches Instrument sozial-

demokratischen Krisenmanagements. Auf der einen Seite ein immer stärkerer Einfluß der Bremer Senats auf den Bürger direkt, also Entscheidungen von „oben“ mit unmittelbaren Folgen für den Bürger „unten“. Andererseits ist der Bremer Senat vor Angriffen von „unten“ geschützt. Da muß man erst durch die Instanzen. Ein mühseliger Weg von „unten“ nach „oben“.

Und wer macht sich diese Mühe und hält wirklich durch. Die Konflikte werden also schon viel weiter unten aufgefangen, diskutiert, kanalisiert. Der Bremer Senat bleibt davon verschont.

Besonders deutlich wird dies an der Person des Vorsitzenden des Beirats: ein gewählter Beamter. Ein gestandener „Linker“ mit guten bis sehr guten Kontakten in der Bremer Bürgerschaft und dem Senat. Informationen fließen hier inoffiziell. Ein Anruf bei dem Genossen Polizeipräsidenten, flankiert durch Beschlüsse in irgendwelchen SPD-Unterbezirken und gefördert durch Stellungnahmen einzelner Bürgerschaftsabgeordneter, und schon wird ein besetztes Haus nicht geräumt. Auf der anderen Seite ist dieser Amtsleiter ein Mensch, mit dem sich auch Besetzer an einen Tisch setzen. Ein Mensch wie du und ich. Vieles von dem was wir wollen, will er auch! Nur sooo nicht! Aber da ist ein Haufen Verhandlungsspielraum – bleibt nur die Frage, ob wir damit nicht dem Krisenmanagement aufsitzen. Auf der anderen Seite fehlt uns aber die politische Stärke, um direkt den Senat aus der Reserve locken zu können. Immerhin hat die SPD die absolute Mehrheit hier in Bremen, und da müssen sie nicht jeden Pfurz berücksichtigen.



Grundstraße Nr. 21

Dieses Haus wurde also bis heute nicht geräumt, weil der Stadtteilbeirat zwar den Akt einer Besetzung als strafrechtlich relevant verurteilt, die Motive der Besetzer aber unterstützenswert findet.

Diese Unterstützung beschränkt sich auf Vermittlungsversuche zwischen den Besetzern und der „Bremischen“. Wie gesagt, durchgreifende Kompetenzen hat der Stadtteilbeirat nicht, muß aber ständig seine Handlungsfähigkeit unter Beweis stellen. Deshalb wird auch nicht so schnell etwas gegen den Willen des Beirats durchgesetzt werden.

Bedingung für diese Vermittlung sollte zum Beispiel sein: die Besetzer verzichten darauf, die Sache selbstständig weiter zu treiben – sprich Öffentlichkeitsarbeit. Aber das hätten sie gern: wir legen unser Schicksal in die Hände der sozialdemokratischen Mafia und lassen den Bremer Senat und die „Bremische“ in Ruhe. Diesen Verzicht konnten wir natürlich nicht akzeptieren. Es gab deshalb des öfteren Ärger. Jedoch vermittelt der Beirat immer noch. Sicherlich ein kleines Zeichen unserer Stärke.

Die Vermittlung läuft, wie sollte es anders sein, unter Ausschluß der Öffentlichkeit. Wir wissen nie wie gerade der Stand der Dinge ist.

So waren wir auch nicht sehr überrascht, als plötzlich Anfang November Bauarbeiter am Osterdeich anrückten und bauvorbereitende Maßnahmen trafen – Klartext: ein Bauzaun wurde errichtet. Eigene Recherchen bestätigten unsere Vermutung: am Montag sollte ein Bautrupps versuchen, mit der Renovierung zu beginnen. Da dieser nicht ins Haus gelassen würde, sollte die Polizei den Bauarbeitern Zutritt verschaffen.

Wir mobilisierten für die Verteidigung der beiden Häuser am Osterdeich und richteten uns auf eine militante Verteidigung ein. Und dies teilten wir auch der Öffentlichkeit mit. Der Apparat kam ins Routieren. Fast hundert Leute nächtigten in den Häusern. Resultat: die Bauarbeiten wurden verschoben! Und: noch am gleichen Tag lag ein konkreter Vermittlungsvorschlag auf dem Tisch. Den Besetzern wurde Ersatzwohnraum im Viertel geboten. Ein Angebot, das die Besetzer bei akzeptablen Ersatzwohnungen auch annehmen wollen. Allerdings ging diese Entwicklung vorläufig in die Hose, weil die Ersatzwohnungen eine Katastrophe waren: zu klein, zu feucht, schlicht unbewohnbar. Das sahen selbst die Vermittler ein und sie suchten indes nach weiteren Ersatzwohnungen.

Ein weiterer Erfolg der Besetzung ist die Zusage, daß in den besetzten Häusern, nach freiwilliger Räumung, keine Büroräume mehr gebaut werden, sondern die Häuser weiter Wohnzwecken zur Verfügung stehen.

Natürlich beabsichtigt keiner, freiwillig das Feld zu räumen. Wir haben sehr wohl erkannt, daß die Gegenseite versucht, uns mit ihren Verhandlungen den Wind aus den Segeln zu nehmen. Gleichwohl haben wir uns darauf eingelassen. Das liegt natürlich auch an einer fehlenden Einschätzung unserer Stärke oder Schwäche. Zu schnell waren wir bereit, Verhandlungsangebote als Schwäche der Gegenseite zu akzeptieren, ohne unsere Stärke zu betonen. Unser Fehler war, daß wir zu früh aufgehört hatten, mit einern eigenständigen Politik unsere Positionen zu stärken. Nur dadurch können wir die Gegenseite zu Zugeständnissen zwingen.

Jetzt nachdem, die Bremische Gesellschaft über ein Landgericht ihre Räumungsklage durchgekriegt hat, haben wir uns endlich wieder darauf besonnen. Wir bereiten die militante Verteidigung der Häuser vor – praktisch und durch verstärkte Öffentlichkeitsarbeit.

Wir dürfen gespannt sein, wie die Krisenmanager darauf reagieren.

Mozartstr. 31: Ein typisches Spekulationsobjekt. Gehört einer Boutiquenbesitzerin in Düsseldorf, die sich einen Scheißdreck darum kümmert. Seit Jahren haben die verschiedenen Wohn-

gemeinschaften auf die abenteuerlichste Weise versucht, mit ihr in Kontakt zu treten, und angeboten, das Haus zu mieten oder zu kaufen. Alles ohne Erfolg. Auch jetzt nach der Besetzung betreibt sie eine Räumung nicht sehr intensiv. Die Zeit scheint noch nicht reif. So boten die Besetzer gleich zu Beginn einen angemessenen Mietpreis und einen Nutzungsvertrag. Eine schon überwiesene Miete wurde kommentarlos zurückgeschickt. Stattdessen trudelte eine Klage auf Räumung bei den Besetzern ein. Da ist aber noch einiges offen.

Der Beirat lehnt eine Vermittlung ab, weil ja bekanntlich jeder mit seinem Eigentum machen kann was er/sie will. Und in einem Sanierungsgebiet kann jede/jeder ein Haus solange leerstehen lassen, wie sie es für opportun halten. Die Möglichkeit, die Besitzerin über ein Sanierungsgebot der Stadt zu zwingen, etwas zu unternehmen, wird bis jetzt noch abgelehnt. Kann aber noch kommen. Das Haus stand ja lange genug leer. Aber im Grunde soll es nicht unser Problem sein, wie die Sozialdemokraten diesen Konflikt aus der Welt schaffen. Wir bleiben jedenfalls drin wohnen, so die Besetzer.

Als letztes Beispiel noch den **Wienerhof/Weberstraße**. Dies ist insofern interessant, als hier diese seltsame Vertragskonstellation zwischen Vermieter-Mieter-Eigentümer vorzufinden ist. Eine Konstellation, wie sie sehr häufig hier im Viertel ist. Eigentlicher Mieter ist das Sozialwerk der Uni – Eigentümer die Neue Heimat – und Untermieter des Sozialwerks sind Studenten. Die Neue Heimat kündigt dem Sozialwerk und dieses wiederum den Studenten. Eine Einflußnahme der Untermieter auf den Eigentümer ist rechtlich nicht möglich. Dadurch haben die Studenten auch keine Anspruch auf Ersatzwohnraum – wie es das Sanierungskonzept vorsieht. Sie fliegen aus dem Viertel oder besetzen. Die jetzt ca. 40 Bewohner dieses Gebäudekomplexes haben sich für das letztere entschieden. Und damit setzen sie eine gute Tradition des Wienerhofes fort.

Gebaut wurde der Wienerhof anfang dieses Jahrhunderts – mit dem erklärten Willen, die Kommunikation auch baulicherseits zu fördern. Der Komplex ist u-förmig angelegt. Vor den Häusern ein für alle Häuser zugänglicher Garten mit Sitzmöglichkeiten und Blick auf die Straße.

Im Zuge der Flächensanierung sollte auch der Wienerhof der Spitzhacke zum Opfer fallen. Eine Besetzung durch Studenten vor etwa 10 Jahren verhinderte dies. Heute soll die Struktur des Hauses erhalten bleiben – nur familiengerechter solls halt werden. Das heißt: Studenten raus – Familien rein!

Das Sanierungskonzept der Besetzer sieht eine schrittweise Renovierung der einzelnen Häuser vor. Man zieht zwischenzeitlich in ein oder zwei Häuser zusammen – renoviert die anderen und zieht dann wieder zurück. Auch die Sanierung stellen sich die Besetzer anders vor als die Neue Heimat – nicht Komfort um jeden Preis. Hunter: „Nicht ne Heizung oder 'n Aliberschrank im Bad ist für mich Komfort. Eine funktionierende Kommunikation – **das** ist für mich Komfort!“

Der Kampf und den Wienerhof wird eine entscheidende Funktion haben. Wie gesagt – sehr viele Studenten leben mit ähnlichen Vertragsverhältnissen hier Viertel und werden über kurz oder lang hier raus sollen.

Auffälliges

Da wo die Hausbesetzungen durch intensive Öffentlichkeitsarbeit an Stärke gewonnen haben, hat sich die Bullerei sichtlich zurückgehalten. Sie mußte erst über zivilrechtliche Schritte (einstweilige Verfügungen und so) zum Handeln gezwungen werden. Damit soll, so der Amtsleiter des Stadtteilbeirats, ein endgültiges Abrutschen in den Untergrund (sprich Kriminalisierung) verhindert werden. Er meint: ein Abtauchen in einen für

ihn nicht mehr kontrollierbaren Raum. (Siehe dazu „Vor Kriminalisierung gewarnt“.)

Ein deutscher Versuch, Hausbesetzer zu integrieren. Im gleichen Kontext stehen die offenen Sympathiebezeugungen der verschiedensten „Kommunalpolitiker“. Zwar läuft das meist nicht öffentlich, soll bei uns jedoch den Eindruck erwecken, wir seien anerkannte Gesprächspartner und „hätten ja recht“. Daß wir Recht haben, wissen wir auch ohne diese Strategie – was soll das also? Ich denke, die können sich so ein paar ausgeflippte Hausbesetzer schon leisten. Da können sie immer sagen: bei uns im Stadtteil sorgen wir für unsere Ausgeflipten.

Die Veränderung der Sozialstruktur wird trotzdem seinen Gang nehmen (denken sie zumindest!). Wirkliche Veränderungen – was die Quantität anbetrifft, werden erreicht über den Rauschmiß der Studenten, die in Häusern wohnen, wo sie nur Untermieter und das Sozialwerk der Uni Hauptmieter ist. (Siehe Wienerhof). Da sind die Studenten rechtlos – jedenfalls was den Rechtsweg anbetrifft, und wenn die alle aus'm Viertel raus sind, wird das schon reichlich zu Buche schlagen.

Das ist so der eine Strang der Veränderung der Sozialstruktur. Der andere ist die „schleichende Veränderung“. Was ich an anderer Stelle schon mal beschrieben hab – aus den Studenten werden mit der Zeit Lehrer, Rechtsanwälte – kurz Mittelstand. Und seltsamerweise verändert sich mit dem Sein auch das Bewußtsein (wo hab ich das bloß mal gehört, das kommt mir so bekannt vor).

Und ohne daß du's merkst – bist die von mittelständisch Angepaßten hier im Viertel eingekreist. Und wer sich nicht anpaßt, fliegt raus! So einfach ist das.

Und wenn die Kommunalpolitiker hier erzählen, sie würden die Hausbesetzungen unterstützen – aber sie bitten doch sehr darum, daß wir nicht in den Mittelstand aufsteigen – , dann kriegen wir nichts anderes als ne Feigenblattfunktion. Seht her – sogar Nichtangepaßte wohnen hier – während hinter dieser Fassade jede Menge Freaks hier rausfliegen.

Ein weiterer Fakt, warum man uns hier die „Unterstützung“ angedeihen läßt, ist sicherlich die vergangene Bürgerschaftswahl vom Oktober. Vor der Wahl wollten sie die Wählbarkeit der SPD demonstrieren – nach der Wahl erst recht – schließlich haben hier im Ostertor die „Grünen“ und die „Alternativen“ über 20% der Stimmen gekriegt – mal abgesehen von den über 20%, die erst gar nicht zur Wahl gegangen sind.

Und noch nen Grund, warum Hausbesetzer im Ostertor „unterstützt“ werden: Das Ostertor ist ein überschaubarer Rahmen, in dem sich die Linke ruhig ein bißchen austoben darf. Durch dieses Image werden andere angeregt, ihre Konflikte nicht in ihrem eigenen Stadtteil auszutragen, sondern die kommen dann auch ins Ostertor. Beispiel: Schüler aus ner Trabantenstadt kommen ins Viertel und besetzen ein Haus. Das hat natürlich auch was mit objektiven Bedingungen zu tun – hier im Viertel finden sie ein entsprechend großes Haus, das auch noch leer steht. Und wer will schon ein Betonsilo besetzen? Vielleicht werden dadurch andere Stadtteile ruhiger und sauberer gehalten, zumindest was die politischen Auseinandersetzungen anbetrifft!

Schickeria Raus

Eine Parole, die die zukünftige Bevölkerungsstruktur dieses Viertels denunzieren soll. Schickeria steht dabei für teure Appartementwohnungen, Läden mit Kleinhandwerk für Touristen, und ist die Negation eines Teils der jetzigen Bewohner.

Diese Parole wurde in handfeste Taten umgesetzt. Und das kam so.

Die Hauptstraße des Ostertorviertels ist der Ostertorsteinweg. Traditionell eine Geschäftsstraße mit kleinen Läden. Durch die Abriß- und Sanierungspläne stand immer ein ganzer Teil der Läden leer. So machten Freaks zunächst den ersten Klamottenladen in einer Seitenstraße auf. Es gab dort gebraucht Klamotten für ein Schweinegelt. Das Geschäft gedieh prächtig. Andere Freaks machten den ersten Laden am Ostertorsteinweg auf. Mit der Zeit wurde ne poppige Boutique daraus. Und weil das immer noch ein gutes Geschäft war, zog eine Boutique nach der anderen hier an den Ostertorsteinweg. Unter der Hand wurden schon Pläne geschmiedet, den Ostertorsteinweg zur Modestraße Nr. 1 in Bremen zu machen. Der Stil der Klamotten, die dort verkauft wurden, wandelte sich. Plastik scheint heute „in“ zu sein. Kombiniert mit ner schicken Lederjacke und ein Paar Rollschuhen an den Füßen.

Mittlerweile gabs auf 300 m Einkaufstraße 10 „Plastik-Läden“. Das symbolisierte anschaulich die Veränderung des Ostertors insgesamt. Jetzige Bewohner raus – Schickerias rein! An diesem Symbol der Veränderung entzündete sich nun ein vehementer Konflikt.

Als erneut eine Eröffnung eines dieser Plastikläden anstand, verabredeten sich ein paar Leute zu einem orangisierten Go- und Klau-In. Das ging dann nicht so organisiert und glatt über die Bühne – zumindest war es jedoch der Auftakt zu heftigen Auseinandersetzungen. Von diesem Tag an wurden mehr als zwei Dutzend Schaufensterscheiben dieser Läden zertrümmert. Zum „Politikum“ wurde die Sache jedoch erst, als sich die

Boutiquenbesitzer zusammenschlossen und selbst Hand anlegten an vermeintliche Scheibenzerstörer. Die Bremer Öffentlichkeit war empört! Das ist Selbstjustiz! Kleinchicago in Bremen.

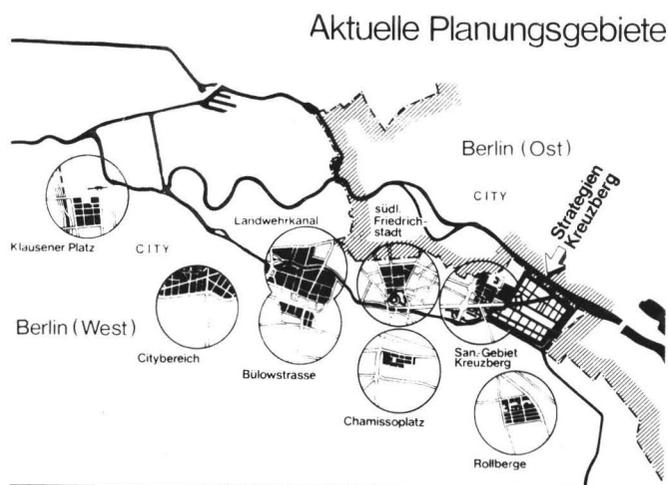
Inzwischen haben sich an dieser Front wieder die Wogen der Empörung geglättet. Es fliegen zwar noch manchmal die Scheiben ein, aber „der Höhepunkt scheint überschritten“. Das mag zum einen daran liegen, daß seither Dutzende von Zivilbulln vor und in den Läden auf der Lauer liegen. Hauptsächlich mangelt es jedoch an der politischen Perspektive. Die Argumentation: Versorgungsläden werden verdrängt – schien zu implizieren, die sollen wieder hier hin. Nur – wer kann es sich leisten in den Tante-Emma Läden einzukaufen? Und sind es nicht gerade diese Läden gewesen, die die heutige Situation mit verursacht haben?

Eine alternative Versorgung sieht für uns anders aus. Kooperativen mit eigenen Beschaffungs- und Verteilungsstrukturen sind jetzt in Planung. Das hat Zukunft, denn es stärkt unsere Autonomie.

Die eingeworfenen Scheiben waren ein Symbol! Viele Leute werden die geplante Veränderung dieses Viertels nicht kampflos hinnehmen. Das ist deutlich geworden. Ein Plakat der letzten Tage verkündet: Die eingeworfenen Scheiben sind nur ein Anfang! Das war es! Jetzt gilt es den Kampf gegen Sanierungspolitik des Bremer Senats zu vermessen. Wir werden jeden planvollen Eingriff der Sanierungsträger oder ihrer politischen Verursacher bekämpfen. Auch wenn damit scheinbar unsere Interessen gar nicht berührt werden.

Horst Wesemann

» So tun als ob « Die neue Strategie für Kreuzberg SO 36



Wir haben als Mitglieder einer Projektgruppe an dem Wettbewerb „Strategien für Kreuzberg“ teilgenommen, der im Frühjahr 1977 vom Senator für Bau- und Wohnungswesen Berlin als Stadterneuerungsprogramm für das alte Arbeiterviertel Kreuzberg SO 36 ausgeschrieben wurde. Der folgende Artikel ist der Versuch einer nachträglichen Auseinandersetzung mit den politischen Hintergründen des Wettbewerbs, um aus den Erfahrungen, die wir während des Wettbewerbs gemacht haben, Schlüsse ziehen zu können. Während unserer Arbeit im Rahmen des Wettbewerbs sind wir nicht dazu gekommen, Partei- und Behördeninteressen und die zu ihrer Durchsetzung eingesetzten Taktiken genauer zu analysieren – deshalb konnten wir nur versuchen uns soweit wie möglich ihren Auswirkungen zu entziehen, anstatt unsere Forderungen dagegen durchzusetzen. Unsere Diskussionen bewegten sich zwischen den Standpunkten: das Projekt von Anfang an auch finanziell unabhängig zu konzipieren oder den Wettbewerb solange mitzuma-

chen, wie noch Hoffnung auf finanzielle Unterstützung ohne Einschränkungen besteht.

Die Schwierigkeiten, die Chancen zur Durchsetzung des Projekts konkret einzuschätzen, bestand darin, daß einmal das Wettbewerbsverfahren sehr komplex ist, weil die verschiedensten Interessengruppen zusammenwirken: (Senatsabteilungen, Bezirksamt Kreuzberg, ev. Kirche, Baugesellschaften, Bewohner, Projektgruppen), und daß auch die SPD-Strategie nicht als einheitliches Konzept erkennbar ist. Zwar sind die Zielvorstellungen von Senatspitze, Senatsverwaltung und Bezirksamt als SPD-Parteinteressen im großen und ganzen dieselben, aber aufgrund der unterschiedlichen Funktionen der Verwaltungsebenen, wie politische Vertretung in der Öffentlichkeit oder Durchführung von konkreten Maßnahmen, werden sie zu teilweise sogar gegensätzlichen Sonderinteressen modifiziert. Insgesamt ergibt sich daraus das Bild der zermürbenden Bürokratiemaschinerie mit ihren gewohnten Taktiken zum Verschleiß von Bürgeraktivitäten: das Hin- und Herschieben von Verantwortlichkeiten zwischen Verwaltungsabteilungen und -ebenen und das Einbinden in zahlreiche vorgestellte Gremien. Diese Taktiken haben die inhaltliche Arbeit unserer Gruppe trotz unseres Wissens darum zeitweise stark behindert.

Anhand dieses Wettbewerbs, mit formal weitergehender Bürgerbeteiligung als uns bisher aus der BRD bekannt, läßt sich die alte SPD-Strategie des „So-tun-als-ob“ exemplarisch aufzeigen, aber sie ist mit neuen Tendenzen verbunden worden. Das macht es möglich, Fragen nach Bedingungen und Funktionen linker Stadtteilarbeit deutlicher zu stellen als es uns bisher möglich war. Mit der Strategie des „So-tun-als-ob“ ist auf den



ANSPRUCH UND WIRKLICHKEIT



1975 war Denkmalschutzjahr. Die Berliner Post brachte dazu eine Briefmarke heraus, die eine Häuserfront in der Naunynstraße abbildet. Soweit, so gut. Heute, 5 Jahre später, ist in der Naunynstraße vom internationalen Denkmalschutzjahr nur noch wenig zu merken. Das internationale Abrißkugeljahr hat in der Naunynstraße Einzug gehalten. Wie schnell sich doch die Zeiten ändern.

Wettbewerb bezogen gemeint: „fortschrittliche“ (Wahl)ziele, wie Stadterneuerung im Interesse und mit Beteiligung der Betroffenen, aufzustellen und diese in Form einzelner Vorzeigemodellprojekte zu realisieren, um damit grundsätzliche Verbesserungen für die Bevölkerung einsparen und verhindern zu können. Die linken Stadtteil- bzw. Sozialprojekte dienen als Experiment in Problemsituationen, wo behördliche Versuche scheiterten, sie werden als Ganzes vereinnahmt (ohne Abstriche!) und als Vorzeigemodelle präsentiert. Haben sie Erfolg, werden sie in verwässerter Form in Behördenregie weiterverbreitet, passen sie nicht in das Behördenkonzept, wird weiterhin versucht, sie wenigstens in einen öffentlichen, leichter kontrollierbaren Rahmen zu integrieren.

Der Wettbewerb „Strategien für Kreuzberg“ wurde für das Gebiet SO 36, das östliche Kreuzberg um den ehemaligen Görlitzer Bahnhof von Harry Ristock, Berliner Senator für Bau- und Wohnungswesen, für den Zeitraum 1977-78 ausgeschrieben. Er hatte auf den ersten Blick folgende Besonderheiten:

1. Die Jury (Projektkommission) bestand nicht nur aus „Fachleuten“, sondern zu zwei Dritteln aus Bürgern des betroffenen Gebietes, zu einem Drittel aus Verwaltungsleuten von Bezirk und Senat.
2. Der Wettbewerb hatte 2 Phasen, d.h. der Planungsphase folgte eine zweite, in der die ausgewählten Vorschläge in der Praxis auf ihre Durchführbarkeit überprüft werden sollten. Insgesamt wurden 129 Vorschläge eingereicht zu folgenden Schwerpunkten: Bürgerbeteiligung, soziale Situation der Bewohner (speziell: Ausbildungssituation, Situation der Gastarbeiter), städtebauliche Veränderungen, Modernisierung. 11 Vorschläge wurden prämiert: 3 Projekte zur Bürgerbeteiligung, 3 soziale Projekte (Ausländerladen, Stadtteilzentrum, Ausbildungswerk), 2 Vorschläge zu städtebaulich-räumlichen Veränderungen und 3 Modernisierungsvorhaben.

Warum wurde der Wettbewerb gerade für dieses Gebiet und 1977 ausgeschrieben?

Zur Situation im Bezirk SO 36:

Verlumtes Randgebiet Westberlins (durch die Teilung Berlins zum Randgebiet geworden), bebaut mit Arbeitermieskasernen des ausgehenden 19. Jh, Mischung von Wohnen und Gewerbe, Gewerbe: vorwiegend Kleinbetriebe (83% mit weniger als 10 Beschäftigten), Bevölkerungsstruktur: ehemals typische Berliner Arbeiterbevölkerung, jetzt: 30% Ausländer (seit 1975 Zuzugssperre, also hohe Dunkelziffer), 50% der Jugendlichen sind Ausländer, viele alte Leute, Studenten. Soziale Situation: große Arbeitslosigkeit (70-80% der Jugendlichen haben keine Lehrstelle), hohe Zahl von Sozialhilfeempfängern, hohe Kriminalitätsrate, Drogenmißbrauch. Widerstand in den letzten 15 Jahren: Naunynbande, Hausbesetzungen: Georg-von-Rauch-Haus, Thomas-Weissbecker-Haus, Kampagne Poliklinik ins Bethanien-Krankenhaus, zahlreiche Mieterkampagnen, immer wieder Kleingruppenansätze im Sozialbereich.

Der Verlumungsprozeß ist in erster Linie bedingt durch die jetzige Rاندlage (der Görlitzer Bahnhof war früher ein zentraler Umschlagplatz für Industriegüter). Dadurch ist dieser Bezirk jetzt von geringem Interesse für die Wirtschaft: in den letzten 10 Jahren Reduzierung der Betriebe von 9500 auf 6000, der Arbeitsplätze von 1961-70 um ein Drittel. Gefördert wurde die Entwicklung dadurch, daß der nördliche Teil des Gebietes als Sanierungsverdachtsgebiet ausgewiesen war (d.h. die Bodenspekulanten konnten zuschlagen) und zwei Autobahntangenten vorgesehen waren, die sich an der Mauer treffen sollten. Dieser Plan wurde im November 1976 zurückgestellt, weil sich Widerstände der Bürger abzeichneten.

Diese Faktoren führten dazu, daß private Hausbesitzer und städtische Baugesellschaften seit 1945 nicht mehr investierten,

selbst Reparaturen zur Instandhaltung wurden zum großen Teil nicht mehr durchgeführt. Ihr erklärtes Ziel war die Sanierung, bis dahin Vermietung an Randgruppen. Die Abnahme der Gewerbebetriebe und die Verslumung der Wohnhäuser haben zur Folge, daß die Bevölkerung hier schneller abnimmt als im Berliner Durchschnitt. Kreuzberg hatte vor dem Krieg 330 000, heute weniger als 150 000 Einwohner (40 000 Ausländer eingerechnet). Innerhalb eines Jahres ziehen 15 000 Bewohner fort (= 10%, Berliner Durchschnitt 1,5%). Gleichzeitig steigt der Arbeiteranteil wieder (der Wohnungsmangel der Nachkriegszeit hatte vorübergehend eine stärkere Durchmischung der Bevölkerung erzwungen): 1961 = 62%, 1970 = 64%, d.h. Bewohner, die es sich leisten können, z.B. Facharbeiter, ziehen weg, Ausländer, Studenten, Randgruppen, die auf geringere Miete angewiesen sind, kommen nach. Diese Veränderungen in Bevölkerungszahl und -struktur haben aber umgekehrt dazu beigetragen, daß sich Sanierung und Modernisierung für die Hausbesitzer nicht mehr ausreichend rentieren, die zahlungskräftigere Gesellschaft ist nicht mehr vorhanden und auch nicht in renovierte Neubauten mitten im Slumgebiet zurückzulocken. Aus diesen Tatsachen ergibt sich, daß ohne einschneidende Maßnahmen dieses Gebiet gänzlich zu einem Ghetto der deklassierten Schichten würde. Um dies zu verhindern wird 1977 der Wettbewerb „Strategien für Kreuzberg“ durchgeführt. Der Zeitpunkt war in Bezug auf die im Frühjahr 1979 stattfindenden Wahlen zum Abgeordnetenhaus festgesetzt worden. 1975 hatte die SPD ihren Tiefstand erreicht, besonders hoch waren die Verluste in den alten Arbeiterviertel: in Kreuzberg SO 36 40% der Stimmen!

Innerhalb der SPD besteht ein Konsens darüber, daß eine weitere Konzentration von Randgruppen in SO 36 verhindert bzw. die schon bestehende rückgängig gemacht werden muß. Gründe dafür sind das hohe Konfliktpotential und der hohe Verlust von Wählerstimmen in diesen alten Arbeiterbezirken. Die Strategie dagegen ist: „soziale, wirtschaftliche und letztlich städtebauliche Neuordnung des Gebietes“ (Ausschreibungstext) mit dem Ziel, zumindest einen Teil der ansässigen Bevölkerung, den sozial niedrigststehenden, durch „bessere Bürger“ zu ersetzen. Dieser Prozeß wird auf zwei Ebenen durchgeführt: im materiellen Bereich durch Veränderung der baulichen Struktur, im ideologischen durch Imageaufbesserung.

Zur baulichen Verbesserung stehen seit 1977 aus dem Zukunftsinvestitionsprogramm des Bundes (ZIP) im Rahmen des Wertausgleichsprogramms des Landes Berlin (WAP) insgesamt 70 Mill. für das Wettgewerbsgebiet zur Verfügung. (Berlin erhält insgesamt 592 Mill. zur Subvention baulicher u. kultureller Einrichtungen, 215 Mill. für Modernisierung und Erhaltung historischer Stadtkerne).

Unterschiedliche Vorstellungen bestehen aber offensichtlich über die Verfahrensweise im baulichen Bereich: Senatsspitze und Bezirksamt setzen sich für Modernisierung ein, die Senatsspitze, weil sie „fortschrittliche“ bürgernahe Wahlziele vertreten muß, das Bezirksamt, weil es die Konsequenzen konkreter Maßnahmen zu tragen hat. Die Senatsverwaltung vertritt weiterhin das Sanierungskonzept für große Teile des Gebietes, weil sie in engem Zusammenhang mit den gemeinnützigen Baugesellschaften plant, deren Hauptinteresse aufgrund der höheren Profitchancen die Sanierung bleibt. Allerdings besteht für die Bevölkerung kein großer Unterschied zwischen Sanierung und Modernisierung (nach Städtebauförderungsgesetz). Die Miete für modernisierte Altbauten liegt knapp unter dem vom Mieter zu zahlenden Teil der Sozialbaumieten, d.h. der „bessere“ Teil der Bevölkerung kann bleiben, der andere Teil wird auch hier abgeschoben ins Obdachlosensystem, in einzelne Abbruchblöcke in andere Stadtteile, die Ausländer, die nicht mehr als Arbeitskräfte gebraucht werden, zurück in ihre Heimat. Die Vorteile dieser Methode liegen aber darin, daß die Umstrukturierung nicht in solch einem Ausmaße erfolgt wie bei der Sanierung und damit 1. mit weniger und 2. nicht mit geschlossenem Widerstand zu rechnen ist.

Der Wettbewerb hatte in erster Linie ideologische Ziele, er sollte der Imageverbesserung dienen: „Beheimatung durch Neubelebung“, Konfliktbereinigung durch „Miteinander statt Gegeneinander“ (Ausschreibungstext) mit dem zusammenfassenden Ziel „daß es wieder Spaß macht, im Arbeiterviertel zu leben“ (Berliner Stimme 8.10.77). Unklar bleibt, ob und wenn welchen Zusammenhang die Planung des Wettbewerbs mit der durch die bereitgestellten Gelder in Gang gesetzten Modernisierung hatte: ob er vorher und unabhängig als billige Zwischenlösung bis zur späteren Sanierung geplant wurde oder als publikumswirksamer Auftakt zur ZIP-Modernisierung. Auf jeden Fall wurde er von Senatsseite in der Öffentlichkeit dazu benutzt, obwohl die mit der Geldvergabe verbundene Form der Modernisierung sowohl von den Projektgruppen als auch von der Projektkommission konsequent bekämpft wurde. Welche unterschiedlichen Interessen Senatsspitze, Senatsverwaltung und Bezirksamt an dem Wettbewerb hatten, soll anhand der oben genannten Gesichtspunkte und an ihrem Verhalten während des Wettbewerbsverlaufs untersucht werden.

Die Initiative zu dem Wettbewerb ging erstaunlicherweise nicht von der Verwaltung aus, sie griffen den Vorschlag von K. Duntze auf, der sich aufgrund seiner Erfahrungen als Pfarrer in diesem Gebiet für einen Wettbewerb einsetzte. (Welche Interessen die Kirche als Institution bei der Stadterneuerung spielt, wäre noch genauer zu untersuchen. Dieser Wettbewerb wurde als Sonderprojekt auf dem Deutschen ev. Kirchentag 1977 vorgestellt, außerdem bestehen Verhandlungen seitens des Senats, daß die Kirche nach Abschluß des Wettbewerbs die weitere wissenschaftliche Begleitung der Projekte übernimmt). Das Wettbewerbsvorhaben wurde unterstützt von der Verwaltungsspitze (dem damaligen Bundesbauminister Ravens (SPD), dem Berliner Bausenator Ristock (SPD)) und dem Bezirksamt Kreuzberg, während die Senatsbauverwaltung ihm ablehnend gegenüberstand.

Die Senatsspitze: es ist eindeutig, daß der Wettbewerb von der Senatsspitze in erster Linie in der Öffentlichkeitsarbeit werbewirksam eingesetzt werden sollte: Die „Strategien für Kreuzberg“ sind unter anderem als Beitrag zu den internationalen Bauwochen 1984 vorgesehen! Daß es kaum um wirkliche Verbesserungen für die dort ansässige Bevölkerung ging, zeigte, daß der Wettbewerb lediglich als unverbindlicher Ideenwettbewerb durchgeführt werden sollte. So konnte die Projektkommission in einer abschließenden Senatsvorlage lediglich Empfehlungen zu den Projekten abgeben, sie hatte kein Entscheidungsrecht. Der Senat hatte sich zu keiner Zeit verbindlich zur Realisierung einzelner Projekte geäußert. Er wollte die Auswahlarbeit der Projektkommission als vorparlamentarisches Meinungsbild verstanden wissen. Bis auf die Prämienfelder nach der 1. Wettbewerbsphase war eine Finanzierung überhaupt nicht vorgesehen. Die Forderung nach Weiterfinanzierung mußte von den Gruppen über die Projektkommission und Öffentlichkeitsarbeit erst durchgesetzt werden.

Schon die Ausschreibung zeigte, daß es am wenigsten um die Bewohner des Gebietes ging, denn die Ausschreibung richtete sich zwar an die gesamte Öffentlichkeit (vom Bewohner des Quartiers bis zu den Fachleuten im Ausland), aber es waren so weitgehende Qualifikationen und zusätzliche Arbeitsleistungen erforderlich (Bedarfsplanung, umfangreiche Begründungen, Finanzierungspläne usw.), daß alle 30 Vorschläge der unmittelbar Betroffenen unter den Tisch fielen. Die Projektkommission setzte sich zwar zu zwei Dritteln aus Bewohnern des Quartiers zusammen, diese gehörten jedoch sehr unterschiedlichen Interessengruppen an: Mieter, Hausbesitzer, Gewerbetreibende, Aktionsgruppen. Die Mitglieder wurden aus Vorschlagslisten des Bezirksamtes und des ev. Kirchenkreises und einer zusätzlichen Liste von Volkshochschulteilnehmern vom Sen Bau Wohnen ausgelost. Von engagierten Bürgern in der Projektkommission ist der Verdacht einer überproportionalen Beteiligung von SPD-Mitgliedern erhoben worden!

Daß der Wettbewerb folgenlos bleiben bzw. keinen Einfluß auf die Modernisierung haben sollte, machten die Vergabemodalitäten der ZIP-Mittel besonders deutlich: Ristock in einer Presseerklärung am 17.8.77 zu „Strategien für Kreuzberg“: „Für den Schwerpunkt Modernisierung werden Untersuchungen vorgenommen, die in gewisser Koordination zu den Arbeitsergebnissen dieses Projekts stehen ... Ich glaube, wir sind mit den „Strategien f. Kr.“ auf dem richtigen Weg; aber wir müssen uns davor hüten, den Schwung durch endlose Debatten zu verlieren.“

Die „gewisse Koordination“ bedeutete, daß der Senator die ZIP-Mittel-Vergabe an die Entkernung der Hinterhöfe band, eine Maßnahme, die von allen Projektgruppen und der Projektkommission wegen der einschneidenden Folgen für die Mieter abgelehnt wurde. Der Senator befürchtete also zurecht, daß es lange Auseinandersetzungen in der Projektkommission geben würde. Senatsverwaltung: Die Senatsverwaltung hatte vor Beginn des Wettbewerbs den größten Teil des Gebietes als „Umstrukturierungsgebiet“ vorgesehen: der Verslumungsprozess war ihrer Meinung nach soweit fortgeschritten, daß „Funktions-“ bzw. „Strukturveränderungen“ vorgenommen werden sollten. Welche Funktion der Wettbewerb ursprünglich haben sollte, zeigt folgendes Zitat: „Für alle drei Teilbereiche sind kurzfristig strategische Überlegungen zur zwischenzeitlichen Erhaltung bzw. Verbesserung der Wohnverhältnisse ohne städtebauliche bzw. bauliche Investitionen sowie solche zur Verringerung sozialer Probleme während des Entleerungs- bzw. Veränderungsprozesses anzustellen“ (Vermerk SenBauWohnen IIa, Oktober 1976). Solche „zwischenzeitlichen Überlegungen“ waren notwendig geworden, da bei einer Berliner Gesamtzahl von 480 000 Altbauwohnungen und den extrem hohen Kosten des sozialen Wohnungsbaus sich eine Kahlschlagsanierung noch über Jahrzehnte hinziehen würde. Ein weiterer Gesichtspunkt ist auch, daß die Baugesellschaften um die Vermietbarkeit ihrer Neubauten fürchten müssen, solange in unmittelbarer Nähe der Slum beginnt. Der Wettbewerb wurde deshalb zunächst als billige Maßnahme zur Imagepflege begrüßt. Inwiefern die Mitte 1977 durch die Vergabe von ZIP-Mitteln einsetzende Modernisierung ein Ersatz für das Sanierungsprogramm oder lediglich auch eine der genannten Zwischenlösungen darstellt, ist von uns schwer einzuschätzen. Die negativen Erfahrungen mit reinen Neubaugebieten (Märkisches Viertel, Gropiusstadt) als Folge der Sanierung machen eigentlich andere Konzepte notwendig.

Die anfänglich positive Einschätzung des Wettbewerbes schlug jedenfalls in Ablehnung um als die prämierten Projekte in die Realisierungsphase kamen, da im baulichen Bereich Alternativen zur üblichen Sanierungspraxis nach Städtebauförderungsgesetz (Entkernung der Hinterhöfe) aufgestellt wurden. Es war daher nicht überraschend, daß die sozialen Projekte, die der ursprünglichen Zielsetzung entsprachen, eher Unterstützung fanden. Dies soll ein Erfahrungsbeispiel verdeutlichen: Eine Gruppe, die eine Modernisierung durch die Mieter (d.h. Festlegung des Modernisierungsstandards durch Mieter, Finanzierung durch langfristige Kredite verbunden mit garantiertem Mietrecht) vorgeschlagen hatte, bekam von der Projektkommission den Auftrag, ihr Vorhaben in einzelnen Mietblöcken zu erproben (II. Phase). Dabei stieß die Gruppe auf folgende Schwierigkeiten: 1. mangelnde Öffentlichkeitsarbeit, der Wettbewerb war fast unbekannt, 2. die Gruppe mußte mit Mietern und Hausbesitzer verhandeln ohne Zusage der Senatsverwaltung, daß dieses Projekt auch jemals realisiert würde. (Die senatseigene BEWOG als Hausbesitzerin war überhaupt nicht verhandlungsbereit!), 3. ging die Senatsverwaltung auf die Forderung zur Erarbeitung anderer Kriterien der Bausubstanzuntersuchung als der des Städtebauförderungsgesetzes nicht ein. Nach Ablauf der Erprobungsphase bekam die Gruppe keine Anschlußfinanzierung bewilligt, d.h. dieses Modell bleibt undurchführbar.

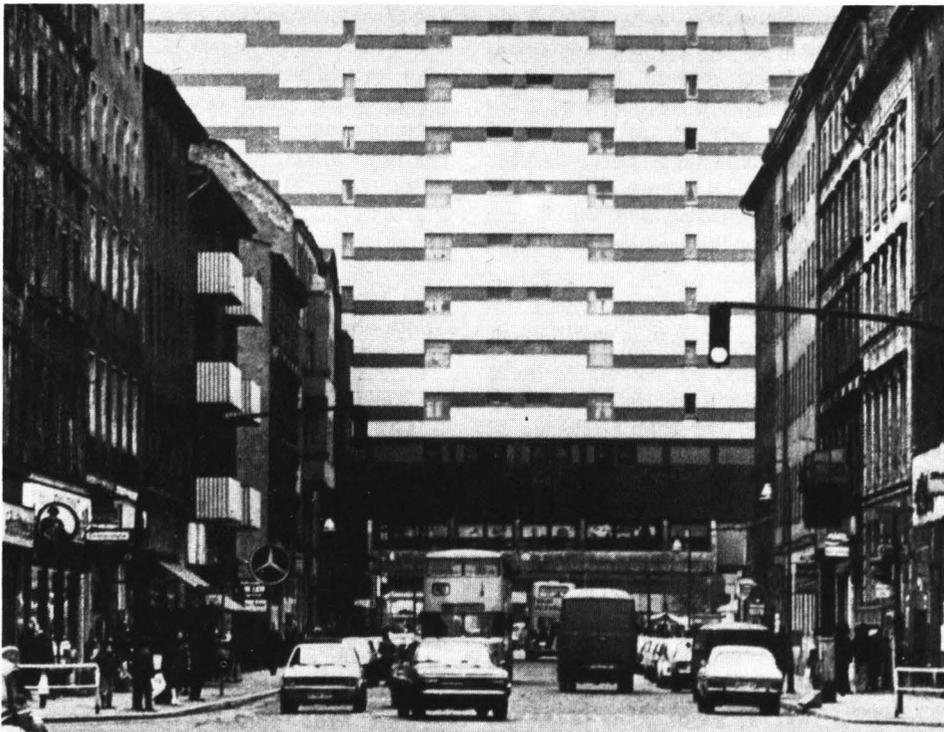
Die Senatsverwaltung versuchte den Wettbewerb sowohl offen als auch heimlich zu umgehen. Sie drängte zu Entscheidungen über Investitionen vor Abschluß des Wettbewerbs und zögerte gleichzeitig die auch von der Projektkommission geforderte Erarbeitung neuer Kriterien zur Bausubstanzuntersuchung über ein Jahr hinaus. Heimlich versuchte sie, ohne Wissen der Projektkommission, mit einzelnen Hausbesitzern und Projektgruppen über Blockkonzepte in ihrem Sinne zu verhandeln. Aus diesem Konflikt heraus entstand der ZIP-Ausschuß: Die Planungsbeauftragten des Senats und des Bezirks, eine Sanierungs- bzw. Modernisierungsgesellschaft, vier Bewohner und beauftragte Architekten sollen in Zukunft über anstehende Vorhaben verhandeln.

Bezirksamt: Anders als die Senatspitze und -verwaltung hatte das Bezirksamt in erster Linie Interesse an konkreten Maßnahmen zur Stabilisierung des Gebietes, d.h. an realen Verbesserungen der Wohnsituation und Imagepflege, um ein weiteres Abwandern der „besseren“ Bevölkerung und der Betriebe zu verhindern. Eine Sanierung, die sich über einen langen Zeitraum hinwegzieht, verursacht außer der Vertreibung der Bevölkerung auch durch die zunehmende Verslumung in der Zwischenzeit ein hohes Konfliktpotential. Dies zeigt der oben genannte Widerstand des letzten Jahrzehnts. Die SPD verlor bezeichnender Weise bei den Abgeordnetenhauswahlen 1975 in SO 36, 40% ihrer Wählerstimmen! Aus diesen Gründen hat sich das Bezirksamt für eine Modernisierung stark gemacht, die im Gegensatz zur Sanierung „nur“ ein Drittel der Bevölkerung vertreiben würde. Der Wettbewerb wurde in diesem Zusammenhang als Möglichkeit gesehen, die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf dieses Gebiet zu richten, um Geldmittel heranzuziehen. Dies ist in Form der 70 Mill. ZIP-Mittel 1977 ja auch gelungen!

Allerdings setzte das Bezirksamt ähnlich wie der Senat seine eigenen Planungen unbeirrt durch den Wettbewerb durch: In einer Nacht- und Nebelaktion wurde das besetzte Gebäude der Feuerwache, des letzten großen Baukomplexes, der als Kommunikationszentrum in Frage gekommen wäre, am 14.6.77 gestürmt und mit den Abrißarbeiten begonnen, ehe am Tage über eine einstweilige Verfügung entschieden werden konnte. Diese Maßnahme führte zum Rücktritt der beiden Sprecher der Bürgerfraktion in der Projektkommission, als sogar die öffentliche Verhandlung über den Abriß von der Verwaltung noch verhindert wurde, weil jetzt klar war, daß der Projektkommission kein Entscheidungsrecht über Planungen im Bezirk zugestanden wurde: Der Wettbewerb sollte sich in den „kommunalpolitischen Rahmenbedingungen“ halten, wie es im Ausschreibungstext treffend formuliert wurde. Dieser Konflikt war Anlaß zur Gründung einer oppositionellen Gruppe von Teilen der Bürgerfraktion, der späteren BI SO 36.

Aufschlußreich ist auch, daß Maßnahmen, die keine großen Veränderungen der Bezirksplanung erfordern, wie z.B. eine Kreuzung in eine verkehrsberuhigte Zone umzugestalten, die Unterstützung der Verwaltung fanden. So wurden für dieses Projekt als einziges Geldmittel noch während des Wettbewerbs von der Bezirksverordnetenversammlung zugesagt. Doch selbst hier versuchte die Bezirksverwaltung, der Gruppe den Entwurf aus der Hand zu nehmen und den Umbau in eigener Regie durchzuführen.

Die sozialen Modellprojekte (bis auf das Stadtteilzentrum) wurden von der Bezirksverwaltung unterstützt. Dies hat seinen Grund wohl darin, daß sie brennende Probleme angingen, bei denen die bisherigen Verwaltungsstrategien versagt hatten: die Probleme durch den hohen Ausländeranteil waren durch die 1975 erlassene Zuzugssperre nicht geringer geworden, Maßnahmen gegen die Jugenarbeitslosigkeit fehlten völlig, Heimmunterbringungen von Jugendlichen hatten eine hohe Zahl von Trebegängern zur Folge. Es bot sich daher an, den Ausländerladen und das Ausbildungswerk als Vorreiter in Form von Ein-



zelmodellen neue Lösungen erproben zu lassen. So ist es den beiden Gruppen bisher sogar möglich, ihre Konzepte ohne entscheidende Auflagen umzusetzen. Es ist wichtig festzuhalten, daß hier linke bzw. fortschrittliche Sozialarbeit als ganzes verinnamt wird, d.h. nicht nur in Teilaspekten wie bisher üblich, so daß nicht einmal mehr Konflikte in der alltäglichen Arbeit entstehen müssen. (In der Planungsphase kam sogar von Verwaltungsseite der Vorwurf, die Vorschläge seien so gewöhnlich, es würden nicht einmal „deskriptive“ Techniken verwendet, wie sie in der Sozialarbeit in den USA längst üblich seien!)

Das Stadtteilzentrum stieß auf Ablehnung, weil es sich nicht an eine besondere Problemgruppe wandte, sondern nur die „normale“ Bevölkerung in Zusammenarbeit eines Sozial-, Gesundheits- und Rechtsbereichs bei Alltagsproblemen unterstützten und zusätzliche Kommunikationsmöglichkeiten schaffen wollte. Außerdem stand das verwaltungsunabhängige Konzept in Gegensatz zu der Bezirksplanung, Teile der Verwaltung auszulagern. Ein weiterer Konflikt entstand durch den im Konzept integrierten Gesundheitsbereich, da das Bezirksamt ein 3 Mill. Gesundheitszentrum als Neubaukomplex plante. Daß es an seiner Planung festhielt, obwohl die Ärzte sich für das Stadtteilzentrum entschieden, zeigt, daß es eher um die Realisierung von Vorzeigemodellen in teuren Neubaugebieten als um strukturelle und qualitative Verbesserungen für die Bevölkerung geht (diese sind zu unscheinbar und statistisch schwerer nachweisbar!) Welch großes Interesse die Bezirksverwaltung an einer Auseinandersetzung des Stadtteilzentrums hatte, zeigt der Trick einer zweimaligen Abstimmung in der Projektkommission. Nachdem alle Projekte abgestimmt waren und auch das Stadtteilzentrum mit einer knappen Mehrheit befürwortet wurde, gingen die beteiligten Bürger davon aus, daß damit die Arbeit der Projektkommission abgeschlossen sei. Die Verwaltung setzte jedoch einen weiteren Termin fest, indem sie die Abstimmung nur als Vorentscheidung hinstellte. Zu diesem Zeitpunkt war die Verwaltung dann weitgehend unter sich!

Bürgerbeteiligung, wozu?

Die Untersuchung der Wettbewerbsvoraussetzungen und der zahlreichen Konflikte während des Verlaufs macht deutlich, daß weder Senat noch Bezirksamt Interesse an echter Bürgerbeteiligung hatten. Bürgerbeteiligung wurde zweckmäßig eingesetzt: zur Darstellung von Bürgernähe in der Öffentlichkeit, zur Anre-

gung für Problemlösungen und zur Integration bestehender Aktivitäten in einen öffentlichen Rahmen. Die Bürgerbeteiligung wird sofort unbequem, sobald sie mit Verwaltungsplanungen kollidiert und die Bürger fordern, selbst zu entscheiden anstelle der gewählten Vertreter. In den Konflikten haben sich engagierte Bürger durch Rücktritt, Gründung einer BI, Instandsetzungsbesetzungen aktiv gegen die Verwaltungsinteressen gewehrt. Allerdings hat die Häufung solcher Auseinandersetzungen außer zu einer klaren Einschätzung der SPD-Strategie auch zu Resignation in Bezug auf eigene Handlungsmöglichkeiten gerade bei einigen der engagierten Bürgern geführt.

Die Verwaltung hatte eine Verselbstständigung von Bürgeraktivitäten von vornherein vorgebeugt: als Ergebnis des Wettbewerbs war ein Gremium, ein Bürgerverein vorgesehen. Die Hauptfunktion eines solchen Vereins besteht darin, die schon bestehenden Aktivitäten in einen öffentlichen Rahmen einzubinden. Ein Wettbewerbsvorschlag, der eine politische Strategie zur Durchsetzung der Bedürfnisse der Bewohner entwickelte, statt nur formaler Organisationsstrukturen, wurde entsprechend von der Verwaltungsfraktion abgelehnt. Der jetzige Verein entspricht in keiner Weise einer Selbstorganisation der Aktivgruppen, sondern ist ein formales, vorparlamentarisches Gremium, das nicht übersprungen werden kann, wenn Forderungen an die Verwaltung gestellt werden. Konsequenz daraus ist, daß die BI als basisnahe Gruppierung nebenher besteht.

Durch welche Maßnahmen im einzelnen Aktivitäten gelähmt und damit auch schon zum Teil aufgefangen werden konnten, schildern wir aus der Sicht einer Projektgruppe. Es zeigt sich von Anfang an ein deutlicher Widerspruch zwischen Versprechungen in der Ausschreibung und dem Verhalten der Verwaltung. Neben fehlender finanzieller Unterstützung, fehlenden Zusagen, ob die Projekte auch nach dem Wettbewerb weiter unterstützt werden, waren vor allen Dingen zwei Verhaltensweisen bezeichnend: das Hin- und Herschieben der Verantwortlichkeit zwischen verschiedenen Verwaltungsebenen und das Verweisen an Gremien. Die Verwaltung versuchte durch Einrichtung zahlreicher Gremien, direkte Auseinandersetzung zwischen Betroffenen und Verantwortlichen zu verhindern. Die Folge des Delegierens der Interessen ist immer mehr abnehmendes Engagement bei den nächst höheren Vertretern und die Betroffenen verlieren das Gefühl überhaupt kompetent zu sein, wenn ihr Bedürfnis durch Verweisen an Fachgremien, die jeweils nur für Detailfragen zuständig sind, aufgesplittert wird.

Das Hin- und Herschieben der Zuständigkeiten innerhalb der Verwaltung bewirkt das Gefühl mit dem eigenen Anliegen überhaupt nicht vorwärts zu kommen.

Für die Projektgruppenmitglieder hatten diese Strategien mehrere Termine pro Woche (auch tagsüber) zur Folge, oft wurden für die jeweiligen Gremien zudem schriftliche Vorlagen gefordert, und dies, obwohl fast alle Mitglieder berufstätig waren. So kam die inhaltliche Arbeit der Gruppe stellenweise fast zum Erliegen. Hinzu kamen konkrete Aufgaben wie Ladensuche, Renovieren an den Wochenenden. In der 2. Wettbewerbsphase wurde die Arbeit durch nur 2 ABM-Kräfte unterstützt. Ergebnis dieser Situation ist bei fast allen Gruppen, daß die Projekte jetzt teilweise von neuen Mitgliedern weitergeführt werden.

Diese Hindernisse sind nicht oder nur zum geringsten Teil ungewollte Nebenprodukte der oben geschilderten Interessenkonflikte der Partei- und Verwaltungsebenen, teilweise sind sie gezielt zur Entmutigung eingesetzt worden und sonst zumindest billigend in Kauf genommen worden. Dieses doppelbödige Verhalten, das Aufstellen „edler“ Zielsetzungen und das absichtliche Hinnehmen diesen entgegengesetzten Bedingungen ergibt die typische SPD-Taktik das „So-tun-als-ob“. Ursache dieses Verhaltens ist einerseits der Druck auf Bedürfnisse der Bevölkerung einzugehen, da sonst zuviele Wählerstimmen verloren gehen und die Konflikte zu groß werden, andererseits aber ein Zurückschrecken vor systemsprengenden Konsequenzen. „So-tun-als-ob“ bedeutet konkret: fortschrittliche vereinzelte Vorzeigemodelle entwickeln lassen, um sie dann in eigener Regie in entscheidend verwässerter Form zu verbreiten.

Warum haben sich die Gruppen am Wettbewerb beteiligt? Da die Schwierigkeiten, Projekte im Zusammenhang mit der Verwaltung durchzusetzen, weitgehend vorauszusehen waren, ist zu fragen, welche Gründe die Projektgruppen hatten, sich trotzdem am Wettbewerb zu beteiligen. Überwiegend hatten sich die Gruppen schon vorher mit ihren Projekten beschäftigt. Der Wettbewerb erschien als Möglichkeit, evtl leichter und schneller solche Vorhaben durchsetzen zu können, die wie die sozialen Projekte auf relativ hohe und langfristige Finanzierung angewiesen sind oder wie die baulich-räumlichen auf Änderung bisher bestehender gesetzlicher Bestimmungen. (Es ist aber auch nicht auszuschließen, daß einige Architekten vom Wettbewerb vor allem eine lohnende Auftragsvergabe erhofften). Die oben genannten Strategien der Integration haben immer wieder zu Diskussionen darüber geführt, ob überhaupt eine Unterstützung der Projekte ohne Auflagen seitens der Verwaltung denkbar wäre. Wie die genauere Untersuchung der Verwaltungsinteressen zeigt, ist die Frage für die einzelnen Projekte unterschiedlich zu beantworten, je nachdem, ob sie in die Lücken der Verwaltungsplanung passen oder ob sie dieser entgegenstehen. Dabei ist auch noch zu berücksichtigen, daß die Verwaltungsebenen selbst an den einzelnen Projekten unterschiedliche Interessen haben können. D.h. unter günstigen Bedingungen ist es durchaus möglich, ein Konzept als Modellprojekt zu verwirklichen, allerdings in dem oben genannten fragwürdigen Zusammenhang.

Die Frage bleibt aber für die meisten dieser Projekte bestehen, da sie ganz oder in Teilbereichen Verwaltungsplänen entgegenstehen. Wir gehen davon aus, daß ein Teil solcher eigenständiger Projekte, mit denen nicht gleichzeitig Geld verdient werden kann, aus Spenden realisierbar ist, d.h. aber immer Mehrarbeit in Form von Berufstätigkeit für Spenden und unbezahlte Freizeitarbeit im Projekt. Die Folge ist häufiger Mitarbeiterwechsel und ständiger Geldmangel, dafür bestehen aber keine Druckmittel über finanzielle Abhängigkeit. Bei größeren sozialen Projekten mit relativ hohem Finanzaufwand und festen Mitarbeitern ist dieses Modell kaum noch denkbar (z.B. Frauenhäuser). Aber für uns ist auch entscheidend, daß die sozialen

Projekte, wie weit sie auch die Bewohner miteinbeziehen mögen, in erster Linie einmal ein Stück Sozialarbeit leisten. (Die Frage, ob Sozialarbeit überhaupt sinnvoll ist und nicht ein falscher Ansatz, kann hier nicht diskutiert werden. Das oben beschriebene Interesse der Verwaltung, linke Sozialarbeit in ihre Problemlösung einzuplanen, setzt hier noch weitere Fragezeichen!). Solange die Projekte aber einen Teil der durch das Gesellschaftssystem notwendig gewordenen Sozialarbeit mitliefern, müssen sie unserer Meinung nach den Anspruch auf Finanzierung durch staatliche Gelder stellen. Sie bleiben sonst ein zusätzliches Angebot zu den staatlichen Sozialdiensten, statt sie anzugreifen und die Mittel für eine den Betroffenen nützlicher Arbeit zu fordern.

Während des Wettbewerbs hat es unsere Gruppe nicht geschafft, zu einer einheitlichen Einschätzung der Realisierungsmöglichkeiten zu kommen, weil wir die Strategien der Verwaltung unterschiedlich einschätzten; daher konnten wir uns nicht auf ein offensives Vorgehen einigen. Ein genaueres Vorverständnis hätte außerdem eine Zusammenarbeit mehrerer Projektgruppen erleichtert und damit auch ein gemeinsames Vorgehen gegen die Verwaltung.

Ergebnis des Wettbewerbs:

Für die Bewohner (die vom Wettbewerb zu 90% nichts gehört haben!) sind übriggeblieben: 3 soziale Modellprojekte, ein Kreuzungsumbau, ein durch den Wettbewerb sicher größer gewordenen ZIP-Programm, das für einen Teil der Bewohner den Rauschmiß bedeutet, und der ZIP-Ausschuß, über den vielleicht bei einzelnen Blöcken eine „Radikalmodernisierung“ verhindert werden kann. Warum ist überhaupt etwas vom Wettbewerb übriggeblieben? Sicher sind die oben aufgeführten Bezirksinteressen von Bedeutung. Mitentscheidend ist aber auch der Druck durch die Öffentlichkeit, die während des Wettbewerbs über Tages- und Fachpresse entstanden ist. Der Wettbewerb war der Presse als neue Form der Bürgerbeteiligung vorgestellt worden, sie hat das ganze Verfahren kontinuierlich, teilweise sogar kritisch verfolgt. Insofern entstand ein gewisser Zugzwang, auch sichtbare Ergebnisse des Wettbewerbs vorzuweisen. In welchem Maße die Öffentlichkeit im Bezirk selbst, die sich die Projekte durch ihre Arbeit in der zweiten Phase geschaffen haben, einen Einfluß ausübt, ist schwer einzuschätzen.

Sabine Hildenbrand

Architekturutopien

Arbeiterwohnen und die bürgerliche Hauptstadt des 19. Jahrhunderts

Ich reise gerne durch die Hauptstädte des 19. Jahrhunderts. Sinnlichkeit, die ästhetische Wahrnehmung von Welt, und gesellschaftliche Subjektivität sind heute durch Oberflächen und Raumanordnungen zerstört. Doch schon die bürgerliche Hauptstadt ist ein Resultat der Zerstörung. Den folgenden Exkurs habe ich aus dem Interesse heraus geschrieben, die Utopie, insbesondere die frühsozialistische und Architekturutopie, als Plan zu dechiffrieren.¹⁾ Dies ist kein historisches Interesse allein: daß soziale Utopien in ihrer Ordnungsfunktion gegenüber den unkontrollierbaren und arbeitsunwilligen Klassen ausgewertet und für die Formen bürgerlicher Kontrolle und Ordnung verwendet werden können; daß die Verdrängung sozialrevolutionärer Strömungen, die ihre Quellen im Widerstand der Bauern gegen Maschinen und Fabriken, der städtischen Slumbewohner und des Lumpenproletariats, in der Delinquenz hatten, zur Kehrseite des Sozialismus gehört; das sollte als Erinnerung allen utopisch-sozialarbeiterischen Projekten der Linken heute entgegengehalten werden.

Meine Vermutung lautete: Die frühsozialistischen Architekturutopien, wie sie formuliert werden in der Lehre Babeufs und im Arbeiterkommunismus vor 1848 bis hin zum „Kommunistischen Manifest“ sowie im utopischen Sozialismus von Robert Owen und Charles Fourier, tragen je in sich eine Doppeldeutigkeit, die Bloch mit den Begriffen „Freiheit“ und „Ordnung“ zu kategorisieren versucht hat: es sind Utopien der Aufhebung der Trennung von Stadt und Land (als Aufhebung der Arbeitsteilung), der Abschaffung der großen Städte als der Herrschaftszentren; und es sind Utopien der Ordnung, Übersichtlichkeit, Kontrolle des Raumes in der Form der Architektur. Sie stellen damit eine präventive Antwort auf die unter Voraussetzung der agrarisch-industriellen Revolution und des Bevölkerungswachstums sich herausbildenden, wirklichen Arbeits- und Lebens-/Wohnverhältnisse der Unterklassen in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts dar, auf deren tradierte oder anomische Verhaltensweisen, Unordnung, und die neuen Verhaltenszuminungen durch Fabrikarbeit, eine Antwort auf die Überbevölkerung der alten Städte durch hereindrängende freie Arbeitskraft, ihre Verwandlung in Slums, und auf die durch die Industrialisierung des Landes neuentstandenen Agglomerationen; dabei nehmen die Architekturutopien neben Bildern aus der vorindustriellen Gesellschaft (Palastarchitektur und Pastorale) Stilelemente der mit der Französischen Revolution hergestellten bürgerlich-städtischen Öffentlichkeit auf, die Konstruktionen aus Glas und Eisen: Fouriers Utopie ist die Passage. Die erste geschichtliche Antwort auf die Probleme des Arbeiterwohnens lautet indes, daß im Kampf um die Stadt zwischen Unterklassen und Bourgeoisie – ich meine hier den Prozeß der Aneignung bzw. Zerstörung von Widerstandsräumen im Alltag – sich in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts die bürgerliche Hauptstadt nach dem Prinzip der Segregation, des Herausdrängens der Armen und Arbeiter aus den Stadtzentren entwickelt; nur in der Revolte erobert das Proletariat die Stadt zurück, in der Pariser Kommune.

Diese Vermutung bedarf – das zeigte sich bei der Durchsicht der Architekturutopien²⁾ und einiger Literatur zum Arbeiterwohnen und zur Stadtentwicklung im 19. Jahrhundert – der Differenzierung, wenn nicht der Korrektur; zu dem Zweck soll das beigefügte Bildmaterial und die Montage von Zitaten dienen. Ich meine aber, daß Überschneidungen zwischen den Architekturkonzeptionen der utopischen Sozialisten/Kommunisten und der Entwicklung der bürgerlichen Hauptstadt nicht nur hinsichtlich der architektonischen Formensprache (Demolition ungeordneter Räume, Geometrisierung, Visibilität) festzuhalten sind, sofern man die Formation einer Arbeiterklasse an sich und die Frage berücksichtigt, welchen Widerstandsraum es gibt oder wozu der Raum dient und wer ihn beherrscht.

Der utopische Sozialismus und Kommunismus versteht sich zunächst selbst außerhalb eines historisch noch unentfalteten Klassengegensatzes und bezieht sich auf kein Subjekt der Geschichte (der Bezug von Kommunismus und Arbeiterbewegung ist das Resultat der Klassenkämpfe bis 1848). Zum Ersatz dafür hält er das Konzept der Veränderung der Umstände bereit: Pädagogik und Architektur sind die beiden großen Themen des utopischen Sozialismus; dies ist ein Konzept für das Proletariat als Klasse an sich, als Objekt. Was die Architekturutopien und ihrer Topographie angeht, so enthalten sie in idealisierter Form ein gutes Stück Vergangenheit, der dorfgemeinschaftlichen Produktions- und Lebensweise; die Teilung zwischen Stadt und Land aufzuheben, entspringt im utopischen Sozialismus/Kommunismus als Idee nicht etwa einer neuen Produktionsweise, sondern einer richtigen Verteilung von Bevölkerung und Naturgütern; in der Kritik an der Großstadt – die kulminiert nach der Forderung nach deren Abriß – klingt die moralisierende Literatur des 18. Jahrhunderts nach, in der Ästhetisierung der Landschaft durch Arbeit (als Vollendung der Natur), im Bild der Fabrik im Garten, lassen sich unschwer Züge der Pastorale, der Idylle eines mittleren Ortes zwischen den Gefahren der Zivilisation der Stadt und der Härte der Landarbeit finden; die Grundrisse wiederum vieler Kommunalpaläste, Phalansterien und wie dergleichen Entwürfe heißen mögen, scheinen denen der Schloß- und Parkanlagen des Feudalismus nachgezeichnet. Zugleich bietet die frühsozialistische Literatur eine Fülle von Material zur Lage der armen und arbeitenden Klassen in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts³⁾; von daher läßt sich verstehen, daß die Architekturutopien (z.B. die von Owen und Fourier) in ihren emanzipatorischen wie in ihren planenden, paternalistischen Teilen gerichtet sind gegen die Verelendung des Arbeiterwohnens in den überbevölkerten, verslumten Altstadtvierteln und den neuen industriellen Agglomerationen, gegen die urbanistische Planlosigkeit, gegen die inzwischen unentwirrbar überbaute mittelalterlich-frühneuzeitliche Stadt und gegen die Hütten in den ländlichen Agrar- oder Industriedistrikten, damit aber auch gerichtet sind gegen die Unordnung des Arbeiterwohnens und der Elendsquartiere als eines Raums für die Tradierung alter, vorindustrieller Lebensweisen, Familienzusammenhänge, und für Widerstand oder Flucht. Demgegen-

über entwerfen Owen und Fourier eine schöne neue Welt des Sozialismus und der Arbeit, Großwohneinheiten zwischen Stadt und Land, die im Unterschied zur industriellen Mobilität des Proletariats eine soziale Abgeschlossenheit voraussetzen, eine Welt der geordneten Räume, der Neuorganisation kommunikativer Abläufe und der Sichtbarkeit, in der die Trennung von privat und öffentlich, von Arbeit und Leben verschwindet. Die technischen Materialien der Architekturutopie entstammen großenteils der Industrialisierung selbst (Glas-Eisen-Konstruktionen, wie sie im 19. Jahrhundert möglich werden; Verkehrsmittel, die tatsächlich bald das Verhältnis von Stadt und Land revolutionieren, Eisenbahnen). Insbesondere die Fouriersche Utopie – eine Utopie der attraktiven Arbeit, das heißt der Einmischung der Arbeit in die vielfältigen Leidenschaften der Menschen, und der Aufhebung der Arbeitsteilung (wogegen das Erziehungsziel der Habitualisierung industrieller Arbeitsmuster deutlicher in den Sozialismus Owens eingeht) – die Fouriersche Utopie als bedient sich als des Hauptstücks einer zukünftigen Architektur der Passage (rue-galerie) mit ihren Möglichkeiten für eine rasche Lebensart, die Bildung leidenschaftlicher Gruppen und eine kurzfristige Abwechslung der Arbeiten. Die Passage⁴⁾ – öffentlicher Außen-Innen-Raum, glasgedeckter Straßendurchgang, Ort des Luxuswarenhandels und des Vergnügens, Objekt der Bauspekulation – ist ein genuines Produkt der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, ein Vorläufer des Warenhauses, aber von größerer funktionaler Vielfalt; erst später wird sie zum politischen Repräsentationsbau (Brüssel, Mailand). Fourier, der die Vorbilder des Palais-Royal, der Galerie du Louvre nennt und der in Paris die Passage des Panoramas, die Galerie d'Orléans und in Lyon die Passage de l'Argue vor Augen haben konnte, überträgt die kommerzielle und öffentlich-kommunikative Funktion der Passage zwar nicht, wie Walter Benjamin meint, in „reaktionärer Umbildung“ ausschließlich auf die Wohnstätten seines Phalansteriums. Ließ aber das Passagen-Leben sich nicht leicht sichtbar machen und kontrollieren, wie die vielen literarischen und Reiseberichte darüber sagen, so wird die Passage der Idee nach bei Fourier doch einer Architektur der Visibilität im Zusammenhang der Menschen und der Arbeit einverleibt; bei Bentham wird sie zum Modell des Gefängnisses des 19. Jahrhunderts, des Panopticum. – Nachzutragen bleibt, daß die wenigen Realisierungsversuche frühsozialistischer Architekturutopien in Europa in einen paternalistischen Reformismus umgeschlagen sind (der Weg führt von New Lanark, dem Owenschen Industriedorf, nach Guise, wo der Unternehmer und Fourierist Godin ein „Famillistère“ (!) erbaut).

Die Entwicklung des Arbeiterwohnens und der bürgerlichen Hauptstadt im 19. Jahrhundert kann grob folgendermaßen beschrieben werden (ich beschränke mich auf die Stadt, auch die Fabrikdörfer werden bald zu Fabrikstädten – nicht für die ungeplanten, aber für die Ansiedlungen von Arbeitern durch Unternehmen in ländlichen Distrikten der Industrialisierung, die von Wasserkraft und Bodenschätzen abhängig war, ist New Lanark selbst ein Musterbeispiel, vgl. die Kruppschen Arbeitersiedlungen; und ich lasse die Morphologie der verschiedenen Haustypen aus, die wiederum Rückschlüsse auf die Durchsetzung neuer Familienstrukturen und Formen der Selbstkontrolle in den Unterklassen zulassen würde): Im Verlauf der agrarisch-industriellen Revolution und unter dem Druck des Bevölkerungszuwachses wird – vornehmlich in England – die traditionelle, aus dem Mittelalter und Spätfeudalismus stammende Stadt des Gewerbes, Handels, Verkehrs etc. mit hereinwandernden Industrien und Arbeitskräften im Überschuß aufgefüllt; in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts vervielfachen sich die Einwohnerzahlen der englischen Städte rapide (für den Zeitraum 1801 bis 1841: London von 1.088.000 auf 2.073.000 Einwohner, Liverpool von 82.000 auf 286.000, Glasgow von 77.000 auf 275.000, Birmingham von 71.000 auf 183.000, Manchester von 75.000

auf 235.000, Dundee von 26.000 auf 166.000, Leeds von 53.000 auf 152.000; zum Vergleich die Bevölkerungsentwicklung von Paris: 547.756 Einwohner im Jahr 1801, 1.053.897 im Jahre 1846⁵⁾), der Wohnungsbau, obschon schnell vorangebracht, hält damit nicht Schritt. Die unmittelbaren Folgen sind

- 1) Die Anregung kommt von J. Rancière, Utopisten, Bürger und Proletarier, in: Kursbuch 52 (1978) S. 146-58.
- 2) Ich verweise auf die reichhaltige Arbeit von F. Bollerey, Architekturkonzeptionen der utopischen Sozialisten, München 1977; auch Bollerey konstatiert mehrfach die Verfügbarmachung der Architekturutopien, insbesondere wenn sie auf die Integrierung und Kontrolle der Unterklassen abstellen, in der präventiven Urbanistik der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts.
- 3) Exemplarisch L. Blanc, Organisation der Arbeit (1840), nach der 9., umgearb. und durch ein Kap. verm. Aufl. des Originals übers. von P. Prager, Berlin 1899, S. 39 („der Zustand der Bevölkerung von Paris ...: prachtvolle Spaziergänge und schmutzige Gassen, strahlende Läden und finstere Werkstätten“), 41 f. (Lebenshaltung und Wohnverhältnisse der Arbeiter in Nantes), 46 f., 48 (im Anschluß an Frégier, „Über die gefährlichen Klassen der Bevölkerung“, Hinweise auf den Zusammenhang von Wohnungselend und Kriminalität in Paris, Bandenbildung); vgl. F. Engels (Anm. 5).
- 4) Zum folgenden das Buch von J.F. Geist, Passagen, ein Bautyp des 19. Jahrhunderts, München 2/1978 (ein sehr schönes Buch); sowie W. Benjamin, Paris, die Hauptstadt des XIX. Jahrhunderts, in: Illuminationen. Ausgewählte Schriften, Frankfurt/M. 1961, S. 185-88: „Die Mehrzahl der Pariser Passagen entsteht in den anderthalb Jahrzehnten nach 1822. Die erste Bedingung ihres Aufkommens ist die Hochkonjunktur des Textilhandels. Die magasins de nouveauté, die ersten Etablissements, die größere Warenlager im Hause unterhalten, beginnen sich zu zeigen. Sie sind die Vorläufer der Warenhäuser. Es war die Zeit, von der Balzac schrieb: 'Le grand poème de l'étalage chante ses strophes de couleur depuis la Madeleine jusqu' à la porte Saint-Denis.' Die Passagen sind ein Zentrum des Handels in Luxuswaren. In ihrer Ausstattung tritt die Kunst in den Dienst des Kaufmanns. Die Zeitgenossen wurden nicht müde, sie zu bewundern. Noch lange bleiben sie ein Anziehungspunkt für die Fremden. Ein 'Illustrierter Pariser Führer' sagt: 'Die Passagen, eine neuere Erfindung des industriellen Luxus, sind glasgedeckte, marmorgetäfelte Gänge durch ganze Häusermassen, deren Besitzer sich zu solchen Spekulationen vereinigt haben. Zu beiden Seiten dieser Gänge, die ihr Licht von oben erhalten, laufen die elegantesten Warenläden hin, so daß eine solche Passage eine Stadt, ja eine Welt im Kleinen ist.' Die Passagen sind der Schauplatz der ersten Gasbeleuchtung. – Die zweite Bedingung des Entstehens der Passagen bilden die Anfänge des Eisenbaus. (...) Erstmals in der Geschichte der Architektur tritt mit dem Eisen ein künstlicher Baustoff auf. Er unterliegt einer Entwicklung, deren Tempo sich im Laufe des Jahrhunderts beschleunigt. Sie erhält den entscheidenden Anstoß, als sich herausstellt, daß die Lokomotive, mit der man seit Ende der zwanziger Jahre Versuche anstellte, nur auf eisernen Schienen verwendbar ist. Die Schiene wird der erste montierbare Eisenteil, die Vorgängerin des Trägers. Man vermeidet das Eisen bei Wohnbauten und verwendet es bei Passagen, Ausstellungshallen, Bahnhöfen – Bauten, die transitorischen Zwecken dienen. Gleichzeitig erweitert sich das architektonische Anwendungsgebiet des Glases. (...) In den Passagen hat Fourier den architektonischen Kanon des phalanstère gesehen. Ihre reaktionäre Umbildung durch Fourier ist bezeichnend: während sie ursprünglich geschäftlichen Zwecken dienen, werden sie bei ihm Wohnstätten. Das phalanstère wird eine Stadt aus Passagen. Fourier etabliert in der strengen Formwelt des Empire die farbige Idylle des Biedermeier.“
- 5) Nach E. Gauldie, Cruel Habitats. A History of Working-Class Housing 1780-1918, London 1974, S. 82; und L. Chevalier, Classes laborieuses et classes dangereuses à Paris pendant la première moitié du XIX^e siècle, Paris 1958, S. 211; zur Stadtentwicklung und zum Arbeiterwohnen s. in erster Linie F. Engels, Die Lage der arbeitenden Klassen in England (1845), in: MEW Bd. 2, S. 259 f. (über die ‚schlechten Viertel‘, in denen sich die arbeitende Klasse zusammen-drängt“: die „rookery“ St. Giles in London, Wohnort der Ärmsten der Armen und Diebsviertel), 276-80 (über Manchester: „Die Stadt selbst ist eigentümlich gebaut, so daß man jahrelang in ihr wohnen und täglich hinein- und hinausgehen kann, ohne je in ein Arbeiterviertel oder nur mit Arbeitern in Berührung zu kommen – solange man nämlich eben nur seinen Geschäften nach- oder spazierengeht. Das kommt aber hauptsächlich daher, daß durch unbewußte, stillschweigende Übereinkunft wie durch bewußte ausgesprochene Absicht die Arbeiterbezirke von den der Mittelklasse überlassenen Stadtteilen aufs schärfste getrennt oder, wo dies nicht geht, mit dem Mantel der Liebe verhüllt werden.“ ... „ich habe zugleich eine so systematische Absperrung der Arbeiterklasse von den Hauptstraßen, eine so zartfühlende Verhüllung alles dessen, was das Auge und die Nerven der Bourgeoisie beleidigen könnte, nirgends gefunden als in Manchester“), 287 f. („über die in Manchester übliche Bauart der Arbeiterviertel“: eine genaue Darstellung des Cottage-Systems); außerdem C. u. R. Bell, City Fathers. The Early History of Town Planning in Britain, London 1969; A. Briggs, Victorian Cities, London 1963; I. Leister, Wachstum und Erneuerung britischer Industriegroßstädte, Wien/Köln/Graz 1970; H. Sturm, Fabrikarchitektur, Villa, Arbeitersiedlung, München 1977; für Deutschland u.a. R. Günter, Krupp und Essen, in: M. Warnke (Hg.), Das Kunstwerk zwischen Wissenschaft und Weltanschauung, Gütersloh 1970, S. 128-74; L. Niethammer u. F. Brüggemeier, Wie wohnten Arbeiter im Kaiserreich? in: Archiv für Sozialgeschichte XVI (1976) S. 61-134; schließlich die umfassende Arbeit von L. Mumford, The City in History (1961), Repr. Hamondsworth 1979.



Dundee um 1890, Wohnen neben der Fabrik



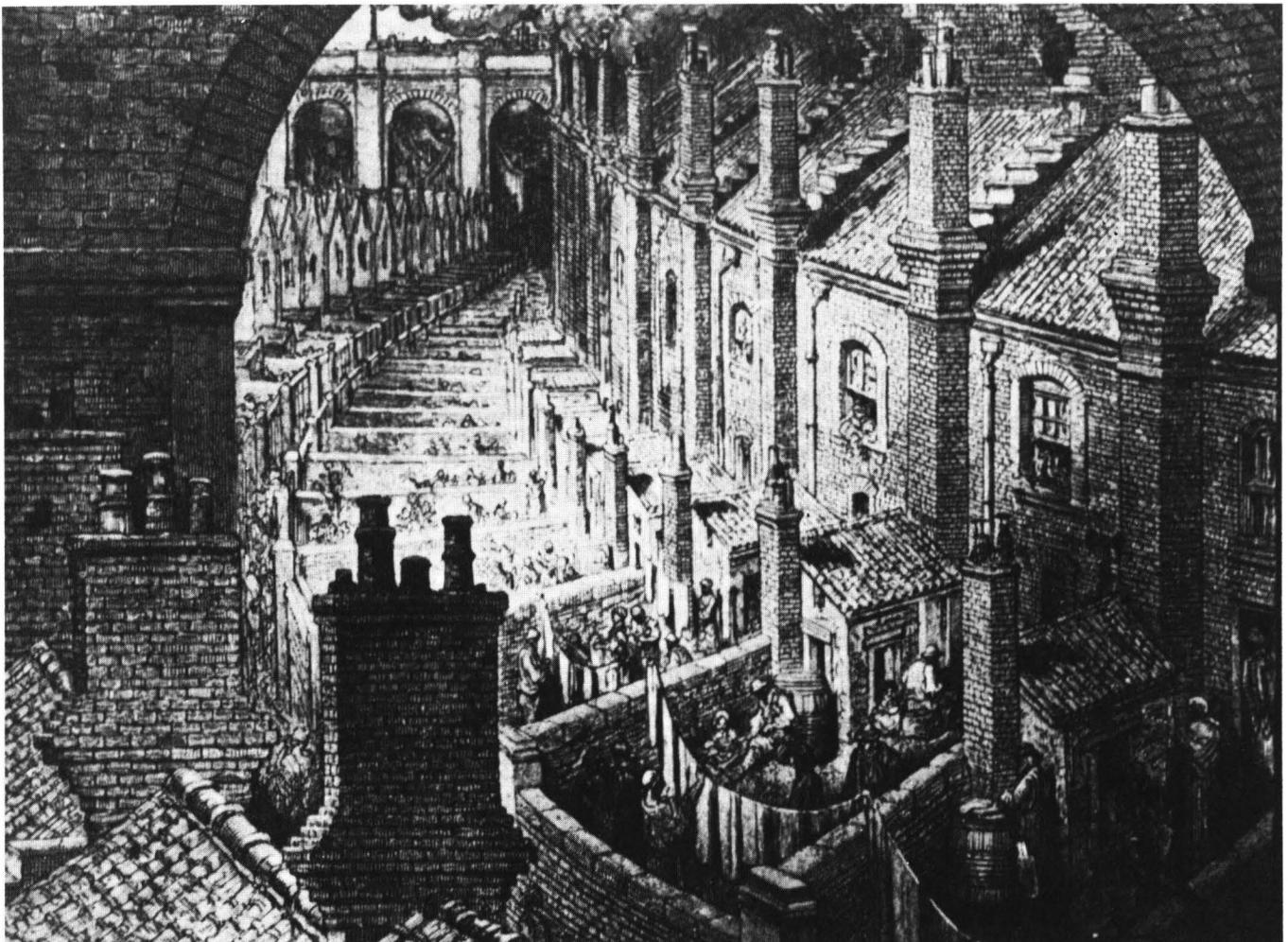
Dundee, Kellerwohnungen



Dundee, Cottages, dahinter Wohnhäuser jüngeren Datums



Leeds, „back-to-back“ – Doppelhäuser



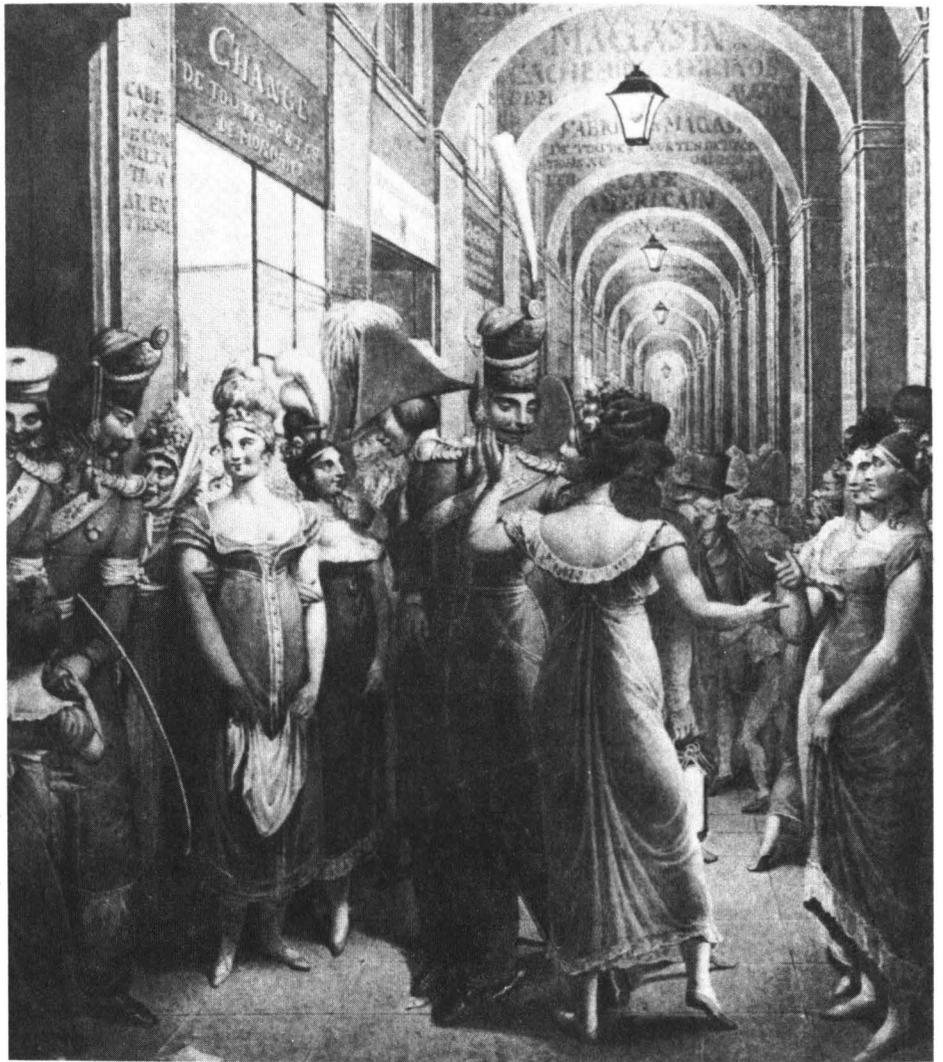
Gustave Doré, Over London – Over Rail, 1870



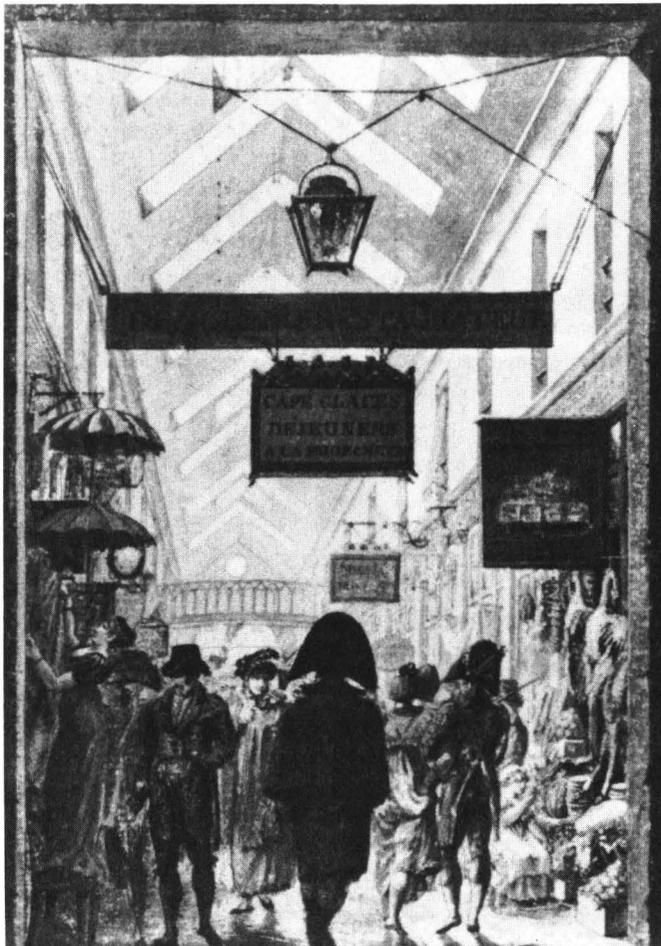
Middlesbrough um 1900, Wasserausgabe



Vieux-Lyon, Traboule: „Fourier kannte das Elend. Er durchschritt das Labyrinth der engen Gassen und der hohen schwarzen Häuser, die von 'traboules' (Hausdurchgängen) durchzogen waren: günstig für Intrigen, heimliche Umtriebe, auch für Kämpfe und für Revolten.“



Paris, Palays Royal (1786): „Der wirkliche Ort für die Inspiration Fouriers war nicht, wie man unterstellt hat, der der 'traboules' in Lyon, die von einem verelendeten und hungernden Proletariat wimmelten, sondern der Platz des Pariser Palays-Royal, damals als ein Ort der Prostitution und des Vergnügens, ein Raum voll Glanz und Sinnlichkeit, der Fourier seit seiner ersten Reise nach Paris im Jahre 1790 faszinierte.“



Lyon, Passage de l'Argue (1825-30)

Paris, Passage des Panoramas (1800)

eine Agglomeration der Bevölkerung und progressive, oft chaotische Überbauung durch Bauspekulanten (back-to-back/Cottage-System z.B.) im Zusammenhang von Niedriglohn und Mieten sowie die Abwanderung der Mittelschichten aus den städtischen Zentren, die durch eine fluktuierende, zumeist auf Gelegenheitsarbeit, Nähe zur Arbeitsgelegenheit und unregelmäßige Arbeitszeiten verwiesene Unterklasse bewohnt werden, wobei die Wohnverhältnisse unterhalb aller physischen und moralischen Standards liegen. Das Stadtgebiet schlüsselt sich also nach Klassen auf in die Viertel der Arbeiter und Industrie einerseits, in die Peripherie als Refugium für den Bürger andererseits. Die gegenläufige Entwicklung, der Kampf dagegen setzt noch vor der Jahrhundertmitte auf mehreren Ebenen an und führt in der Regel wiederum zum Resultat der Segregation von Bourgeoisie und Proletariat, nämlich zum Herausdrängen der Unterklassen aus der neuerdings bürgerlichen Stadt. Das bekannteste Beispiel ist die nach der 48er Revolution begonnene Demolierung von Paris durch Haussmann, also eine Stadtsanierung, Entslumung in der Form von Straßendurchbrüchen und Begradigungen unter vorwiegend militärischem Gesichtspunkt, zur Erstückung der Revolutionsherde; die Boulevards sollen den Barrikadenbau verhindern und dem Militär einschließlich der Artillerie den Weg zwischen Kasernen und Arbeitervierteln bahnen.⁶⁾

Häufiger und wirksamer ist das Zusammenspiel folgender Faktoren: in England wird der Bau von Eisenbahnen und Bahnhöfen durch die Konkurrenz verschiedener Gesellschaften bis in die Stadtzentren vorwärtsgetrieben, was zunächst die viaduktartige Überbauung und dann beim Bau von Tunneln den rück-

sichtslosen Abriss zahlreicher Quartiere zur Folge hat; die begründete und zugleich übersteigerte Furcht der Mittelklassen vor Epidemien (Cholera, Typhus) und Aufständen, die von den Elendsvierteln ihren Ausgang nehmen können, verleiht mehreren ihrer Reform- und Sanierungsprojekte Gesetzescharakter, u.a. wird die back-to-back-Bauweise verboten (housing by-law); schließlich – das ist an den Grundstückspreisen und -spekulationen im Zuge der Verslumung und Revalorisierung ablesbar – geht eine bauliche Rückerschließung der verkehrsmäßig attraktiven Stadtzentren durch die neuen, massenhaften Formen des Warenabsatzes in Magazinen und Kaufhäusern etc. vonstatten. (Beises, die Perspektive des Boulevards und das Kaufhaus, macht übrigens die Passage funktionslos.) Die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts ist somit gekennzeichnet durch eine radikale Demolition der verslumten Zentren, durch die Vertreibung der Armen und Arbeiter aus den Städten, ohne das neue Behausungen gebaut werden, bevor sie zum Spekulationsobjekt gemacht sind. Die Stadt wird zum Repräsentationsraum des Bürgertums und der Ware, am Rande entstehen die neuen Arbeiterviertel, zuerst für die Schicht der Facharbeiter mit festen Arbeitszeiten; Arbeit und Wohnbereich fallen endgültig auseinander. Die Verweigerung der Arbeiter gegenüber der Einrichtung von zweierlei Paris: der Hauptstadt des 19. Jahrhunderts und den Stadtteilen des Ostens, gegenüber ihrem Exil ausserhalb des Zentrums des sozialen Lebens und ihrem Ausschluß auf einem künftig der Bourgeoisie reverbieren Raum, ist überliefert.⁷⁾



Brüssel, Galeries St. Hubert (1846-47)

6) F. Engels, Zur Wohnungsfrage (1872/73), in: MEW Bd. 18, S. 260 f.: „In Wirklichkeit hat die Bourgeoisie nur eine Methode, die Wohnungsfrage in ihrer Art zu lösen – das heißt, sie so zu lösen, daß die Lösung die Frage immer wieder von neuem erzeugt. Diese Methode heißt: 'Haussmann'. – Ich verstehe hier unter 'Haussmann' nicht bloß die spezifisch-bonapartistische Manier des Pariser Haussmann, lange, gerade und breite Straßen mitten durch die engebauten Arbeiterviertel zu brechen und sie mit großen Luxusgebäuden an beiden Seiten einzufassen, wobei neben dem strategischen Zweck der Erschwerung des Barrikadenkampfes noch die Heranbildung eines von der Regierung abhängigen, spezifisch-bonapartistischen Bauproletariats und die Verwandlung der Stadt in eine reine Luxusstadt beabsichtigt war. Ich verstehe unter 'Haussmann' die allgemein gewordene Praxis des Breschelegens in die Arbeiterbezirke, besonders die zentral gelegenen unserer großen Städte, ob diese nun durch Rücksichten der öffentlichen Gesundheit und der Verschönerung oder durch Nachfrage nach großen zentral gelegenen Geschäftslokalen oder durch Verkehrsbedürfnisse, wie Eisenbahnanlagen, Straßen usw., veranlaßt worden. Das Resultat ist überall dasselbe, mag der Anlaß noch so verschieden sein: die skandalösesten Gassen und Gäßchen verschwinden unter großer Selbstherrlichkeit der Bourgeoisie von wegen dieses ungeheuren Erfolges, aber – sie erstehen anderswo sofort wieder und oft in der unmittelbaren Nachbarschaft.“ W. Benjamin, a.a.O., S. 198: „Der wahre Zweck der Haussmannschen Arbeiten war die Sicherung der Stadt gegen den Bürgerkrieg. Er wollte die Errichtung von Barrikaden in Paris für alle Zukunft unmöglich machen. In solcher Absicht hatte schon Louis-Philippe Holzpflasterung eingeführt. Dennoch spielten die Barrikaden in der Februarrevolution eine Rolle. Engels beschäftigt sich mit der Technik der Barrikadenkämpfe. Haussmann will sie auf doppelte Art unterbinden. Die Breite der Straßen soll ihre Errichtung unmöglich machen, und neue Straßen sollen den kürzesten Weg zwischen den Kasernen und Arbeitervierteln herstellen. Die Zeitgenossen taufte das Unternehmen: 'L'embellissement stratégique'.“ Siehe auch H. Lefebvre, Die Revolution der Städte, Frankfurt/M. 1976, S. 119 f.

7) In den Berichten der zur Weltausstellung von 1867 entsandten Arbeiterdelegationen heißt es: „Einge Gesellschaften und Industrieunternehmen konnten den Anschein erwecken, als täten sie etwas im Interesse der Arbeiter, indem sie z.B. Magazine, wo man alle Arten von Waren findet, billige Speiseanstalten, Arbeiterstädte und Kirchen einrichteten; dies läßt vermuten, daß man sehr genau verstanden hat, daß ohne Gemeinschaftlichkeit das Leben aufgrund der niedrigen Löhne unmöglich wäre. Obgleich wir den Wert dieser Dinge anerkennen, erklären wir, daß wir als Vorkämpfer der Freiheit unsere Angelegenheiten selbst regeln wollen und daß wir dazu nur die Freiheit nötig haben“; die Berichte wenden sich dagegen, „In unseren Tagen jene Viertel des Pöbels, der früher sogenannten Bettler und Landstreicher, wiederzubeleben, eine mit dem Ghetto des katholischen Roms vergleichbare Sache. Wir wiederholen, man muß ahnungslos sein, wenn man auf diese Weise den Arbeiter außerhalb des Zentrums des sozialen Lebens abstellen will“; der Stand der Musikinstrumentenbauer verweigert die Einrichtung eines „Paris der Pferderennen und der Galanterie“ gegenüber dem Paris der Dichter, der Gelehrten, der Künstler und der Arbeiter; zit. nach J. Rancière u. P. Vauday, En allant à l'Expo: L'ouvrier, sa femme et les machines, in: Les Révoltes logiques 1 (1975) S. 20 f.

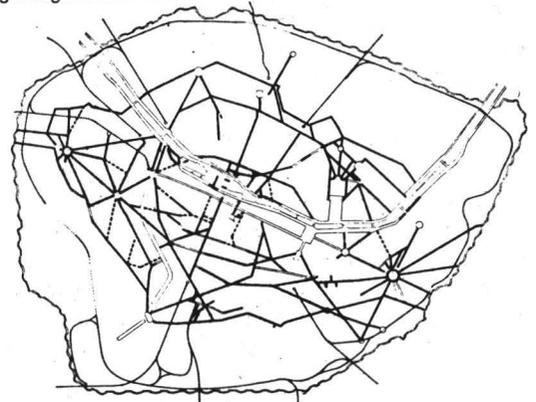
Die Stadt als Kampf- und Widerstandsraum und Raum zur Neuzusammensetzung des Proletariats durch die Bourgeoisie: Schon die zeitgenössische Literatur (zwei willkürliche, aber berühmte Beispiele: Eugène Sue, „Les mystères de Paris“, 1842/43 und Henry Mayhew, „London Labour and the London Poor“, 1861) beschreibt die Gefährlichkeit der Wohnviertel der Unterklassen, als der „classes laborieuses et classes dangereuses“ und „outcasts“⁸⁾, für den Bürger, der sich nicht in sie hineinwagen darf und der jenseits der Hauptstraßen nicht mit ihnen in Berührung zu kommen braucht; beschreibt eine notorische Unruhe und Resignanz des Slums (Ungetrenntheit von Arbeiterklasse und Delinquenz, Diebstahl, Bettelei, Trunksucht, Gewaltsausbrüche, Straßenunruhen aus Anlaß der Ausweisung zahlungsunfähiger Familien, nächtliches Wegziehen ohne Mietzahlung ...), der von seinen Bewohnern gegen die Mittelklassen, gegen Sanierung und Reform bis zum Abriss gehalten wird, eine Resistenz unterhalb dessen, was im 19. Jahrhundert organisierte soziale Bewegung war; die Zerstörung des Slums kommt einem „remaking of the working class“ (G. Stedman Jones) gleich. Die Gefährlichkeit und der Widerstand dieser Viertel scheint in ihrer Undurchdringlichkeit und Dunkelheit zu liegen, überall finden sich dunkle Gänge (Fourier muß die „Traboules“, Straßendurchgänge in der Lyoner Altstadt und den ursprünglichen Arbeitervierteln, gekannt haben), Rückzüge und Winkel die nirgends kartographiert sind. Schon die Passage ist ein bürgerliches Gegenstück dazu: sie ist in allen ihren funktionalen Möglichkeiten auch Verwertung, Ostentation, Visibilität; vollends der Boulevard, die Strategie der Enteignung und Demolition. – Die Revolte geht im 19. Jahrhundert nicht aus den gefährlichen Vierteln hervor, aber sie entspricht – wenn man so sagen darf – den Regeln im Kampf um die Stadt. Beim Lyoner Aufstand von 1831, dem ersten kontinentalen Arbeiteraufstand, erkämpften sich die Arbeiter aus der verbarrikierten Vorstadt herab (auf den Hügeln von La Croix-Rousse war seit Beginn des Jahrhunderts eine neue, industrielle Stadt entstanden, die Stadt der „canuts“/Seidenweber) das aristokratische und kommerzielle Stadtzentrum zwischen Saône und Rhône, dessen bauliche Eigentümlichkeiten sie zur Besetzung ausnut-

zen können.⁹⁾ Mit der Kommune von Paris im März 1871 richteten sich die Arbeiter – unter den Bedingungen des Krieges, der Belagerung und der Flucht der Bourgeoisie – eine politischen Raum in der Stadt ein, aus der sie vorher infolge der Haussmannisierung verwiesen worden waren; diese strategische Umgestaltung der Stadt hatte die Trennung der Klassen und den Klassenkampf mit provoziert, und wenn sie den Bau von Barrikaden nicht verhindern konnte, so setzte sich die Planung Haussmanns bei der Niederschlagung der Kommune schließlich durch.¹⁰⁾

8) Siehe L. Chevalier (Anm. 5) und G. Stedman Jones, *Outcast London*, London 1971; ferner die Hinweise bei L. Blanc und F. Engels (Anm. 3, 5).

9) Siehe F. Rude, *C'est nous les canuts*, Paris 1977; der späteren Lyoner Stadtplanung lagen dementsprechend strategische Überlegungen zugrunde, s. J. Bruhat, J. Dautry u. E. Tersen, *Die Pariser Kommune von 1871*, Berlin (DDR) 1971, S. 49 f.

10) H. Lefebvre, a.a.O., S. 120, nochmals über den Urbanismus im Sinne Haussmann: „Dennoch dürfte die Wahrheit (die Explosion der Stadt durch ihre Verbürgerlichung) den Zeitgenossen kaum klageworden sein. Was war notwendig, um die Wahrheit mit einem Eklat zu verdeutlichen? Die Kommune, die mit ihrem Mythos, ihrer Ideologie, ihrer Utopie (Dezentralisierung, Förderalismus im Sinne Proudhons) als revolutionäre urbane Praxis angesehen wurde. Die Arbeiter, aus dem Zentrum vertrieben und zur Peripherie abgedrängt, machten sich auf den Weg zurück ins Zentrum, das von der Bourgeoisie mit Beschlag belegt worden war.“



Schema der von Haussmann veranlaßten Straßendurchbrüche



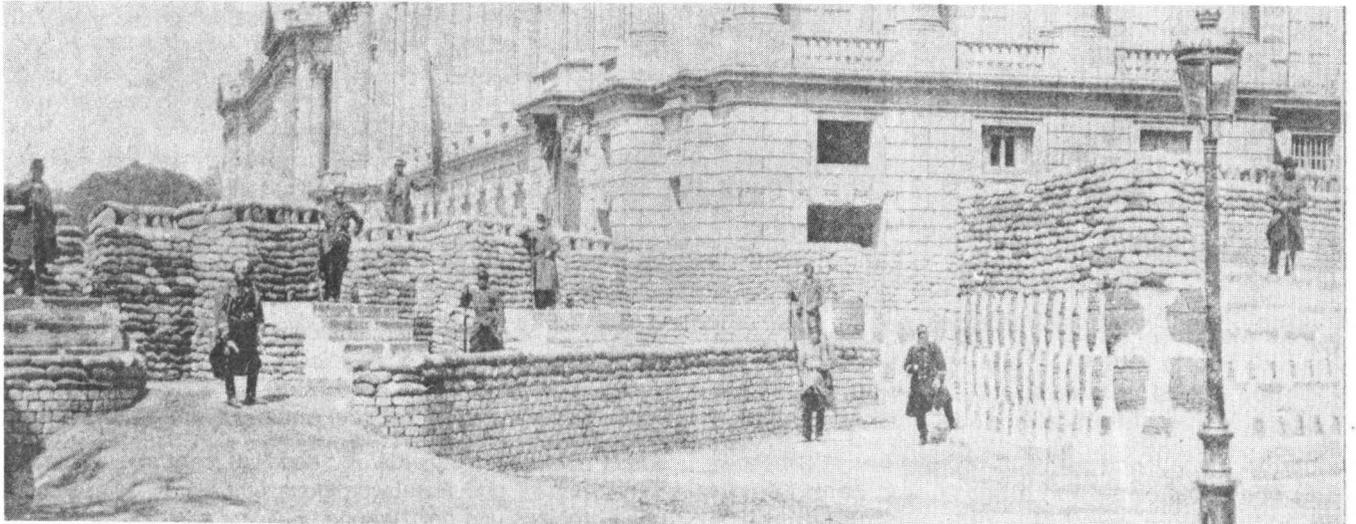
Demolition in Paris: Straßendurchbrüche für den Boulevard du Palais



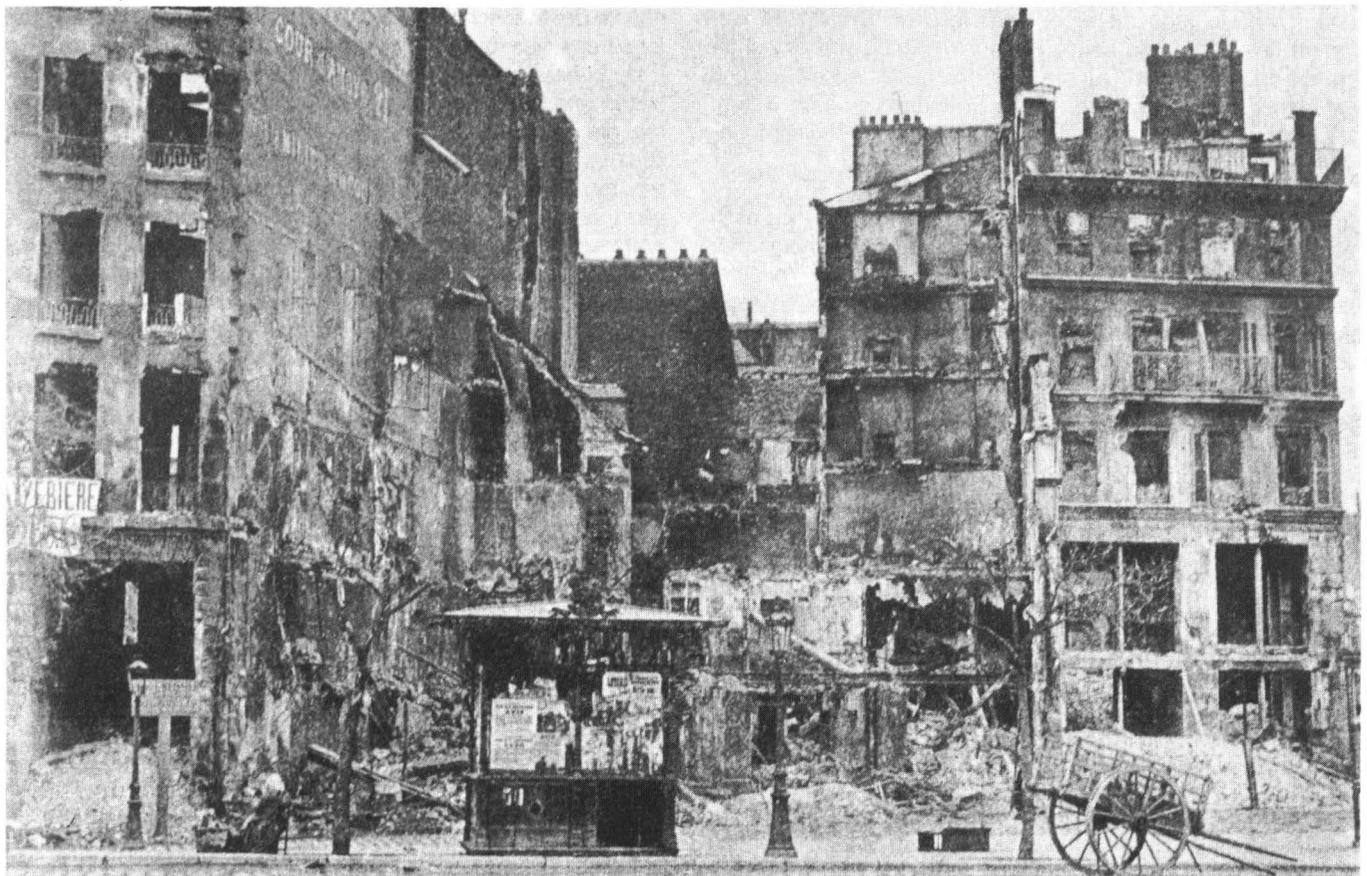
Paris, Bau einer Barrikade am 19. März 1871



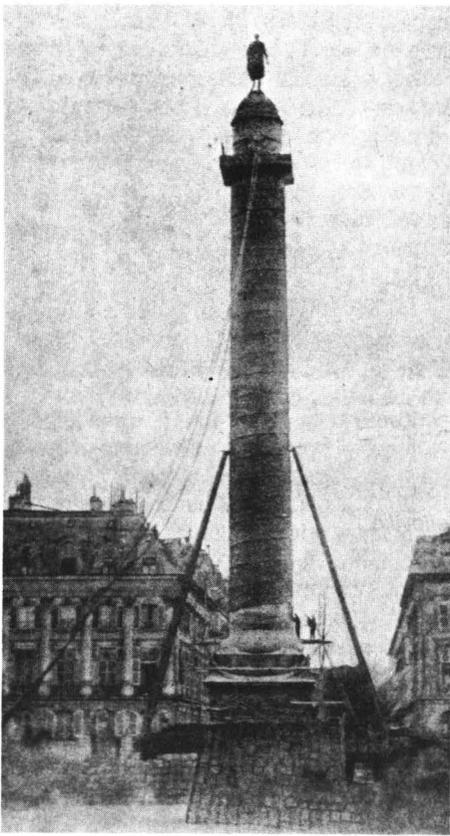
Barrikaden, Place Belleville



Das „Château-Gaillard“, Place de la Concorde (Gaillard war während der Kommune von Paris Leiter der Kommission für die Barrikaden)



Place de la Bastille, Beschuß durch Versailler Truppen



Vendôme-Säule, Symbol des Napoleonischen Despotismus vor und nach der Zerstörung der Säule durch die Kommune, 16. Mai 1871

Buonarroti, Babeuf und die Verschwörung für die Gleichheit (1828), übers. und eingel. von A. und W. Blos, Berlin/Bonn 2/1975, S. 192-96:

„Seit die Ungleichheit der Vermögen diese zu einer erschöpfenden Arbeit, jene zu einer verderblichen Untätigkeit verdammt hat, haben die Landgüter nur wenig Bewohner behalten, die oft ungenügend für die Bedürfnisse des Ackerbaus und fast immer durch das Übermaß der Ermüdung erdrückt waren. Der Überschuß der Bevölkerung hat sich in den Städten angehäuft (...)

Keine Hauptstadt, keine großen Städte mehr! Wenn ich mich nicht irre, ist die Existenz der großen Städte ein Symptom der öffentlichen mißlichen Umstände und ein unfehlbarer Vorläufer der Bürgerkriege. Die großen Grundbesitzer, die großen Kapitalisten und die reichen Kaufleute bilden ihren Kern, um den sich eine große Menge Leute scharen, die auf ihre Kosten leben, indem sie für ihre Bedürfnisse sorgen, ihrem Geschmack schmeicheln, indem sie ihren Launen nachgeben und ihre Laster begünstigen. Je bevölkerter eine Stadt ist, um so mehr Dienstboten, liederliche Frauen, ausgehungerte Schriftsteller, Dichter, Musiker, Maler, Schöngeister, Schauspieler, Tänzer, Priester, Unterhändler, Diebe und Possenreißer findet man dort. (...)

Diese prächtigen Paläste, die großen Gärten, diese reichen Einrichtungen, diese glänzenden Equipagen, diese zahlreichen Livreen und diese geräuschvollen Salons, die, wie man sagt, die Zierde der großen Städte sind, machen einen traurigen Eindruck auf die Seele derer, deren Blicke sie auf sich ziehen. Einerseits vergrößern sie den Hochmut ihrer Besitzer und machen sie geneigt, in denen, die sie entbehren müssen, Feinde zu sehen, die die Eifersucht und das Elend unaufhörlich dazu treiben, sie ihnen zu rauben und sich an dem Staate zu rächen für die Demütigung und Entbehrung, wozu sie verdammt sind. Andererseits verderben sich die davon Ausgeschlossenen ent-

weder durch ihre Begierde und den Haß, oder sie verfallen in Verworfenheit und Herabwürdigung und werden die Stützen des Ehrgeizes und der Tyrannei. (...)

Da der Ackerbau und die notwendigen Künste die wahren Ernährer der Menschheit sind, so sind die Menschen da, wo man jene treibt, von der Natur zu leben berufen, sei es, indem sie die Erde bebauen, oder indem sie den Ackerbauern Bequemlichkeiten und Erleichterungen verschaffen. Zu den großen Übeln, die die unmittelbaren Folgen der Ungleichheit, der großen Staaten, der Zentralisation der Verwaltung, der Höhe der Steuern, der öffentlichen Schulden, des Luxus der Besoldungen und des trügerischen Glanzes der Höfes sind, kommen eine Menge anderer, die unzertrennlich sind von diesen großen Hauptstädten, wo die Frauen, wie Rousseau sagt, nicht mehr an die Ehre, die Männer nicht mehr an die Tugend glauben. (...)

Diese Hauptstädte, die die Ungleichheit hervorbringt und wo die Elemente der Revolution geschmiedet werden, diese Hauptstädte, die so oft die Instrumente der Tyrannei waren, waren auch manchmal die Herde der Freiheit. Sie könnten wirksam mithelfen, die wahre Ordnung herzustellen, wenn es weisen Geistern gelänge, die Bewegungen zu leiten und die Störungen verschwinden zu lassen. – Unmerklich würde das Land sich mit Dörfern bedecken, die an den gesündesten und bequemsten Orten gebaut und so gelegen sein würden, daß sie leicht mittels Landstraßen und zahlreichen Kanälen in Verbindung ständen, die überall im Interesse aller läge. – Es ist anzunehmen, daß, dem obersten Gesetz der Gleichheit folgend, der Prachtaufwand der Schlösser der Gesundheit, der Bequemlichkeit und der Sauberkeit aller Wohnungen Platz machen würde, die mit zierlichem Ebenmaß zur Befriedigung des Auges und zur Erhaltung der öffentlichen Ordnung angelegt würden. – Gäbe es keine Paläste mehr, gäbe es keine auffälligen Häuser mehr. Die Häuser würden einfach sein, und die Pracht der Architektur und Künste, die ihren Glanze erhöhen, würde für die öffentlichen Gebäude, die Amphitheater, die Zirkusse, die Was-

serleitungen, die Brücken, die Kanäle, die Plätze, die Archive, die Bibliotheken und namentlich für die Orte verwendet, die zu den Beratungen der Beamten und zur Ausübung der Volksherrschaft bestimmt wären.“

Owen, *Eine neue Gesellschaftsauffassung (1813/14)*, in: *Th. Ramm (Hg.), Der Frühsozialismus, Stuttgart 1956, S. 203 f.*:

„Im Jahre 1784 gründet der inzwischen verstorbene Herr Dale aus Glasgow in der Nähe der Clyde-Fälle in der schottischen Grafschaft Lanark eine Baumwollspinnerei; ungefähr um diese Zeit wurden die ersten Baumwollfabriken im nördlichen Teil des Königreichs eingeführt. Die Wasserfälle als Energiequelle zu benutzen, hatte Herr Dale dazu bewogen, seine Fabrik an diesem Ort zu errichten. Denn in anderer Hinsicht war er nicht gut gewählt. Das Land ringsum war unbebaut, die wenigen Einwohner waren arm und die Straßen in der Umgegend waren so schlecht, daß die heute so berühmten Fälle damals den Fremden unbekannt waren. – Man mußte deshalb eine neue Bevölkerung zusammenholen, um das ganze Unternehmen mit Arbeitern zu versorgen. Dies war jedoch keine leichte Aufgabe. Denn die ganze im Althergebrachten erzogene schottische Landbevölkerung wollte nichts davon wissen, Tag für Tag von früh bis spät in der Baumwollfabrik zu arbeiten. So blieben nur zwei Wege, Arbeitskräfte zu beschaffen: erstens, Kinder aus den verschiedenen Armenhäusern des Landes zu bekommen; zweitens, Familien in der Nähe der Fabrik anzusiedeln. – Um die Kinder unterzubringen, wurde ein großes Haus errichtet, das schließlich etwas fünfhundert beherbergte, die hauptsächlich aus den Arbeits- und Armenhäusern von Edinburgh stammten. Diese Kinder mußten ernährt, gekleidet und erzogen werden, und Herr Dale erfüllte diese Pflichten mit seiner bekannten, unerschöpflichen Menschenfreundlichkeit. – Um Arbeiter zu bekommen, wurde ein Dorf gebaut, dessen Häuser gegen geringen Zins an diejenigen Familien vermietet wurden, die man zur Arbeit in der Fabrik bewegen konnte. Aber der allgemeine Widerwille gegen eine derartige Beschäftigung war damals so groß, daß – mit wenigen Ausnahmen – nur solche Leute zu dem Experiment bereit waren, die weder Freunde noch Beschäftigung noch einen guten Ruf hatten. (...)

Wer die Menschen aus der Praxis kennt, wird sich den Charakter einer so zusammengeholt und beschaffenen Bevölkerung leicht ausmalen können. Es ist daher wohl kaum nötig zu sagen, daß diese Gemeinschaft unter diesen Umständen allmählich zu einer ganz üblen Gesellschaft herabsank. Jedermann tat, was in seinen Augen recht war, und Laster und Unsittlichkeit herrschten in einer geradezu ungeheuerlichen Weise. Die Bevölkerung lebte in Müßiggang, in Armut, in fast jeder Art von Verbrechen, und damit auch in Schulden, Krankheit und Elend.“

The life of Robert Owen. Written by himself (1857); übers. aus: Robert Owen und der Sozialismus, ausgew. und eingel. von H. Simon, Berlin 1919, S. 47-49:

„Am 1. Januar 1800 trat ich die Regierung von New-Lanark an. Ich sage Regierung. Denn es war nicht meine Absicht, Leiter einer Baumwollfabrik in der damals üblichen Weise zu sein, sondern die mit Erfolg bei den Arbeitern in Herrn Drinkwaters Fabrik angewandten Grundsätze einzuführen und die Lebensbedingungen der ganzen Bevölkerung, die ich von Umständen umgeben sah, die ihren Charakter schädlich beeinflussten, zu ändern. – Der Beginn meiner Aufgabe stieß auf die gewaltigsten Hindernisse. Von den früheren Leitern mit ihren veralteten, den meinen vollkommen entgegengesetzten Ansichten konnte ich keine Unterstützung erwarten. Die schlechte Umwelt hatte Charakter und Führung der Bevölkerung verunstaltet. Viel mußte umgeworfen und vieles neugeschaffen werden, ehe die von mir erstrebten Ergebnisse erzielt werden konnten. Die Arbeiterschaft war wahl- und gedankenlos von hierher und dorthin zusammengewürfelt, in der Mehrzahl faul, trunksüchtig,

unehrlich, lügnerisch und von einer vermeintlichen Frömmigkeit, mit der sie glaubte, für alle ihre Sündhaftigkeit und Immoralität Verzeihung zu erwirken. Zuerst galt es, den Umfang aller zu bekämpfenden Übel, die kein Ende nahmen, festzustellen. Ich sah alsbald, daß ein vollkommener Umbau des ganzen Etablissements nicht minder erforderlich für die Verwirklichung meiner Ideen war als für den Ertrag des Betriebes. (...) Meine Teilhaber waren Kaufleute und erwarteten Gewinn. So mußte ich dazu gelangen, den Ertrag des Unternehmens mit den erforderlichen Umwälzungen in Einklang zu bringen. – Die Arbeiter waren Gegner jeder von mir vorgenommenen Änderung. Nur neue Schlingen eines hartherzigen Arbeitsherrn sahen sie darin und taten ihr möglichstes zur Vereitelung meiner Zwecke.“

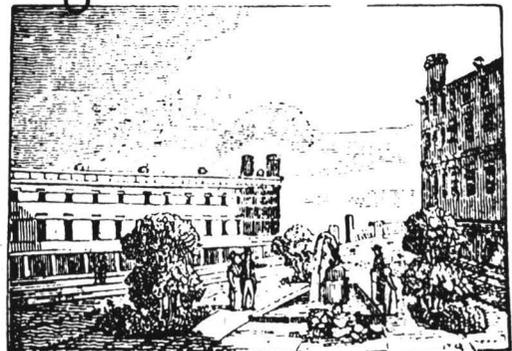
Owen, *Report to the Committee of the Association für the Relief of the Manufacturing and Labouring Poor (1817); A Catechism of the New View of Society an Three Adresses (1817); Reports to the Country of Lanark (1817); übers. ebd. S. 99-101, 109 f., 89-91:*

„Betrachten wir in einer flüchtigen Skizze die Industriestädte im Vergleich zu den vorgeschlagenen Dörfern. – In den Industriestädten leben die Arbeiter und Armen in Speichern und Kellern, in engen Gassen oder Hinterhäusern. Schmutz und Rauch umgibt sie, und ihren Augen bietet sich selten ein erfreulicher Anblick. – Eltern bedrückt die Sorge um ihren und den Unterhalt ihrer Kinder. Jede Familie muß getrennt und auf die unvorteilhafteste Weise ihren Bedarf einkaufen, besondere Kocheinrichtungen haben. Die Bedürfnisbefriedigung einer Familie von Durchschnittszahl erfordert eine ganze Menschenkraft. (...) In den geplanten Dörfern werden die Arbeiter in bequemen, hübsch und zweckmäßig ausgestalteten Häusern wohnen, umgeben von Gärten, mit freiem Raum nach allen Richtungen, um die Luft frisch zu halten. Sie haben auf Spazierwegen, soweit ihr Blick reicht, Gartenanlagen und gut gepflegtes Land vor Augen. – Infolge des genossenschaftlichen Prinzips werden Lebensbedarf und Annehmlichkeiten allen in Fülle geboten. Der gleiche Müheaufwand, der jetzt die Bedürfnisbefriedigung einer Familie erfordert, wird dort für tausend Familien genügen und aller Bedarf wird unter den günstigsten Bedingungen produziert. Die besten Nahrungsmittel werden in der besten Weise unter Vorkehrungen zubereitet, die es ermöglichen, daß fünf oder sechs Personen für tausend die Küche führen. Es sind nicht mehr als täglich acht Stunden gesunde und angenehme Arbeit erforderlich. (...) Zusammenfassend sei folgendes gesagt: Die Industriestädte sind die Höhlen der Armut, der Verelendung, der Unwissenheit, des Lasters und des Verbrechens. – Die Genossenschafts-Dörfer sind die Herberge der Wohlfahrt, der tätigen Intelligenz, der Nächstenliebe und des Glücks.“

„Achtundert bis eintausendzweihundert Personen wird die geeignete Zahl zur Bildung landwirtschaftlicher Siedlungen (agricultural villages) sein. Und wo nicht entscheidende örtliche Gründe dagegen sprechen, sollten die dauernden Einrichtungen nur einer solchen Bevölkerungszahl angepaßt werden. – Nachbardörfer von diesem Umfang in angemessener Entfernung von einander werden in sich alle Vorzüge der Städte und Landorte vereinigen können, ohne die beiden heute anhaftenden zahllosen Mängel und Schäden. Ihre Grundlage ist gemeinsame Arbeit, Gemeinsamkeit der Kostendeckung und des Besitzes und Gleichheit der Rechte. – Die von Stubengelehrten irreführte Gesellschaft hat alle überhaupt denkbaren Fehler gemacht. Aber ihr vielleicht größter Fehler war der, den Arbeiter von seiner Nahrung zu trennen und seine Existenz abhängig zu machen von der Arbeit und ungewissen Bedarfslieferung anderer, wie es unter unserem heutigen Fabrikssystem der Fall ist. Es ist ein weitverbreiteter Irrtum, anzunehmen, daß durch ein solches System auch nur ein einziger Mensch mehr unterhalten werden könne als ohne dasselbe. Im Gegenteil wird eine Landwirtschaft treibende Bevölkerung mit Industrie

als Zubehör in einem gegebenen Bezirk mehr Menschen viel reichlicheren Unterhalt gewähren können, als im gleichen Bezirk bei Trennung von Landwirtschaft und Industrie möglich wäre.“

„Die vorliegende Zeichnung zeigt im Vordergrund eine solche Niederlassung mit ihrem Zubehör und einem entsprechenden Stück Land und in angemessenen Entfernungen Dörfer gleicher Art. – Häuserquadrate zur Aufnahme von etwa zwölfhundert Personen, umgeben von tausend bis tausendfünfhundert Morgen Land, sind hier dargestellt. – Inmitten der Quadrate liegen öffentliche Gebäude, die sie in Parallelogramme teilen. – Das Zentralgebäude enthält eine öffentliche Küche, Speiseräume und alle erforderlichen Einrichtungen für die ökonomische und komfortable Zubereitung und Einnahme von Mahlzeiten. – Das Unterhaus des Gebäudes zu seiner Rechten ist für die Kleinkinderschule, der Oberstock für einen Vortrags- und Erbauungssaal bestimmt. – Das Gebäude links enthält im Unterhaus eine Schule für die älteren Kinder und einen Sitzungsraum; oben Bibliothek und Beschäftigungsraum für Erwachsene. – In dem freien Raum inmitten der Quadrate sind umfriedete Turn- und Spielplätze; sie sollen mit Bäumen bepflanzt werden. – Drei Seiten sind zu Wohnhäusern namentlich für die Ehepaare bestimmt, mit je vier Zimmern, jedes geräumig genug, um Mann, Frau und zwei Kinder aufzunehmen. – Die vierte Seite soll Schlafräume enthalten für alle Kinder der Familien, die ihrer mehr als zwei haben und für die über drei Jahre alten Kinder. – In der Mitte dieser Seite des Quadrats ist ein Wohnhaus für die Aufsichtspersonen der Schlafräume; an einem Ende das Krankenhaus und am anderen ein Gebäude für die Behausung Auswärtiger, die zum Besuch ihrer Verwandten und Freunde kommen. – Inmitten von zwei Seiten der Quadrate sind Wohnhäuser für die die allgemeine Aufsicht führenden Personen, für den Geistlichen, die Lehrer, den Arzt usw.; inmitten der vierten Seite sind Lagerhäuser für alle Vorräte, deren die Siedlung bedarf. – Vor und hinter den Häusern, rings um die Quadrate, sind durch Wege verbundene Gartenanlagen. – Unmittelbar jenseits derselben befinden sich auf der einen Seite Gebäude für Fabriken und sonstige gewerbliche Produktion. – Schlachthof, Ställe etc. sind von der Siedlung durch Pflanzschulen zu trennen. – Auf der gegenüberliegenden Seite sind Wasch- und Bleichanstalten usw. Noch weiter entfernt von den Quadraten liegen einige Meiereien, Malzbrauereien, Getreidemühlen usw. Ringsum sind umfriedete, von Fruchtbäumen umsäumte Äcker und Viehweiden. – Diese Siedlung ist etwa für zwölfhundert Personen gedacht: Männer, Frauen und Kinder jedes Alters, jeder Art und Befähigung; die meisten sehr unwissend, mit Lastern behaftet, körperlicher und geistiger Durchschnitt, der von Armenunterstützung lebend, jetzt eine Last und dauernde Ansteckungsgefahr für die Gesamtheit ist. – Um sie radikal zu wandeln, bedarf es einer völlig neuen, der menschlichen Natur gemäßen Umgebung, wie sie die geplanten Siedlungen darstellen.“

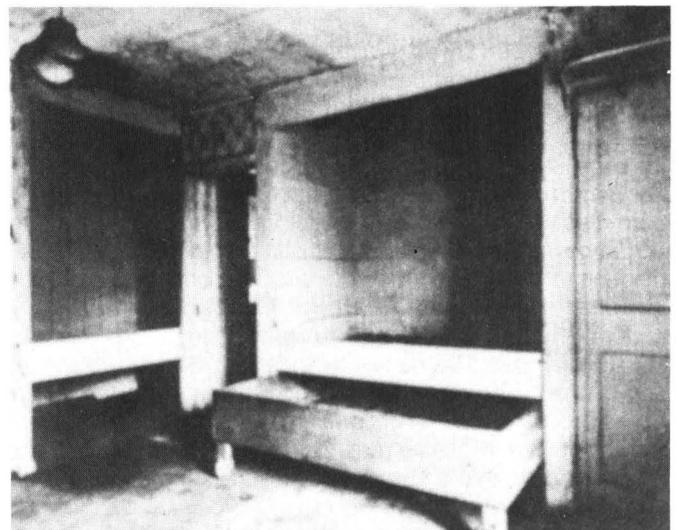


Owens Neue moralische Welt, davor und danach

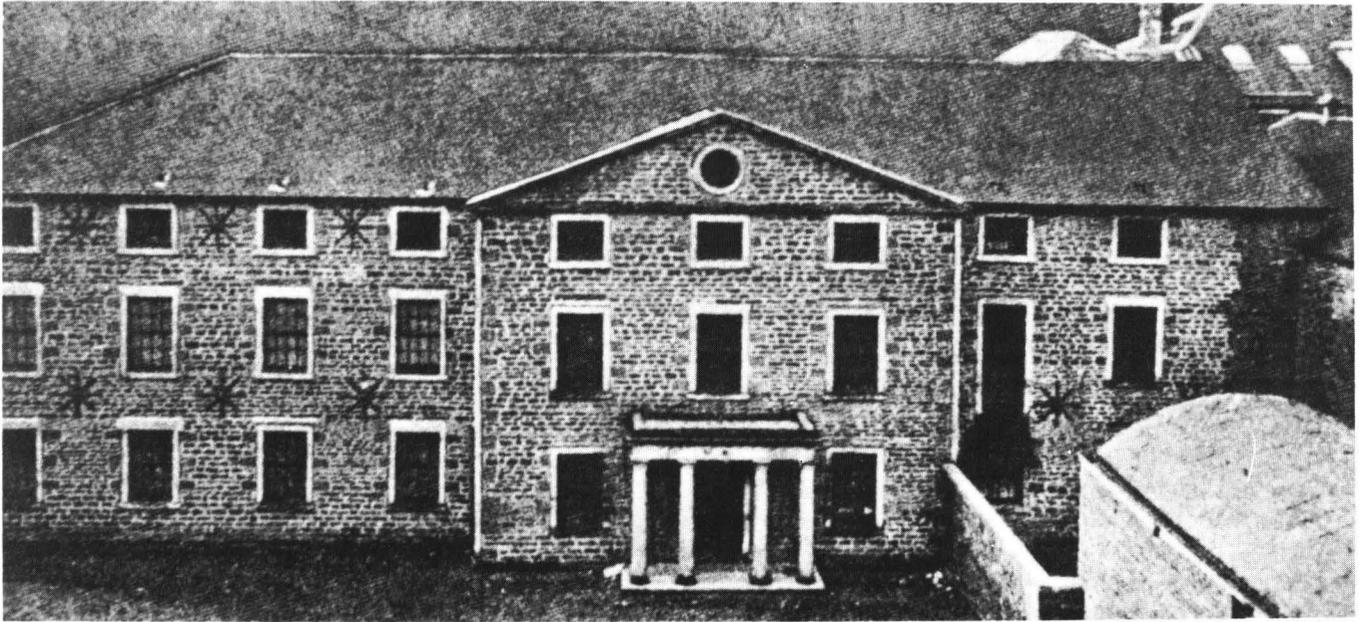
Fourier, *Theorie der vier Bewegungen und der allgemeinen Bestimmungen* (1808), hrsg. von Th. W. Adorno, eingel. von E. Lenk, Frankfurt/Wien 1966, S. 378, 174:

„Ratschläge für die Zivilisierten, die baldige soziale Metaphormose betreffend (...) 1. Errichtet keine Gebäude. Die Verteilung der Gebäude in der Zivilisation ist mit der in der neuen Gesellschaftsordnung unvereinbar, und um aus Häusern irgendeinen Nutzen zu ziehen, wird man sie vollständig umbauen müssen, auch wird es viele überflüssige Häuser geben.“ –

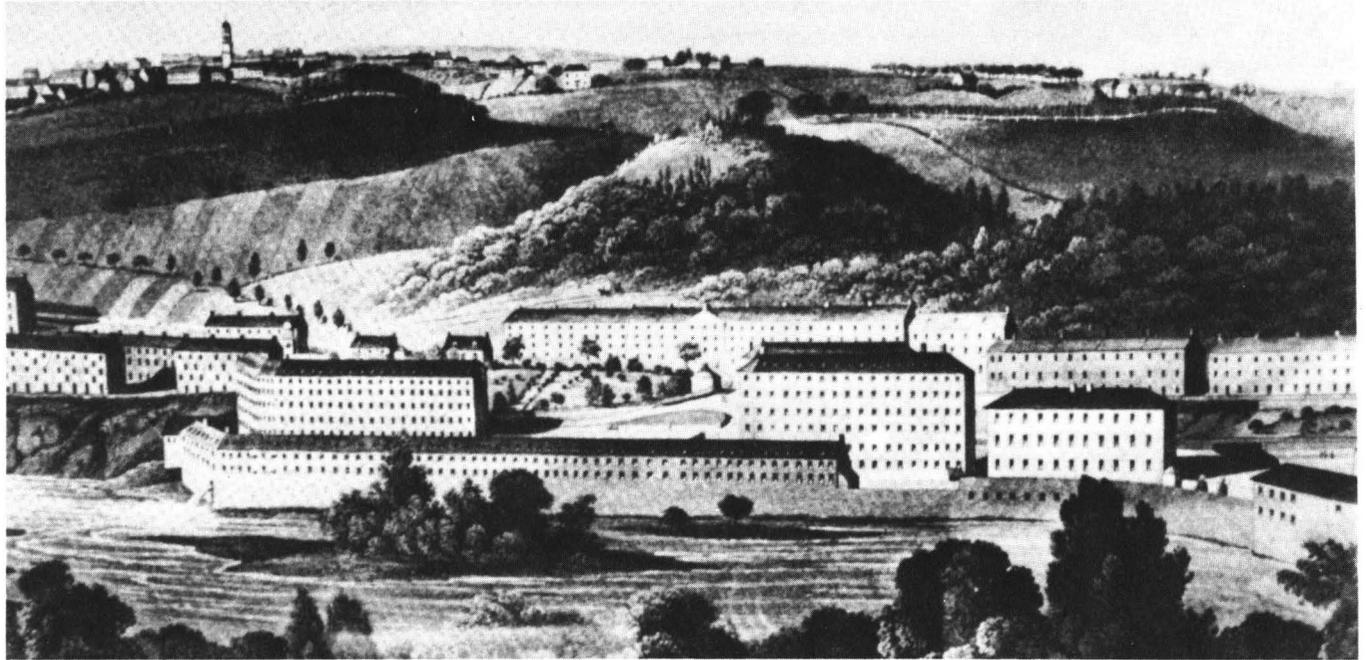
„Die Paläste oder Schlösser benachbarter Sippen müssen miteinander durch gedeckte Gänge verbunden sein, die gegen die Unbilden der Witterung schützen, so daß man bei Zusammenkünften in Geschäften oder zum Vergnügen vor dem Einfluß der unfreundlichen Jahreszeiten geschützt ist, unter denen



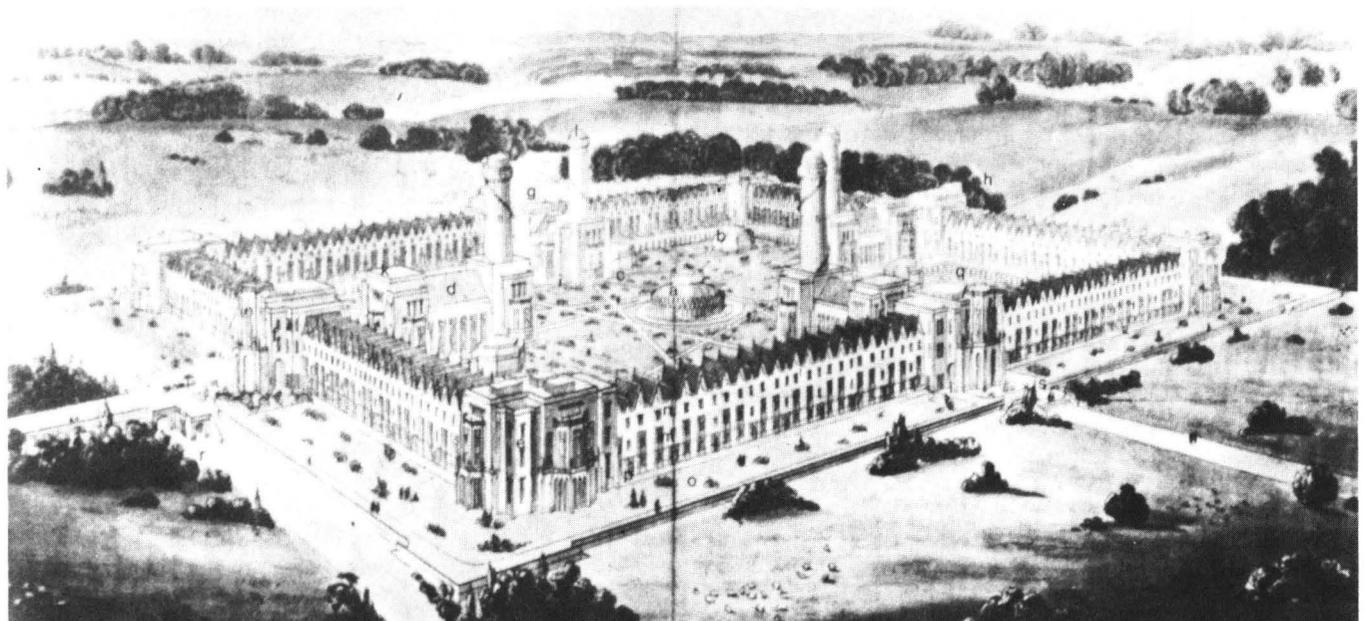
New Lanark, Arbeiterwohnraum



New Lanark, Institut für Charakterbildung



New Lanark, Ansicht 1825



Entwurf für ein owenistisches „New Harmony“ in Amerika von Whitwell, um 1824

man in der Zivilisation auf Schritt und Tritt leidet. Es muß möglich sein, bei Tag und bei Nacht von dem einen Palais zu dem anderen durch geheizte oder ventilierte Gänge zu wandeln, so daß man nicht, wie es in der heutigen Ordnung der Fall ist, Gefahr läuft, beschmutzt oder durchnäßt zu werden und sich einen Schnupfen oder eine Lungenentzündung zu holen, weil man aus geschlossenen Räumen ins Freie tritt. (...) Statt wie in der Zivilisation drei oder vier Straßen zurücklegen zu müssen, durchschreitet man nur die gedeckten Gänge von drei oder vier benachbarten Schlössern, ohne Hitze und Kälte, Wind und Regen zu empfinden. Diese geschützten Verbindungswege sind eine der tausend Annehmlichkeiten, die der neuen Gesellschaftsordnung vorbehalten sind“.

Fourier, *Traité de l'association domestique et agricole* (1822); z. T. übers. aus: *Der sozietäre Reformplan, Textübertr. und Einl. von H. Thurow*, Basel 1925, S. 192-94, 167; *Oeuvres complètes*, Paris 1966, T. IV, S. 494 f., 462-65:

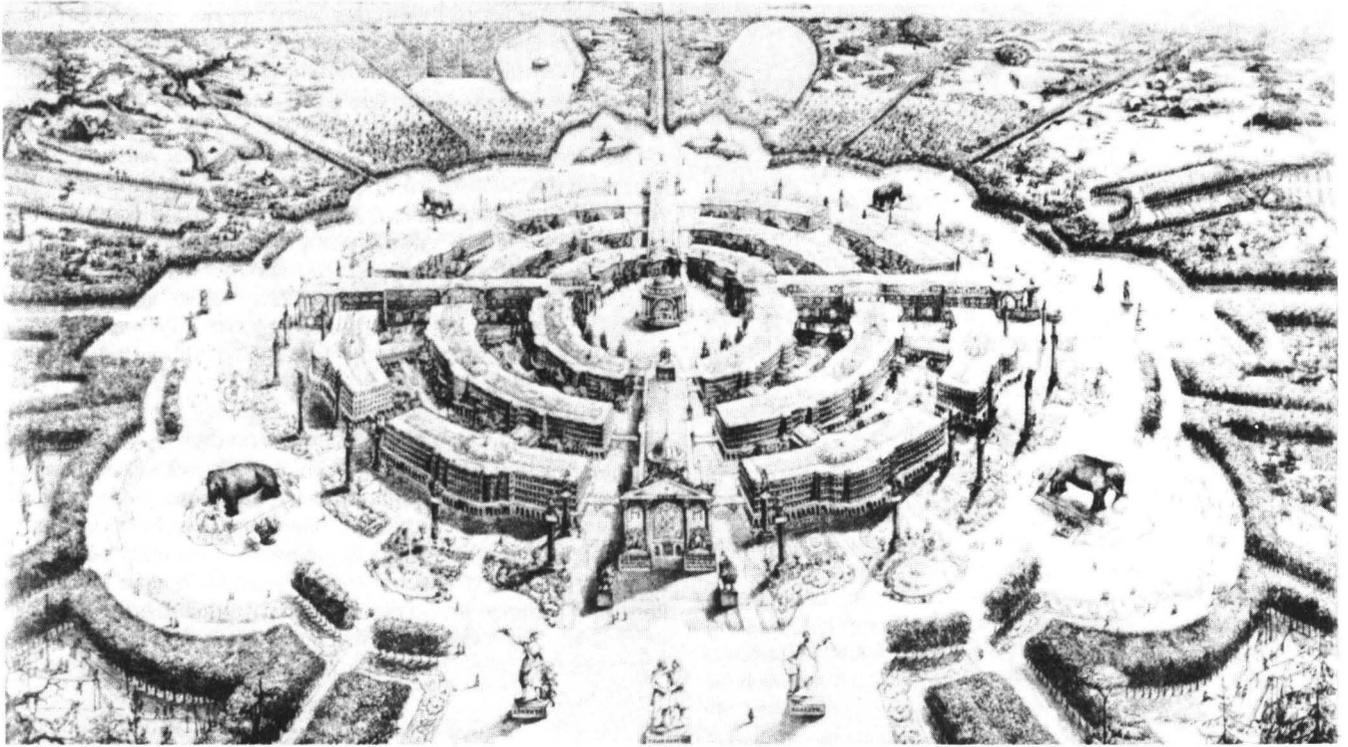
„Für eine Assoziation von 1500-1600 Personen bedarf es eines Grundstücks, das sich über reichlich eine Quadratmeile ausdehnt; vergessen wir indessen nicht, daß der dritte Teil dieses Komplexes für einen reduzierten Versuch genügt. – Die Gegend soll mit einem guten Wasserlauf versehen, von hügeligem Gelände durchzogen und für mannigfache Kulturen geeignet sein; sie muß nach einer Richtung hin von einem Wald begrenzt und unfern einer großen Stadt gelegen sein, jedoch immerhin weit genug, um die Störenfriede abzuhalten. (...) Ein ebenes Land, wie die Umgebung von Antwerpen, Leipzig oder Orleans wäre ganz ungeeignet und würde bei gleicher Ausdehnung die Bildung vieler Serien mißlingen lassen. Man müßte also eine hügelige Gegend wählen, wie sie die Umgebung von Lausanne darstellt, oder wenigstens eines schönes von Wald und Wasserläufen durchzogenes Tal wie jenes, das sich von Brüssel nach Hal erstreckt. Ein schönes Terrain bietet in der Nähe von Paris die zwischen Poissy und Conflans, sowie zwischen Poissy und Meulan gelegene Gegend. (...) Das Gebäude, welches eine Phalange bewohnt, hat keinerlei Ähnlichkeiten mit unseren Konstruktionen in den Städten oder auf dem Lande. Für die Bildung einer großen Harmonie von 1 600 Personen könnte man keines unserer Gebäude verwenden, nicht einmal ein großes Palais wie das Versailler Schloß, noch ein großes Kloster wie dasjenige des Escorial. Gründet man dagegen versuchsweise eine viel kleinere Harmonie von 200 bis 300 Genossen ... so läßt sich für diesen Zweck, wenn auch nicht ohne Mühe, ein Kloster oder ein Palais (Meudon) herrichten. – Die Wohnungen, Anpflanzungen und Ställe einer Gemeinschaft, die vermittelt Serien von Gruppen operiert, unterscheiden sich in hohem Maße von den entsprechenden Einrichtungen in unseren Städten und Marktflecken, die Familien dienen, welche keinerlei sozietäre Beziehungen pflegen und gegen einander arbeiten. An Stelle dieses Chaos von kleinen Häusern in unseren Dörfern, die in punkto Schmutz und Mißgestalt miteinander wetteifern, errichtet die Phalange ein einheitliches Gebäude, soweit es die Terraininformation gestattet. Hier ein Überblick über die Anlage eines weiterer Entwicklungen fähigen Etablissements. – Das Zentrum des Palastes oder Phalansteriums wird für die ruhigere Betätigung (Speisesäle, Börse, Beratungszimmer, Bibliothek, Studienräume etc.) verwendet. Hier im Zentrum werden der Tempel, der Wachturm, der Telegraph, die Taubenstation, das Glockenspiel für die Zeremonien, das Observatorium und der Wintergarten mit Nadelbäumen Platz finden. Vor ihm wird der Paradehof angelegt werden. – Einer der Flügel des Gebäudes hat alle grünschönen Arbeitsräume zu umfassen, wie die Zimmer- und Schmiedewerkstätten; er umschließt auch die Räume für die industriellen Vereinigungen der in ihrer gewerblichen Tätigkeit wie bei ihren musikalischen Unterhaltungen gewöhnlich sehr lärmenden Kinder. Man wird auf diese Art einen verdrießlichen Mißstand unserer zivilisierten Städte vermeiden, der darin besteht, daß in jeder Gasse ein Schmiedegeselle, ein Eisenhändler, oder ein Stümper

auf einer Klarinette, fünfzig benachbarten Familien das Trommelfell erschüttert.“

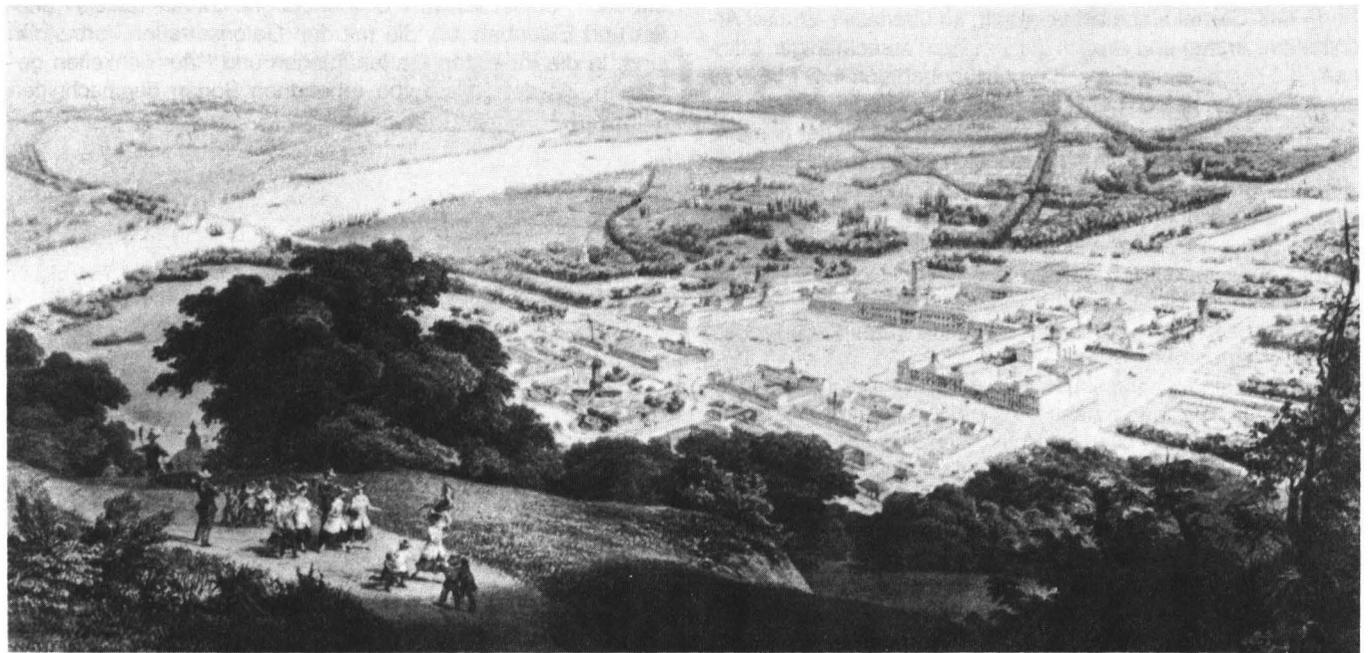
Es „werden die Fabriken, anstatt sich wie heute in den Städten zu konzentrieren, in denen sich eine Masse armer Schlucker ansammeln, über das ganze Land und in allen Phalangen des Globus ausgebreitet werden, damit der Fabrikarbeit verrichtende Mensch niemals abweiche vom Weg der Attraktion, die dahin tendiert, die Fabriken als Zubehör und Nebenform des Akkerbaus zu verwenden und nicht als Hauptsachen, weder für einen Kanton noch für ein Individuum.“

„Malerische Gärten sind, wie Schäfereien und Theaterszenen, Träume der schönen Landschaft, harmonische Ornamente und Miniaturen eines sozietär gegliederten Landstrichs. Aber sie sind Körner ohne Seele, weil man in ihnen keine tätigen Arbeiter sieht. (...) Solche Gärten müßten durch die Anwesenheit von zwanzig Arbeitsgruppen belebt werden (...) Sähen wir dann in einem schönen Tal, das abwechslungsreich nach sog. englischer Manier angelegt ist, alle diese Gruppen in Tätigkeit, geschützt durch farbige Zelte, in verstreuten Zusammenhängen arbeitend, mit Fahnen und Instrumenten umherziehend und auf ihrem Wege Hymnen im Chor singend; sähen wir ferner den Kanton anstatt mit strohgedeckten Hütten mit Schlössern und Belvederes, mit Säulengängen und Türmen übersät – würden wir nicht glauben, die Landschaft sei verzaubert zu einem olympischen Ort?“

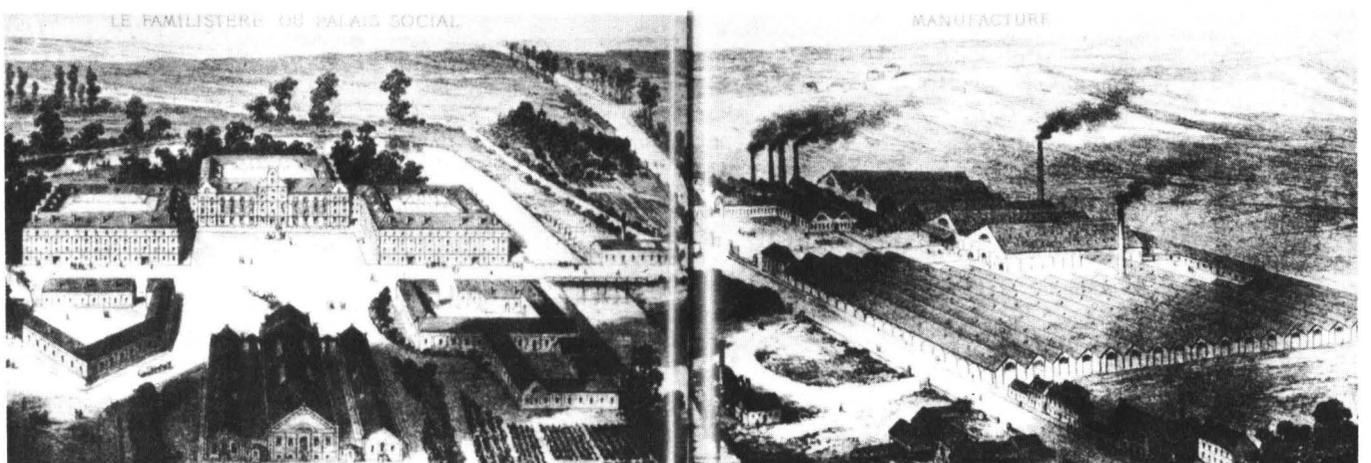
„Die Galeriestraßen (rues-galeries) ermöglichen eine Form der inneren Kommunikation, die alleine ausreichen würde, um die Paläste und schönen Stätten der Zivilisation zu verachten. Wer die Galeriestraßen eines Phalansteriums gesehen haben wird, der muß den herrlichsten Palast von heute für einen Verbanungsort, für einen Wohnsitz von Verrückten halten, die es während 3 000 Jahren Architekturstudien noch nicht einmal gelernt haben, gesund und bequem zu wohnen. (...) Die Phalange kennt keine äußeren Straßen oder offene Wege, die den Unbilden der Witterung ausgesetzt sind; alle Quartiere des Wohngebäudes können mittels einer großen Galerie durchquert werden, die in der ersten Etage und im ganzen Gebäude verläuft; an den Endpunkten befinden sich Säulengänge oder dekorativ gestaltete Souterrains, die zwischen allen Teilen und Nebengebäuden des Palastes eine unbeschränkte, elegante und zu jeder Jahreszeit durch Heizungen oder Ventilatoren temperierte Verbindungsmöglichkeit herstellen. – Diese unbeschränkte Kommunikation ist in der Harmonie umso mehr notwendig, als hier die Ortswechsel sehr häufig sind, weil die Sitzungen der verschiedenen Arbeitsgruppen niemals länger als ein oder zwei Stunden dauern, entsprechend den Gesetzen der Leidenschaften (...) Die Galeriestraße liegt im ersten Stockwerk. Sie kann nicht im Erdgeschoß liegen, das an mehreren Stellen zum Durchlaß der Fahrzeuge von Arkaden durchbrochen sein muß. – Diejenigen, welche die Galerie du Louvre oder das Museum von Paris gesehen haben, können sie sich als Modell einer zukünftigen Galeriestraße denken, die gleichfalls mit Parkett versehen und in der ersten Etage gelegen sein wird; der Unterschied besteht in den Lichtverhältnissen und in der Höhe. – Die Galeriestraßen eines Phalansteriums erhalten das Licht nicht von den Längsseiten, sie sind mit jedem der Wohntrakte verbunden; alle diese Trakte haben zwei Reihen von Zimmern, von denen die eine Licht von außen, die andere Licht von der Galeriestraße erhält. Diese muß also die volle Höhe der drei Etagen haben, die von einer Seite her ihr Licht empfangen. – Die Eingangstüren aller Appartements des ersten, zweiten und dritten Stocks führen auf die Galeriestraße, und es gibt in bestimmten Abständen Treppen, um in die zweite und dritte Etage zu gelangen.“



Phantastische Darstellung einer Stadt der 6. Periode (Übergangsperiode, die auf die bürgerliche Gesellschaft folgt) nach Fouriers Vorschlag, 1822



Fourier'sche Landschaft, Lithographie von Arnout, um 1845



Gesamtansicht von Godins Familistère und Fabrik in Guise, 1871

Dezamy, *Code de la Communauté, Paris 1842, S. 37-40; übers. von M. Heß (Nachlaß B 9, 21-24):*

„Bononarroti und andre, die sich gegen die großen Städte ausgesprochen haben, (scheinen mir) in ihrer sonst schlagenden Kritik etwas zu weit gegangen zu sein. Was gegen die großen Städte spricht, besteht hauptsächlich darin, daß sie zu allen Zeiten eine wahre Kloake der Sittenverderbnis, der Zusammenfluß von übermäßigem Reichtum und scheußlichem Elende waren. Da die Sittenverderbnis aber nur eine Folge dieses Zusammenflusses, also nicht der Menschen, sondern des Reichtums und der Armut ist, so wird sie in einer Gemeinde, welche diese Gegensätze und folglich auch die aus ihnen hervorgehende Käuflichkeit und Verworfenheit nicht kennt, nicht zu befürchten sein. — Andererseits ist zu jedoch zu bedenken, daß eine vielleicht zu zahlreiche Gemeinde vielleicht der Ordnung, Leitung und Ausführung der Arbeiten, besonders jener des Ackerbaues, schaden und noch andre bedenklichere Folgen in Ansehung der Gesundheitspflege, Reinlichkeit sowie der Erziehung usw. nach sich ziehen könnte. — Eine Anzahl von etwa zehntausend Einwohnern würde, meiner Ansicht nach, alle Vorteile der großen Städte und kleinen Dörfern ohne deren Nachteile gewähren, besonders wenn man dabei in Erwägung zieht, daß bei den schon jetzt so leichten und raschen Kommunikationsmitteln, welche sich in der Gemeinschaft natürlich im höchsten Grade vervollkommen und steigern lassen, die Entfernungen zwischen den Nachbargemeinden fast gänzlich verschwinden. Die Zahl der Einwohner liefert sodann den Maßstab für die Ausdehnung des Gemeindeterritoriums. — Was die Form des Gemeindepalastes betrifft, so überlasse ich den Architekten, Ärzten und allen in diesem Fach spruchfähigen Männern die Aufgabe, ihr Gutachten abzugeben und ihre Pläne zu entwerfen. Um jedoch dem Leser eine Anschauung von der bewunderungswürdigen Harmonie zu geben, welche der gemeinschaftlichen Bewirtschaftung wesentlich eigen ist, will ich einen allgemeinen Umriß des Planes einer zukünftigen Gemeindeflandschaft zeichnen, indem ich zugleich im voraus dabei bemerke, daß der Plan, den ich entwerfe, nach Klima und Lokalität notwendig modifiziert werden muß. — Das Gebäude der Gemeinde wird im Mittelpunkt ihres Landbezirkes liegen. Die äußeren Grenzen des Gemeindeterritoriums werden aus Fruchtfeldern, Weinbergen, Wiesen, Waldungen usw. bestehen. Näher zum Gemeindepalast hin befinden sich die Obst- und Gemüsegärten. In der noch näheren Umgebung desselben sind Parks, Lustwäldchen usw. Endlich führen von den verschiedenen Seiten große Alleen in den Palast selbst. — Außer den im Lande befindlichen Strömen und Flüssen wird jede Gemeinde ihre Kanäle und andre Wasserbehälter haben, eine Wohltat, die man der gemeinschaftlichen Arbeit und Bewirtschaftung zu verdanken haben wird. Auf diese Weise wird das ganze Territorium hinlänglich bewässert sein. Andererseits wird nichts unterlassen werden, um überall, so sich das Bedürfnis dazu fühlen läßt, das Erdreich auszutrocknen. Die Kunst wird der Natur stets zu Hilfe kommen, um den Ort, den wir bewohnen, zu einem Paradiese umzugestalten. Namentlich aber im Innern und in den unmittelbaren Umgebungen des Palastes wird sie sich in ihrer ganzen Pracht und Fülle zeigen können. — Der Palast bildet ein weitausgedehntes Viereck, drei oder vier Stockwerke hoch, welches einen großen Garten einschließt, und dem, wenn eine Vergrößerung des Gebäudes erheischt wird, nach der Gartenseite zu leicht noch einige Flügel angebaut werden können. (Die Architektur dürfte übrigens Mittel besitzen, aus dem ganzen Palaste eine ungeheure Rotonde zu machen, ce que serait, sous le rapport architectonique, la plus haute expression de l'égalité; was in Bezug auf die Architektur der höchste Ausdruck der Gleichheit wäre.) In der Mitte des Gartens steht noch ein kleines, dem großen jedoch entsprechendes Gebäude, welches ebenfalls einen freien Platz einschließt. Dieser innerste Raum des Gemeindepalastes kann zu den herrlichsten Winteranlagen und vorzüglichsten Kunstschöpfungen benutzt werden. Kunstwerke, Blumen, Springbrunnen, Orangerien, Gewächs- und Treibhäuser, Wasserfälle usw. zieren natürlich

auch den Garten im Innern des Vierecks, der diesen vom kleinen trennt. Die solchergestalt zwischen den Gebäuden angebrachten Gartenanlagen gewähren allen Teilen den Zufluß einer ebenso angenehmen wie gesunden Gartenluft sowie den Gemeindemitgliedern in ihren Wohnungen die Aussicht auf eine herrliche Vegetation. — Das Gebäude in der Mitte des Gartens wird die Küche, den Speisesaal, die Kaffee- und Spielstuben, Theater, Bibliotheken, Museen, Büros und Studienkabinette sowie die Klub- und Beratungskammern enthalten. Nichts wird gespart werden, diese letztgenannten Räume ebenso bequem wie geschmackvoll einzurichten. — Der große, äußere Palast wird zu Privatwohnungen, Schulen und Werkstätten dienen, welche beiden letzteren, zweckmäßig verbunden, zu gleicher Erde zwischen Spazierplätzen, Tier-, Gewächs- und Treibhäusern angebracht werden können. — Von dem Palast abgelegen liegen endlich die unsauberen und mehr oder weniger gefährlichen Arbeitszweige, Stallungen, Fabriken und Maschinen. — Alle Teile können durch Galeriegänge verbunden werden, welche im Winter geschlossen und geheizt, im Sommer geöffnet und gegen die Sonnenhitze geschützt sowie gehörig ventiliert wird. Solche Galerien können in allen Stockwerken, vom Parterre an bis hinauf zu den Turmspitzen, wo die Telegraphen, Sternwarten, Fernsichten, Glocken usw. sich befinden, leicht angebracht werden. Den Gebäuden entlang bilden sie Balkone;

als Verbindungsstraßen der verschiedenen, voneinander getrennt liegenden Teile des Palastes dagegen bilden sie Bogengänge und Säulenreihen, welche der Kunst ein weites Feld eröffnen. — Selbst schwere Güterladungen können mittels Kanälen und Eisenbahnen, die mit den Galeriestraßen verbunden sind, in die innersten Gartenanlagen und Räumlichkeiten gelangen, da der Palast von erhabenen Bogen durchschnitten sein wird.“



Perspektive eines Phalansteriums oder Sozialpalastes von Considérant

Weitling, *Die Bastillen von Paris, in: Die junge Generation, August 1842, S. 137-39:*

„Die Schlachten in den Straßen von Paris zwischen Volk und Armee werden seltener werden; die Regierung selbst arbeitet darauf hin, sie unmöglich zu machen, was uns gar nicht unangenehm ist. Zu diesem Zweck läßt sie seit einigen Jahren unaufhörlich an der Erweiterung der engen Straßen arbeiten, welche Hauptbollwerke jeder Emeute waren. In denselben war es sehr leicht möglich, sich gegen eine 10 bis 20 mal stärkere Truppenmacht zu verteidigen. Dieses Mittel wird einer künftigen Revolution nun immer mehr und mehr verkümmert. Desgleichen fängt man an, mehrere Straßen mit Holz zu pflastern; es wird also mit der Zeit auch an Pflastersteinen mangeln, welche man gewöhnlich bei jedem Straßenkampf in die Fensterstöcke schichtete. Das kräftigste Mittel jedoch, den Aufstand zu dämp-

fen, das sind die zu errichtenden Bastillen. Dadurch hat die Regierung die Mittel, im Falle einer Revolution alle Zufuhr zu der Stadt zu verhindern, und diejenigen Quartiere in Brand zu schießen, in welchen sich die Insurrektion konzentriert. (...) Es ist gut, wenn durch die Errichtung der Bastillen die fürchterlichen blutigen Straßenkämpfe eine andere Wendung nehmen als bisher; denn das waren ja nichts als reine Aufopferungen, Selbstmorde kann man sagen, bei welchen die Nutzlosigkeit immer vorherzusagen war. Die Kämpfe überhaupt aber werden deswegen nicht aufhören, denn der Unterdrückte ist jederzeit zum Widerstand geneigt, wählt aber immer lieber die für ihn vorteilhafteste Weise des Widerstandes. – So wie nun die Chefs aller künftigen Erneuten einsehen werden, daß nach Errichtung der Bastillen mit der bisherigen Revolutionstaktik nichts mehr auszurichten ist, so werden sie genötigt sein, auf eine andere zu sinnen, und diese andere wird notwendigerweise die Sozialrevolution herbeiführen, denn sie wird in ihrem

Wesen das Gepräge derselben haben. – Die Straßenschlachten werden sich in einen Guerillakrieg verwandeln. Der Feind wird an allen Orten und Winkeln erscheinen, wo man ihn am wenigsten vermutet, und überall in wenigen Minuten angreifen, siegen und verschwinden; und die Art, dem Eigentum den Krieg zu machen, wird für Zuschauer und Kämpfer einen solchen Reiz haben, daß in kurzer Zeit die gräßlichste Anarchie daraus entsteht, welche nur mit der Abschaffung des Eigentums endigen wird.“ (Vgl. Weitling, Garantien der Harmonie und Freiheit (1842), Stuttgart 1974, S. 254: „Diese Moral aber kann nur unter den in unsern großen Städten wimmelnden und in das grenzenloseste Elend hinausgestürzten, der Verzweiflung preisgegebenen Massen wirksam gelehrt werden.“)

Ahlich Meyer
für S.P., Lyon

iva-aktuell...

**Sozialistisches (Hrsg.)
Jahrbuch** W Dreßen
Mit Beiträgen
von:
JAgnoli
MBarbi
K.Croissant
M.Foucault
E.Füllgraf
K.Groenewold
B.Heinrich
V.Jansen
E.Jungfer
D.u.J.Rancière

iva

**Schwarze
Landschaft** L.v.Werder
Berliner
Erfahrungen,
Veränderungen und
Brüche
der letzten
10 Jahre zu
einem Zeit-
gemälde ver-
arbeitet



iva

**Unternehmer-
Prosa/
Bosse über
sich** Jürgen
Alberts,
Michael
Traut

iva

**Die
Sympathi-
santen/
9999.Folge** W.Schlegel
Lyrik und
Prosa über
den Zu-
stand der
Nation. Als
Beobachter
aus dem
Gefängnis
nach-
gezeichnet



iva

Klaut sie! Karl Heinz
Roth,
Fritz Teufel
(Selbst-
kritische
Beiträge
zur Krise
der Linken
und der
Guerilla



iva

**Der Tod
Ulrike
Meinhofs** Bericht der
Internationalen
Unter-
suchungs-
kommission



iva

iva-Verlag
Bernd Polke GmbH
Am Lustnauer Tor 4
7400 Tübingen 1

- "Sozialistisches Jahrbuch" 281 S., DM 14.80, itb o10.
- "Schwarze Landschaft" 158 S., DM 12.80, itb o15.
- "Unternehmer-Prosa" 146 S., DM 9.80, itb o13.
- "Ratgeber für Gefangene" ca. 490 S., DM 15.00,
- "Die Sympathisanten" 151 S., DM 12.80, itb o14.
- "Klaut sie!" 119 S., DM 11.00, itb o17.
- "Der Tod Ulrike Meinhofs" 96 S., DM 9.80, itb o12.

iva

Krankenanstalten als Ort der sozialen Aufbewahrung im 19. Jahrhundert am Beispiel Hamburgs

Für meinen Beitrag habe ich mir die Entstehung der Krankenanstalten in Hamburg ausgesucht. Ich möchte hiermit deutlich machen, daß Krankenhäuser in den Stadtteilen der sozialen Kontrolle dienen. Die Vorläufer der Krankenhäuser waren Einrichtungen der Hamburger Armenanstalt, auf die ich zunächst eingehen werde, da sie eine Kontrolle der Armenbevölkerung durchführten, die dann später auf verschiedene Institutionen wie z.B. Krankenhäuser, Gefängnisse, Schulen usw. verteilt wurden.

Verwahrung des Elends

Bevor die Armenanstalt 1788 gegründet und ein grundlegendes Konzept, die Armenordnung, ausgearbeitet wurde, gab es unkoordinierte Versuche, der Armen Herr zu werden. Auf den Straßen und Plätzen Hamburgs wimmelte es von Bettlern, Armen, Hilflosen und Vagabunden. Sie wurden von den Straßen aufgelesen und ins Zuchthaus gebracht, welches ständig überfüllt war. Hier konnten die Leute also auch nicht lange bleiben, wurden wieder entlassen und nahmen die Bettelei wieder auf. Dieses große Heer von Armen verteilte sich über die ganze Stadt und viele von ihnen wohnten in der Vorstadt Hamburger Berg (später St. Pauli genannt). Sie hausten in Erdlöchern und

in elenden Hütten. Und genau an diesem Ort der unüberschaubaren Armut wurde 1606 der Pesthof gebaut, verwaltet von Ratsherren, denen die Polizeigewalt unterstand. Er bot Platz für 1 000 Kranke, mußte jedoch einige Mal erweitert und ausgebaut werden. Pest war ein Sammelbegriff für alle ansteckenden Krankheiten. Nachdem im Pesthof nicht nur Pestkranke, sondern vor allem Hilflose, Obdachlose, Arme, Geisteskranke aufgenommen wurden, bürgerte sich der Name Krankenhof ein; ein Ort des Schreckens für alle armen Kranken. Für die männlichen Insassen gab es 3 Säle, für die weiblichen 2; für Krätzekranke und Kranke, die „Üble Gerüche“ verbreiteten, standen extra Zimmer zur Verfügung. Wohlhabende Kranke konnten Einzelzimmer beziehen.

In den Krankensälen wurden alle, ob mit inneren oder äußeren Erkrankungen, behandelt. In einem Bett wurden 2 Personen gebettet. Die Geisteskranken teilte man in verschiedene Kategorien ein. „Besonders Unruhige“, die die Abläufe in einem Saal durcheinanderbrachten, kamen in sogenannte Tollkisten, kleine dunkle Räume mit einer Klappe in der Tür; „Blödsinnige“ konnten im Bezirk der Anstalt frei herumlaufen; Rasende wurden an ihre Betten gefesselt. „Reiche Geisteskranke“ kamen in eigene Stuben, zum Teil mit eigenen Bediensteten. Erst als in Hamburg verschiedene große Krankenanstalten gebaut wurden, kam es zu einer gänzlichen Absonderung der Geisteskranken in eine extra Anstalt (1864 Friedrichsberg).

Wie kam man nun in den Krankenhof?

Um der Bettelei habhaft zu werden, rasten Bettelvögte mit ihren bewaffneten Mannschaften durch die Straßen der Stadt, sammelten Arme, Vagabunden, Bettler von den Straßen und Herbergen auf und brachten sie zum Pesthof. Hier wurde dann aussortiert: Kranke und Hilflose sollten bleiben, Gesunde bekamen eine Wegzehrung, die „Gottlosen und Mutwilligen“ kamen ins Zuchthaus, Kinder ins Waisenhaus. „Verbrecher“ wurden im Pesthof nicht geduldet, sie wanderten ab ins Spinnhaus. Syphillis- und Krätzekranke wurden zum größten Teil ins Hiob-Hospital überwiesen. Das Zucht-, Werk- und Armenhaus nahm keine „Kriminellen“, sondern „arbeitsunwillige Arme“ auf. Das Gasthaus war für fremde Arme bestimmt. Bis zu 3 Tagen durften sie sich dort aufhalten.

Bei diesen ganzen Einrichtungen handelte es sich zunächst um Stiftungen und kirchliche Organisationen, die im wesentlichen unabhängig voneinander und ohne grundlegendes Konzept arbeiteten. Trotz der verschiedenen Anstalten mit ihren unterschiedlichen Funktionen bekam man die Arbeit nicht unter Kontrolle. Hinzu kamen noch zahlreiche Epidemien, die das Elend vergrößerten.

Erziehung zur Arbeit

Da man erkannte, daß Verwahrlosung eine Gefahr für den Staat wurde und daß die „unproduktiven Kräfte“ durch Almo-



Bettler



Krankensaal im Pesthof

sen nicht mehr zu steuern waren, erhielt die Armenfürsorge im vorletzten Jahrzehnt des 18. Jahrhunderts neue Schwerpunkte. Während vorher eine Verwahrung des Elends betrieben wurde und man alle auffälligen Armen aussortierte, begann man nun die Wohn- und Lebenszusammenhänge der Armen zu kontrollieren. Die individuelle Behandlung und vor allem die Erziehung zur Arbeit waren das völlig Neue an der nun beginnenden Armenpolitik. Zum 1. Grundsatz wurde: Hamburg soll viele Arme, wenig Hilflose und keine Bettler haben.

Das Stadtgebiet wurde in 60 Quartiere mit 180 Armenpfleger eingeteilt. Die Armenpfleger mußten jeder 20-30 Familien genauestens kontrollieren und registrieren. Um die Kontrolle zu erleichtern, wurden Gassen, Plätze, Gänge, Höfe, Säle, Keller und Buden numeriert. Fremde Bettler wurden der Stadt verwiesen. Wer Bettlern Geld gab, mußte eine Strafe zahlen. Abhörbögen mit genauen Angaben über Familienverhältnisse, mögliche Beihilfen von Eltern oder Kindern und über den Bezug anderer Unterstützungen mußten ausgefüllt und von den Nachbarn bestätigt werden. Bei Anfrage nach einer Unterstützung mußte ein Untersuchungsschein vom Armenarzt beigelegt werden. Die bewilligte Unterstützung wurde dann so niedrig wie nur irgend möglich gehalten, um die Leute zur Arbeit zu zwingen, welche ihnen dann auch von der Armenanstalt nachgewiesen wurde.

Besonderen Wert legte man auf die Erziehung der Kinder. Da die meisten zu versorgenden Armen Frauen und Kinder waren, wurde eine Spinnschule – später für die Kinder die Industrieschule – eingerichtet. Als leichterlernbare Arbeit bot sich das Spinnen an, zumal das Rohmaterial, der Flachs, billig war. Die Leistungsfähigkeit eines jeden wurde genauestens geprüft und in einem Buch festgehalten. Die Spinnschule diente als Ausbildungstätte und man beabsichtigte, daß die Leute nach Verlassen der Schule die Spinnräder abbezahlen und zu Hause weiterarbeiten würden. Für Kinder, die die Spinnschule verließen, gab es keine Unterstützung mehr.

Um im Zuchthaus Platz für sogenannte Arbeitsscheue zu schaffen, wurde Krätzekranke in eine Sonderabteilung des Zuchthauses, das Kurhaus, überwiesen. Die Mindeststrafe im Zuchthaus betrug 3 Wochen. Wurde das vorgeschriebene Arbeitspensum nicht eingehalten, kamen folgende Bestrafungen in Betracht: Entzug warmer Mahlzeiten, Dunkelhaft, Nahrungsentzug, Anketten. Männer mußten Farbholz raspeln, Frauen Fußdecken aus Kuhhaaren herstellen.

Da Kinder nach ihrer Entlassung aus der Industrieschule, in der sie neben der Arbeit noch Unterricht über Sauberkeit, Ordnung, Treue usw. erhielten, oft ihr altes Leben wieder aufnahmen, wurde die Schulpflicht zunächst für arme Kinder, deren Eltern eine Unterstützung erhielten, eingeführt. Die Jungen sollten lernen, ihre Körper abzuhärten, um die ihnen zugedachten Tätig-

keiten als Tagelöhner, Bauernknechte, Seeleute oder Gärtner auszuüben. Die Mädchen hingegen wurden mit Arbeiten beschäftigt, um ihre späteren Aufgaben als Dienstmädchen, Schneiderinnen oder Fabrikarbeiterinnen erfüllen zu können. „Unordentliche“ Kinder, die die Schule schwänzten, des öfteren zu spät kamen und lieber den Musikanten auf der Straße zuhörten, sollten bestraft werden. Die erste Maßnahme war, daß es verboten wurde, während der Schulzeit auf den Gassen zu spielen. 1822 wurde eine Strafkasse im Werk- und Armenhaus eingerichtet; schon 6 Jahre später mußte sie erweitert werden. 1833 errichtete man dann die erste Strafschule. Die Minderststrafe betrug hier 8 Wochen, 5-6 Stunden Unterricht am Tag, der Rest mußte gearbeitet werden.

Das Armenkollegium war bemüht, die Unterstützung so gering wie nur irgend möglich zu halten. Wer imstande war, auch nur etwas zu leisten, bekam eine Arbeit nachgewiesen. Beispiele: Spinn- und Industrieschule, Tau- und Bindegarn herstellen, Straßen fegen und ausbessern, Strümpfe stricken. Almosen sollten nur wirklich arbeitsunfähige Leute bekommen. Vorübergehend in Not geratenen Menschen wurde eine Sachunterstützung angeboten. Die Einrichtung von Suppenanstalten und die Ausgabe von Suppenzetteln führten zu weiteren Ersparnissen. Der Graf Rumfort hat die nach ihm benannte Suppe erfunden. Für 100 Portionen dieser Speise benötigte man: 150 l Wasser, 23 Pfd. Kartoffeln, 10 Pfd. Erbsen, 5 Pfd. hartes Brot (je härter desto besser), 10 Pfd. Graupen, 3 Pfd. Fleisch geräuchert oder gesalzen, am besten Schweinefleisch, 7 l Bieressig und 2 1/2 Pfd. Salz. Genaue Kochanleitung kann bei Anfrage geliefert werden. Man hat errechnet, daß eine Familie, die in den 3 Wintermonaten pro Person jeden Tag 2 Pfd. dieser Suppe kauft, 112 Mark und 8 Schilling spart.

Säle, Buden, Keller

Es zogen immer mehr Menschen auf der Suche nach Arbeit nach Hamburg. Die Stadt platzte bald aus allen Nähten. Um 1820 riß man die Befestigungsanlagen der Stadt ab und erhoffte sich damit ein Abwandern der Menschen in die Vorstädte und Vororte. Doch dieses setzte nur langsam ein. Erst nach Fall der Zollgrenze 1861 wuchs Hamburg nach außen.

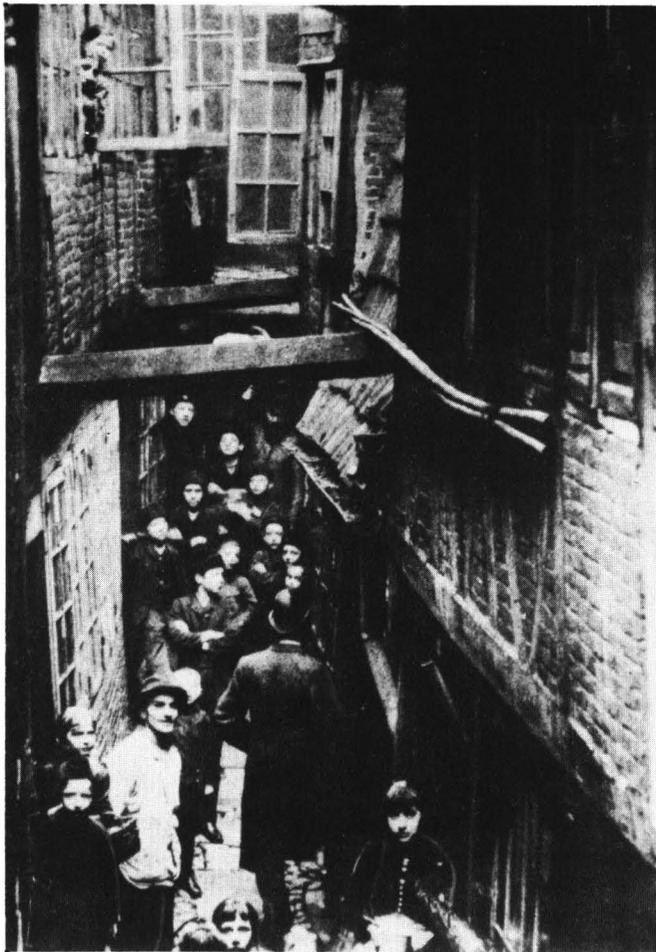
Verteilung des Bevölkerungszuwachses auf die verschiedenen Stadtteile:

1826-1867	1867-1880
Innenstadt: 32%	10%
Vorstädte: 38%	36,5%
Vororte: 30%	53,5%

Die wohlhabenden Kaufleute zogen vermehrt in die Vororte Uhlenhorst und Winterhude. Die mittleren Kaufleute und Akademiker siedelten sich in Hamm, Borgfelde, Eppendorf und an dem Rothenbaum an. Das Kleinbürgertum ließ sich in St. Georg und Eimsbüttel nieder und für die Arbeiterschaft und ärmeren Leute blieben das Gängeviertel, St. Pauli, Hammerbrook, Billwerder und Barmbek.

Zwischen 1842 und 1888 verdreifachte sich die Einwohnerzahl in Hamburg auf 550 000. Nach dem großen Brand 1842 in Hamburg wurden zwar neue große Straßen und öffentliche Gebäude gebaut, am Wohnungselend der ärmeren Bevölkerungsschichten änderte sich jedoch nichts. Buden nannte man kleine, an den Gängen und Höfen gelegene Häuschen. Die Grundfläche von Diele und Stube betrug meistens 25 m². Als Saal bezeichnete man das obere Stockwerk eines Hauses oder einer Bude, welcher einen besonderen Eingang von der Straße, dem Hof oder dem Gang hatte. Es gab in einem Haus bis zu 4 Sälen, die eine abgeschlossene Wohnung bildeten. Einen Saal unterteilte man in einen Vorraum, in dem meistens die Kochstelle

lag, eine Stube und ein bis zwei Kammern. Die meisten Säle waren so leicht zusammengefügt, daß Regen, Wind und Schnee in sie eindringen. Oft waren die Säle nur durch eine schmale wacklige Treppe zu erreichen. Auch Keller dienten als Wohnstätte. Sie hatten im allgemeinen einen Flur, der durch die Eingangstür Tageslicht erhielt, und eine Stube, die mit Klinkern und Feldsteinen gepflastert war. Oft moderten die Möbel wegen der Feuchtigkeit, die nicht nur durch die schlechten Baumaterialien entstand, sondern auch durch die mehrmals jährlichen Überschwemmungen. Es gab auch bessere, trockene Keller, für die jedoch auch eine höhere Miete gezahlt werden mußte. Nach dem großen Brand 1842 setzte eine rege Bautätigkeit ein. Großzügig angelegte Straßen, öffentliche Gebäude, Krankenhäuser, Gefängnisse und Mietshäuser, vielfach schon 5-stöckig, wurden gebaut. Und jeder, der es sich leisten konnte, wollte in solch eine Wohnung einziehen. Für die ärmeren Leute gab es weiter die Keller und Säle. Oft mußten sich sogar mehrere Familien einen Saal teilen. Die Zahl der Häuser und Buden blieb zwischen 1817 und 1852 nahezu konstant. Daß die Zahl der Säle im gleichen Zeitraum um ca. 3 000 und die der Keller um 750 zugenommen hat, läßt auf einen Anstieg der Armenbevölkerung schließen.



Gängeviertel, Hof Nr. 22

Die immer mehr ansteigenden Mieten und die sich nur langsam erhöhenden Löhne drückten erheblich auf die Lebenshaltungskosten. Es reichte für viele gerade, um von der Hand in den Mund leben zu können. Oft wurden Schläfer oder Untermieter aufgenommen, um Kosten zu sparen.

Im Gängeviertel der Hamburger Neustadt lebten ca. 10 000 Menschen auf engstem Raum zusammen. Die Gassen waren so eng, daß man mit ausgebreiteten Armen die Häuserwände berührte.

Aber das Zusammenleben in diesem Viertel hatte etwas Dörfliches an sich. Jeder kannte jeden und die Verhältnisse des Nachbarns. Für die Armenanstalt und die Polizei war dieses Viertel ziemlich unüberschaubar. Dieses Wohngebiet paßte schließlich überhaupt nicht mehr in das Konzept, durch große Straßenzüge Wohnviertel übersichtlich zu machen, und langsam fing man an, durch neue breite Straßen das Gebiet zu durchbrechen, um so die Kontrolle der Bevölkerung zu erleichtern.

Verteilung der „Fürsorge“ in die Stadtteile

Wie konnte nun die Armenkontrolle mit der ständigen Zunahme der Armenbevölkerung Schritt halten?

Da Ende des 18. Anfang des 19. Jahrhunderts die Mieten und die Lebenshaltungskosten rapide anstiegen, durch die Elbblockade und die französische Besetzung immer mehr Leute arbeitslos wurden und immer mehr Menschen nach Hamburg auf der Suche nach Arbeit drängten, waren die Methoden der Armenanstalt völlig überfordert. Die Erziehung zur Arbeit geriet in den Hintergrund, und es wurden fast nur noch Sachunterstützungen ausgegeben.

Die französischen Besetzer in Hamburg hatten das Problem der Armenfürsorge auf völlig andere Weise gelöst: sie sonderter rigoros aus. 1813 hatten sie den Befehl erlassen, daß alle Leute, die sich nicht für 6 Monate mit Proviant versorgen konnten, die Stadt verlassen mußten. Natürlich war es ihnen klar gewesen, daß die meisten Armen so viel Nahrungsmittel überhaupt nicht beschaffen konnten. Zuerst wurden die Jungen und Kräftigen hinausgeworfen, um möglichen Aufruhr vorzubeugen; dann folgten die Alten und Schwachen, um keine unnötigen Esser zu haben. Wer nicht mehr laufen konnte, wurde auf Wagen verfrachtet und in oder vor Altona abgeworfen. Manche von ihnen hatten dann Aufnahme in Altona gefunden, andere wurden dann von hier weitertansportiert nach Lübeck und Bremen, und viele überlebten diese ganze Aktion überhaupt nicht.

Nach Abzug der Franzosen veränderte sich auch die Armenfürsorge. An die Stelle der Armenanstalt traten zum Teil verschiedene staatliche Institutionen, die die Kontrolle der Armenbevölkerung fortführten und auf die Stadtteile verteilt wurden wie z.B. Krankenhäuser, Schulen, Gefängnisse usw..

Zunächst kam es 1814 zur Gründung einer Polizeibehörde, welcher das Zucht-, Werk- und Armenhaus, das Kurhaus und die im Zuchthaus untergebrachte Entbindungsanstalt zugeordnet wurden. Wer bei der ihm von der Armenanstalt zugeteilten Arbeit schlecht arbeitete oder sich gar weigerte, wurde der Polizeibehörde übergeben und von jeglicher Unterstützung ausgeschlossen. Das Armenkollegium gewährte nur noch Siechen und wirklich erwerbsunfähigen Leuten eine Unterstützung und verteilte an vorübergehend in Not Geratene eine Sachunterstützung.

1824 wurde das Gebiet der Armenanstalt in 4 Schuldistrikte eingeteilt. Für jedes Gebiet stellte man Lehrer ein. Zunächst wurde zwischen Lehr- und Arbeitsschulen unterschieden. Kinder, die sich nicht anständig betrugten oder die Schule schwänzten, wurden der Polizeibehörde übergeben und wenn sie sich nicht besserten, der Schule verwiesen. Seit 1833 gab es dann eine Strafschule (siehe vorne). 1870 wurde das Schulwesen neu gestaltet und die allgemeine Schulpflicht eingeführt. Jedes Kind vom vollendeten 6. bis zum vollendeten 14. Lebensjahr mußte zur Schule. Man baute vermehrt Volksschulen, die über die Stadtteile verteilt wurden.



Die Vertreibung der Armen durch die Franzosen

Absonderung als Ordnungsversuch im Allgemeinen Krankenhaus St. Georg

Auch das Krankenhauswesen veränderte sich. Nachdem die Franzosen 1814 den Krankenhof abgebrannt hatten, wurde beschlossen, ein neues Allgemeines Krankenhaus in St. Georg zu bauen. Es entstand 1821-1823 und hatte Platz für 1000 Kranke. Es war ein hufeisenförmiger Bau und galt als Sehenswürdigkeit Hamburgs. Wegen der zahlreichen Epidemien mußte die Anstalt erweitert werden und hatte schließlich Raum für 1800 Kranke. Bei der Einrichtung der Krankensäle bedachte man folgendes:

„Jeder unnötige Schritt muß berechnet werden, weil unnötige Schritte einen Zeitverlust verursachen. Die Krankensäle mit ihren Ausgängen und Verbindungen, die Stellung der Betten und dergleichen müssen so sein, daß z.B. die Untersuchung des Arztes, das Austeilen von Medikamenten, Essen usw. alles in einer gleichen ungehinderten fortschreitenden Bewegung gemacht werden kann, um doppelte Wege zu vermeiden. Möglichst sollte keiner zweimal an dem gleichen Patienten vorbeikommen.“ Auch die Krankenpflege wurde neu organisiert. Hier einige Beispiele aus den neuen Richtlinien: „Das Pflegepersonal darf weder für sich noch für Kranke Nahrungsmittel mit in die Anstalt bringen, noch Briefe mit hinaus- bzw. hineinbringen. Sie müssen die Kranken zur Sauberkeit anhalten und dürfen nicht zulassen, daß Patienten von Besuchern Essen oder dergleichen bekommen oder gar einem Mitpatienten davon abgeben. Ohne Erlaubnis des Arztes darf kein Patient aufstehen oder das Krankenzimmer verlassen. Auf Arrestanten müssen sie ein besonderes Augenmerk richten. Die Kranken dürfen im Saal nicht rauchen und nicht in Kleidung auf den Betten liegen.“ Für das Pflegepersonal von Venerisch- und Krätzekranken gab es noch besondere Anweisungen: „Besucher dürfen nur mit Zustimmung des Arztes herein und nur in extra Zimmer unter Aufsicht zugelassen werden. Die Sachen der Kranken müssen genau untersucht werden, und es muß strikt darauf geachtet werden, daß die Ordnung im Haus nicht gestört wird.“

Das ganze Krankenhaus war ein riesiger Bau mit verschiedenen Abteilungen. Während im Krankenhaus zum größten Teil aufbewahrt und kontrolliert wurde, sollte hier nun gleichzeitig das Schwergewicht auf die medizinische Versorgung gelegt werden.

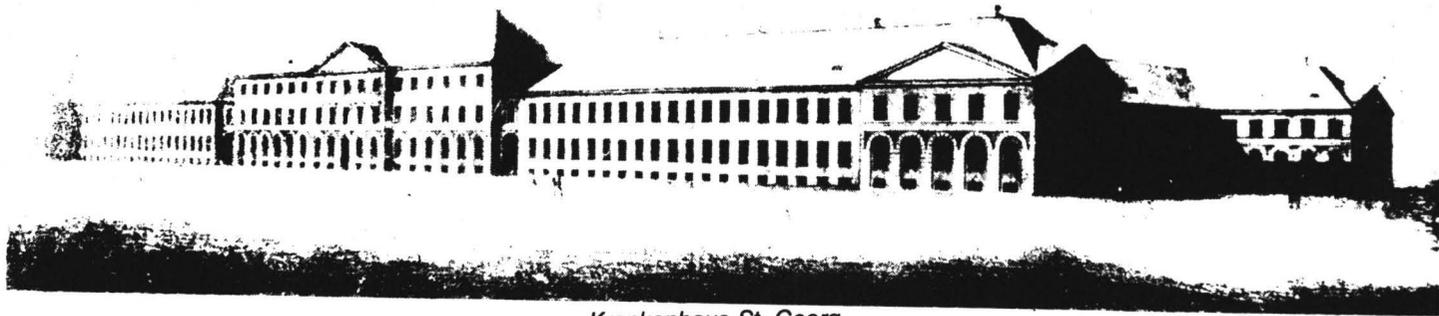
Die „Irren“ wurden zum größten Teil im Keller untergebracht. Zwangsjacke, Zwangsstehen, Drehstuhl, kalte Bäder, abführnde Mittel waren ein Teil der ihnen zgedachten Therapien.

Herr Appert, französischer Generalinspektor für Gefängnisse, gab bei einer Besichtigung dazu folgende Beschreibung: „Mehr als 500 Irré, Blödsinnige, Narren, Tobsüchtige wimmeln hier hin- und herrennend, schreiend, weinend, sprechend, singend, stöhnend und ächzend. Das ist ein Lärmen, eine Unordnung, eine Verwirrung, wovon sich niemand einen Begriff machen kann. Aber ich spreche es aus, daß der kernhafteste Mensch, der gesündesten und kräftigsten Sinne sich erfreuend ebenfalls bis zur Raserei verrückt und vielleicht unheilbar verrückt werden müßte, versetzte man ihn einige Tage in diese Hölle des Wahnsinns. Ein solches Vernachlässigen ist mehr als ein grober Fehler, es ist ein Verbrechen, es ist das feige, abscheuliche Dahinmorden unglücklicher Geschöpfe, denen die Vernunft fehlt, um sich zu beschweren, die Sprache, um ihr Leid den Menschen mitzuteilen. Bei den hier geschilderten Zuständen ist natürlich an die Wiederherstellung der Geisteskranken nicht zu hoffen. Alle sind davon betroffen, entweder unheilbar zu werden oder zu sterben. Und befinden sie sich nicht schon in einem wahren Grab?!“

Auch alte Menschen waren in den Kellergewölben in feuchten dunklen Räumen untergebracht.

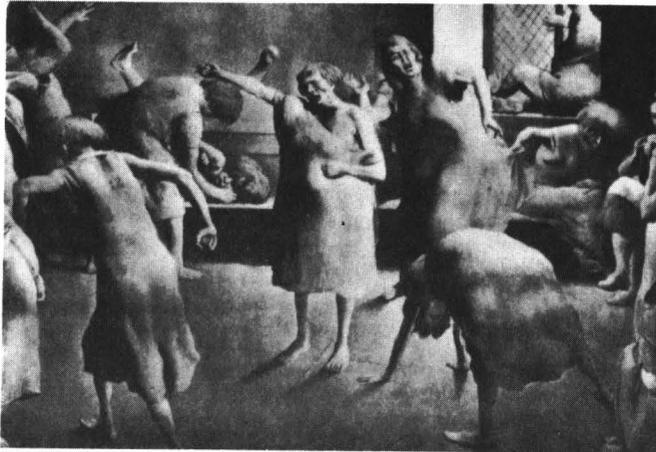
Die Absonderung der Kranken lief einher mit der zunehmenden Differenzierung von Krankheiten; zunächst in extra Abteilungen, später nach Einführung des Pavillionsystems in getrennte Häuser, welche die Anstalt und vor allem die Kranken besser überschaubar, besser kontrollierbar machten.

Das Allgemeine Krankenhaus in St. Georg war ständig überfüllt. Die Trennung von „behandlungsbedürftigen Patienten“



Krankenhaus St. Georg

und sogenannten Pflegefällen klappte noch nicht so ganz. Und schon ziemlich bald entschloß man sich, ein weiteres Krankenhaus in Eppendorf nach dem Pavillionsystem zu errichten. Die Bauzeit dauerte von 1884-89, und während dieser Zeit wurden in schon fertiggestellte Häuser Infektionskranke eingewiesen. Das Eppendorfer Krankenhaus, das Neue Allgemeine Krankenhaus genannt, sollte in der Planung die „Behandlungskranken“ versorgen, während das Alte Allgemeine Krankenhaus für die „Verpflegungskranken“ zuständig sein, also ein Krankenhaus 2. Ranges werden sollte. Aber diese Aufteilung sollte nur von kurzer Dauer sein. Es kam 1892 zu einer Choleraepidemie und das Neue Allgemeine Krankenhaus konnte nicht alle „Behandlungskranken“ aufnehmen. Damit war die grobe Aufteilung der Kranken, das Aussortieren in zwei Kliniken vorbei. 1894 erhielt das Krankenhaus in St. Georg einen eigenen Aufnahmebezirk.



Sei 1881 wurden die Krankenhäuser angewiesen, die Verhältnisse der Kranken zu erkunden und die Kostenzuständigkeit entweder mit der Armenanstalt oder der Polizeibehörde zu klären. Falls diese beiden Institutionen sich nicht für zuständig erklärten, war es Sache des Krankenhauses, die Gelder einzutreiben. Die Polizeibehörde war für Geschlechtskranke, Herbergsinsassen und Leute, die unter polizeilicher Aufsicht standen, zuständig.

Ich hoffe es wird hier deutlich, daß z.B. die Krankenhäuser einen Teil der Kontrolle, die vorher in der Zuständigkeit der Armenanstalt lag, übernommen haben, und daß die Anstalten unter dem Deckmantel der Hygiene, des medizinischen Fortschritts, eigene Kontrollmechanismen entwickelt und beibehalten haben, um die Bevölkerung in den Stadtteilen in den Griff zu bekommen.

Das neue Polizeikrankenhaus

Um die Ordnung in den großen Anstalten zu gewährleisten und das Unruhepotential möglichst gering zu halten, entschloß man sich 1898, ein neues Polizeikrankenhaus zu bauen.

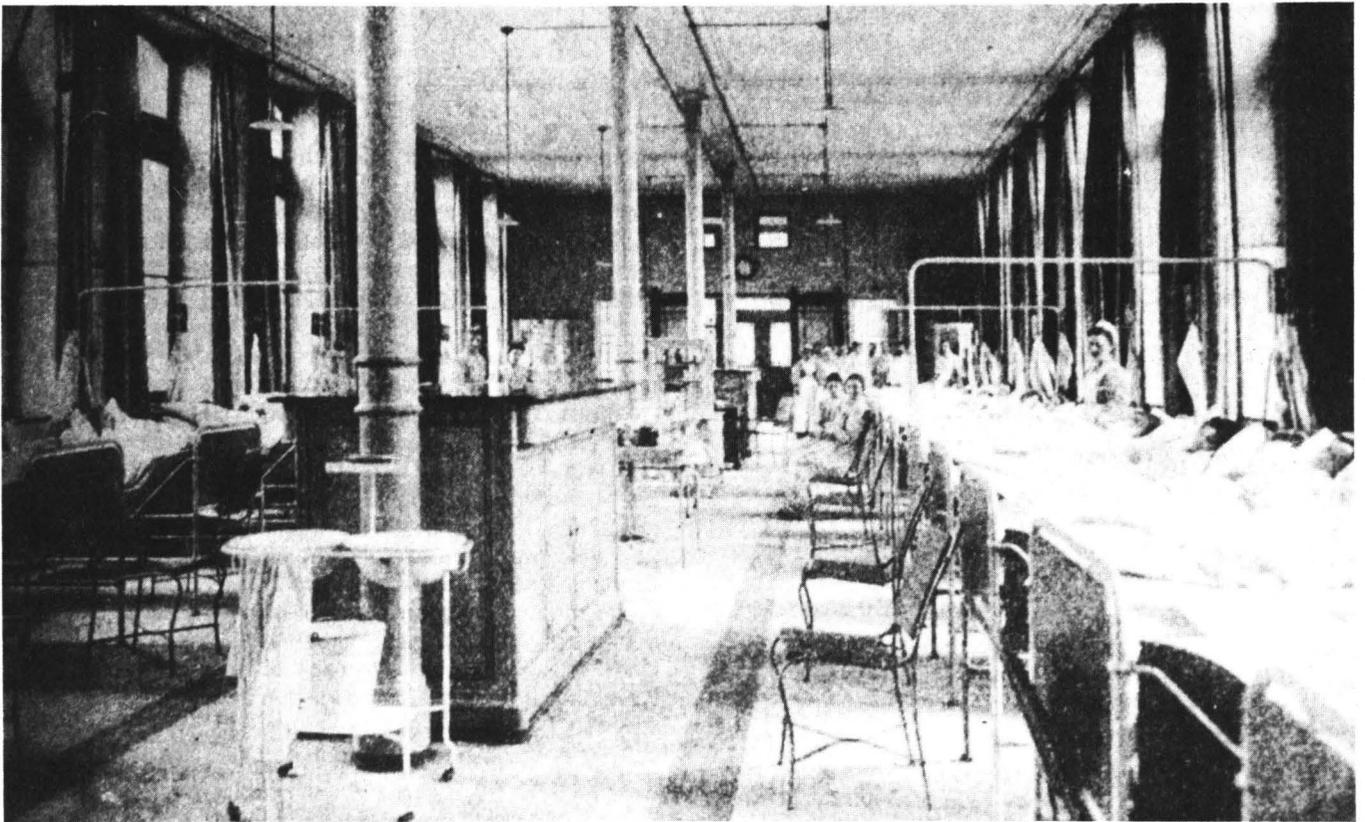
Als bisheriges Polizeikrankenhaus diente das Kurhaus. Es war Anfang des 17. Jahrhunderts im Zucht-, Werk- und Armenhaus eingerichtet worden. Zunächst war es für Venerisch- und Krätze Kranke zuständig. Im Laufe der Zeit wurden ihm angegliedert: 1 Entbindungsanstalt, 1 Reinigungsbad, die Stadtanatomie und die Lehranstalt für Krankenwärter. Die zu behandelnden Kranken wurden meistens von der Polizei eingewiesen. Durch den großen Brand 1842 in Hamburg wurde das Kurhaus zerstört und mußte verlegt werden, nahm aber weiterhin mittellose und obdachlose Kranke und Vagabunden und Notfälle auf. Mit der Anstalt verbunden blieben das Reinigungsbad und das Leichenschauhaus. Da diese Anstalt nun aber nicht so funktionstüchtig war, wie man es sich wünschte, tauchte immer mehr die Forderung nach einem neuen Polizeikrankenhaus auf.

Den geeigneten Standort hatte man dann nach einigen Diskussionen in St. Pauli gefunden. Er lag nach Meinung des Bürgerschaftsausschusses in einem Gebiet, in dem nach der Bestimmung für diese Anstalt das größte Bedürfnis vorliegen würde, im Mittelpunkt der Stadtteile, in welchem die meisten plötzlichen Ereignisse vorkamen und ein polizeiliches Eingreifen erforderten, nämlich zwischen innerer Stadt, St. Pauli und Hafen. Außerdem lag der Ort so isoliert, daß es keine unmittelbare Nachbarschaft gab, die an einer solchen Anstalt Anstoß nehmen könnte. Es waren geplant: 1 Polizeikrankenhaus, 1 Polizeileichenschauhaus, 1 Reinigungsanstalt, 1 Beobachtungs- und Seuchenverdächtige, 1 Entbindungsanstalt für dringende Entbindungsfälle aus der unmittelbaren Umgebung sowie eine extra Entbindungsanstalt für Prostituierte. Endgültig wurde jedoch nur 1 Entbindungsanstalt eingerichtet.

Da vorauszusehen war, daß es sich bei den zukünftigen Patienten um Patienten der 3. Klasse handeln würde, wurde der Kostenvoranschlag um 10 000 Mark herabgesetzt. Damit die Bevölkerung keinen Anstoß an der Bezeichnung Polizeikrankenhaus nehmen konnte, einigte man sich auf den Namen Hafenkrankenhaus, zumal es sich ja auch in der Nähe des Hafens befand.

Erbaut wurde das Hafenkrankenhaus von 1898 bis 1900, es wurde erst teilweise und am 1. Januar 1901 vollständig eröffnet. Mit eingerichtet wurde eine chir. Abt. zur Versorgung Unfallverletzter, und 1914 wurde die chir. Versorgung von Seeleuten, die zuvor vom Seemannskrankenhaus geleistet worden war, dem Hafenkrankenhaus zugeordnet. Das Gelände der Anstalt war von einer hohen Mauer bzw. einem eisernen Gitter umgeben und hatte neben einem Notausgang nur einen bewachten Eingang. Verschiedene Einrichtungen der Polizeibehörde, die über die Stadt verteilt waren, wurden hier zusammengefaßt. Für die Verteilung der einzelnen Gebäude auf dem Gelände war besonders wichtig, daß die Anstalt von einem Punkt aus überwacht werden konnte, um es dadurch von der Außenwelt vollständig abschließen zu können. Deshalb ordnete man das Verwaltungsgebäude in der Mitte des Geländes an.

Das Unruhigenhaus war völlig getrennt von den anderen Abteilungen. Es bestand aus einer Männer- und Frauenabteilung und war seiner Bestimmung nach zuständig für Tobsüchtige



und Deliranten, für Polizei-, Straf- und Untersuchungsgefängene und für Personen bei denen der Geisteszustand überprüft werden sollte. Es enthielt 5 Isolierzellen, 2 Krankenzimmer und wurden 1906 noch erweitert.

Das Beobachtungshaus für Seuchenverdächtige war durch einen hohen Bretterzaun von der übrigen Anstalt isoliert. Es bot Platz für 100, in Notfällen für 150 Personen. Das Gebäude war aufgeteilt in vier große Schlafsäle, Familien- und Einzelzimmer.

Die Reinigungs- und Desinfektionsanstalt war in der Nähe der Einfahrt untergebracht. Sie war in erster Linie für von der Polizei festgenommene Personen bestimmt, die nach Meinung der Polizei einer körperlichen Reinigung und Desinfektion ihrer Kleidung bedürftig waren. Jeden Morgen wurden sie in Zellenwagen der Polizei von den einzelnen Wachen zur Anstalt gebracht und nach der Prozedur wieder abgeholt. Um die Mittagszeit konnten sich freiwillig meldende Leute (Arbeiter, Schulkinder, Dienstboten) unentgeltlich reinigen lassen. Die Personenreinigung erfolgte durch Dusch- und Wannenbäder; in hartnäckigen Fällen wurden besondere Lösungen angewandt. Während dieser Zeit wurden die Kleidungsstücke desinfiziert und konnten so nach der Reinigungsaktion gleich wieder angezogen werden. Alle Leute die ins Beobachtungshaus kamen, mußten sich dem unterziehen.

Der Krankenvavillon enthielt neben der Aufnahme 3 Männer- und 1 Frauenabteilung mit einer kleinen Entbindungsabteilung. Das Leichenschauhaus und die Anatomie waren in weiteren Gebäuden untergebracht. Hinzu kamen noch einige Funktionsabteilungen, wie Kessel- und Maschinenhaus, Küche, Wäscherei usw.

Der Zweck des Hafenkrankehauses wurde von der Polizei folgendermaßen begründet: „In der Krankenabteilung des HKH werden von den Organen der Polizeibehörde zugeführte, auf der Straße oder an öffentlichen Orten erkrankte, verletzte oder bewußtlose Personen, kranke Obdachlose und Arrestanten, zur Beobachtung des Geisteszustandes eingelieferte tobende Kranke und Deliranten aufgenommen. Außerdem werden die sich freiwillig stellenden und die von Privatpersonen gebracht-

ten Kranken aufgenommen, die sofortiger ärztlicher Hilfe bedürfen und ohne Gefahr für ihre Gesundheit nicht weitertransportiert werden können, dahin gehören namentlich die im Hafen, auf den Schiffen oder auf den Werften verunglückten Personen. Die Entbindungsabteilung ist für dringende geburtshilfliche Fälle bestimmt. Im allgemeinen sollen die Aufgenommenen nur so lange im HKH verbleiben, bis ihr körperliches Befinden eine Überführung in eine andere Anstalt zuläßt.“ Das HKH bestand im ganzen also aus 4 verschiedenen Institutionen:

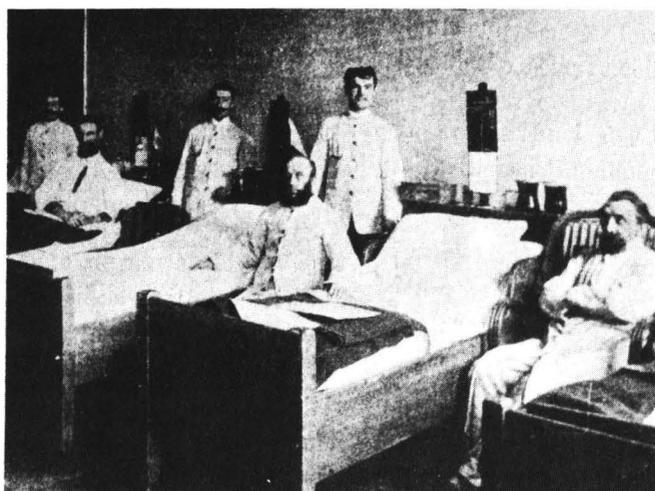
1. Polizeikrankenhaus mit der Desinfektions- und Reinigungsanstalt und dem Unruhigenhaus,
2. Anatomie mit Leichenschauhaus,
3. der später hinzugekommenen Fürsorgestelle für geschlechtskranke Seeleute,
4. Unfallkrankenhaus mit Krankenstationen

Aus der obigen Beschreibung der Polizeibehörde wird deutlich, daß das Polizeikrankenhaus als Sammelstelle für „Asoziale“ und Sortierstelle für die anderen Krankenhäuser diene. Alle Leute, die schmutzig waren oder sich auffällig benahmen, wurden eingefangen und in Sammeltransporten von der Polizei in HKH gebracht. Auf die gleiche Art und Weise waren auch die Bettelvögte vorgegangen, die die aufgegriffenen Leute dann in den Krankenhof transportierten. Man hat also auf die Form der Verwahrung, Aufbewahrung und Aussonderung zurückgegriffen.

Die Doppelrolle des Hafenkrankehauses

Bis 1920 war das HKH offiziell Polizeikrankenhaus und wurde dann der Gesundheitsbehörde unterstellt. Aber auch danach wurden Untersuchungsgefängene und Häftlinge dort weiter untergebracht. Die Entwicklung der Anstalt kann jedoch nicht losgelöst von den Geschehen außerhalb des Hauses verstanden werden. Nach dem Zollanschluß Hamburgs 1878/79 begann man, den Hafen neu zu planen. Die Hafenerweiterungen mit neuen Liegeplätzen, Lagerhäusern und anderen Anlagen hat-

ten die Zerstörung der Wohnstätten der Hafenerbeiterfamilien im Hafengebiet zur Folge. Ende 1883 begann man, die alten Wohnviertel abzureißen. Doch die benachbarten Stadtviertel konnten nicht alle obdachlos gewordenen Menschen fassen, und so wurden die Hafenerbeiter gezwungen in die weiter entfernten Stadtteile Barmbek, Billwerder, Horn usw. zu ziehen. Dadurch kam es zu einer gänzlichen Trennung von Wohn- und Arbeitstätte. Die wesentlich längeren Anfahrtswege von den dezentral gelegenen Stadtteilen veränderten die Lebensgewohnheiten. In den Mittagspausen konnte man nicht nach Hause zum Essen, sondern mußte in den neu eingerichteten Volkskaffeehallen essen. Das „dörfliche Zusammensein“ in den alten Vierteln, die Nachbarschaftshilfen wurden durch die Verteilung auf verschiedene Stadtteile zerstört.



Nachdem die Umsiedlungsaktion abgeschlossen war, ging man nach dem Hafenerbeiterstreik 1896/97 daran, die verbliebenen Arbeiterviertel zu sanieren. In diesen alten Vierteln herrschte ein Wirrwarr von Häusern und Menschen, in denen sich die öffentlichen Organe nur schlecht zurechtfinden, und so macher konnte hier unerkannt entkommen. Auch die Hafenerbeit wurde umorganisiert. Die Unständigkeit der Hafenerbeiter wurde durch die Einrichtung einer zentralen Arbeitsvermittlungsstelle 1906 gebrochen. Durch diese Einrichtung konnten unliebsame Leute leicht ausgefiltert und Arbeitskräfte gezielter eingesetzt werden. Hierdurch kam es zu einer schärferen Trennung von Festangestellten und Unstetigen. Und genau in dieses ganze Geschehen fällt die Errichtung des Hafenerkrankenhauses und erfüllt zunächst eine Doppelrolle: einerseits die der Aufbewahrung und Versorgung von Leuten ohne festes Einkommen, ohne festen Wohnsitz, von Leuten, die nach Zerstörung der alten Wohnviertel nicht in die entfernteren Stadtteile gezogen waren und andererseits die chirurgische Versorgung von Unfallverletzten aus dem Hafen. Es wird also eine deutliche Trennung klar: Zum einen ging es um die Aufbewahrung von unproduktiven unsteten Leuten und andererseits um die schnelle Wiederherstellung von festvermittelten Leuten für den Arbeitsprozeß. Diese Trennung wurde durch die Zerstörung der Wohnzusammenhänge und Entstehung und Ausbau dezentraler Wohnviertel möglich; es handelte sich also um eine Trennung von Wohn- und Arbeitszusammenhängen in der das HKH eine bestimmte Rolle zu erfüllen hatte.

Diese Funktion erfüllte diese Anstalt bis ca. Mitte der 30er Jahre. Dann wurde das Gängeviertel endgültig beseitigt, und die Nazis gingen auf ihre Art und Weise vor, die „Asozialen“ auszumerzen. Und das HKH beschäftigte sich nun fast ausschließlich mit der Reparatur von Arbeitskraft und entwickelte sich zu einem weitbekannten chirurgischen Krankenhaus mit Kapazitäten auf diesem Gebiet. Diese Phase hielt bis Mitte der 60er Jahre an. Im Hafen setzte sich dann eine neue Rationalisierungswelle ein. Es kam zu einer zunehmenden Mechanisierung

durch Container- und Palettensysteme. Zwischen 1965 und 1972 ging die Zahl der Hafenerbeiter um 28% zurück. Die Einstellungsmöglichkeiten für die Unstetigen verschlechterten sich erheblich. Das Hafenerkrankenhause übernahm nun zunehmend die Versorgung von Leuten ohne festen Wohnsitz und ohne festes Einkommen und von Leuten aus dem Stadtteil St. Pauli. Und die Unfallverletzten wurden vermehrt in das 1971 fertiggestellte uns schon Anfang der 60er Jahre geplante Hochleistungs-Krankenhaus in Altona gebracht. Dies ist ein Krankenhaus, das nach modernsten Gesichtspunkten der Medizin errichtet, mit technischen Einrichtungen ausgestattet wurde, die das Tempo der Durchschleusung von Patienten erheblich beschleunigen und das damit besser ausgenutzt werden kann und billiger arbeitet als ältere Häuser. Ein Krankenhaus, in dem sich alles unter einem Dach befindet, in dem keine Fenster zu öffnen sind und deshalb Klimaanlage betrieben werden müssen. Im Ak Altona mußten zunächst Fußspuren auf den Boden gezeichnet werden, damit Besucher und Patienten wieder herausfinden. In den meisten Räumen muß mit künstlichem Licht gearbeitet werden. Die Wiederherstellung der Arbeitskraft ist fabrikmäßig organisiert und menschliche Regungen wirken wie Fremdkörper. Für Patienten, die einer längerfristigen Pflege bedürftig sind, ist in diesem durchrationalisierten Krankenhaus kein Platz. Das heißt: das Allgemeine Krankenhaus Altona schließt schnell durch und sortiert in andere Institutionen wie z.B. Pflegeheime, Altenheime usw. aus.

Das Hafenerkrankenhause wurde in den 70er Jahren verkleinert; es hat heute knapp über 100 Betten und die Schließungsräume reißen nicht ab. Zunächst war noch im Gespräch im Hafenerkrankenhause eine Sozialstation einzurichten. Dieses ist jedoch bis heute noch nicht geschehen und es ist zu vermuten, daß diese Einrichtung in dem neuen Stadtteil St. Pauli, der zum Ort des citynahen Wohnens mit sozialer Durchmischung der Bevölkerung modernisiert wird, überflüssig wäre.

Bislang ist es noch so, daß das HKH in St. Pauli zum größten Teil für die „Problempatienten“ dieses Stadtteils, für die touristischen Schnapsleichen, für die Reparatur „unproduktiver Leute“ und nur zum geringen Teil mit der Reparatur „produktiver Arbeitskraft“ betraut wird, während das Großkrankenhaus in Altona für die schnellere und lohnendere Reparatur und die Aussonderung von Leuten in andere Institutionen zuständig ist.

Literatur zu diesem Thema:

- Appert, B.: Hamburg, seine Gefängnisse und Hospitäler, Hamburg 1850
 Armenkollegium Hamburg (Hrsg.): Hamburgs wohlthätige Einwohner, Hamburg 1839
 Armenkollegium Hamburg (Hrsg.): Zur Erinnerung an das hundertjährige Bestehen der Armenanstalt in Hamburg
 Brand, Martin: Die Bestrebungen der Hamburgischen Armenanstalt von 1788 zur Erziehung der Armenbevölkerung, Ein Beitrag zur Geschichte der Industrieschule, Hamburg 1937
 Broucker, Paul: Was uns das Gängeviertel erzählt, Hamburg 1910
 Gernet, Herrmann Gustav: Die Durchbrechung des Gängeviertels Hamburg 1865
 Das Hafenerkrankenhause von 1900-1975, Festschrift zum 75jährigen Bestehen
 Kraus, Antje: Die Unterschichten Hamburgs in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, Stuttgart 1965
 Kreßin, Arthur: Die Entstehung der Hamburger Krankenanstalten Hamburg 1959
 Lackemann, L.: Die Geschichte des Hamburgischen Armentschulwesens von 1815-1871, Hamburg 1910
 MacElwée, Roy Samuel: Wesen und Entwicklung der Hamburger Hafenbaupolitik, Hamburg 1917
 Martens, Andreas Ehrenfried: Das Hamburgische Kurhaus, Hamburg 1822
 Polizeibehörde Hamburg: Das Hafenerkrankenhause, Hamburg 1904
 Rodegra, Heinz: Vom Krankenhaus zum Allgemeinen Krankenhaus, Münster 1977
 Sieveking, Hermann G.: Zur Baugeschichte des Pesthofes in Hamburg, in: HGH Nr. 3/1940
 Sieveking, Hermann G.: Zur Verwaltung des Pesthofes in Hamburg, in: HGH Nr. 4/1940
 von Voght, Caspar: Über die Entwicklung der Hamburgischen Armenanstalt von 1788, Hamburg
 von Voght, Caspar: Gesammeltes aus der Geschichte der Hamburgischen Armenanstalt während seiner 50jährigen Dauer, Hamburg 1883
 Wichmann: Der Hamburger Berg, Hamburg 1879

Ilona Bauer

Die Zerstörung des Gängeviertels

Ein Versuch, Hamburger Hafenarbeiter über ihre Wohnungen zu kontrollieren.

Im folgenden kurzen Beitrag wird die Sanierung eines Teils der Hamburger Gängeviertel in der Neustadt 1933/34 nicht ausführlich mit allen Einzelheiten dargestellt. Es ging vielmehr darum, anhand einiger Belege und Zitate, Thesen zu entwickeln, über die gesellschaftspolitischen Implikationen einer Sanierung, die sich nicht nur auf die Beseitigung schlechter Bausubstanz und menschenwürdiger Wohnungen bezieht. Eine ausführliche Dokumentation der Vorgänge im Gängeviertel bleibt einer Untersuchung vorbehalten, die sich mit dem wohnungspolitischen Konzept der Nationalsozialisten insgesamt beschäftigt, einer Untersuchung, die nach der Veröffentlichung der Arbeit von T. Mason 'Arbeiterklasse und Volksgemeinschaft, Dokumente und Materialien zur deutschen Arbeiterpolitik 1936-39' dringend ansteht.

Bestimmendes Merkmal für die Entwicklung des Wohnungsmarktes in Hamburg in den ersten beiden Jahren nach der Machtergreifung durch die Nationalsozialisten war eine fast vollständig stagnierende Wohnbauproduktion und – trotz umfangreicher Wohnungsteilungen – ein vergleichsweise niedriger Reinzugang an Wohnungen. Die Zahl der neugebauten Wohnungen erreichte nicht einmal 1/10 des Jahresdurchschnitts der 'Boomjahre' von 1929-1931. Die Zahl der Neuzugänge setzte sich vor allem zusammen aus Kleinsiedlerstellen, die 1932 begonnen und in den Jahren 1933/34 fertiggestellt wurden, sowie Einfamilien- und Kleinhäuser, die allerdings kaum für die Versorgung der Masse der Bevölkerung da gewesen sein dürften, denn 1934 enthielten 60% aller Einfamilien- und Kleinhäuser 5 und mehr Wohnräume.¹⁾

Der Bestand an billigen Wohnungen wurde durch die 'bahnbrechenden' Abrucharbeiten im Gängeviertel der Neustadt noch weiter reduziert.²⁾ Bereits kurz nach der Machtergreifung war mit dem Abriß der Wohnungen begonnen worden, ohne daß die Planung und Finanzierung der Neubebauung gesichert war. Langfristig sollten in der Neustadt etwa 400 Wohnhäuser abgebrochen werden; dadurch würden 12 500 Menschen ihre Wohnung verlieren.³⁾ Der erste Bau- bzw. Abbruchabschnitt 1933/34 erfaßte 915 Wohnungen und mindestens 2 000 Bewohner des Gängeviertels.⁴⁾

Für die Sanierungsarbeiten sollten weitgehend Pflichtarbeiter im Rahmen des Reichsarbeitsdienstes herangezogen werden; hierdurch konnten die Arbeitslosenziffern gedrückt und erhebliche Summen an Erwerbslosenunterstützung eingespart werden.⁵⁾

Am 1. Oktober 1935 war der erste Bauabschnitt des 'Bauvereins zu Hamburg', neben verschiedenen Baugenossenschaften einer der Bauträger, abgeschlossen. Der Bauverein stellte andere Projekte „zugunsten einer möglichst starken Beteiligung am Wiederaufbau des Sanierungsgebietes“ zurück. „Dem Bauverein schien die Wiederbebauung des dort freigelegten Geländes mit Kleinwohnungen im Interesse der hafenaarbeitsgebundenen Bevölkerung am vordringlichsten zu sein. Die Erfahrungen beweisen deutlich, daß in der Nähe des Hafens eine starke Nachfrage nach Kleinwohnungen besteht.“⁶⁾

Die hervorragende Bedeutung, die dieser Neubebauung zukam, wurde ebenso in der besonderen Subventionsbereitschaft des hamburgischen Staates deutlich. Von der Gesamtsumme von 11,2 Mill. RM, die dem Hamburger Staat für Neubauinvestition aus Hauszinssteuerrückflüssen der Jahre 1936/37/38 zur Verfügung stehen sollten, waren bereits im voraus 6 Mill. RM

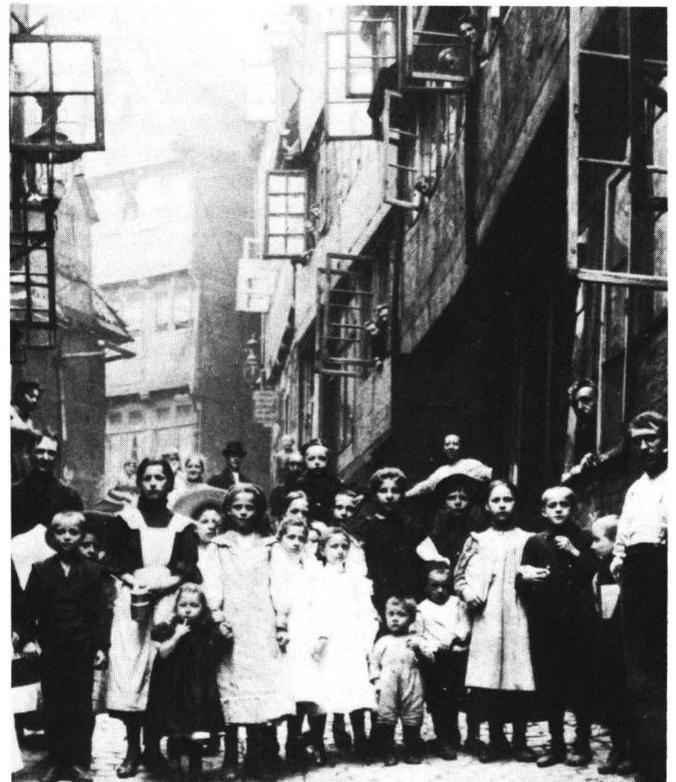
für den 'Wiederaufbau' des Gängeviertels verplant.⁷⁾ 4,5 Mill RM waren bis 1939 als Verlustsumme abgeschrieben, da „Hamburg den Wiederveräußerungspreis ... auf Grund des Wohnungsmietpreises, den es für die hier in Betracht kommenden Mieterschaft noch für erträglich hielt“⁸⁾ berechnete. Dies waren 10,50 RM/qm Wohnfläche im Jahr, bzw. 37,50 RM Miete im Monat. Die Stadt Hamburg hatte 1933/34 65,- RM für einen Quadratmeter bezahlt, der durchschnittliche Verkaufspreis betrug jetzt ca. 46,- RM, außerdem wurden 50% der gesamten Fläche als Bauland wieder verkauft, die andere Hälfte blieb öffentlichen Freiflächen vorbehalten.

Die ersten 50 Wohnungen des ersten, genauso wie die folgenden 108 des 2. und 3. Abschnitts, zeichneten sich durch gute Ausstattung aus, was – angesichts der durchschnittlichen Ausstattung von Arbeiterwohnungen – dafür spricht, daß die Sanierung des Gängeviertels für die Nazis von besonderer Bedeutung gewesen sein muß. Die Zweizimmerwohnungen mit Küche, Speisekammer, Bad, WC sowie zusätzlichem Balkon hatten eine durchschnittliche Wohnfläche von 46,5 qm. Die Baukosten einer solchen Wohnung waren mit 6 468,- RM entsprechend hoch, doch waren die Mieten daran gemessen mit 41,60 RM vergleichsweise gering.

Die Anzahl der abgerissenen Wohnungen dürfte insgesamt mindestens 2 500 betragen haben, die in den 3 Bauabschnitten neu erstellten ca. 500 Wohnungen kam Korntträgergang und Rademacherang konnten diese der Anzahl nach nicht annähernd ersetzen.

Die Dringlichkeit der Durchführung der Sanierung und die hohen Verluste der Stadt weisen ebenfalls auf eine besondere Bedeutung dieses Projektes hin.

Die Nationalsozialisten vertraten in ihrem Programm zur Wohnungs- und Siedlungspolitik vor allem die Gedanken der Seßhaftmachung, der Verbindung von Blut und Boden. Zentrales



Gängeviertel, Großer Bäckerang 1902

Instrument sollte die Einrichtung von Kleinsiedlerstellen auf dem Lande sein. Für die Großstädte war das Schlagwort: Auflockerung. „Die Auflockerung der Großstädte, die Wiederbodenständig- und Selbsthaftmachung der Bevölkerung, eine der größten bevölkerungspolitischen Aufgaben des Dritten Reichs, die Erlösung aus dem Großstadtelend und die Schaffung gesunder Lebensbedingungen, besonders für die heranwachsende Generation, wird zur unabwiesbaren Pflicht für eine volksbewusste Reichsregierung.“⁽⁹⁾ Die grundlegenden Gedanken der 'Selbsthaftmachung' waren jedoch keine Erfindung der Nazis. Schon gegen Ende des 19. Jahrhunderts entwickelten Wohnungs- und Sozialreformer Vorstellungen zur Lösung der Wohnungsfrage, die ebenfalls auf eine Ansiedlung der Arbeiter auf eigener Scholle abzielte, so beispielsweise die Kriegerheimstättenbewegung, die unter dem Vorsitz Damaschkes aus dem Bund deutscher Bodenreformer hervorgingen, und die durch Ansiedlung der Kriegsheimkehrer auf eigenem Grund und Boden oppositionelle Strömungen eindämmen sollte. In der Zielsetzung unverändert – lediglich in neue, dem nationalsozialistischen Vokabular entnommene Worte gekleidet – übernahm die Regierung 1933 die tradierten Ideen der Bodenreformbewegung und verknüpfte sie mit ihrem gesellschaftspolitischen Konzept der 'Volksgemeinschaft'. Dazu zählte auf dem Lande das Bestreben, „das ganze deutsche Volk in einer wahren Gemeinschaft auf den deutschen Boden zurückzuführen.“⁽¹⁰⁾ In der Stadt dagegen galt es, „die Brutstätten des Marxismus zu zerstören, indem wir die Altstadt sanieren und die Altquartiere und die Großstädte als solche auflockern.“⁽¹¹⁾

Gerade diese von Feder so freimütig erklärte Absicht der Sanierungen hat in Hamburg Paradedfall-Charakter. Hamburg konnte wegen seiner ökonomischen Struktur und seiner geopolitischen Lage keine umfangreichen Kleinsiedlerprojekte durchführen. So berichtet Oberbaudirektor Köster, „... hat der Herr Regierende Bürgermeister mich wissen lassen, daß er im weitgehendsten Maße die Durchführung von Eigenheimsiedlungen, und zwar unter Schonung des hamburgischen Stadtgebietes wünsche. Ich habe zwar damals sofort darauf hingewiesen, daß die Ansiedlung hamburgischer Bürger in benachbarten preußischen Landgemeinden nicht möglich sei ...“; ferner wird „der vorhandene und künftige Wohnungsbedarf so groß sein, daß er

bei weitem nicht durch weiträumige Siedlungen in Form von vorstädtischen Kleinsiedlungen, die vom nächsten Jahre ab auch in Hamburg nur noch für Kurzarbeiter und nicht mehr für Erwerbslose gebaut werden dürfen, und durch Eigenheimsiedlungen befriedigt werden kann.“⁽¹²⁾

Konnte Hamburg dem Reich nicht mit einer beispielhaften Errichtung von Kleinsiedlungen dienen, so war die Sanierung des Gängeviertels immerhin so beispielhaft, daß sie auf den Reichswohnungskonferenzen mehrfach lobend diskutiert wurde. Demonstrierte sie doch den 'Umgang' mit 'lichtscheuen Elementen'.

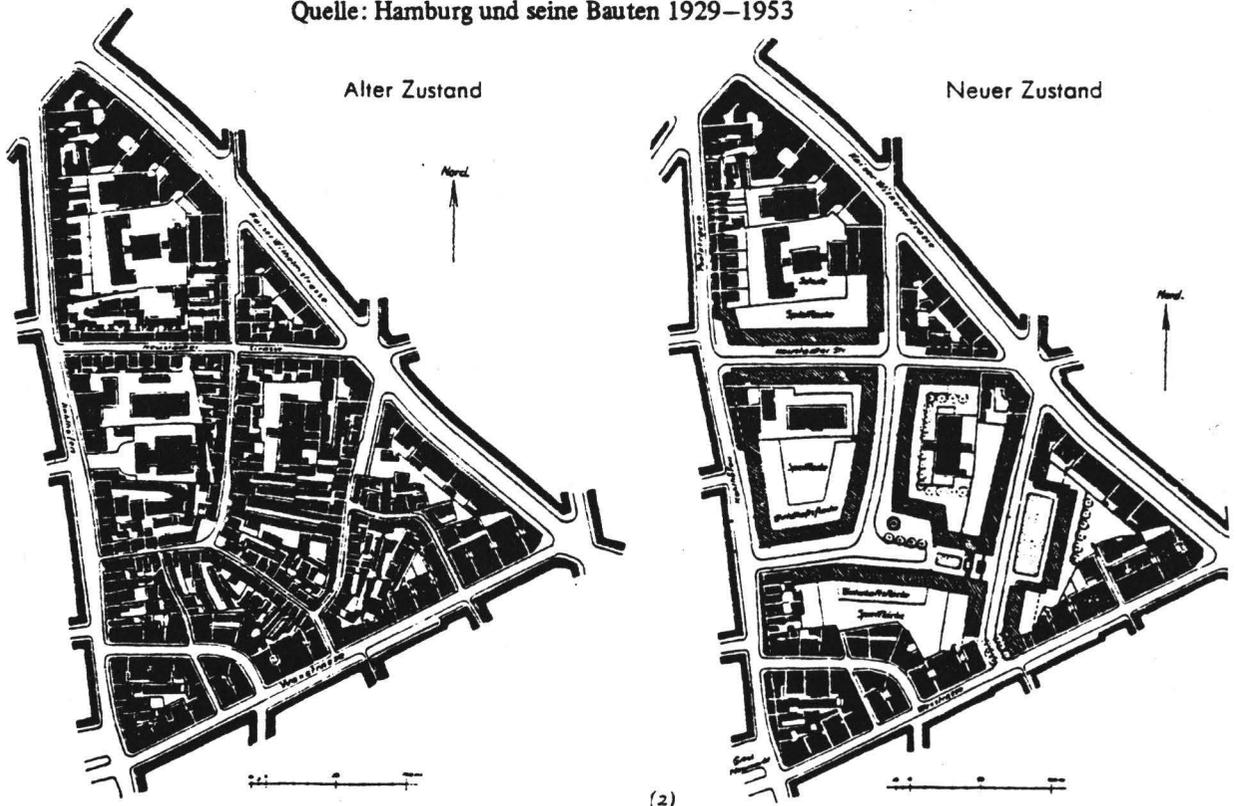
Während der Weltwirtschaftskrise hatten sich „in den dumpfen Terrassen und den Höhlen das Gängeviertel ... die Menschen wie nach der Novemberrevolte zusammengerotet“.⁽¹³⁾ Deshalb galt es als „sozialer, politischer und hygienischer Gefahrenherd erster Ordnung“⁽¹⁴⁾, denn „besonders seit dem Erstarken der nationalsozialistischen Bewegung spielten sich dort ständig Kämpfe ab.“⁽¹⁵⁾

Nach der Machtergreifung war der Stadtteil das Ziel zahlreicher Polizeiaktionen. „Die Polizei hatte am Donnerstagnachmittag gegen 15 Uhr eine große Razzia im Hamburger Gängeviertel begonnen. Mehrere Hundert Beamte sind damit beschäftigt, Haussuchungen nach Waffen und Material vorzunehmen und kommunistische Transparente und Parteifahnen zu entfernen. Auch wurde nach bisher noch nicht ermittelten kommunistischen Parteifunktionären gesucht ...“⁽¹⁶⁾

Am Tage der Machtergreifung waren Hamburger Hafendarbeiter und Seeleute geschlossen in den Streik getreten.⁽¹⁷⁾

Im Hamburger Gängeviertel lebte noch ein Teil der Hafendarbeiter. Der größere Teil war bereits in vorangegangenen Sanierungen in andere Stadtteile verdrängt worden. Die Bewohner des Gängeviertels lebten in alten baufälligen Gebäuden und sehr eng. Während der Weltwirtschaftskrise hatten brot- und obdachlose Arbeitslose hier ein Unterkommen gefunden. Wenn gleich alte Beschreibungen der Wohnungen sogar deren architektonische Vorzüge hervorheben, so sind die Wohnungen doch klein, feucht und dunkel. „Im Kornträgergang ist ... das Haus Nr. 58 bemerkenswert, ein außen bescheidener Fach-

Sanierung der Neustadt zu Hamburg
Quelle: Hamburg und seine Bauten 1929–1953





„Mit großer Entschlußkraft ist Hamburg in den letzten Jahren dem in sich verschachtelten Gängeviertel zu Leibe gegangen, eine Großtat auf dem Gebiet der Stadtsanierung. Gesunde Wohnhäuser, Plätze und breite Straßen sind entstanden, wo Licht und Luft fehlten, Elend und Unterwelt unausrottbar schienen.“

werkbau, der seines verhältnismäßig hohen Erdgeschosses wegen auffällt. Zu Diele führt von der Straße eine einfache, aber ansprechende Barocktür ... Von der ... Diele gelangt man nach hinten in ein aufgetreptes kleines Zimmer, unter dem kellerartig die ebenfalls recht niedrige Küche liegt.“¹⁸⁾

Die Stellungnahmen der an der Sanierung maßgeblich Beteiligten lassen aber erkennen, daß es weniger um die Verbesserung schlechter Wohnbedingungen ging, als vielmehr um die Zerstörung eines nicht durchdringbaren Lebenszusammenhanges von Menschen, die Widerstand leisteten. Es ging den Nazis um die Beseitigung eines „Schlupfwinkels für Verbrechen, Prostitution und lichtscheues Gesindel“, einer Brutstätte des Kommunismusses“.¹⁹⁾

So bejubelt die Baupolizei die Änderung des Enteignungsgesetzes durch den Senat, womit die Grundlage für die Durchführung der Sanierung geschaffen wurde. Heftig kritisiert wird der „von Herrn Baudirektor Köster vertretene Standpunkt, daß die Sanierung in der Weise durchgeführt werden müsse, daß alle noch einigermaßen brauchbaren Gebäude erhalten werden müßten ... Zwar würde ein solches Vorgehen zur Zeit den Staat weniger belasten, nicht aber wäre es in Einklang zu bringen mit dem Gedanken, hier ein vorbildliches Werk nationalsozialistischen Wollens zu schaffen.“²⁰⁾

Dieser Paradedfall nationalsozialistischer Wohnungspolitik ist wohl Ausdruck der wohnungspolitischen Programme. Er ist aber nicht paradigmatisch für die gesamte Wohnungspolitik der Nazis. Köster hatte früh erkannt, daß in der Großstadt Wohnungen für die dort beschäftigten Arbeiter gebaut werden müssen. Auf diese Linie drehte sich die Politik ab 1935 insgesamt. Immer mehr Kleinwohnungen in der Stadt wurden gefördert. Mit dem Vierjahresplan wurden die 'Arbeiterwohnstätten' zu einer wichtigen Achse der Industrieansiedlungspolitik. Später wurde der Bau billiger, relativ guter Wohnungen sogar als sozialpolitisches Zugeständnis eingesetzt, als besonderes die Metallarbeiter ihre Forderungen nach besseren Arbeits- und Lebensbedingungen mit immer drastischeren Methoden durchzusetzen versuchten.

Die monatlichen Berichte der Reichstreuhand der Arbeit beschäftigten sich fast ausschließlich mit den Problemen der ständigen Lohnforderungen, der hohen Quote beim Arbeitsplatzwechsel und der mangelnden Arbeitsmoral. In einer Begründung zum Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Regelung des Arbeitseinsatzes aus dem Jahre 1936 hieß es: „Infolge der starken Belebung der deutschen Wirtschaft ist im Baugewerbe, in der Baustoffindustrie und in der Metallindustrie ein empfindlicher Mangel an Facharbeitern eingetreten ... dieser Mangel an Arbeitskräften hat zahlreiche unerwünschte Begleiterscheinungen wirtschaftlicher und sozialer Art gekennzeichnet ... Das Ausmaß der Lohnsteigerungen ist beträchtlich. Es wird selbst das dreifache der tariflichen Mindestlöhne gewährt ... Auf Betriebsverbundenheit und Arbeitsmoral wirken die geschilderten Verhältnisse höchst nachteilig ein. Der häufige und unregelmäßige Wechsel der Arbeitsstellen ruft Unruhe in den Betrieben hervor. In vielen Fällen werden die Arbeitsstellen unter Kontraktbruch verlassen, oder die Entlassung wird durch undiszipliniertes Verhalten oder unzulängliche Arbeitsleistung herausgefordert. Auch Streikversuche der begünstigten Arbeitskategorien (zur Erzielung weiterer Lohnsteigerungen) bilden leider keine Ausnahme mehr.“²¹⁾

In Hamburg gab es auf den Werften Unruhe. Ein Beispiel dafür ist die Aktion der Arbeiter von Blohm & Voss, die 1939 ihre Kollegen per Flugblatt aufforderten: „Wir alle sind des ewigen Opfers müde. In allen Werftkollegen an der Wasserkante regt sich der Widerstand gegen die gesteigerte Ausbeutung ... Acht Stunden – genug geschunden! Wie der Lohn – so die Leistung! Langsamer arbeiten!“²²⁾

Wenig später, im Verlaufe der Jahre 1939/40, wurden in Hamburg-Finkenwärder Wohnungen mit verlorenen Zuschüssen der Werften, auch von Blohm & Voss, gebaut. Diese Wohnungen waren für die damaligen Verhältnisse recht gut ausgestattet und dabei relativ preiswert. Sie wurde überwiegend von Werftarbeitern bezogen.

Die Vermutung liegt nahe, daß diese Wohnungen, die im übrigen ebenso 'sauber und ordentlich waren, wie die Neubauten des abgerissenen Gängeviertels, in übersichtliche Zeilen ge-

ordnet, Mittel gewesen sind, die qualifizierte Facharbeiterschaft 'bei der Stange zu halten'. Neben diesen für die Rüstungsproduktion unbedingt notwendigen Facharbeitern gab es eine große Anzahl unqualifizierter Fremdarbeiter, deren 'Wohnungen' Baracken und Konzentrationslager waren. Wenn wir uns ein Bild von der Gesamtheit nationalsozialistischer Wohnungspolitik machen wollen, müssen wir beide Arten der 'Unterbringung' betrachten: relativ gut ausgestattete, billige Wohnungen auf der einen Seite im Sinne eines sozialpolitischen Zugeständnisses, Kasernierung und Repression auf der anderen.

Die Sanierung 1933/34 war nicht die erste im Gängeviertel. Zuvor waren bereits weite Teile der Hamburger Alt- und Neustadt im Zuge der Hafenerweiterung, nach dem Hafenerbeiterstreik, der Cholera und auch durch den großen Brand von 1842 zerstört worden.²³⁾ Teilweise waren auch Wohnhäuser neu errichtet, aber im Zuge der nächsten Sanierungswelle wieder beseitigt worden. „Ein Teil der nach dem großen Brand sowie in der Wexstraße und Kaiser-Wilhelm-Straße errichteten Häuser sind bereits bei den späteren Sanierungen wieder abgebrochen worden oder werden abgebrochen werden müssen.“²⁴⁾

Die Frage nach Ersatzwohnungen taucht zum ersten Male in einem Bericht der Kommission zur Sanierung nach der Cholerazeit auf. Das Ergebnis der Diskussion darum fand seinen Ausdruck in dem Erlass eines Wohnungspflegegesetzes. Der Auftrag, der dann an die Sanierungskommission gegeben wurde, lautete: „Vorschläge zu machen in Betreff von Maßregeln, durch welche ungesunde Wohnungen beseitigt werden und für den Aufbau gesunder Wohnungen, thunlichst für dieselben Bevölkerungsklassen, welche in den betreffenden Gegenden ansässig sind, erforderlichen Falls unter Aufwendung entsprechender Opfer von Seiten der Staatscasse Sorge getragen wird.“²⁵⁾

Bei der Sanierung zwecks Bau der Hoch- und U-Bahn waren diese Vorsätze aber bereits wieder vergessen worden. „Für die Bereitstellung besonderer Ersatzwohnungen wurde keine Sorge getragen. Das war nicht nötig, weil beim Wiederaufbau keine neuen Wohnhäuser sondern moderne Geschäftshäuser errichtet werden sollten.“²⁶⁾

Vielleicht ist gerade die Wiederbebauung mit relativ billigen Wohnungen bei der Gängeviertel-Sanierung das, was für die Nazis den Paradefall abrundet. „Da das Gebiet früher zum gro-

ßen Teil, ähnlich wie der erste Sanierungsabschnitt, von Hafenerarbeitern und Arbeitnehmern, die in der Nähe des Hafens ihre Betriebsstätte hatten, bewohnt wurde, ist vorgesehen, daß beim Wiederaufbau billige Wohnungen für die erwerbstätige Bevölkerung zu schaffen sind mit Wohnungsmieten nicht über 40 RM.“²⁷⁾ Dieses Ziel wurde erreicht, die Mieten lagen knapp über 40 RM und sind wahrscheinlich von Facharbeitern, zumindest aus der Metallbranche, bezahlt worden.

Was entstanden war, war ein Wohngebiet, sauber und ordentlich, mit Grünflächen, leicht zu überblicken. Ein Ort, wo kein Platz mehr ist für einen erheblichen Teil der Bewohner des alten Gängeviertels, über deren Verbleib wir nichts wissen.

- 1) Vgl. aus Hamburgs Verwaltung und Wirtschaft Nr. 6, 1935, S. 105f
- 2) Vgl. Noack, V., Umgestaltung des Gängeviertels in Hamburg in: Bauen, Siedeln, Wohnen Nr. 23/24, 1934, S. 390
- 3) Vgl. Völkischer Beobachter (Berlin), 25.5.1933
- 4) Vgl. Noack, a.a.o. Dieses Ergebnis wurde selbst von offizieller Stelle als Bruchteil der tatsächlichen Zahl bezeichnet, zumal hierin Kinder nicht erfaßt waren.
- 5) Vgl. Mahler, A., Abruch des Gängeviertels, in: Bauwelt 19/1933 S. 527
- 6) Vgl. Spörhase, R., Wohnungsbauunternehmen im Wandel der Zeit Hamburg 1946
- 7) Vgl. Staatsarchiv Hamburg, Finanzdeputation VD16lc2a11
- 8) Vgl. Noack, V., a.a.o. S. 393
- 9) Feder, G., Das deutsche Siedlungswerk, in: A. Teut, Architektur im Dritten Reich, Ffm, Berlin 1967
- 10) Vgl. Ludowici, Verwurzelung des Arbeiters mit dem Boden in: A. Teut, a.a.o.
- 11) Feder, G., Rede auf der Reichswohnungskonferenz in München, 1934, in: Staatsarchiv, Baudeputation B 156
- 12) Vgl. Staatsarchiv HH, Verwaltung f. Wirtschaft, Technik und Arbeit II 18
- 13) Lahaine, L. Hamburg, Das deutsche Tor zur Welt, Hamburg 1936, S. 188
- 14) Vgl. Stürzenacker, Sanierung Hamburg, in: Soziale Praxis 30/1933, S. 916
- 15) Vgl. Piegler, W., Baulicher Luftschutz beim Wiederaufbau eines alten Stadtteils in Hamburg, in: Bauwelt 17/1937 S. 384
- 16) Vgl. Hamurger Tageblatt v. 3.3.1933 in G. Meyer, Nacht über Hamburg, Berichte und Dokumente 1933-39, Frankfurt/M. 1971, S.275
- 17) Vgl. Meyer, a.a.o.
- 18) Vgl. Melhop, Alt-Hamburgische Bauweise, Hamburg, S. 361
- 19) Vgl. Staatsarchiv B 370
- 20) Vgl. Hellwag, Dr. Baupolizei, Bericht über den Stand der Sanierung der Neustadt, 31.8.1933, Staatsarchiv HH, Verw. f. Wirtschaft, Technik und Arbeit II 18
- 21) Vgl. Mason, T., Arbeiterklasse und Volksgemeinschaft, Opladen 1975, S. 198
- 22) Vgl. U. Hochmut, G. Meyer, Streiflichter aus dem Hamburger Widerstand 1933-45, Ffm 1969, S. 530
- 23) Baudeputation B 370
- 24) ebenda
- 25) Vgl. Artikel von Ilona Bauer „Krankenanstalten als Ort der sozialen Aufbewahrung im 19. Jahrhundert am Beispiel Hamburg“, in diesem Heft
- 26) Staatsarchiv HH, Baudeputation B 370
- 27) ebenda

Elke Pahl

Das Hamburger Gängeviertel soll sterben

IM HAUPTQUARTIER DER AKTION

Im vierten Stock des Hauses der Baupolizei Hamburg liegt das Büro des Oberbaurats Thode. Hier befindet sich gewissermaßen das Hauptquartier für den Feldzug gegen das Gängeviertel, das seinen letzten Tagen entgegengeht.

In einer längeren Unterredung setzte Oberbau- rat Thode noch einmal die Gründe für die Einleitung der großen Aktion auseinander. Der oberste Gesichtspunkt für den Plan zum Abriß des Gängeviertels bildet wohl die soziale Lage dieser Siedlung, die einzigartig ist in ihrer Trostlosigkeit. Es muß dabei betont werden, daß trotz der großen Zahl von dunklen Existenzen, die sich im Schatten dieses Elends ansiedelten, der größte Teil der Bevölkerung des Gängeviertels sich aus anständigen Menschen zusammensetzt. Im Interesse des Volkes aber ist es notwendig, daß man diese Tausende nicht dem Fäulnisprozeß überläßt, sondern sie herausreißt aus dem Sumpf, auf neuen Boden verpflanzt und sie zur wahren Volksgemeinschaft zurückführt.

DER PLAN

Das Aktionsprogramm ist außerordentlich großzügig. Es handelt sich bei dem zu bearbeitenden Gebiet um Hamburgs ältesten Stadtteil, um 165 Grundstücke und 400 Häuser, die abgerissen werden müssen. 12 000 Menschen ungefähr werden eine neue Heimat erhalten.

Die neuen Häuser selbst sollen zwar im einheitlichen Stil entstehen, aber deutlicher und freundlicher ausgeführt werden. Man will auf jeden Fall kalte, nüchterne Mietskasernen mit abgründigen Hinterhöfen vermeiden und zu diesem Zweck nur zweistöckige Bauten mit Steildach ausführen. Auch will man nicht versäumen, Anklänge an die alte Romantik herbeizuführen und z. B. nur eine breite Verkehrsstraße schaffen.

Die Arbeiten werden mit dem größten Nachdruck durchgeführt, die Auflockerungsarbeiten haben bereits begonnen. In acht Wochen soll der erste Neubau beginnen.

IN DEN GÄNGEN

Wir haben uns auf den Weg gemacht. Ein Kommissar der Baupolizei begleitet uns und verschafft uns Einblick in die Verhältnisse des Viertels. Wir sind von der Hauptstraße abgewichen, eine kleine Gasse nimmt uns auf. Alte Fachwerkbauten mit merkwürdig eingesunkenen "Brustkörben", mit schrägen Fenstern und noch schrägeren Dächern. Manchmal neigen sich die Häuser gefährlich nach hinten und sind in jedem Winkelchen gestützt und mit Eisenträgern zusammengehalten. Der Stahl ist das einzige Feste inmitten der Flucht der Materie, die sich beängstigend rasch auflöst und verstellt.

Allmählich sind wir in die Gänge gekommen. Rademacher-, Bäcker-, Breiter-, Schnittger-, Amidamacher-, Ebräer Gang, lauter der Polizei gut bekannte Namen. Manchmal, in diesen Gängen, verliert man den Blick auf den Himmel, die Häuser werden nach oben zu breiter, bis sich die Dächer am Ende überschatten und so den Blick aufhalten. Wir schauen in die vielen dunklen Höfe mit schiefem holprigem Pflaster wo spärliche ... unter noch spärlicheren Sonnenstrahlen gedeiht. Wäscheleinen spannen sich von Haus zu Haus, im frischen Wind flattern die Kleidungsstücke, Hemden und Hosen, Strümpfe und Taschentücher und geben dem Ganzen ein seltsames Bild. Dazwischen aber immer Menschen, ein buntes Amei-

sengewimmel, Seeleute vor allem, Hafenarbeiter, Straßendirnen und viele Kinder, die hier so völlig sorglos in den Tag leben und in ihrem Spiel die fürchterlich schwarzen Schlagschatten, die sich bereits drohend über ihr Leben werfen, nicht bemerken --- schon um dieser Kinder willen, dieser kleinen Mädchen mit ihren lustigen Hängezöpfen, dieser Jungen mit den frechen Stupsnasen, muß hier eingegriffen werden --- sie müssen alle heraus aus diesem Sumpf, ihnen soll das Schicksal erspart bleiben, Dirnen und Zuhälter zu werden.

DIE POLIZEI HAT SCHWIERIGE ARBEIT

Je tiefer wir in die Gänge vorgehen, desto eingesunkener werden die Häuser. Wir kommen durch niedrige, gedeckte Durchlässe, die nur eine Breite von 65 Zentimetern aufweisen. Alle diese Straßenschläuche münden auf ein Grundstück, das seinerseits wieder ein Dutzend Nebenausgänge besitzt. Man kann es hier im Zentrum des Viertels nur zu gut verstehen, wie schwierig die Razzien der Polizei sein müssen, wie schnell sich ein paar Hundert Polizisten verloren hatten in diesem Gewirr, so daß auch noch nicht ein Zehntel aller Schlupfwinkel umstellt werden konnte. Die Unterwelt hatte immer noch einen Ausgang! Hier und da liegen auch kleine Gärten inmitten des Labyrinths, scharf hebt sich das Grün heraus, das Weiß der Kastanienkerzen schimmert über den dunklen Fachwerkbauten. Es ist so merkwürdig -- der Gedanke, daß hier so unermeßliche romantische Werte schlummern, trotz dieses entsetzlichen Elends, läßt den Beschauer nicht zu Ruhe kommen.

DIE TOTEN MÜSSEN DURCHS FENL FENSTER

Schon diese Treppen, diese steilen knarrenden, ins Schwarze, Ungewisse führenden Stufen, die ausgetreten sind von tausend schweren Stiefeln, diese Fenster, diese Stuben, in denen oft schwacher Kerzenschein glimmt oder die grünen Augen einer Katze lodern. Aus solchen Häusern kann kein Sarg die Treppen hinuntergetragen werden, durch das Fenster muß der Tote, deshalb ist der Mittelbalken eines jeden Fensters herauszunehmen, dann wird der Sarg mit starken Seilen heruntergelassen auf die Gasse. Man denkt an die Pest, an die Cholera in Hamburg. Käme sie heute, sie würde dieselben Opfer fordern, denn die Verhältnisse haben sich nicht geändert. Fürchterlich muß sich eine solche Seuche innerhalb kürzester Zeit ausbreiten.

In all diesen schiefen wankenden Gebäuden, in jenen Zimmerlöchern, leben bis zu sieben Menschen, durcheinander gewürfelt, jung und alt, krank und gesund -- menschenunwürdig ..

Es ist unglaublich, wieviele schwarze Katzen hier in diesen Gängen laufen, hinter jedem Fenster schauen grüne Augen hervor. Hundertmal wird unser Weg von diesen Tieren gekreuzt -, hier ist es nichts für Abergläubige.

Es liegen schwere Regenwolken über Hamburg. Ein Südwind peitscht Strichregen über die Gänge. Wir gehen weiter. Ungezählte Höfe haben wir schon durchschritten, hätten wir keinen Führer, längst wäre es aus mit der Orientierung. Nun kommen wir am sogenannten "Wattehof" vorüber, ein verfallenes, rußgeschwärztes Gebäude mit eingesunkenen Wänden - vor 200 Jahren war hier die einzige Stelle in Deutschland, an der Watte hergestellt wurde.

BRAHMS HAUS

Inmitten dieses Durcheinanders plötzlich ein paar Girlanden aus Tannenreis, ein Schild - "Zum Brahmshaus" - gebückt gehen wir durch einen der 65-Zentimeter-Gänge. Ein Haus wie die anderen auch, geschmückt mit Grün, liegt vor uns; ein schwarzes Schild hängt an der Wand: An dieser Stelle ist Johannes Brahms am 7. Mai 1833 geboren worden.

Wir treten ein, steigen eine steile "Hühnerstiege" empor, leere Räume mit bröckelnden Wänden, gesenkte Dielen, die Fenster sind so verzogen, daß sie sich kaum öffnen lassen. Der Verwalter, der uns oben empfängt, sagt: Schöne Zimmer!

Hier also wurde ein Genie geboren, ein Mensch, der so Schönes erbrachte und doch hineingeboren war in diesen Sumpf, aus dem von Zehntausenden eben nur einer als ein Talent herauskommt. Specksgang 80! -- Wir gehen weiter.

NACHTLEBEN

Es herrscht eigentlich immer ein großer Betrieb im Gängeviertel, die Menschen stehen lieber auf den Gassen, an die wackeligen Wände ihrer Häuser gelehnt, als in den muffigen Stuben zu hocken. Zur Nachtzeit aber beginnt das Gewimmel stärker zu werden, dann kommt alles heraus aus den Verstecken. Dann stehen die Gänge entlang Reihen aus zweifelhaften Erscheinungen, aus den Keitpen dröhnt Lärm und Gekreis, von allen Seiten flattern zerrissene Töne des Schifferklaviers, der Alkohol tut seine Schuldigkeit.

Jetzt, zur Nachtzeit, werden die Höfe noch geheimnisvoller. Die mittelalterlichen Lampen werfen einen mystischen Schein auf die Fliesen, werfen schafe Schatten, so daß die einzelnen Gegenstände seltsam verwandelt hervortreten. Dazu das fortgesetzte Huschen der Katzen, eigenartige Gestalten, die hin und her laufen und in den Eingängen der Häuser verschwinden. Auch Inder und Mulatten darunter, fremde Seeleute, die ihre Löhnung hier lassen im Viertel.

So geht das Leben in den Gängen weiter, mit Lärm, Musik, Raufereien, bunt ist das Bild, aufregend und abenteuerlich, das Fundament dieses Lebens aber ist Elend, und so wird die starke Faust der neuen nationalsozialistischen Regierung diesem Spuk ein Ende bereiten, wird diese alten Kulissen einreißen: "Und neues Leben blühet bald aus den Ruinen".

Prö.

Planung in der Provinz

Zur Zerstörung dörflicher Strukturen durch Agrarpolitik und Landschaftsplanung

Gleichzeitig zur Zerstörung der Städte durch Sanierung und Stadtplanung, die in den anderen Beiträgen zu diesem Heft ausführlich behandelt und dokumentiert wird, hat es auch in den Dörfern eingreifende Veränderungen gegeben, die weit mehr als nur die Architektur und äußerliche Erscheinung eines Dorfes betreffen, sondern darüber hinaus die gesamte Lebens- und Arbeitsweise der Dorfbevölkerung. Auf architektonischer Ebene wird die Urbanisierung des Dorfes für jeden sichtbar; der Unterschied zur Stadt verschwindet immer mehr und damit die bäuerliche Antithese zur städtischen Kultur und Ästhetik. „Unser Dorf soll schöner werden!“ – das bedeutet praktisch: es wird gereinigt, begradigt, saniert. Die alte oft verschachtelte und unübersichtliche Bauweise, die nicht selten die Eigenart und in gewisser Weise auch die Schönheit eines Dorfes ausmacht, wird „aufgelockert“ (wie es in der Planersprache heißt) zu Einfamilienreihenhäusern mit Vorgärten – sauber, übersichtlich und steril. Das Dorf verliert nicht nur sein ursprüngliches Aussehen, sondern büßt auch durch die Funktionalisierung für die Stadt seine relative ökonomische Eigenständigkeit ein. Es wird tendenziell reduziert auf die Funktion, die es für die Stadt hat; z.B. als Industriestandort oder für die Auslagerung von Teilproduktionen. (Besonders zynisch wird die Funktionalisierung bei der Ansiedlung von Atom- oder anderen lebensgefährlichen Industrieanlagen in die „nur“ dünn besiedelten ländlichen Gebiete.) Das Dorf dient (!) als Arbeitskrätereservoir oder Wohngemeinde für Leute, die in der Stadt arbeiten oder sich im Alter auf's zurückziehen, als Bauerndörfer für die Versorgung der Stadt mit Lebensmitteln oder eben als Zufluchtsort für Touristen oder Landkommunen.

Dabei existiert „unberührte“ Natur mehr oder weniger nur noch als illusionäre Wunschvorstellung, in der Realität ist sie längst verbaut, verplant, angelegt und damit funktionalisiert und zweckgerichtet. Die Etikettierung und Strukturierung einzelner Gebiete als Erholungsgegenden, (die in der absurden Bezeichnung „Erholungswald“ sprachlich auf die Spitze getrieben wird

– als hätte ein Wald nur Existenzberechtigung, wenn er sich auf einen Gegenstand mit Gebrauchsanweisung reduzieren läßt!) ist nur noch die verlängerte Zerstückelung des Lebens in der Stadt und nicht mehr die Alternative dazu. Die Erholungsgegenden sind in der Landschaft fast schon so etwas wie die Parks in der Stadt: umzingelt von Industrieanlagen oder zumindest von einer hochmechanisierten Landwirtschaft, die mit den alten bäuerlichen Produktionsformen und mit den traditionellen Formen des Zusammenlebens, die von dieser Produktionsweise geprägt waren, nichts mehr zu tun hat.

Ich will versuchen, in diesem Artikel die grundlegende Veränderung der Arbeitsweise in der Landwirtschaft etwa seit Beginn dieses Jahrhunderts, ihre Angleichung an fabrikmäßige Produktionsformen sowie die damit zusammenhängende weitgehende Zerstörung dörflicher Strukturen darstellen, deren „Rückständigkeit“ immer auch Unangepaßtheit und ein Stück Autonomie bedeutet hat. Zur Durchsetzung der Leistungsgesellschaft auf dem Land haben die Nazis vor allem durch ihre Bevölkerungspolitik einen wesentlichen Beitrag geleistet. Der entscheidende Umbruch in den Dorfstrukturen hat aber erst in den 50er Jahren stattgefunden. Die Abwanderung eines großen Teils der Landbevölkerung in die Städte, die oft als befreiender Schritt aus der dörflichen Enge dargestellt wird, hat für die meisten Betroffenen mehr mit der Mechanisierung der Landwirtschaft und Zerstörung der Dorfstrukturierung zu tun als mit Großstadtsehnsucht, ist eher ökonomischer Zwang als Freiwilligkeit. Nicht nur der offene Widerstand der Bauern gegen die Verschlechterung der eigenen Situation, auch das Festhalten an den alten, gewachsenen Strukturen ist Verweigerung gegenüber der aufgezwungenen Arbeits- und Lebensweise der Industriegesellschaft. Wenn in dem Artikel von dem Dorf und den Bauern die Rede ist, so soll damit nicht eine totale Einheitlichkeit der Entwicklung behauptet werden; es geht mir vielmehr darum, Tendenzen deutlich zu machen, die mehr oder weniger stark auf fast alle Dörfer zutreffen.



„ ... da kam keiner um.“

Die wesentliche Stütze der alten Dorfgemeinschaft bildete die Großfamilie; auf den Höfen lebten und arbeiteten i.d.R. mehrere Generationen gemeinsam, je nach Größe des Hofes mit entsprechend vielen Knechten und Mägden. Die Arbeit war relativ vielseitig und stark an den natürlichen Jahresrhythmus gebunden, z.T. auch sehr kommunikativ, sowohl auf den einzelnen Höfen als auch innerhalb des Dorfes. Man half sich gegenseitig bei der Ernte (zumindest die Familien, die ihre Höfe allein bewirtschafteten, weil sie sich keine Knechte und Mägde leisten konnten), und in entsprechenden dorfeigenen Anlagen wurde gemeinsam gewaschen oder gebacken.

„Vor dem ersten Weltkrieg waren diese kleinen Dörfer in der Marsch in sich geschlossen und eine Sozialgemeinschaft. Da ging keiner zugrunde. Natürlich waren die Unterschiede in Essen und Trinken sehr ausgeprägt. Die Arbeiter aßen viel schlechter als die Bauern, das ist klar. Aber um kam da keiner. Die alten Witwen etwa, die kriegten ihren Torf und die kriegten ihre Erbsen und kriegten ihre Grütze. Alle Bauern hatten dafür eine Liste und mußten sorgen, daß das hingbracht wurde, daß die ihren Wintervorrat hatten. Aber wenn so jemand von einem Dorf ins andere ziehen wollte, da wehrte man sich mit Händen und Füßen dagegen: die fällt uns nur zur Last, die müssen wir nur unterhalten. ...Aber wenn im Dorf ein Kind geboren wurde, bei einer Arbeiterfrau, bei einer kinderreichen Familie, da ging die Frau Pastor bei den Bauern rum, und der Lehrer beteiligte sich auch, und dann wurde Essen gekocht und Kaffee, und die Wöchnerin bekam Brei und so. Alles war vorbereitet, mit einer Liste, damit sie nicht alles auf einmal kriegte.“¹⁾ So schildert ein Großbauernsohn aus Ostfriesland die Dorfsituation. Franz Rehbein beschreibt in seinem Buch²⁾ die Verhältnisse auf den Gütern und Höfen, die Arbeit in der Landwirtschaft gegen Ende des letzten Jahrhunderts aus der Perspektive eines Landarbeiters, erzählt von der Armut der kleinen Bauern und Handwerker und der Landarbeiter und von deren miserabler Behandlung durch tyrannische Gutsverwalter und geizige Bauern, von den Versuchen, sich dagegen zu wehren und die Hierarchien unter den Knechten nicht gegeneinander sondern gegen den Bauern oder andere, die befehlen, zu richten und von der enormen Intensivierung der Arbeit durch die Einführung der Dreschmaschine. Es geht mir nicht darum, die patriarchalischen Strukturen der Dorfgemeinschaft als die heile alte Welt zu romantisieren, Abhängigkeiten, Unterdrückung und Ausbeutung zu verharmlosen. Aber ich will versuchen zu zeigen, daß diese Strukturen, die nicht zufällig zerfallen sind, sondern zerstört wurden, weniger entfremdet und humaner waren als das, was an ihre

Stelle treten soll oder schon getreten ist: ein Dasein, in dem die Leute reduziert sind auf ihre „Funktion“ als Arbeitskräfte und Konsumenten, nur noch als Rädchen im Getriebe zählen und funktionieren. Die alten Strukturen, so repressiv sie auch gewesen sein mögen, haben immer noch mehr Selbstbestimmung – und sei's im Widerstand – zugelassen.

Das Dorf war auch wirtschaftlich relativ unabhängig. Jeder produzierte einen großen Teil dessen, was er zum Leben brauchte selbst, bzw. war der Austausch von Waren weitgehend auf's jeweilige Dorf und die nähere Umgebung beschränkt. Verbunden mit der eigenständigen Ökonomie war auch eine gewisse Unabhängigkeit von zentralstaatlichen Reformen.

Mechanisierung, Weltwirtschaftskrise und Landvolkbewegung

Nach dem 1. Weltkrieg wird die Mechanisierung der Landwirtschaft in Deutschland in Zusammenhang mit der Entwicklung von Motorschleppern und elektrischen Maschinen anstelle von Dampfmaschinen enorm verstärkt. Vorher konnten sich in erster Linie nur die großen Güter Maschinen leisten, und die Bauern mieteten sich z.B. die Dreschmaschinen meist nur stundenweise. Durch die technische Verbesserung und Verbilligung der Maschinen rentierten sich deren Anschaffung nun für mehr Höfe, wurde aber auch in gewisser Weise zum Zwang. Die Vorbehalte und das Mißtrauen, das die Bauern anfangs gegen die Benutzung von Maschinen hatten, wurde z.T. durch systematische Werbekampagnen in den Dörfern und vor allem bei den Großbauern, an denen sich die anderen meist orientierten, abgebaut. Wenn die Rationalisierung erst einmal angefangen hatte, waren viele Bauern aus Konkurrenzgründen gezwungen mitzuziehen, (für manche war's sicher auch eine Prestigeangelegenheit) – und viele haben sich dabei finanziell übernommen. Als dann am Ende der 20er Jahre die Weltwirtschaftskrise, die enorm hohen Steuern und Zinsen für Investitionskredite und niedrigen Erzeugerpreise die Situation in der Landwirtschaft weiter verschärften, kam es in verschiedenen Gebieten Deutschlands zu Zwangsversteigerungen von Höfen.

Im Laufe des Jahres 1928 spitzte sich diese Entwicklung zu, und die Bauern begannen, ihren Widerstand dagegensetzen. Sie verlangten vom Staat Maßnahmen, die die Erhaltung ihrer Höfe sichern sollten, ein energisches Vorgehen gegen die zunehmende Abhängigkeit der Bauern von den Banken und vor allem: Keine Steuern aus der Substanz!, also praktisch die Er-





haltung der Höfe auf der alten, nicht rationalisierten Basis. Da weder Demonstrationen noch Delegationen, die zur Zentralregierung nach Berlin reisten, irgendetwas an der Lage änderten, gingen die Bauern sehr bald zur Selbsthilfe über: riefen zu Steuerstreiks und Boykott der Zwangsversteigerungen auf und organisierten verschiedenartige Aktionen gegen den Verwaltungsapparat, u.a. Bombenattentate auf Landratsämter.³⁾

Die „Offensive auf das flache Land“ und der Aufbau des Reichsnährstandes

Aber viel massivere Eingriffe als bisher in die Produktions- und Lebensweise der Dorfbevölkerung sollten erst noch kommen und zwar mit der nationalsozialistischen Agrar- und Bevölkerungspolitik. Die „Bauernpolitik“ war einer der Hauptpfeiler im nationalsozialistischen Konzept. Mit dem Aufbau des „Reichsnährstandes“ (RNS) schufen die Nazis die notwendige Organisationsstruktur für die totale Rationalisierung der landwirtschaftlichen Produktion und die Zentralisierung der Distribution. Der Einkauf von Agrarprodukten aus dem Ausland wurde vom Staat monopolisiert; jedem Bauern wurde letztlich genau die Art und Menge seiner Produktion vorgeschrieben, indem man garantierte, allerdings ziemlich niedrige Preise für Agrarprodukte einfuhrte – aber nur für die vorher festgelegte, „volkswirtschaftlich notwendige“ Menge eines Produkts.

Zwangsmitgliedschaft der Bauern im RNS und Kontrolle über die Produktionskapazität jedes einzelnen Hofes durch eine hierarchisch-autoritäre Organisationsstruktur (mit ehrenamtlichen „Ortsbauernführern“ in jedem Dorf, die die Rolle der Informanten des RNS übernahmen) sollten die Bauern fest in den Griff nationalsozialistischer Herrschaft bringen; hinzu kam das Verbot oder die Gleichschaltung sämtlicher parteiunabhängiger Bauernorganisationen.

Ab 1935 ging dann die „Offensive auf das flache Land“, wie es im Nazi-Jargon heißt, erst richtig los – nämlich mit einer erneuten Mechanisierungs- und vor allem auch Rationalisierungswelle. Nach der Mißernte von 1934 sollte die Landwirtschaft wieder zu Höchstleistungen gezwungen werden. Produktion und Einsatz von Landmaschinen wurden genau festgelegt, wo-

bei allerdings die Landmaschinenproduktion dadurch begrenzt war, daß die dazu erforderlichen Rohstoffen mehr und mehr für die Rüstungsproduktion aufgewendet wurden. Der Einsatz von „Menschen-, Tier- und Maschinenkraft“ wurde vom Arbeitswissenschaftlichen Institut der Deutschen Arbeitsfront durchgeplant bis in's letzte, wobei in diesen Kalkulationen die Tendenzen zur Taylorisierung der landwirtschaftlichen Arbeit unübersehbar sind.⁴⁾ „Ein Bauer kauft keine Maschinen, sie werden ihm verkauft!“, dies war damals eine gängige Redewendung, die die Vorbehalte der Bauern gegen Maschineneinsatz ganz passend auf den Punkt brachte. Die Nazi-Agrarpolitik versuchte erneut, die Bauern mit riesigem Propagandaaufwand, niedrigen Landmaschinenpreisen und moralisch-politischem Druck zum Kauf von Schleppern und anderen Maschinen zu bewegen. Die Beteiligung an der „Erzeugungsschlacht“, d.h. maximale Produktionsergebnisse, wurden zur Pflicht des „deutschen Bauern“, wodurch er zu einem möglichst hohen Grad an Selbstversorgung und dadurch „Autarkie der Volksgemeinschaft“ beitragen sollte.

Das bereits in den Zwanziger Jahren entwickelte Modell der „Elektrodörfer“ wurde von den Nazis Mitte der 30er Jahre wieder aufgenommen; man stattete in Musterdörfern alle Höfe vom Stall bis in die Küche mit elektrischen Geräten aus, um Propaganda für die Mechanisierung und Rationalisierung vor allem auch der Landhaushalte zu machen, denn elektrische Haushaltsgeräte waren auf dem Land so gut wie gar nicht verbreitet. Vom Agrarwissenschaftler Max Sering wurde explizit als Begründung für die Haushaltsmechanisierung die Notwendigkeit der Steigerung der Pro-Kopf-Produktivität angegeben. Außerdem sie die Bauernfrau „Mutter des ganzen Volkes“ und könne bei Überarbeitung keinen ausreichenden „Ersatz für den Menschenverbrauch in den Großstätten“ schaffen.⁵⁾ Die Frauen wurden also in zynischer Offenheit zu Gebärmaschinen für „Menschenmaterial“ reduziert.

„Jeden deutschen Bauern zu restloser Arbeit zwingen“

Die Mechanisierung der Landwirtschaft war nur eine Maßnahme der „Erzeugungsschlacht“, mit der „jeder deutsche Bauer

zu restloser Arbeit gezwungen werden“ sollte.⁶⁾ Das Programm zur Erhöhung der Arbeitsintensität umfaßte neben der Flurbereinigung, (die übrigens zum großen Teil durch den Bau von Autobahnen überhaupt erst nötig wurde), Bodengewinnung und -verbesserung und den „Kampf dem Verderb“ vor allem Propagandaaktionen, die die Arbeitsmoral der Bauern aufbessern und bei ihnen einen kämpferischen Einsatz für die nationalsozialistische Wirtschaft bewirken sollten. Zu diesem Zweck wurden nicht zuletzt auch die dörflichen Traditionen und Feste radikal umfunktionalisiert und mit nationalsozialistischen Inhalten besetzt. Interessanterweise verhinderte in manchen Dörfern gerade die Bindung der Bauern an den Traditionalismus der katholischen Kirche den Durchbruch der Nazis in die dörfliche Kultur.

Eine ganz zentrale Rolle in der geplanten Umstrukturierung der Dörfer und der Erhöhung des Produktivitätszwanges spielte die Bevölkerungspolitik. Zunächst sollten die angeblich „überschüssigen Arbeitskräfte vom Land abgezogen“ werden, wozu u.a. das Erbhofgesetz, ein Kernstück der NS-Agrarreform, diente, das die Aufteilung der Höfe und Abfindungszahlungen an die weichenden Erben verbot, diese damit zur Abwanderung in die Städte zwang, so die Zahl der auf dem Hofe lebenden und arbeitenden Leute wesentlich verringerte und damit ein entscheidender Schritt zur Durchsetzung der Kleinfamilie auf dem Lande war. Zudem zogen wegen der niedrigen Löhne, der schlechten Arbeitsbedingungen und Unterkünften auf dem Land in weit stärkerem Maße als früher Landarbeiter in die Stadt. Anfangs war die Landflucht durchaus durch staatliche Maßnahmen forciert und auch Bestandteil des Konzepts, schon bald nahm sie aber solche Ausmaße an, daß sie den Plänen von Produktivitäts- und Produktionssteigerung zuwiderlief und die gewünschten Erfolge der „Erzeugungsschlacht“ ziemlich beeinträchtigte. Folge der Landflucht war nämlich ein massiver Arbeitskräftemangel in der Landwirtschaft, der außer durch Zwangs-Arbeitsdienste mehr durch Rationalisierung der Arbeit als durch Mechanisierung kompensiert werden sollte, da aus bereits erwähnten Gründen nicht genug Rohstoffe für die Maschinenproduktion zur Verfügung standen.

Je mehr sich die Situation auf dem Land verschärfte, desto rigide Maßnahmen ergriffen die Nazis in der „Erzeugungsschlacht“. Die Abwanderung qualifizierter Arbeiter aus der

Landwirtschaft wurde verboten, in den Sommermonaten Schulkinder zu Arbeitsdiensten auf's Land geschickt. Bauern, die ihre Höfe nicht effektiv genug bewirtschafteten, wurde die Verwaltung derselben abgenommen, später konnten sie sogar als Wirtschaftssaboteure zu Zuchthausstrafen verurteilt werden. Allerdings bestand für die Agrarplaner auch gleichzeitig die Gefahr, daß sich bei rigoroser Anwendung der neu geschaffenen Gesetze die Arbeitsmoral der Landbevölkerung weiter verschlechtern würde. Die Unzufriedenheit mit den zu niedrigen Agrarpreisen, den Versorgungsschwierigkeiten und der ständig steigenden Arbeitsbelastung vor allem der Frauen, den diktatorischen Anordnungen von Kreis- und Landesbauernführern und den miserablen Zukunftsaussichten der Bauernkinder wurde immer offener. Gegen das Erbhofgesetz hatte es 1933 noch offenen kollektiven Widerstand und Demonstrationen gegeben, so z.B. in Ostfriesland, vor allem aber in den Gebieten, in denen vorher die Realteilung üblich war, also der Hof unter alle Kinder eines Bauern aufgeteilt wurde. Als die staatliche Kontrolle und Repression dann noch stärker wurde und offener Widerstand kaum noch möglich war, unterliefen die Bauernfamilien das Gesetz durch eine „gewollte Geburtenbeschränkung“⁷⁾ und machten so den Bevölkerungsplanern, für die der Nachwuchs für's Reich in erster Linie vom Land, nämlich von den „rassisch auserwählten Erbhofbauern“, kommen sollte, einen Strich durch die Rechnung. Die Tradition, allen Kindern gleichermaßen Land zu vererben, war offensichtlich stärker als die Einsicht in die Logik maximaler Produktivität der Landwirtschaft; dies zumal die anfänglich begrüßte Absicherung der Höfe durch das Verbot von Zwangsversteigerungen einerseits, aber auch durch das Verbot des Land- oder Hofverkaufes andererseits (beides Bestimmungen des Erbhofgesetzes) sich für die Bauern in einen absoluten Nachteil verkehrt hatte: Durch's Erbhofgesetz war der älteste Sohn gezwungen, den Hof des Vaters zu übernehmen, was mit der zunehmenden Verschlechterung der Lebensbedingungen auf dem Land und dem „Zwang zu restloser Arbeit“ nicht unbedingt eine verlockende Perspektive war. Immer mehr Bauern versuchten also, sich der Registrierung ihrer Höfe als Erbhöfe zu entziehen oder zumindest einen Teil ihrer Ländereien bei der Registrierung nicht anzugeben, um diesen dann später an die jüngeren Geschwister des Hofes zu verteilen. Spätestens ab 1937 nahm die Zahl der Bauernsöhne, die versuchten, der Übernahme des elterlichen Hofes mit irgendwelchen Tricks zu entgehen, enorm zu.

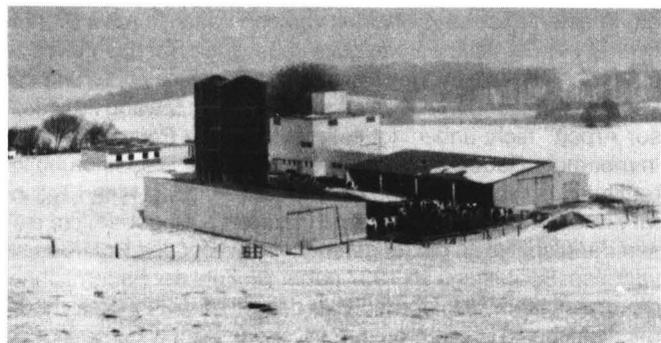


Die Darstellung der Bauern im Nationalsozialismus: „Der Führer spricht.“

Kriegslandwirtschaft und Siedlungspolitik

Ab 1939 gilt eine Produktionssteigerung auf dem Land aufgrund des Arbeitskräftemangels als absolut unmöglich. Die Rationalisierungsbemühungen des Arbeitswissenschaftlichen Instituts der DAF richteten sich von da an im wesentlichen darauf, auch während des Krieges die einheimische Nahrungsmittelproduktion nicht so stark absinken zu lassen, daß die Versorgung der Bevölkerung mit den wichtigsten Lebensmitteln zusammenbrechen würde. Trotzdem spitzte sich erwartungsgemäß die Situation auf dem Land während des Krieges noch weiter zu (insbesondere in der Futterwirtschaft und der Versorgung mit Fettstoffen). Mit der Androhung von Strafen, Kontrolle und Propaganda versuchte der RNS die Einhaltung der Ablieferungs- und Produktionsbestimmungen durch die Bauern zu erzwingen und den Schwarzmarkt zu verhindern. Der Mangel an Dünger, Roh- und Treibstoffen blockierte die weitere Mechanisierung; außerdem verschärfte sich der Arbeitskräftemangel noch enorm durch die Einberufung der Männer zum Kriegsdienst, so daß dementsprechend mehr Frauen, Kriegsgefangene und Kinder zu Arbeitsdiensten und Ernteeinsätzen eingeteilt wurden. 14jährige galten bereits als voll- und 10jährige als eingeschränkt arbeitsfähig in der Landwirtschaft.

Die Eroberung neuer Gebiete im Osten, die von der Propaganda dem „Volk ohne Raum“ als Lösung dieses und anderer Probleme dargestellt wurde, verschärfte die Versorgungsschwierigkeiten oft noch oder brachte doch zumindest was die landwirtschaftliche Produktion anging nicht mehr ein, als zur Ernährung der Besatzungstruppen gerade nötig war. Außerdem hatte der RNS trotz massiver Propaganda und Lock-Prämien ziemliche Probleme, Siedler für die neu besetzten Gebiete zu finden, wodurch sowohl die Propaganda vom „Volk ohne Raum“ ausgehöhlt wurde, als auch die ehrgeizigen Pläne der Bevölkerungs- und Siedlungspolitik, die einen wichtigen Bestandteil der nationalsozialistischen Umstrukturierungspläne für ganz Europa bildeten, ins Wackeln gebracht wurden. Die Besiedlung der eroberten Gebiete durch deutsche Bauern, die nach politischen und Rassen-Kriterien genauestens ausgewählt wurden, sollte die Nazi-Herrschaft dort absichern und Widerstand unter der einheimischen Bevölkerung verhindern. Zu diesem Zweck versuchte Himmler, dem die Siedlungspolitik seit Kriegsbeginn unterstand, eine Art Zentrale-Orte-Programm für die Besiedlung zu realisieren. Um ein „Hauptdorf“ herum sollten mehrere kleine Dörfer geschaffen werden, bei denen die soziale Zusammensetzung der Bewohner und das Verhältnis von kleinen, mittleren und großen Höfen genau geplant wurde. Diese Staffelung sollte unter den Siedlern Konkurrenz und Aufstiegsorientierung fördern, zumal es sich um kleinere Landwirte, Bauernsöhne, die keinen Hof geerbt hatten, und ehemalige Landarbeiter handelte, die in den neuen Gebieten die Chance einer „Bewährungsprobe“ erhielten und sich damit u.U. auch den Ehrentitel des Erbhofbauern (als solchen begriffen und verkauften ihn die Nazis) zu erwerben.



Aussiedlerhof

„Die Wirtschaftsauffassung der Menschen ändern“

Ausgehend von einem gewonnenen Krieg planten die Nazis, Europa zu einer Wirtschaftseinheit unter „politischer, ökonomischer und kultureller Leitung“ der Deutschen zu machen⁸⁾. Diese sollte, intensiviert durch das „Ausschöpfen der Binnenmärkte“ und die „Erschließung der Absatzreserven“, sowie die „Steigerung des Lebensstandarts und der Kaufkraft insbesondere in Südosteuropa“⁹⁾, autark, d.h. möglichst unabhängig vom Weltmarkt und vor allem von der Agrarproduktion der Überseeländer werden. Die Einheit Europas sollte zum einen Teil durch militärische Besetzung und zum anderen durch die Schaffung starker wirtschaftlicher Abhängigkeiten hergestellt werden, wobei der UdSSR die Rolle des abhängigen Rohstofflieferanten zugedacht war. Zur Erreichung der europäischen „Autarkie“ wäre eine allgemeine Anhebung der landwirtschaftlichen Flächenerträge auf das in Belgien, Dänemark und den Niederlanden bereits erreichte derzeitige Maximalniveau notwendig gewesen. Die Aufteilung Europas in verschiedene Wirtschaftszonen (die je nachdem entweder zur Industrie-, zur Landwirtschaftszone oder für die Ausbeutung der Bodenschätze deklariert werden sollten) und die Schaffung eines „Systems

von Präferenzen, das die Handelshemmnisse in Mitteleuropa mildert“¹⁰⁾, sollte Mitteleuropa und insbesondere Deutschland in den Genuß der „außerordentlichen Vorteile der nationalen und internationalen Arbeitsteilung bringen“.¹¹⁾

Ziele des umfassenden Intensivierungsprogramms waren insbesondere die Steigerung der Leistung pro Arbeitskraft, sowie der Kaufkraft und der „Volksgesundheit“ (durch „biologische Erneuerung“), die Ankerbelung der Binnenmarktwirtschaft, eine bessere Erschließung der Nutzflächen und Erhöhung der Widerstandsfähigkeit und des Ertrages von Pflanzen und Tieren, sowie die „Sicherung der Blockadefestigkeit“ (durch „Autarkie der Volksernährung“) und der Wehrkraft (da die neuen landwirtschaftlichen Maschinen auch von Frauen und Kindern bedient werden könnten!!)¹²⁾

Als Hindernisse der Agrarentwicklung sahen die NS-Planer in erster Linie die mangelnde Ausbildung und die „bedarfswirtschaftliche Einstellung“, die „Selbstgenügsamkeit“ der Landwirte, insbesondere in Südosteuropa (im Gegensatz zu den bereits ertrags- und marktwirtschaftlich orientierten Landwirten in Nordwesteuropa, z.B. Dänemark und Holland. Zur Intensivierung der Landwirtschaft käme es darauf an, diese Hindernisse zu beseitigen: „Besonders langwierig wird dies sein, wenn es sich darum handelt, die Wirtschaftsauffassung der Menschen zu ändern.“¹³⁾ Solches Vorhaben macht vielleicht deutlich, welche zentrale Rolle die Auflösung der alten Dorfgemeinschaft und der Großfamilie mit ihrer „bedarfswirtschaftlichen Einstellung“ und die Mechanisierung der Landwirtschaft für die Umstrukturierung spielt. Ob diese seinerzeit schon als „gelingen“ betrachtet werden konnte, erscheint zumindest fraglich, angesichts der Tatsache, daß der Reichsnährstand spätestens 1939 nicht mehr dazu in der Lage war, die Landflucht, die Unterlaufen des Erbhofgesetzes, die wachsende Unzufriedenheit auf dem Land und die ständig sinkende Arbeitsmoral der Bauern, die sich als „Lasttiere der ganzen Gesellschaft“ fühlten¹⁴⁾ unter Kontrolle zu bringen und die geplanten Produktionssteigerungen zu erzwingen. „In Pfarrkirchen (Bayern) war die Arbeitsmoral so niedrig, daß die Bauern sagten, sie würden jetzt verstehen, wozu das Erbhofgesetz geschaffen worden sei, nämlich um sie an ihr Land zu binden und zu verhindern, daß sie ihre Höfe verkauften. ... Der stellvertretende Landesbauernführer der Region stellte offen fest, daß es nur eine Möglichkeit gäbe, die Landflucht aufzuhalten, durch die nur die Alten und Arbeitsunfähigen auf dem Land zurückgelassen wurden, und das sei die Verlangsamung des Aufrüstungstempos. Der schlimmste Effekt auf die Zurückbleibenden war die Passivität angesichts des Vier-Jahres-Plan-Solls.“¹⁵⁾

Die Entwicklung der Landwirtschaft in den 50er und 60er Jahren

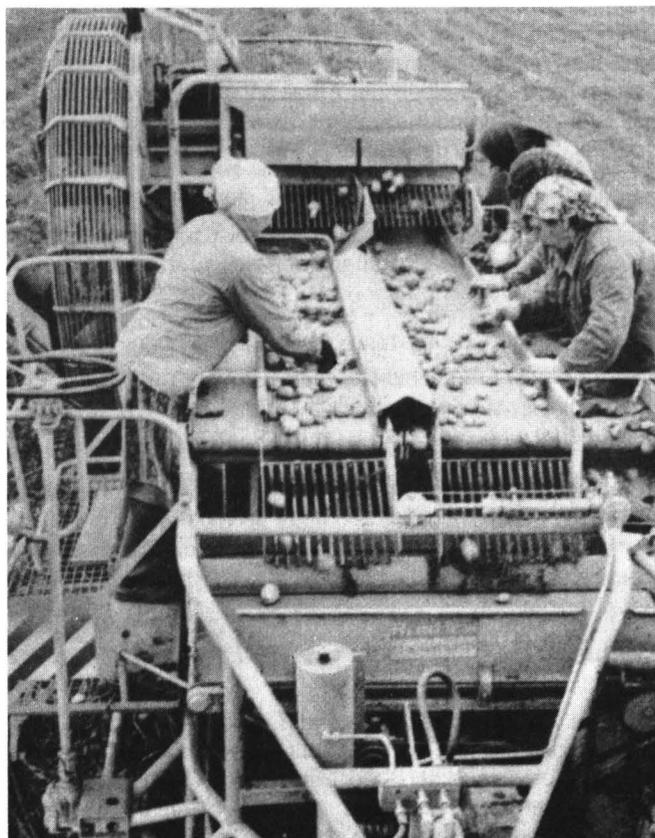
Nach dem Krieg siedelten sich in vielen Dörfern Flüchtlinge an – meistens Bauern, die durch den Krieg ihre Höfe verlassen mußten und sich jetzt wieder neues Land kaufen oder pachten wollten. Obwohl über Jahre hinweg Außenseiter, haben sie mittelbar die Strukturen dort nachhaltig beeinflusst, denn sie waren die ersten, die ab Mitte der 50er Jahre Arbeit in den neuerdings auf's Land verlagerten Produktionsstätten annahmen. Damit wurde diese Möglichkeit notgedrungen auch zur Alternative für Bauernsöhne, für die der geerbte Hof als Existenzgrundlage nicht mehr ausreichte. Sie wurden zu Pendlern in die neuen, oft weit entfernten und schlecht erreichbaren Industrieorte, blieben dabei in ihrer alten Umgebung wohnen und führten auch ihren (meist reduzierten) landwirtschaftlichen Betrieb weiter. Die dazu notwendige Arbeit wurde z.T. nach „Feierabend“ geleistet, der größere Teil aber tagsüber von Frauen und Kindern besorgt, deren Arbeitskraft in die betriebswirtschaftlichen Kalkulationen des Hofes schon lange fest mit eingeplant war.

Trotzdem sind diese Betriebe häufig noch nicht einmal eine Nebenerwerbsquelle, sondern werden wirtschaftlich gesehen sogar zum Zusatzgeschäft: Die notwendigen Investitionen müssen noch aus dem Lohn der Fabrikarbeit bezahlt werden. Die daraus resultierende Abhängigkeit der Bauern von der Fabrikarbeit, ihre Vereinzelung an den neuen Arbeitsplätzen, für die es in angemessener Entfernung kaum Alternativen gibt, war für die Verlagerung der Industrie auf's Land wesentlich mit entscheidend.

Wie schon Anfang der 30er Jahre ging auch nach dem Krieg das „Abziehen überschüssige Arbeitskräfte aus der Landwirtschaft“ einer umfassenden Mechanisierungswelle voraus. In den 60er Jahren waren die Bauern unter dem Druck der EWG (zunehmende Konkurrenz aus billiger produzierenden Ländern) zu einer grundlegenden Modernisierung ihrer Höfe oder zur Aufgabe der Landwirtschaft gezwungen. Die Reaktion darauf waren u.a. auch militante Demonstrationen und Treckerblockaden, die 1971 einen neuen Höhepunkt erreichten. Diesem Rationalisierungsdruck waren viele der kleineren Höfe nicht gewachsen, was zu einer weiteren Konzentration in der Landwirtschaft führte. Die Zahl der Lohnabhängigen im Dorf ist stark gestiegen, die Zahl der selbstständigen Bauern dagegen erheblich gesunken. Bauern, die ihre Höfe weiterhin betreiben wollen, sind zu immer größeren Produktivitätssteigerungen, zur Anschaffung von mehr Maschinen und Verwendung von effektiveren Chemikalien sowie zum Umbau ihrer Höfe zu Hochleistungsbetrieben gezwungen. Die Entscheidung darüber wird nur noch scheinbar von ihnen selbst gefällt, ist aber durch die Agrarpolitik schon längst vorstrukturiert und wird ihnen von landwirtschaftlichen Beratern nahegelegt. Milchgelder, Abschlachtprämien, Subvention für Höfe ab einer bestimmten Mindestgröße, die je nach Konjunktur und Region ganz verschieden ausfallen, schaffen Sachzwänge, die kaum zu umgehen sind. Leistungsprämien und Investitionskredite etc. unterstützen fast ausschließlich größere Höfe, „ausbaufähige Betriebe“, wodurch die kleineren immer weniger konkurrenzfähig werden und sich letztlich nicht mehr halten können.

„Genickschußverträge“

Die Auswirkungen sind in den verschiedenen Gegenden sehr unterschiedlich, aber die Tendenz zur Spezialisierung auf einen Produktionszweig zeichnet sich deutlich ab, sowohl für die einzelnen Höfe, wie auch für ganze Dörfer und Regionen (was einer Aufteilung in Produktionszonen schon sehr nahe kommt), so z.B. das Entstehen von zahlreichen Hühnerfarmen im Oldenburger Land, Aufbau von Mastfabriken für Hähnchen, Ochsen, Gänse oder was auch immer. Diese Agrofabriken werden z.T. von ehemaligen Bauern aufgebaut, die zu landwirtschaftlichen Unternehmern oder Betriebsmanagern arrivieren; z.T. werden die Betriebe aufgrund der Kapitalknappheit der Bauern von Ärzten oder Rechtsanwälten finanziert, die auf diese Weise ihr Geld anlegen, oder gleich von Lebensmittelkonzernen (Nestlé, Unilever, oder auch andere, kleinere). Letztere beherrschen oft mehrere Produktionszweige, so daß auch kapitalstarke Bauern mit diesen Unternehmen nicht mehr mithalten können, vor allem aber haben sie nicht selten den gesamten Produktionsablauf in der Hand, von der Herstellung des Saatgutes bis zur Auslieferung des Gemüses an die Läden, von der Aufzucht der Ferkel bis zum Abpacken der Koteletts für die Tiefkühltruhen. Den Bauern der Umgebung bleibt bei derartiger Konkurrenz außer dem Verkauf ihres Landes (oder auch als Vorstufe dazu) oft nichts anders übrig, als Produktionsverträge mit den Firmen abzuschließen: Sie bekommen von den Firmen „Vorleistungen“ wie Saatgut, Dünger oder Jungtiere zur Aufzucht und deren Futter gestellt, bringen selbst in die Produktion ihre Arbeitskraft, bzw. die ihrer ganzen Familie mit ein, sowie ihr Land bzw. Ställe und liefern nach vertraglich vereinbarter Zeit und zu vorher festgesetzten Preisen die fertigen Produkte, Obst, Gemüse, Masthähnchen, Eier o.a. an die Firmen wieder ab. Der festgesetzte Preis ist meist so knapp gehalten, daß die Bauern sehr genau wirtschaften müssen, an größere Gewinne, die die Unabhängigkeit von den Firmen ermöglichen würden, ist gar nicht zu denken. Das Risiko bei schlechter Ernte, Erkrankungen des Viehs etc. tragen die Landwirte; nicht umsonst heißen die Produktionsverträge auch „Genickschußverträge“.



Viele Bauern sind dadurch zu lohnabhängigen Produzenten auf eigenem Boden geworden, nur daß ihnen eben nicht der Reichsnährstand, sondern Marktwirtschaft und Agrarplanung vorschreiben, was sie wann, wo und wie zu produzieren haben und wie sie ihre Arbeit organisieren müssen.

Mechanisierung der Landhaushalte

Die Ausrüstung der Betriebe mit den neuesten „Errungenschaften“ der Technik macht oft einen Neu- oder gravierenden Umbau der Höfe notwendig. Die neuen Wirtschaftsgebäude haben äußerlich wie vom Arbeitsablauf her starke Ähnlichkeit mit einer Fabrik: Fließbandproduktion in der Landwirtschaft, bei der Menschen zum lebenden Inventar des Betriebes werden. Die Arbeit hat durch die Mechanisierung kaum abgenommen, sondern lediglich die Zahl der Leute, die in der Landwirtschaft arbeiten. Dabei wird heute der größte Teil der Arbeit in der Landwirtschaft von Frauen geleistet; besonders stark ist die Belastung der Frau auf kleinen oder Nebenerwerbshöfen. Eine 70-Std.-Woche ist dort für die Bauersfrau durchaus keine Seltenheit, und neben der Arbeit in der Landwirtschaft und im Haushalt bleibt so gut wie keine Freizeit mehr. Folge der permanenten Überarbeitung sind neben sehr verbreiteten psychomatischen Beschwerden vor allem Herz- und Kreislaufkrankungen, unter denen heute etwa jede 3. Bäuerin leidet.¹⁶⁾

Bis in die 60er Jahre hinein wurde ein großer Teil der Hausarbeit auf den Höfen von sogenannten jungen Mädchen oder Hauswirtschaftslehrlingen verrichtet, die meistens dort auch wohnten. Je mehr die Industrialisierung der ländlichen Regionen fortschreitet, desto mehr junge Frauen vertauschen ihre Stellung auf einem Hof mit 'nem Job in der Fabrik, so daß es ab Mitte der 60er Jahre kaum noch Hausangestellte auf den Höfen gibt, wodurch wiederum die Mechanisierung und Umstrukturierung der Landhaushalte erheblich beschleunigt wird.

Auf dem Land hat sich die mit dieser Umstrukturierung verbundene Veränderung der Situation in relativ kurzer Zeit vollzogen. Während bis in die 50er Jahre hinein die Arbeit in einem Landhaushalt von mehreren Frauen (untereinander verwandt oder angestellt) verrichtet wurde und die Hauswirtschaft einen anerkannt wichtigen Teil der bäuerlichen Ökonomie ausmachte, muß die Hausarbeit heute von den auf dem Lande lebenden Frauen i.d.R. „nebenbei“ zur Arbeit auf dem Feld oder im Stall geleistet werden und wird mehr oder weniger als unwesentlich oder als das Hobby der Frau (z.B. Wäscheausbessern, Gartenarbeit) angesehen.

„Es gibt in ländlichen Gebieten ... eine seit Jahrhunderten festgelegte Ordnung, was Frauenarbeit sei. Erst die Einführung neuer Arbeitsmethoden und Hilfsmittel, vor allem aber der Arbeitskräftemangel in den bäuerlichen Familienbetrieben, hat dieses Brauchtum, das zugleich einen Schutz vor Überbeanspruchung der Frau darstellte, weithin außer Kraft gesetzt. Eine unerträgliche, auf den Nachwuchs abschreckend wirkende Arbeitsüberlastung der Landfrau war die Folge.“¹⁷⁾

Von der Ausstattung der Haushalte mit Elektrogeräten profitierte z.T. die Elektroindustrie weit mehr als die Frauen; genau wie in der Landwirtschaft hat die Anschaffung von Maschinen teilweise zwar zu einer Erleichterung der schweren körperlichen Arbeit beigetragen, vor allem aber zu einer Erhöhung der Arbeitsintensität, zum lückenloseren Funktionieren der Menschen in der Produktion geführt.

Oft sind diese drastischen Veränderungen der letzten Jahrzehnte noch als stilistische Brüche in den Bauernhäusern und an ihnen deutlich erkennbar. Die moderne Einbaukücheneinrichtung, auf den Bewegungsradius einer Person zugeschnitten, paßt im doppelten Sinne nicht in die großen Küchenräume



der Höfe, die in ihrer Weitläufigkeit mit allen Vorratskammern und -kellern und ihrer großzügigen Anlage noch für die Großfamilie gebaut wurden.

Individualisierung und Privatisierung

Je funktionaler, ordentlicher und fabrikmäßiger die Ausstattung der Häuser und Höfe von außen und innen wird, desto mehr entwickelt sich die nostalgisch-kitschige „Kultur“ in den Wohnstuben, je mehr die gewachsenen Lebenszusammenhänge zerstört werden, desto mehr entsteht das Bedürfnis nach Kompensation durch die künstliche Herstellung von heimeliger Atmosphäre und Geborgenheit. Die neuen Höfe werden gleich zeitgemäß gebaut: Neben riesigen Wirtschaftsgebäuden ein bungalowwähnliches Einfamilienhaus für die moderne Kleinfamilie. Die Annäherung an vorstädtische ästhetische Standards ist unverkennbar; während früher ein niedersächsisches Dorf sich durch die Bauweise der Häuser eindeutig von z.B. einem bayerischen Dorf unterschied, ist heute den Häusern nicht mehr anzusehen, ob sie auf dem Land oder in der Stadt stehen.

Die Umwälzungen in der landwirtschaftlichen Produktionsweise lassen sich aber auch in den veränderten Dorfstrukturen deutlich wiedererkennen. Genau wie auf den Höfen sind in den letzten 30 Jahren auch innerhalb der Dörfer die Reste gemeinschaftlicher und relativ kommunikativer Arbeit fast völlig verschwunden und damit auch die kommunalen Produktionsstätten wie Spinn- oder Backstuben. „Nach dem Kriege war das Spinnen nicht mehr üblich, sondern es wurden meist Säcke, Wagentücher u.a. geflickt und später auch mehr und mehr andere Handarbeiten verrichtet, wie Stricken, Häkeln usw. Dieser Übergang zu 'feineren' Handarbeiten hing ebenfalls mit der Technisierung der Landwirtschaft zusammen, denn je mehr die



Getreideernte durch den Mähdrescher mit Korntank und der Transport der Körner vom Felde mit dem Kippanhänger und auf den Speicher mit dem Körnergebläse erfolgte, desto weniger brauchte man Getreidesäcke (zum Abfüllen an der Dreschmaschine) und Wagentücher (lagen auf dem Leiterwagen um Transportverluste von Körnern zu verhindern). Änderte sich also durch Technisierung zunächst nur der Charakter der Spinnstube, so kam es im weiteren Verlauf zur fast völligen Auflösung dieser Art von Geselligkeit.¹⁸⁾

Die spezialisierte landwirtschaftliche Produktion für den Großabnehmer bzw. den überregionalen Markt zerstört auch die alten überschaubaren Strukturen bäuerlicher Selbstversorgung, sowohl in der Familie, die sich früher weitgehend von eigenen Produkten ernähren konnte, wie auch im Dorf oder der Region (über den örtlichen Metzger oder Bäcker oder den Direktverkauf gelangten die Produkte an die Verbraucher der Umgebung) und macht das Dorf abhängig von den zentralen städtischen Versorgungseinrichtungen; dies jedoch nicht nur bezüglich der Lebensmittelversorgung, sondern auch in Bezug auf die Vorleistungen für landwirtschaftliche Produktion (Futtermittel, Dünger, Ersatzteile für Maschinen) und die Infrastruktur. Die Rentabilität dieser Versorgungseinrichtungen wird von Regionalplanern berechnet nach ihrer möglichst optimalen Ausnutzung. Da für ein kleines Dorf große Investitionen ab einer bestimmten Höhe unrentabel sind, werden die Bewohner durch planmäßig hergestellte „Versorgungsdefizite“ zur allmählichen Abwanderung in größere Orte gezwungen. Durch die Mechanisierung der Landwirtschaft findet auch ein großer Teil der Dorfhandwerker nicht mehr genug Arbeit, um davon zu leben. „Der Strukturwandel der Landwirtschaft wurden von den Dorfbewohnern als Schrumpfungsprozeß der sozialen Strukturen des Dorfes wahrgenommen. Das alte Dorfhandwerk war weitgehend verschwunden (Wagner, Schmied, kleines Bauhandwerk), und auch ein Krämerladen, einen Schlachter und zwei Gastwirtschaften hatten geschlossen. Die Post schloß ihre Filiale und die landwirtschaftliche Genossenschaft reduzierte ihren Betrieb auf reine Banktätigkeit. Für die alte Arztpraxis fand sich kein Nachfolger.“¹⁹⁾ „Die enge Verknüpfung der Bauern mit den an-

deren Dorfbewohnern, besonders der Handwerker und Arbeiter, die in den Bereichen Arbeit und Freizeit bestand, hat sich gelöst. Individualisierung und Privatisierung sind Kennzeichen der neueren Entwicklung. ... Privatisierung und Unabhängigkeit (von den Arbeitskräften im Dorf) bedeutet für die Bauern in diesem Zusammenhang, daß sie heute ihren Betrieb weitgehend auf sich allein gestellt bewirtschaften können bzw. müssen, mit allen damit verbundenen Implikationen, wie erhöhter Arbeitsbelastung, weniger Freizeit etc. Dazu kommt ein erhöhtes ökonomisches Risiko und eine weitgehend gleichmäßig hohe Arbeitsbelastung in allen Jahreszeiten. Der Winter ist keine 'ruhige' Zeit mehr mehr in den Betrieben mit intensiver Viehhaltung.“²⁰⁾

Vervollkommnet wurde diese Entwicklung durch die Gemeindeform, die das Zentrale-Orte-Programm auf der Verwaltungsebene erst richtig realisierte, indem die Dörfer und kleineren Städte nach ihren „Entwicklungsmöglichkeiten“ aufgeteilt wurden in Ober-, Mittel-, Unter- und Kleinzentren. Die Gemeinde- oder Kreisverwaltungen, die Schulen und oft auch die Kirchen wurden aus den kleinen Dörfern in weiter entfernt liegenden Zentren verlegt, wobei die Dorfbewohner wegen der schlechten Verkehrsverbindungen meistens auf Autos angewiesen sind, um in irgendwelchen Mittelpunktgemeinden die neuen Schul-, Einkaufs-, Verwaltungs- oder andere -zentren zu erreichen. Aber die Aufteilung der Funktionen zieht sich auch durch's Dorf selbst hindurch: Die Lärm- und Geruchsbelastung der industrialisierten Viehhaltung z.B. macht eine Trennung von Arbeits- und Wohnbereich im Dorf nötig. Die neuen Aussiedlerhöfe, Hühnerfarmen oder sonstigen landwirtschaftlichen Fabriken werden expansionsfähig außerhalb der Ortschaften gebaut, der alte Dorfkern zerfällt. „Waren die Häuser in dem Straßendorf ursprünglich eng aneinandergesetzt, so hatte die Dorfstraße (jetzt) nicht unähnlich einem alten Gebiß! eine Vielzahl von Lücken, abgesehen davon, daß vielen modernisierten Bauernhäusern die Zeichen des Wohlstandes (Glastüren, moderne Doppelfenster) kaum zu Gesicht standen.“²¹⁾ Am Rande des alten Dorfkerns entstehen neue Einfamilien- oder Mietshaussiedlungen für die Pendler und z.T. für alte Leute. Dem Vorstadtcharakter dieser Neubausiedlungen entsprechen

weitgehend die Umgangsformen dort. Nachbarschaftliche und verwandtschaftliche Beziehungen zerfallen, Kommunikation findet weniger bei der Arbeit oder im Alltag statt, sondern wird formalisiert und in Vereine verlagert, zumal ein großer Teil der traditionellen Dorffeste (Erntedank, Kindermaschenschießen, Ringreiten etc.) funktionslos geworden und die neu entstandenen Formen des Feierns (Party oder Disco) weit weniger kommunikativ sind.

Die Zerstörung der alten Dorfstrukturen ist die Voraussetzung für die „Eingliederung“ der ländlichen Bevölkerung in den gesamtgesellschaftlichen Produktionszusammenhang, ihre Reduzierung auf Anhängsel der Gesamtmaschinerie. Ich habe versucht zu zeigen, daß die Funktionalisierung der Dörfer in diesem Sinne in erster Linie vollzogen wurde über die möglichst gründliche Reformierung der bedarfswirtschaftlichen bäuerlichen Produktionsweise nach marktwirtschaftlichen Profstkriterien, die als „Entwicklungschancen“ angepriesen wurde. Dieser Umstrukturierungsprozeß ist so alt wie die Industriegesellschaft selbst und ist in seinem Tempo und der Radikalität immer wieder behindert worden. In manchen Situationen, dort wo die Rationalisierung ihre Existenz am unmittelbarsten bedrohte, haben die Bauern mit offenem Widerstand reagiert (z.B. in der Landvolkbewegung 1929 und den Bauerndemonstrationen der 60er Jahre), in anderen Situationen stand der Verplanung und Zerstörung des Dorfes einfach das Festhalten der Bevölkerung an den traditionellen Lebenszusammenhängen entgegen, ihre Beziehung zu ihrem Land. Erst seit den 50er Jahren eigentlich hat sich dieser Prozeß rapide ausgebreitet und die Strukturen in den Dörfern so tiefgreifend verändert, daß die traditionellen Lebensformen heute nur noch in Bruchstücken erhalten sind – und zwar durch das Aufbrechen der Dorfgemeinschaften durch den Zuzug von Flüchtlingen und die Verlagerung der Industrie auf's Land, was praktisch die existenzgefährdeten Kleinbauern als erste dazu gezwungen hat, die Landwirtschaft aufzugeben.

Regionaler Widerstand und EG-Agrarplanung

1974 triumphierte denn auch Landwirtschaftsminister Ertl auf der „Grünen Woche“: „Der Anteil der in der Landwirtschaft Tätigen an der gesamten Erwerbsbevölkerung beträgt im Augenblick 7%. Was verbirgt sich hinter dieser Zahl? Ein Strukturveränderungsprozeß größten Ausmaßes. Ich möchte nur daran erinnern, daß der Anteil der Bauern 1950 noch 25% betragen hat, und seitdem ist auch die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe auf weniger als die Hälfte zurückgegangen. Besonders bemerkenswert und gesellschaftspolitisch bedeutungsvoll ist, daß sich dieser tiefgreifende und rasante Anpassungsprozeß ohne größere soziale Unruhen vollzogen hat. Über mangelnde Anpassungsbereitschaft unserer Bauern kann sich also niemand beklagen!“⁽²²⁾

Das war 1974 – im gleichen Jahr noch spitzte sich der Widerstand der Bauern (aber nicht nur der Bauern) in Wyhl an einem völlig unerwarteten Konflikt zu: Der Zerstörung ihrer Landwirtschaft und Landschaft durch versuchende Industrieanlagen, das Atomkraftwerk am Kaiserstuhl und das Bleichchemiewerk in Marckolsheim. Und bekanntlich war Wyhl ja nur der Anfang, so daß sich durchaus die Frage stellt, ob Herr Ertl sich nicht zu früh gefreut hat.

Die Reste der alten Dorfstrukturen, die Tatsache, daß sie noch nicht ganz zerstört waren, hat gerade bei der Entwicklung des Kampfes in Wyhl, Marckolsheim und anderswo eine wesentliche Rolle gespielt. „In dieser Einheitsfront treten zeitweilig die Unterschiede zwischen Arm und Reich, Gebildet und Ungebildet in den Hintergrund. Besonders wohl deshalb, weil auf dem Land der soziale Abstand – soweit er sich in Sprache, Umgangsformen, gegenseitiger Kenntnis, ja sogar der Arbeit ausdrückt – nicht so groß ist wie in der Großstadt ... Die Kommunikation in den Dörfern ist direkt, persönlich. In heißen Phasen des Kampfes läuft die Mobilisierung mündlich: auf der Straße, im Gasthaus, auf dem Felde, im Laden, am Telefon. Auf diese Weise kommen dann auch die schnellen Aktionen zustande, wie etwa Straßensperren oder die Blockade einer Grenzbrücke. Die Überschaubarkeit und strenge soziale Kontrolle im Dorf, unter der jeder Unangepaßte elend leidet, ist also offenbar für diesen Kampf ein Vorteil.“⁽²³⁾ „In den Amtsstuben, Schulen, Unis, Büros wird kein Dialekt geduldet, er paßt sich also auch nicht den dort herrschenden Denkgewohnheiten an. Er hält und entwickelt sich in den Dörfern und Fabriken und drückt deshalb auch drastisch die Realität dort aus. (Natürlich auch die Dorf-Beschränktheit, aus der dann die 'Muedersprach-Gesellschaft' ihre romantische Idylle herstellt!) Wenn Dialekt benutzt wird, ist das oft eine bewußte Aggression gegen die wissenschaftlichen Schleimer und Herrschaftstechniker.“⁽²⁴⁾

Daß der regionale Widerstand auch mit der EG-Agrar- und Industrieplanung bisweilen in Konflikt gerät, hat sich nicht nur in Wyhl gezeigt. Denn gerade die Bestrebungen, Westeuropa aufzuteilen in verschiedene Wirtschaftszonen mit eindeutiger Funktionsbestimmung (Industrie, Landwirtschaft, Fremdenverkehr etc.) bedeutet in jedem Fall für die Regionen eine enorme Veränderung ihrer traditionellen Produktionsstruktur, oft sogar deren totale Vernichtung, soweit nämlich die bestehenden Wirtschaftsstrukturen nicht mit den zentral zugewiesenen Funktionen übereinstimmen; „... rückt nämlich die EWG noch näher zusammen, was allgemein erwartet wird, so wird das Rheintal zwischen Basel und Frankfurt die Wirtschaftsachse überhaupt werden. Ob dann noch Platz für den Umweltschutz ist, muß zweifelt werden. Sachverständige Leute sind der Ansicht, die Ebene solle für gewerbliche und industrielle Zwecke freigegeben werden, während die Funktion Wohnen und Erholung in der Vorbergzone und in den Seitentälern angesiedelt werden sollen ...“⁽²⁵⁾



Zunächst wehren sich die Leute regional und mit ihren jeweiligen Methoden (ob nun Unterschriftensammlungen, Platzbesetzungen wie in Wyhl oder Brandbomben wie in Okzitanien) gegen die Zerstörung ihrer Lebensgrundlagen. Allerdings scheint es so, als würde gerade dieser Widerstand einen ganz empfindlichen Punkt des Systems treffen; dafür spricht jedenfalls die Tatsache, daß sich die EG die Verhinderung von Unruhe in den ländlichen Gebieten 'ne ganze Menge kosten läßt, indem sie langfristige und kostspielige Übergangslösungen zur allmählichen Anpassung an ihre strukturpolitischen Zielsetzungen finanziert.

Susanne Heim

Die Zerstörung und Enteignung unseres Alltags

Es ist verblüffend, wie ungestört und unwidersprochen nicht nur die sozialdemokratischen Priester des „technischen Fortschritts“, sondern selbst Horden von Kulturphilosophen sich auf den Trümmern unseres städtischen Alltags atzen und laben konnten: „Krise der Urbanität“, „Modernität“, „Funktionalismus“, „Strukturwandel der Öffentlichkeit“ waren Begriffe, die Habermas, Lefebvre, Bahrndt, Berndt zur friedvollen kulturkritischen Verdauung eines Zerstörungsprogramms feilboten, dem selbst sprachloses Entsetzen angemessener gewesen wäre. Erst die rüde Art, in der ihnen nunmehr die Theoretiker des Bundeskriminalamtes und der Landeskriminalämter unwillig den Griffel aus der Hand nehmen, scheint einige Verwirrung zu stiften: Als letztendlicher Beleg dafür, daß sozialdemokratisch-kapitalistischer Städtebau von Anbeginn eine Strategie der Gewalt gewesen ist.

Aus der Geschichte wissen wir von der Vertreibung ganzer Völker, der völligen Zerstörung von Städten, der Verwüstung ganzer Landstriche. Aber so gründlich die Gewaltanwendung auch sein mochte, selten traf sie auch die Formen menschlichen Zusammenlebens, die Inhalte menschlicher Identität in ihrem Kern. Und dies ist auch, was unser – auf dem Hintergrund eines nunmehr dreißigjährigen bundesrepublikanischen Friedens anscheinend pflichtschuldiges – Entsetzen vor den geschichtlichen Beispielen äußerer Gewalt zu einem bestürzenden Anachronismus macht. Denn als Kinder dieses dreißigjährigen Friedens sind wir die Produkte einer Gewaltstrategie, die sich nicht mit äußerer Zerstörung zufrieden gab, sondern auf die innere Zerstörung unseres alltäglichen Lebens, seiner Enteignung und Kontrolle zielte. Es ist eine Heimatvertreibung ohne Ortswechsel, eine kalte Lebenszerstörung ohne physischen Mord, eine Exilierung im eigenen Land. Ich kann mir vorstellen, daß jemand an dieser Stelle verblüfft fragt: „Wo denn, ich sehe nichts, es ist doch alles ganz normal!“ In der Tat: Es ist genau diese Normalität die ich meine, die Normalität der in abgeschoteten Wohnwaben isolierten Kernfamilie, der Siedlungszwangswege, der vorprogrammierten Kundenströme, der erdrückend vordefinierten sozialen Situationen im Einkaufszentrum, in der Fußgängerzone, im sanierten Stadtteil. Es geht mir darum, auf den folgenden Seiten kurz darzustellen, warum und wie ihre Gewaltanwendung gerade nicht nur ein bedauerliches Nebenprodukt des technischen Fortschritts ist, sondern warum dieser technische Fortschritt diese Normalität der Vernunft im rationalen Kern ihres logischen Konzepts die bislang gründlichste Form gesellschaftlicher Gewalt und Unterdrückung ist: Nicht als Gewalt der Technologie, sondern als Technologie der Gewalt.

Stadtknast: Die unsichtbaren Gitter des Käfigs

Was fällt einem bei diesem Tagesablauf ein? Ein Mensch verläßt pflichtgemäß morgens um 7 Uhr seine nach Quadratmetern und Ausstattung genormte Zelle und wird an vielen anderen Zellen, deren Insassen er nicht kennt, vorbei über den Hof geführt. Über einen vorbestimmten Weg erreicht er einen Gang, durch den er schließlich zu einer Erweiterung gelangt, wo er einige genormte Greifbewegungen nach rechts oder

- 1) O. Poppinga/H.M. Barth/H. Roth: Ostfriesland, Biographien aus dem Widerstand, Ffm 1977, S. 19
- 2) F. Rehbein: Das Leben eines Landarbeiters, Darmstadt und Neuwied 1973
- 3) s. dazu auch AUTONOMIE Nr. 12 vom Sept. 1978
- 4) Vgl.: Arbeitswissenschaftliches Institut der Deutschen Arbeitsfront (Hg.): Landmaschineninsatz und landwirtschaftliche Erzeugungsteigerungen, Berlin, Juni 1939
- 5) Max Sering: Die agrarischen Grundlagen der Sozialverfassung, in: Deutsches Institut für Bankwissenschaft und Bankwesen (Hg.): Probleme des deutschen Wirtschaftslebens, Berlin u. Leipzig 1937, S. 850
- 6) Vgl. Reichsnährstand (Hg.): Im Dienste der Nahrungsfreiheit, Vorträge anlässlich der Vortragstagung des RNS in Gemeinschaft mit dem Forschungsdienst, Berlin 1936, S. 194
- 7) U. Planck: Die Landfamilie in der Bundesrepublik Deutschland, in: Claessens/Milthoff (Hg.): Familiensoziologie, Ffm 1973 S. 194: „Die wider Willen zu Erbhofbauern erklärten Familien sahen nach Inkrafttreten des Gesetzes keine Möglichkeit mehr, aus Mitteln des Betriebes mehr als ein oder zwei Kinder standesgemäß und gleichmäßig auszustatten. So gingen sie den selben Weg, den manche Ahnerbengebiete schon lange vor ihnen eingeschlagen hatten, den Weg der gewollten Geburtenbeschränkung.“ Vgl. auch: J.E. Farquharson: The Plough and the Swastika, The NSDAP an Agriculture in Germany 1928-45, London 1976, S. 216 ff
- 8) Vgl. Farquharson, a.a.O. S. 260
- 9) Vgl. H.v.d. Decken: Die Intensivierung der europäischen Landwirtschaft, in: E. Wagemann (Hg.) Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung, 15. Jhg., 1940/41, Heft 2/3, S. 95 f
- 10) Vgl. M. Sering: die agrar. Grundlagen ... a.a.O. S. 857
- 11) ebenda
- 12) Vgl. H.v.d. Decken, a.a.O. S. 100 ff
- 13) ebenda S. 99
- 14) Vgl. Farquharson, a.a.O. S. 196
- 15) ebd. S. 201, Übers. v. mir
- 16) Vgl. P. Kirschner: Frauenarbeit in landwirtschaftlichen Familienbetrieben, in: A.D. Brockmann (Hg.): Landleben, Reinbeck 1977 S. 199
- 17) Planck, a.a.O. S. 199
- 18) H. Koch: Remsfeld, Lebensverhältnisse in einem Dorf Nordhessens. in: Poppinga (Hrsg.): Produktions- und Lebensverhältnisse auf dem Land. Opladen 1977, S. 227
- 19) A. Funk: Die Urbanisierung der bäuerlichen Dörfer. in: Brockmann, a.a.O., S. 242
- 20) H. Koch, a.a.O. S. 228
- 21) A. Funk, a.a.O. S. 249
- 22) J. Gfrörer/W. Jung/W. Krieg: Die Enteignung. Interviews und Kommentare zur Kapitalisierung der Landwirtschaft und zur Proletarisierung von Kleinbauern – Text des gleichnamigen Films in: Brockmann, a.a.O. S. 166
- 23) W. Mossmann: „Die Bevölkerung ist heilwach!“ Erfahrungen aus dem Kampf der badisch-elsässischen Bevölkerung gegen ein Atomkraftwerk in Wyhl und ein Bleichchemiewerk in Marckolsheim, in: Provinz, Kursbuch 39, April 1975, S. 135
- 24) ebd. S. 143f
- 25) Baden-Württemberg. Staatsanzeiger v. 23.9.72, zit. nach Mossmann, a.a.O. S. 132.

nach links vollführen muß. Wieder durch einen Schlauch geführt, erreicht er den Transporterraum von dem aus er nach einigen Unterbrechungen wieder zu einer Zelle transportiert wird. Völlig isoliert und von allen Informationen abgeschottet hat er zu seiner Beschäftigung und Unterhaltung nur einige kärgliche Lichtsignale. Am Abend schließlich wird er dann auf dem gleichen Weg wieder in seine erste Zelle zurückgeführt.

Knast? Nein: Stadt! Oder besser: Stadtknast.

Der Weg, den ich eben beschrieben habe, ist der alltägliche Weg eines Menschen, der in einer voll durchrationalisierten Großsiedlung mit integriertem Einkaufszentrum wohnt und über eine Stadtautobahn zu seinem vollcomputerisierten Arbeitsplatz, bestehend aus einigen Signalreizen, gelangt. Die Mauern, die ihn umgeben, sind nicht aus Stein und die Befehle stammen nicht aus dem Munde eines Wärters, gleichwohl sind sie genau so wirksam. Das Zerstörungskonzept, mit dem Deutschland, der deutsche Alltag, unser Leben in kleinste Stücke blutlos zerschnitten und danach wieder zusammengesetzt wurde, heißt: Definition von Situationen und Räumen und ihre Anordnungen zu Programmen für eine beliebige Vielzahl von Bewegungseinheiten (Menschen). Sie wirkt im Großen und Ganzen so sicher wie Gefängnismauern.

Die Gewalt der Algorithmisierung

In anderen Beiträgen dieses Hefts haben wir einige Erscheinungsformen der Gewaltstrategie geschildert: Die Großsiedlungen der Gemeinnützigen als Raumprogramme abgeählter und wohldefinierter Lebensfunktionen, die integrierten Einkaufszentren als Maschinen, zusammengesetzt aus einer dürtigen Anzahl von Nutzungsfunktionen, und beide zusammen als Laborexperiment am lebenden Menschen für die Entwicklung eines Modells für die gesamte Gesellschaft: durchgesetzt in vielen hundert Sanierungen, Orts- und Stadtkerneuerungen. Das Gewaltschema, zugleich technisches Organisationsschema, kann man leicht auf eine einfache Formel bringen. Der unendlich vieldeutige Raum, sein unendlicher Reichtum an Möglichkeiten wird radikal entleert und zu einem armen Schema abgeählter und seriell angeordneter Operationen entmischt.

Der formallogische bzw. kybernetische Ausdruck für eine solche Anordnung wohldefinierter Operationen heißt „Algorithmus“ (oder Programm), man sagt aber auch: „determinierte Maschine“. Ich habe an anderer Stelle belegt, daß er die logische Formel, den Inbegriff des fundamentalen technologisch-politischen Gewaltprinzips des Kapitals darstellt.¹⁾ Nach diesem Schema hat es sich die kreative Produktivität des Handwerkers in der Fabrik unterworfen und einverleibt, und nach und nach Lebensautonomie in vielen anderen Bereichen der Gesellschaft zerstört und aufgesogen: in der computerisierten und programmierten Schule, im programmierten Krankenhaus, in den programmierten Büros, in der programmierten Öffentlichkeit. Es ist darum ein Schema der Gewalt, weil es die primitivste Form logischer Operation ist, die es gibt, die logischen Möglichkeiten, der logische Reichtum menschlicher Sozialität dagegen auf einem bisher unermesslich höheren Niveau angesiedelt sind.²⁾ Es ist darum Herrschaft, weil es die Freiheit und den logischen Reichtum dieses Niveaus in seinem armen Schema vernichtet und unterwirft und es ist daher auch in seiner permanenten Verfeinerung als kapitalistische „Vergesellschaftung“ eine Strategie des Klassenkampfes.³⁾ Die logische Form ist nicht neutral, sie zielt auf die Zerstörung von Autonomie, profitiert von der Zerstörung von Intuition, Sinn und Bedeutung, enteignet Leben zu Maschinenleben, fabrikisiert unseren Alltag. Wenn wir sagen: „Plastic People“ dann meinen wir genau das: Ausgeblutete Menschen, unterschiedsloses Eigentum der Programme.

Dimensionen technologischer Zerstörung und Herrschaft

Die Dimensionen der Lebenszerstörung und ihre politische Bedeutung kann ich hier nur summarisch abhandeln. Gewaltsame Einschränkung, exakte Definition, Entmischung und Zerschneidung des Raums und seiner Bedeutung sind nur verschiedene Seiten derselben Sache. Denn der potentielle Reichtum unbegrenzter Möglichkeiten schließt die Möglichkeit gleichzeitiger, voneinander unterschiedlicher und nicht vordefinierter Sinngebung, die Offenheit für unterschiedliche Deutungen derselben Vorgänge und in dem selben Raum ein. Um den Menschen die aktive Beteiligung an der Herstellung von Sinn und Bedeutung ihrer Autonomie und Kompetenz zu entziehen, muß die Offenheit des Raums, die unbestimmte Tiefe seiner Möglichkeiten und die Gleichzeitigkeit der Bedeutungen zerstört werden. Die Einengung von vorbestimmten Möglichkeiten auf abgezählte, wohldefinierte Funktionen, ihre gegenseitig ausschließliche Aufteilung auf die endlichen Teile des zerschnittenen Raums, ihre serielle Anordnung und schließlich die Zerstörung der Gleichzeitigkeit zur schematisch geordneten Abfolge exklusiver Vorgänge und Verhaltenspartikel sind daher ein und dasselbe. (Dies ist genau der politisch-technologische Kern dessen, was Marcuse als „eindimensional“ bezeichnet hat: Die Zerstörung und Einebnung der Dimension des Raum-Zeitkontinuums).

Herrschaft

Das technologische Konzept ist zugleich ein Herrschaftskonzept, weil es die Kompetenz zur Definition von Situationen zur Bestimmung von Verhalten und den zeitlichen Ablauf öffentlicher Prozesse nach oben in die Hände der Planer und des Management von Öffentlichkeit abgezogen werden. Die Zerlegung des Raum- und Zeitkontinuums in Einzelprogramme spaltet die Lebenspraxis der Menschen und damit auch die Menschen selbst. Sie gehören nicht mehr sich selbst, sondern immer mehr den einzelnen Situationen, die je nach Belieben des Managements montiert oder demontiert werden können. Sinn und Bedeutung ihres öffentlichen Alltags, ihres Miteinanders wird ausgelautet und in den Händen des Managements konzentriert. In der Tat sind die Menschen soweit nur noch leere Bewegungseinheiten. Um ein radikales Verhältnis anzuwenden: „Es geht hier also nicht mehr um Menschen und ihre Situation, sondern eher um Situationen und ihre Menschen“⁴⁾ oder, im euphorischen Jargon der Lebensgestalter aus den Chefetagen der Neuen Heimat: „Zur Vielfalt der Angebote muß noch gesagt werden, daß das Wesentliche daran die Unverbindlichkeit ist. Der Urgrund der Mischungsfunktion ist ja gerade der permanente Austausch von Menschendekoration“.⁵⁾

Leicht ist danach die strategische Identität mit dem sogenannten „Taylorismus“ zu erkennen: Mit der Zerlegung vormals intuitiv durch den Arbeiter selbst organisierter Produktionsprozesse und ihre Neuorganisation zu Algorithmen mit dem Ziel, „... to relegate the entire mental parts of the tasks in hand to the managerial staff.“ (Anm.)⁶⁾ In übertragener Bedeutung kann man daher auch von „Taylorisierung der Öffentlichkeit“ sprechen.

Technologische Aussaat von Herrschaft

Es ist klar, daß damit zugleich Wahrnehmung und Kommunikation, das ganze Miteinander der Menschen zerstört und reorganisiert wird. Die aufgezwungene Deutung der Situation filtert zugleich begrenzte Wahrnehmungsinhalte heraus, gezielte Informationen dienen als Anlaß oder Auslöser für den jeweils fälli-

gen Programmteil. Luhmann stellt befriedigt fest: „Durch Routineprogrammierung kann nicht hierarchischen Kommunikationen eine abgeleitete Autorität verliehen werden. Die Autorität wird in diejenigen Informationen ausgelagert, die als Programmauslöser dienen sollen.“ „Innerhalb der so gezogenen Grenzen wird Autorität zur freiplazierbaren Ordnungsleistung, zu einem beliebig einsetzbaren Kapital und damit in mancher Hinsicht dem Geld vergleichbar, daß ebenfalls als ein hochabstrahiertes Kommunikationsmittel der generalisierten Systemsteuerung dient.“ „Die Hierarchische Autorität kann ausgesät und zur Programmierung von Kommunikationsabläufen benutzt werden; an welchen sie selbst nicht beteiligt ist.“⁽⁷⁾ Das bedeutet zugleich, daß die Kommunikation der an einer Situation Beteiligten zur Orientierung und Herstellung von Sinn und Bedeutung völlig überflüssig wird. Die Individuen laufen auf ihren eindimensionalen Schienen durch den Raum, gleichgeschaltet und von einander getrennt durch die unsichtbaren Wände des Programmkanals. Die gleichgerichtete Programmierung ihres Verhaltens gibt keinen Spielraum „zur Seite“, sie erlaubt es ihnen nicht, sich aufeinander zu beziehen. Das Ordnungsprinzip, die Summierung unverbundener atomisierter Abläufe, zerschneidet die Kontaktmöglichkeiten der einzelnen wie eine Schaar parallel angeordneter Messer. Wie das alles funktioniert, wissen wir von unserem eigenen Verhalten im Supermarkt, Einkaufszentrum, in der Fußgängerzone. Diese innere Zerstörung unserer Umwelt, die Vernichtung ihres Reichtums steht der äußeren Umweltzerstörung in nichts nach.

Neue Technik der Kontrolle

Mit dieser Objektivierung des herrschaftstechnologischen Konzepts – und dies ist eine weitere Seite von grundsätzlicher Bedeutung – haben sich die Monopolherren über unseren Alltag eine ganz andere Kontrollstruktur geschaffen. Die genaue Festlegung und Einschränkung erlaubter Funktionen hat einen gewaltsam armen und dürrtigen Kern gebotenen Verhaltens organisiert und damit zugleich den reichen Rest als abweichendes Verhalten davon geschieden, man kann auch ebensogut sagen: erst geschaffen.

Abweichendes Verhalten ist daher ein Produkt kapitalistischer Gewalt und bringt zugleich neue Kontrolltechniken mit sich. Denn je genauer die Funktionen definiert sind, je enger das Normengerippe festgelegt ist, desto leichter ist abweichendes Verhalten zu erfassen, desto problemloser zu sanktionieren. Es genügt ein Blick, um festzustellen, ob die maschinisierte Öffentlichkeit reibungslos funktioniert oder nicht. Die Polizei, die die Störungen dieses Ablaufs beseitigt, wird hier praktisch zum Werkschutz für fabrikisierten Alltag. Dessen extreme Armut macht reiches Leben, Musik, Diskutieren, Spielen, zur Sabotage am Kapital. Abweichendes Leben in Einkaufszentren ist auch juristisch schon Hausfriedensbruch. Es ist nur eine Frage der Zeit, wann die Rechtssprechung zu Fußgängerzonen nachzieht.

Daß die beschriebenen Formen politischer Gewalt nur die technologische Seite zur ökonomischen Verwertung darstellen, braucht wohl nicht mehr breit ausgeführt zu werden. Vor allem das Steuerungsmodell des integrierten Einkaufszentrums, der über Verkehrsmaßnahmen integrierten Fußgängerzone erlauben eine ganz neuartige Kalkulierbarkeit von Kaufkraftflüssen, die optimale Nutzung der Partikel menschlichen Verhaltens. Mit der Entwicklung generell anwendbarer Ordnungsschemata werden Organisationsmodelle von Stadtöffentlichkeit zugleich freiverkäufliche Ware von Planungsunternehmen.

Der technologische Schein

Der brüchige Schein von „Normalität“ dieser Maschine aus lebendigem Fleisch entsteht paradoxerweise gerade durch die technologische Trennung der Herrschaftsebene von der Vollzugsebene. Denn ein Herr, der einem Befehle gibt, tritt gar nicht in Erscheinung. Vielmehr rechnet sich das Individuum den in das Signal oder die signalisierte Situationsdefinition ausgelagerten Befehl sogar als eigene Wahrnehmungs- und Deutungsleistung zu und wird durch den stummen Nebenmenschen noch darin bestätigt. So ist selbst der Schein der Normalität noch ein unmittelbares Produkt der Gewaltform.

Gewalt als Fortschritt

Die kritische bürgerliche und linke Kulturphilosophie haben gleichermaßen wie der orthodoxe Marxismus dazu beigetragen, all die hier aufgezeigten Zusammenhänge so lange wie möglich zu verschleiern. Die Marxisten können wir an dieser Stelle völlig beiseite lassen. Sie haben in den technologischen Fortschritten des Kapitals immer nur die neutralen nützlichen Formen von „Gebrauchswert“ und „Vergesellschaftung“ gesehen. In dieser Propaganda für die technologischen Gewaltformen der Zerstörung unseres Lebens stellten sie sich – wenn auch manchmal mit leichtem Unbehagen – auch auf dem Sektor kapitalistischer Stadtplanung auf die Seite des Kapitals.

Die theoretischen Äußerungen der kritischen und linken Kulturphilosophie nehmen sich daneben weniger plump aus, sind aber dafür ein gutes Stück frecher. Denn sie beschwören die geübte Berufsblindheit die Förderung „urbäuer Öffentlichkeit“ auch dann noch, als schon der größte Teil der Bundesrepublik vor unser aller Augen zerstört und einverleibt war.

Ihr theoretischer Ausgangspunkt ist interessant. Ihre Grundvorstellung und Orientierungsschema für „städtische Öffentlichkeit“, ist der „Markt“, auf dem sich die einzelnen autonomen, gleichrangigen und isolierten Individuen beliebig miteinander austauschen und in „horizontaler“ Kommunikation miteinander regeln, was Sache ist. Hans Paul Bahrdr, Stammvater dieser Urbanitätsdiskussion, sagt: „Im Gegenteil, die Ordnung des Marktes garantiert gerade eine gewisse Beliebigkeit des Kontaktaufnahme jedes mit jedem, genauer: jedes Individuums mit jedem Individuum. Ein Merkmal des Marktes ist also gerade die unvollständige Integration, eine Offenheit der sozialen Intentionalität der Einzelnen, deren Willkür es überlassen bleibt, mit wem, auf welche Weise und wie lange sie Kontakt aufnehmen, um zu handeln.“⁽⁸⁾ „Der Markt ist also eine Form der Verteilung durch Tausch, wobei die Tauschenden bis zu einem gewissen Grade Herr ihres Entschlusses, d.h. Wirtschaftssubjekte bleiben, ... Zum Warenaustausch gehört wenigstens die Fiktion der Äquivalenz ... Aus der partiellen Freiheit der Tauschenden auf dem Markt ergibt sich ein Weiteres: Eine partielle Beliebigkeit der Kontaktaufnahme all derer, die als Käufer oder Verkäufer auf dem Markt auftreten.“⁽⁹⁾ Auch wenn Bahrdr dies sicherlich von sich weisen würde, es ist nicht schwer, darin das Marxistische Schema der „kleinen Zirkulation“ wieder zu erkennen.⁽¹⁰⁾ Der politisch entscheidende Grundzug dieser „Öffentlichkeit“ beruht nun darin, daß sich die Macht der fiktiv gleichrangig Tauschenden im Zwang zum Austausch und zu tauschförmiger Kommunikation gegenseitig neutralisiert. Goffmann's Interaktionsvorstellung für die solchermaßen geschaffene „Öffentlichkeit“ ist, daß „gemeinsame Anwesenheit Menschen in einzigartiger Weise erreichbar, verfügbar und **einander unterworfen** macht.“⁽¹¹⁾ Was immer an Relikten einer solchen „Öffentlichkeit“ in anfänglichen Phasen der kapitalistischen Gesellschaft noch bestanden haben mochte,⁽¹²⁾ es ist mit der beschriebenen Herstellung des Monopols einer durchrationalisierten Öffentlichkeit mit dem inneren Imperialismus über unseren Alltag zer-

stört. Horizontale gegenseitige Unterworfenheit und Kontrolle, horizontale Kommunikation ist in einem vertikalen Schema technologischer Herrschaft und informationeller Steuerung zerquetscht worden.

Die kritische Stadtplanungsphilosophie hat diese Wahrheit – man kann schon sagen systematisch – unterdrückt, und damit dazu beigetragen, daß der Zusammenhang von Städtebau und Lebenszerstörung als Thema gar nicht erst aufkam. Das ist für mich am deutlichsten bei Hans Paul Bahrdr. Er ist ein geschulter Organisationstheoretiker und sieht in der Tat das Anwachsen eines „dritten“ Bereichs formaler Organisation neben der marktförmigen Öffentlichkeit und der Privatheit: Großbetriebe, Bürokratien, auch: Straßenverkehr. Ich traue es ihm schlicht nicht zu, daß er nicht erkannt hat, daß Großsiedlungen, Einkaufszentren, Fußgängerzonen dazu gehören. Aber offenbar will er kein Eingeständnis der totalen Herrschaft und Kontrolle im öffentlichen Raum. Und so ist er sich nicht zu schade, die behauptete „Willkür“, „Freiheit“, „Beliebigkeit“ des Marktes in den letzten Lebensäußerungen des im Schema erstickten Subjekts aufzuzeigen: „Sich-Zeigen, Neugieriges-Sich-Umschauen, Window-Shopping, Luft-schnappen usw.“¹³⁾ Der Bahrdr-Anhänger Karolus Heil zieht die Ehrlichkeit vor, verlegt sie aber weise auf die Ebene unmittelbarer Empirie: In sensiblen Untersuchungen läßt er einen Hauch von Gewalt der „totalen Privatheit“ moderner Großwohnanlagen aufkommen.¹⁴⁾ Heide Berndt's Beiträge zu diesem Thema sind am interessantesten. In ihrem Aufsatz „Der Verlust von Urbanität im Städtebau“¹⁵⁾ konstatiert sie immerhin die zerstörende Wirkung „monofunktionaler Nutzungsfelder“ auf die Kommunikation, auch wenn sie sich im übrigen Hans Paul Bahrdr anschließt. In einem weiteren Beitrag jedoch nimmt sie die Erkenntnis der technologisch-gewalttätigen Seite des Monofunktionalismus zurück zugunsten einer rein ästhetischen Sehweise.¹⁶⁾

Sie versagt es sich, weiter ins technische Detail zu gehen.

Lediglich Goffmann und die Amerikanerin Jane Jacobs ahnen, daß die Zunahme von Vandalismus, Kriminalität, Psychiatrisierung die Reaktion auf die technologische Verschärfung der öffentlichen Gewaltstruktur und der restlosen Vernichtung individueller Autonomie ist.¹⁷⁾ Jacobs bezieht intuitiv richtig die öde und latente Gewaltsamkeit monofunktionaler Bereiche auf die Zerstörung der Tauschöffentlichkeit.¹⁸⁾

Naiv schlägt sie daher die Wiedereinführung der schönen guten alten Korridorstraße mit der kleinen Bar, dem kleinen Lebensmittelhändler und dem kleinen Zeitungsladen vor. Es war diese dem vor unser aller Augen abrollenden Angriff spottende Naivität, die sie der ganzen Horde deutscher Kulturphilosophen brauchbar erscheinen ließ. Alle jubelten über ihr Buch und liebten Jane Jacobs. Als Mittel zur Wiederbelebung der Urbanität propagierten sie die Anreicherung städtischer Funktionen im Zentrum, eine rein quantitative Addierung zusätzlicher programmierter Verhaltensanlässe ohne Änderung der Gewaltstruktur: Die Schmückung einer Leiche, die Analogie zum „job-enrichment“ und „job-enlargement“ als Humanisierungersatz in der industriellen Produktion ist unverkennbar.

Wenn wir die Technologie städtebaulicher Gewaltorganisation an dem extremsten Punkt ihrer Entwicklung kennengelernt haben, so kann dies nur als Ansatz dienen, die Geschichte städtebaulicher Gewaltorganisation überhaupt als Auseinandersetzung aufzurollen. Über die Kämpfe in der naturwüchsig gegliederten Stadt des letzten Jahrhunderts müßte sie den Beginn von Stadtplanung als Kampfmittel in der ersten Phase von Gartenstadtmodellen bis zur theoretischen Ausdifferenzierung räumlich getrennter Stadtfunktionen (Charta von Athen) aufspüren. Sie müßte die Rolle der gewaltsamen Rationalisierung von städtischen Prozessen nicht nur in der Optimierung ökonomischer Verwertung, sondern auch in der Zerstörung des schwer kontrollierbaren subversiven Potentials horizontaler Be-

ziehungsgeflechte in den alten Arbeiterquartieren entdecken. Sie müßte Jahr für Jahr beschreiben, wie sich die neugebackenen Monopolherren über unser Leben mit der Zerstörung des horizontalen Geflechts und individueller Autonomie nur einen neuen Gegner eingehandelt haben. Die nicht einkalkulierten Reste des vergewaltigten Subjekts, die von den Gerippen ärmlicher logischer Strukturen fließenden Bedürfnissen nach gesellschaftlichem Reichtum, die Reaktionen auf die gänzliche Zernichtung von Autonomie artikulieren sich in einer Weise, die nunmehr auch die Landeskriminalämter und das Bundeskriminalamt auf den Plan gerufen haben. Es ist nur folgerichtig, daß ihre mildesten Strategieüberlegungen darauf abzielen, ersatzweise den Schein subjektiver Autonomie über den Raum wieder herzustellen: Die anachronistische Rückübertragung von Kleineigentum (über die Verbesserung der Bildung von Wohnungseigentum) und entsprechende Ersatzformen sollen die Subjekte auf eine „defensible space“ richten, um dort abweichendes Verhalten zu kontrollieren. In die gleiche Richtung zielen die Angebote kontrollierter Partizipation. Darüberhinaus aber drängen die großen Wohnungsbaugesellschaften im Verein mit dem BKA und den Landeskriminalämtern auf die Institutionalisierung eines gigantischen Kontrollgeflechts über die Zusammenarbeit sämtlicher sozialer Dienste, einschließlich gemeindenaher Psychiatrie, Sozialarbeit und Polizei. Es ist ein manifestes Eingeständnis, daß sich das Leben in die Gewalttätigkeit ihrer Maschinen nicht restlos einsaugen läßt und es ist offen zu Tage tretende Erwartung, daß das Kapital seine immer ärmlicher werdenden Gewaltkerne gegen ein wachsendes Meer fremder Subjektivität verteidigen müssen.

Detlef Hartmann

Anmerkungen

- 1) D. Hartmann, Die Gewalt der formalen Logik (Arbeitstitel), erscheint im März bei IVA
- 2) Das Niveau des Algorithmus ist die Aussagenlogik, Boole'sche Algebra oder Schaltalgebra. Warum die Versuche, menschliches Handeln, Kommunikation, Informationsverarbeitung auf diesem Niveau nachzuzeichnen, rettungslos scheitern mußten, ist in meinem Buch erläutert, vgl. Anm. 1
- 3) Vgl. D. Hartmann, op. cit., passim.
- 4) E. Goffman, Interaktionsrituale, Frankfurt/M, 1971, S.9
- 5) „Mit den Augen einer Wohnungsbaugesellschaft“, Bauwelt 50/1972, S.1922
- 6) F.W. Taylor, The Art of Cutting Metals, New York 1906, §52.
- 7) Niklas Luhmann, Lob der Routine, in: Niklas Luhmann, Politische Planung, Opladen 1971, S. 130 ff.
- 8) H.P. Bahrdr, Die Moderne Großstadt, Reinbek b. Hamburg, 1971, S. 63. Ihm folgte die gesamte Urbanitätsdiskussion in der Stadtsoziologie. Daß das Marktmodell auch dem zentralen Interaktionsbegriff Meads und seiner Anhänger zugrunde liegt, belegen die Kapitel 36 und 37 von „Geist, Identität und Gesellschaft“
- 9) H.P. Bahrdr, op.cit., S. 59
- 10) Zusammenhängend am besten dargestellt in K. Marx, Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie, EVA-Ausgabe, S. 151 ff.
- 11) E. Goffman, Verhalten in sozialen Situationen, Gütersloh, 1971, S. 33
- 12) In diesem Zusammenhang wird übrigens am deutlichsten, warum die Marxistische Kulturkritik mit ihrer Unversalkategorie „Warenform“ so falsch liegt. Kapitalisierung der Öffentlichkeit heißt gerade nicht die Durchsetzung der Waren- und Tauschstruktur, sondern die Aufhebung der auf ein horizontales Kommunikationsgeflecht angewiesenen Tauschstruktur im Eindimensionalen Algorithmus. Am Beispiel der Einkaufszentren wird am deutlichsten, warum gerade die Marktförmigkeit der Öffentlichkeit die Warenförmigkeit des Verhaltens mit der Entwicklung des Kapitalismus immer mehr zerstört wird. Es scheint, daß die Warenförmigkeit der Verkehrsformen in der vorkapitalistischen Gesellschaftsformation anzusiedeln ist und mit der Entwicklung des Kapitals langsam in die Gewaltformen kapitalistisch-technologischer Rationalität aufgesogen wird.
- 13) H.P. Bahrdr op.cit., S. 149
- 14) K. Heil, Kommunikation und Entfremdung, Stuttgart, 1971
- 15) in: Das Argument, Nr. 44, 4/67
- 16) H. Berndt, Ist der Funktionalismus eine funktionale Architektur?, in: H. Berndt, A. Lorenzer, K. Horn, Architektur als Ideologie, Frankfurt/M., 1968
- 17) E. Goffman, Relations in Public, Harper & Row, 1972, S. 328 ff., J. Jacobs, Tod und Leben großer amerikanischer Städte, Gütersloh, 1963
- 18) J. Jacobs, op.cit., S. 46 ff.

Die immer wieder unterbrochene Stimme des Lumpenproletariats

Im Anschluß an das Heft 2 "Die neuen Gefängnisse" und als Beitrag zum Sonderheft "Sicherungsverwahrung" hat uns Peter Erlach den folgenden Beitrag zugesandt.

Der Gefangenerrat als Modellfall einer zukünftigen revolutionären Selbstorganisation des sich vergrößernden Subproletariats. Dieses Thema impliziert eine Reihe komplizierter historischer Analysen, die hier nicht versucht werden sollen. Ich beschränke mich auf das Phänomen und auf die Apologie einer Gruppe, die wie keine andere unter das banalisierende Verdikt der "Tageszeitung" und anderer geraten ist.

Die linken Gruppen in Deutschland produzieren keinen Mythos. Obwohl es den Rationalisten organisatorischer Zweckmäßigkeit scheint, daß das gerade ihr Vorteil ist, offenbart der Mangel an Mythos eher den nichtrevolutionären Charakter dieser Gruppen. Die vollständige Rationalität, die sie umgibt, ist auch das Einzige, was sie mit den unterdrückten Massen verbindet – und das ist wenig oder gar nichts. Die Anfangsbuchstaben eines Namens, SB, KB und so weiter, oder das Firmenzeichen einer Zeitung: die radikale Antimythologie verbirgt dahinter das äußerst rationale Kalkül, das auch äußerst kleinlich ist. Strategien wie die der neuen Partei oder der TAZ kommen deshalb nie dazu, etwas zu verändern, weil sie in ihrer Kleinlichkeit für jeden unzuverlässig sind, der die Revolution wirklich will. In dieser Beziehung unterscheiden sich diese Versuche linker Rekonstruktion nicht von der "Friedensbewegung" der 60er Jahre.

Die maotistischen Gruppen, hilflose Nachahmungen eines erloschenen Mythos, verkörpern sich nur in wirren Träumen. Hier geschieht das gleiche, was mit den Auftritten der Nazi-Epigonen geschieht: ihr Enthusiasmus gilt nur noch ihnen selbst. Er hat keinerlei Verhältnis zur Realität mehr, seit die Realität – China – ihr Gesicht gewechselt hat. Die absterbende Ideologie erzeugt ebenfalls keinen Mythos, wie es Christus, Ghandi, Mao oder Che Guevara sind. Sie waren zugleich Realisten und Mythos.

Denn seltsamerweise scheint es der Realitätsgehalt einer Gruppe zu sein, ihre Übereinstimmung mit den sensiblen Linien der Wirklichkeit und ihr absolute Mut, die ihr Charisma erzeugen – ebenso wie ihre blutige Verfolgung. Die Rote Armee Fraktion, als Teil des antiimperialistischen Kampfes der Völker, lebt vom Mythos dieses Kampfs, der sich für den Spießher in Fernsehen und für den Linken in seiner Zeitung abspielt. Die Guerrilla überlebt auch ihr erstes Scheitern, als Söldner Libyene, als verweilte Abstraktion, als Identität ohne das, womit man sich identifiziert. Wäre es nicht schwerer, sich an diesem Kampf zu beteiligen, statt den Statisten einer Demonstration zu stellen, wäre es der Kampf aller, und von den Demonstrationen der Prostitution blieben nur ihre zynischen Organisatoren übrig. Cohn-Bendits Trumpf ist, daß man die anderen nicht sieht. Er spricht, die anderen sind verdammt zu schweigen. Vielleicht ist heute bereits das Sprechen eine Form der Kollaboration. Wer kann noch offen sprechen? Der Kollaborateur.

Die linken Parteien und Gruppen der Legalität. Ihre ununterbrochene peinliche Gegenwart in Form von Broschüren und Zeitungen steht in einem merkwürdigen Verhältnis zu dem, was wir von ihnen wahrnehmen – nämlich nichts! Wir können uns nichts unter ihnen vorstellen. Sie sind imaginär, ein negativer Mythos. Als müßten wir an Siemens oder AEG glauben, traktieren sie uns mit ihrem Anspruch. Aber er bleibt imaginär, in unserem Herzen bewegt sich nichts. Man sieht ihnen allen an, daß sie eines Tages Noske sein werden. Was wollen wir also mit ihnen?

Heute ist die "Tageszeitung" die neue Sozialdemokratie. Ihre Funktion ist es, Meinungen aufzunehmen und sie dadurch zu vernichten. Die "Staatsschutzfunktion" der "Tageszeitung" ist die umfassende Information, mit eingeschlossen die Abtötung dessen, worüber informiert wird. Die Zerstörung eines Gesichtes durch einen Abdruck, die Zerstörung einer Erklärung durch ihre Bekanntmachung, die Vernichtung von Information durch Information – diese Rolle der Kollaboration kann nur eine scheinbar unabhängige Zeitung übernehmen.

Im Potpourri der Albernheiten des "Pflasterstrand" und der "Tageszeitung" tauchen politische Strategien auf, die sich jedoch derselbe Redaktionsklüngel ausgedacht hat, der auch für das Übrige verantwortlich ist. Die Amnestiestrategie, die Mahler/Baum/Klein – Strategie unterscheiden sich kaum von denjenigen, die die TAZ auf den Markt gebracht hat – es sind die Märkte, die sie sich in unseren Köpfen

erobert. Aber nach dem Genuß der Ware bleibt nur ein trauriges Gefühl der Leere. Es ist nichts zu tun.

Hier treffen wir auf ein Merkmal, das zur Unterscheidung wertvoll ist: Die Guerrilla hat es gewagt zu handeln und sich politische Macht anzueignen. Sie ist die andere Exekutive. Unter den politischen Gruppen der Linken ist das nahezu ohne Beispiel. Es ist charakteristisch, das das, was die "Tageszeitung" vertritt, in der Situation des Scheiterns auftaucht.

DER GEFANGENENRAT

Es ist heute unbestreitbar, daß durch den Gefangenerrat die ersten präzisen Konturen einer Politik der Gefangenen und Subproletariats geschaffen worden sind, das heißt: einer Revolution der Basis der Asozialisierten, der Arbeitslosen, Jugendlichen – einer neuen subproletarischen Unterklasse. In einer Weltzone und in einer Zeit, in der das Proletariat nur noch soziologische Bedeutung zu haben schien, ist eine Gruppe wie der Gefangenerrat der Beweis eines historischen Zusammentreffens: einerseits der Verwandlung eines Teils der Arbeiterklasse in eine neue Mittelklasse, andererseits des wachsenden Sediments einer asozialen Klasse: illegalisierte Arbeiter, Dauerarbeitslose, Entqualifizierte, strukturell Arbeitslose, Kriminalisierte, Ghettoisierte, Gebraunmarkt ihrer Herkunft, ihres sozialen Könnens, ihrer Triebe und Sozialisation von Geburt an. Die soziale Normierung der Gesellschaft, nicht gehemmt sondern gefördert durch die linken Kräfte in den Institutionen, nimmt Ausmaße eines neuen Rassismus gegen die Entsozialisierten an. Das Resultat eines Flächenbombardements im psychosozialen Innenraum der Gesellschaft ist die Vernichtung autonomer Lebensräume, Verstaatlichung und verwissenschaftliche Planung und Verwaltung der eingebneten Sozialisation, die verwaltete Kommunikation, die Planifizierung des eigenen Schicksals. Armeen von Sozialarbeitern, Sozialpädagogen, Psychologen und sonstigen Sozialoffizieren werden der sozialen Infektion entgegen geworfen, um jeden Herd von Dissozialität bilden sich Belagerungsringe der hygienischen Hilfskräfte des Regimes. Und es sind ihre Ziele: Sozialisierung, Kommunikation, Diskussion, Rationalität, die uns wie das höhnische Echo vergangener, gescheiterter Revolutionen in den Ohren klingen. Heute sind es die strategischen Begriffe eines totalitären Regimes, tauglich für die endgültige Befriedigung der Gesellschaft und der Kommunikation, die sich der Gewalt der Medien und der Verplanung ausliefert.

Freiheit wird zu Unverständlichem – der Gedanke an ein Schicksal ohne die Macht der Tatsachen wird undenkbar. Das alles umgreifende soziale Regime regiert mit Hilfe der Tatsachen, und mit Hilfe aller, die ihre Ansprüche erfüllt sehen, der Mehrheit. Der Staat kann tatsächlich eine revolutionäre Rolle spielen, indem er in einem psychosozialen Genozid zur Gesellschaft wird: die Herrschaft der Sozialen Klasse über das Paraleben einer Asozialen Klasse. Der Staat monopolisiert nicht nur die Betriebe, sondern auch die Eigenschaften. Mit den Kommunikationsmitteln und mit der totalen Erfassung der Bürger ist es möglich geworden, daß dieser neue Staat zur Eigenschaft aller wird und wie ein betäubendes Chloroform alle Zonen der Gesellschaft durchdringen kann. Jedoch, er produziert – wie die Atommeiler – einen schrecklichen und gefährlichen Abfall: die Asozialität.

DEFINITION DES SCHEITERNS

Die kleine Gruppe des Gefangenerrats, die mit dem Frankfurter Büro verbunden war und bis zuletzt eine Art revolutionärer Exekutive der Gefangenen darstellte, wurde im Dezember 1975 verhaftet. Ohne Prozeß (der heute immer noch nicht stattgefunden hat) verbrachte sie zum Teil zwei Jahre in Untersuchungshaft.

Der Gefangenerrat bestand mit einer Nachfolgegruppe bis 1976, dann hörte er auf zu bestehen, als auch ein Teil dieser Nachfolgegruppe verhaftet wurde. Nachfolgegruppen in anderen Städten – Mannheim, Bremen, Berlin – bestanden nur kurz und scheiterten offenbar an inneren Schwierigkeiten. Bis jetzt überlebt nur die "Gefangenenselbstinitiative" in Hamburg, die eine unpolitische, auf Öffentlichkeitsarbeit spekulierende Richtung verfolgt. Außerdem die Gefangenengruppe Nürnberg, dem Gefangenerrat eher ähnlich, die einer massiven Verfolgung ausgesetzt scheint. Das Häftlingskollektiv wurde Ende 1978 zerschlagen. Ein Teil der ehemaligen Mitglieder des Häftlingskollektivs und des Gefangenerrats emigrierten, nachdem ihre erneute Verhaftung voraussehbar war, ins Ausland. Ein Weiterbestehen beider Gruppen in Deutschland ist durch die Repression unmöglich geworden, die Gruppen sind faktisch

verboten. Im November 1979 wurde versucht, den Nachrichtendienst des Gefangenerrats wieder erscheinen zu lassen. Nach zwei Nummern tauchte der Verantwortliche, angesichts der unmittelbaren drohenden Verhaftung, unter.

Die Tragik der Gefangenengruppe ist unverkennbar. Sie ist das Objekt eines Kräfteverhältnisses, das zur Zeit radikal zu ihren Ungunsten ausschlägt, und dabei vereinigen sich die widersprüchlichsten politischen Strömungen zu dem einen Effekt, daß eine Gefangenengruppe und eine politische Bewegung des Subproletariats auf der Vorstufe des scheinbar Unmöglichen stehenbleiben.

Dem Gefangenerrat wurde häufig der Vorwurf der Selbstisolierung gemacht, die zu seinem Scheitern geführt hätte. Es wird aber übersehen, daß diese Isolation nur der Ausdruck eines Beharrens auf die Konstituierung eines eigenen subproletarischen Interesses war. Der Gefangenerrat hätte nicht die Stimme des Subproletariats sein können, ohne sich damit völlig zu isolieren. Ausdruck eines radikalen Suchens nach der eigenen Identität gegenüber anderen Klassen war der Gefangenerrat eher erfolgreich in seiner Isolation von fremden Klassen und Kräften (die zur Definition seiner eigenen politischen Rolle geführt hat), als in dem, was er mit Hilfe anderer Kräfte tatsächlich erreicht hat. Das Mißverständnis einer Gefangenengruppe umgibt noch immer diese Gruppe, die sich als das politische Zentrum des Lumpenproletariats, einer sich ausdehnenden asozialen Klasse der Gesellschaft, verstand. Die radikale, militante Aktion ersetzte zum Teil die Verständigung über eine begrifflose Identität der Asozialisierten – in einer sich sozialisierenden totalen Gesellschaft, die die Verwirrung der Begriffe produziert.

Für die, die es schon immer wußten, ist das Erscheinen dieser seltenen kleinen Gruppe die Folge von politischen Mißverständnissen und Fehleinschätzungen, über die man heute hinweggehen kann. Die Gefangenengruppe wird wieder zur politisch ineffektiven und subjektiv unerträglichen Form der individuellen Unterstützung von Gefängnisinsassen zurückgekehrt (von seiten einer Klasse, die dafür sorgt, daß es weiter Gefängnisinsassen gibt) – vom Traum einer revolutionären Miliz, von den Losungen des Gefangenerrats, von der Intention seines Manifests und seiner düsteren grauen Fahne, vom Aufbau einer revolutionären proletarischen und subproletarischen Gegenmacht redet scheinbar niemand mehr. Wie tief dieser Impuls in die Gefängnisse eingedrungen ist, läßt sich nicht feststellen – eher jedoch der Impuls der Enttäuschung über die Untätigkeit und die Kollaboration der Linken, die mißverstanden wird als unnütze Taktik. Die Revolution ist wieder die Angelegenheit von einigen, die sie machen wollten, und den allzu vielen, die sie jetzt im Knast betreuen. Selbst das verfällt der Kollaboration – man verbindet es, den einen zu helfen, die der Staat geschlagen hat, und dem Staat zu helfen, der sie schlug.

Nicht genug, daß die Medien und Gruppen ihre eigene legalistische Position verkünden, sind sie noch darum bemüht, die im Kampf untergegangenen Gruppen als legalistisch erscheinen zu lassen, und brechen ihnen damit mit sanfter Hand noch nachträglich das Rückgrat – als hilflosen, kriminalisierten Opfern der Justiz.

BEWAFFNETER KAMPF – MILIZ ODER KOMMANDOAKTION EINES AGENTEN – RINGS ?

Der Gefangenerrat hat mehrfach erklärt (z.B. im ND Nr. 8, Die drei Schritte der Gefangenengruppe), daß seine Taktik der bewaffnete Kampf, der Aufbau einer subproletarischen Miliz ist. Die Organisationsform ist politisch und militärisch zugleich. Sie zielt darauf ab, von Anfang an eine Gegengewalt gegen das Regime zu bilden – nicht in einem unbestimmten Untergrund ohne Basis, sondern auf breiter Basis, legal und öffentlich, solange als möglich. Von einer Beschränkung des bewaffneten Kampfes auf bloße symbolische Anschläge unterscheidet sich dieses Konzept durch die Annahme, daß nicht die militärische Strategie oder Technik, sondern die Bewaffnung der Mitgliederbasis einen Machtfaktor darstellt – anders als bei einer geheimdiensthaften Organisation wie der RAF, dem 2. Juni oder der RZ. Dabei ist der Grad der Bewaffnung zweitrangig neben der Tatsache, daß sich die Basis bewaffnet und ihr strategisches Ziel definiert. Als erstes sind dies: Abschreckung des Terrors, den das Regime über die Gefangenen ausübt, Schutz der Internierten durch die Gewißheit der Vergeltung, die eine bewaffnete Gruppe auszuüben imstande ist, gerade weil sie nicht aus der Illegalität operiert und ihre Basis inmitten des einfachen Lebens der Mitglieder niemals aufgibt. Die Aktionen bleiben dadurch auf einer Stufe, die keinen Militanten zum Söldner für nationalstaatliche Inter-

essen der arabischen Länder machen kann, wie es bei den drei linken Guerillaorganisationen der Fall ist.

Die Einheit des politischen und militärischen Kampfs an der Basis, die Klarheit eines Konzepts für eine Revolution gegen Kapital und Konsumeigentum, der Angriff auf Machtstellungen des Regimes, ohne die Falschen, die Unbeteiligten zu treffen, und die Rolle, die diese kleine Gruppe durch ihre exekutive Funktion als Gegenmacht zu spielen fähig war, - dies alles zeigt das Gegenteil des Scheiterns und der selbstverschuldeten Isolation. Durch seine exekutive Stellung und Definition, gleichzeitig als Vertretung einer Klasse und einer gesellschaftlich klar definierten Gruppe und als militärische Exekutive dieser Klasse, hat der Gefangenerrat ein Exempel für den Beginn einer Revolution geliefert. Er ist deshalb nach wie vor ein Modellfall einer realen Revolution. Er vereinigt die Basis mit theoretischer Arbeit, politischer und militärischer Organisation, Definition der eigenen Klasse mit Definition des historischen Interesses, und das Anknüpfen an die unmittelbaren Interessen der Basis.

Die Fehler, die im Gefangenerrat gemacht worden sind, sind nicht unvermeidlich, auch wenn sie dem unentwickelten Politisierungsprozeß des Subproletariats zuzuschreiben sind. Der Gefangenerrat ist vermutlich nicht durch diese Fehler gescheitert, sondern daß die mit dem Frankfurter Büro verbundenen Mitglieder nahezu vollständig verhaftet wurden. Die Verhaftung wurde durch einen Denunzianten ausgelöst - ein Umstand, der nichts darüber aussagt, ob ein solcher Verrat auch eine größere Gruppe hätte lähmen und vernichten können. Wer den Verrat selbst zum Vorwurf des Scheiterns erhebt, mag sich damit beruhigen, daß, wo nichts Unerlaubtes geschieht, auch nichts zu verraten ist - die bornierteste Auffassung von politischer Effizienz, die sich immer mehr zu verbreiten scheint. Solche Niederlagen, der Untergang einzelner Gruppen, sind nicht der Maßstab für das Scheitern einer Bewegung. Tatsächlich ist auch die Ursache der Hemmung einer subproletarischen Bewegung eine andere, und sie hat viel mehr mit dem politischen Prozeß innerhalb der Linken als mit den Verhaftungen zu tun, so einschneidend Verhaftung, Flucht, Zerschlagung von Organisationen auch sind.

DIE NEUE UNTERKLASSE

Der Gefangenerrat verkörpert drei Tendenzen, die an der Politik der Linken links vorbeigehen - wobei er sich nie als "links", sondern als "unten" einstuft - im absichtlichen Gegensatz zu dieser parlamentarischen Unterscheidung.

Erstens ist es die Annahme der Veraltung der politischen Revolution, die Abwendung von der naheliegenden Möglichkeit, eine Koalition mit anderen, in der sozialen Hierarchie günstiger gestellten Klassen einzugehen, die den Gefangenerrat kennzeichnet. Das Konzept der "Reproletarisierung" wurde verworfen; aber die "Asozialisierung" war nicht Ausdruck eines sich selbst isolierenden Trotzes, sondern vor allem der Einsicht, daß der traditionelle Begriff der sozialen und politischen Revolution in den entwickelten, hochindustrialisierten Zonen sich nicht mehr durchführen läßt. Die soziale Revolution hat ebenso ihren Zenit überschritten wie ihr Subjekt: die Arbeiterklasse. Mit dem Absterben der Arbeiterklasse und dem Aufstieg der sozialen Arbeit begann für die Revolution selbst ein Prozeß der "Asozialisierung", an dessen Ende Revolution und soziale Existenz zusammenfallen müssen: die neue soziale Klasse definiert sich anders als die Arbeiterklasse, und sie ist gegenüber der totalisierten Funktionalität der Gesellschaft in einem höheren Maße revolutionär als die Arbeiterklasse und ihre Organisationen bisher.

Die Eigentumsfrage betrifft die zweite wesentliche Differenz zur Linken. Das Kommunistische Manifest kennt nur das Privateigentum an den Produktionsmitteln. Das Eigentum der Proletarier selbst war zu jener Zeit so unbedeutend und notdürftig, daß ein Hinweis auf die mögliche Enteignung auch dieses Eigentums nur Zynismus sein konnte. Dieser Umstand hat sich inzwischen jedoch grundlegend geändert. Sowohl im Westen wie in den östlichen Übergangsgesellschaften hat sich gezeigt, daß das Konsumeigentum eine eigenständige soziale Formation darstellt und die Eigentumsform einer neuen Klasse ist, die sich in ihrer Existenz von dem früheren Proletariat und von jetztigen Eigentums- und Besitzlosen, vor allem vom Lumpenproletariat der Dritten Welt, unterscheidet. Der Gefangenerrat hat zum ersten Mal radikal die Frage nach dem Konsumeigentum gestellt. Und er hat die neue Klasse dieses Eigentums beim Namen genannt. Das Interesse der Sozialen Klasse steht einer Klasse, die sie asozialisiert und ausbeutet, antagonistisch gegenüber. Es ist diese Soziale Klasse, die das neue Subjekt des Sozialismus ist, während die revolutionären Mythen, Theorien, Begriffe und Hymnen des aussterbenden Proletariats wie der tote, abgeseukene Glaube einer Religion weiterwirken - aber nicht mehr für, sondern gegen die Armen, die Ausgebeuteten.

Drittens: die Vergesellschaftung wird verknüpft mit der Herrschaft der Sozialen Klasse, die eine Eigentümerklasse neuen Typs ist. Die Gesellschaft mit ihrer von der Sozialen Klasse zurückgehaltenen, terroristisch werdenden technischen Verwaltung, das Verspielen der Chance, das menschliche Leben durch

Entpossivierung, die Abschaffung des Konsumeigentums, auch zu entsozialisieren, und die fälschliche Identifizierung der Befreiung mit einem größeren Ausmaß an verinnerlichten Normen, rigider Koordination der Individuen, unausweichlicher Organisation und Eintheiligkeit der Vorstellungen, Begriffe und Kommunikationsformen - diesem Bild einer sozialisierten Gesellschafts das bereits ein Bild des Terrors ist, wird die Vorstellung der "Asozialisierung" entgegengesetzt - sowohl als mögliche Widerstandsform einer sozialen Klasse, wie als grundsätzliche Strategie der Gesellschaftsveränderung selbst, an deren Ende das Ziel der Gesellschaftsauflösung steht. Gesellschaft kann sich nur befreien durch ihre sukzessive Auflösung in die produzierten Dinge, die technisch geordneten menschlichen Funktionen. Als menschliche Funktion hat Gesellschaft die historische Tendenz, Technik zu werden und dadurch ein Potential an sich frei entfaltenden ästhetischen Selbstäußerungen des Menschen zu entwickeln.

Zur Politik der Asozialisierten wird die bewußte Verwerfung sozialer Normen. Doch dieser Kampf geht aus von der realen sozioökonomischen Lage einer Klasse, die das Erbe der Klasse der Verdammten zu übernehmen hat. Das Subproletariat in den industriellen Zonen ist das neue Proletariat. Seine neue Produktivität ist die strukturelle Arbeitslosigkeit, die die Revolution produziert. Die Internierung in Gefängnissen, Lagern, Erziehungsheimen bildet die Ausbeutungsform in Gestalt der industriellen Sklaverei - einer der unausbleiblichen Boten der Antike, die unser stillgestelltes Zeitalter erreichen.

Die Sklaverei besitzt eine Kontinuität durch alle Epochen hindurch. Sie wandelt jedoch ihre Form mit den veränderten ökonomischen Bedingungen. Zu allen Zeiten verfiel die veraltete Arbeitskraft der Kriminalisierung und damit der Internierung und Sklaverei. Dieser Prozeß der Versklavung, der das Geheimnis der Justiz ist, befindet sich heute in einem neuen Umbruch, und zwar entsprechend dem Umbruch der Arbeitskraft selbst, von dem er abhängt. Die rein technische Arbeitskraft beginnt zu veralten. Dem manuellen Arbeiter weicht der soziale, politische Arbeiter, dessen Arbeitskraft vorzugsweise sein sozialer Charakter ist. Auf der anderen Seite ist es hauptsächlich das Phänomen des sozialen Charakters, der Sozialität, die einen Menschen zur Sklaverei herabdrückt: zu seiner Eigenschaft als bloßer Reflex der Eigenschaften der herrschenden Klassen. Ist es heute noch die aushilfsweise Betätigung in besonders schmutzigen, diskriminierenden Arbeiten oder die Ausbeutung als menschliche Attrappe für die Dienstleistungsindustrie (Prostituierte, Kellner, Türsteher usw.), scheint es für die Zukunft den neuen Reservaten der Dienstleistungen überlassen, die Unqualifizierten in ihr ökonomisches Ghetto aufzunehmen, abgesondert vom Leben der sozialen Gesellschaft, die längst eine sozialistische Gesellschaft sein kann.

Auf der denkbaren Linie dieser Entwicklung der Sklaverei liegt auch ihre technische Revolution zur Verwendung von Menschen als Rohstoff der medizinischen Industrie, wie sie bisher mit den Körpern der Gefangenen praktiziert wurde. Die Sklaverei, als Ausdruck dessen, daß jede Gesellschaft aus ihrem Abfall noch Nutzen zieht, hat mit der Ausbreitung der Automation nur noch am Fleisch der Sklaven Interesse. Die Ausbeutung des Menschen entbehrt das Gefühl für die Grenze zwischen totem und lebendigem Stoff - Fleisch und Blut, von Tieren wie von Menschen, verwandelt sich zu totem Stoff der ökonomischen Verwertung. Die Moral setzt keine Schranken, sondern verschiebt sie lediglich in die gewünschte Richtung, und so trägt sie selbst dazu bei, daß aus Leben unwert es Leben wird, wert nur zu seiner Verwertung als Rohstoff. Dazu tragen sowohl die reaktionären wie die progressiven sozialistischen Ideologien der Sozialisation und des sozialen Verhaltens bei. Der Kampf um das physische Überleben kann zur Triebkraft künftiger Revolutionen werden.

INTERNIERUNG UND REVOLUTION

Justiz und Sklaverei

Justiz und Sklaverei sind historisch verknüpft als zwei sich bedingende Institutionen der Repression, die bestrebt sind, einen Teil der Bevölkerung auf der Stufe zu halten, die eine spezifische Ausbeutungsweise ermöglicht. Diese erniedrigte Ausbeutungsweise ist heute die Dienstleistung als "Mensch", nicht mehr nur als Teil der Maschine, die immer weniger Menschen zu ihrer Bedienung bedarf. Dieser Überfluß an Menschen hat ihre neue "menschliche" Arbeitskraft erzeugt. Und das, was dieser Arbeitskraft ihr Wesen, ihre eigentliche Bestimmung verleiht, ist die soziale Diskriminierung: die Zerstörung des sozialen Charakters in Institutionen wie Fürsorgeerziehung, Gefängnis, Psychiatrie, Jugendamt usw., den großen Kommandanturen des Subproletariats. Während die eingeführte subproletarische Arbeitskraft der Arbeitsemigranten die Sub-Produktivität der Produktion bildet - immer mehr abgedrängt vom Produktionsprozeß selbst -, verschiebt sich die Produktivität des einheimischen Subproletariats in eine Zone, wo der Mensch "an sich" Stoff der Arbeitskraft wird, die keinen anderen Stoff mehr braucht als die sterbenden Menschen. Er bietet sich an, sich benutzen zu lassen wie ein Pferd, das den Grobheiten, dem Blödsinn, den Witzen und dem rücksichtslosen Ge-

brauch der Konsumenten ausgesetzt wird, denen man es zum Reiten anbietet - drapiert mit Reklame, in einer Szene unwirklicher Warenästhetik, die das Wesen des Pferdes auf seinen Gebrauch reduzieren. Das Geheimnis der neuen subproletarischen Produktivität ist jedoch, daß sie der Verbrechen und des sozialen Scheiterns bedarf.

Angesichts der naiven, von den Apologeten der Modernisierung vorgebrachten Behauptung, das Subproletariat könnte sich durch Arbeit und anständiges Leben resozialisieren, ist dies von entscheidender Bedeutung. Im Bereich der subproletarischen Produktivität, also der Sub-Dienstleistungen, zu denen z.B. die Prostitution, aber auch nicht inkriminierte Tätigkeiten gehören, wird der Gebrauch, den man von Menschen macht, derart totalitär, daß er, wie die Bauernarbeit einer Bauern und die Angestelltenarbeit einer Angestellten, einen adäquat entwerteten, dissozialisierten Menschen voraussetzt. Ähnlich der Arbeit der Hausfrau, die ebenfalls nichts wert ist, weil sie diskriminiert ist, wird die "Menschlichkeit" des Subproletariats gleichzeitig extrem ausgebeutet, was den Bedarf nach ihr angeht, andererseits extrem entwertet, und die Ideologen bringen es fertig um vorzuspiegeln, daß diese Produktivität, auf die eine repressive Gesellschaft ihren Bauch, ihren Geist und alle ihre Triebe stützt, etwas schlechtes wäre. Sie wollen sich um sie kümmern und die Jugend davon abhalten, und gerade darum verleihen sie dem Schlechten noch die Authentizität, die es zu seiner Schlechtigkeit braucht.

Die Dialektik von Ekel und Notwendigkeit der Ökonomie schafft einen Zustand der idealen Ergänzung von humanitären Phrasen, drakonischen Strafen, Resozialisierungsbestrebungen, sozialer Entwertung und dem geplanten Verfall der Normen. Die Inflation des menschlichen Werts verbilligt die Ausbeutung des Menschen, analog dem Tier, das ebenfalls diesen Prozeß der Destruktion des eigenen sozialen Werts - bis zur Eliminierung seiner Subjektivität - durchlaufen hat.

DIE ÖKONOMIE DES ASOZIALEN

Das Zusammentreffen einer Anzahl ökonomischer Faktoren, wie strukturelle Arbeitslosigkeit, Entwicklung der Dienstleistungs- und Freizeitindustrie, Ausdehnung des Konsums bei einer restriktiven Vernichtung aller natürlichen Bedürfnisse wie nach Luft, Licht, Ruhe, Landschaft, Muße usw., der dadurch hervorgerufenen Perversion der Konsumbedürfnisse - alles dies schafft eine neue Arbeitskraft, die bereit ist ästhetischen Charakter hat, während alle bisherige Arbeitskraft technischen Charakters ist. Und diese Arbeitskraft ist, was ebenfalls neu ist, nicht mehr ausschließlich vom Kapital ausgebeutet, sondern, in ihrer spezifischen Form, auch eine soziale Ausbeutungs- und Perversionenform des Konsumeigentums. Die Ausdehnung der Sub-Dienstleistungen zerstört, mit dem Aggregat der Zerstörung sozialer Normen, das ihre produktive Energie erzeugt, auch die Unschuld des Konsumeigentums. Das Konsumeigentum, das von den Marxisten unbeachtet in der gleichen Weise, wie das Kapital bei den Apologeten des Kapitals, enthüllt seinen Charakter als parasitäres Eigentum. Die Form ihrer Produktivität ist die Unmenschlichkeit. Nur die Unmenschlichkeit des Subproletariats, die Eliminierung seines menschlichen Daseins durch seine "menschliche" Produktivität, kann dieses Konsumeigentum reproduzieren.

Diese Form des sublimierten Kannibalismus, der derzeit zu seiner mörderischen Ursprungsform regredieren kann (heute der Ausraubung von menschlichen Körpern) ist die modernste Produktivität - abhängig vom Konsumeigentum, nicht als Arbeitnehmer gegenüber einem Arbeitgeber, der nach wie vor Kapitalist ist, sondern als konsumierender Rohstoff, der sich nur in einem Arrangement konsumierender Sinne und sozialer Werte verwerten läßt. Gerade dazu bedarf es jener ausgedehnten sozialen und moralischen Infrastruktur, die von der vergleichsweise Homogenität von Gesellschaften gescaffen wird, in denen die Arbeiterparteien, ohne noch Arbeiterparteien zu sein, am allgemeinen Geschick mitbestimmen und die Arbeiter keinen Wunsch nach tiefergreifender Veränderung mehr hegen. Das merkwürdige an den Sub-Dienstleistungen ist auch, daß die Produktivität in ihrer "menschlichen" Form sich ihrer Grenzen nicht mehr bewußt zu sein scheint. Sie übertritt die Grenzen des unmittelbaren Produzenten und vereinigt sich mit seinem Konsumenten, mit dessen "Produktion", der Werte-Destruktion, der Normenzerstörung, des Bedürfnisses der Entmenschlichung des andern. Eine ganze Gesellschaft hat Teil an der Raffinerie des Bösen. Das ist die Erklärung dafür, daß es bei völliger technischer Überflüssigkeit immer noch Berufe gibt, die scheinbar eine Dienstleistung, in Wirklichkeit die Entwürdigung und Entmenschlichung des Arbeiters darbieten, wie z.B. Kellner.

Es ist anachronistisch geworden, sich auf eine "Arbeit, die Werte schafft" zu berufen, wenn diese Arbeit die Zerstörung von Menschen und Dingen produziert und ihr einziger scheinbarer Nutzen, das Konsumeigentum, die soziale Destruktion von Menschen als Konsumgegenstände bedeutet.

So kann sich die Auflehnung der Subproletarier nicht primär gegen das Kapital richten, das nur der abstrakte Hintergrund ihres Elends ist - vergleichbar mit der Abstraktheit des Feudalismus zur Zeit

der bürgerlichen Revolutionen. Das Subproletariat hat mit der Linken nur noch wenig gemeinsam, denn wogegen sich sein Kampf richten muß, ist gerade das, was die Linke verbirgt: das Konsumeigentum. Es ist sehr wahrscheinlich, daß es mit der Fortdauer dieses Spaltungsprozesses zu einer Allianz der Linken mit den Regimeparteien kommen wird, mit denen sie sich günstigstenfalls in einem gemeinsamen Parlament wiederfinden wird. Eine Organisation der Unterklasse geht den entgegengesetzten Weg. Zum ersten Mal rückt das Ziel der universellen Besetzlosigkeit und der Befreiung des Menschen aus seiner Gesellschaft in greifbare Nähe – auf dem blutgetränkten Boden vergangener Kämpfe entfaltet sich ein Kampf von einzigartiger Radikalität. Die sozialistische Revolution ist – weil sie vom Staat und seinen Parteien vollzogen wird – zu einem Anachronismus geworden. Nur noch unter den Bedingungen nationaler Befreiungskämpfe finden sozialistische Revolutionen statt, und auch hier ist es nicht das Lumpenproletariat (das oft mehr als 50% der Bevölkerung dieser Länder ausmacht), das ihr Subjekt ist – sondern es kämpft den Kampf anderer, welche, einmal an der Macht, gewöhnlich die neue Bourgeoisie, eine sozialistische Staatsbourgeoisie, mit einem breiten Unterbau von Beamten und Technikern sowie Geschäftsmachern jeder Art stellen. Die Besitzlosigkeit hat eine neue, terroristische Form angenommen in der Verwertung des Menschen als Menschen, die für einen Teil der Bevölkerung ein Paria dasein am Rand der Gesellschaft schaffen wird, einen Bezirk der Asozialität, in dem die Soziale Kontrolle und die Polizei herrscht.

Wenn es die Bedingung des Sozialen ist, sich in den unteren Zonen der Gesellschaft aufzulösen, um sich zu reproduzieren, reproduziert das Soziale seinen eigenen Untergang: die Nihilisierung seiner Kultur, seines Eigentums, seiner Werte. Und die scheinbaren kriminellen Unwerte, die dissoziale Verelendung, die Flucht aus einer Arbeitskraft, die Unmenschlichkeit ist, die Flucht aus einer Gesellschaftlichkeit, die ungesellschaftliche Unmenschlichkeit ist, werden in der individuellen und kollektiven Revolte zum Fokus der sozialen Revolution. Die Abundanz des Menschen wird zur Bedingung des gesellschaftlichen Fortschritts, der nur noch jenseits der menschlichen Form der Gesellschaft möglich ist, deren epidemische Herde persönliches Eigentum, persönliche Kompetenz und persönliche Sozialität heißen. Das revolutionäre Subproletariat bietet der Gesellschaft nicht eine neue Verwaltung und ein neues Eigentum, sondern die technologisch möglich gewordene Auflösung aller Verwaltung und aller Gesellschaft. Es ist, als Klasse, die radikale Inkompetenz, die zur Kompetenz über eine apparativ selbstständigste Sozialität allein fähig sein könnte. In der negativen Vermenschlichung der Arbeitskraft liegt die Potentialität der Vermenschlichung aller technischen und sozialen Kompetenzen: jeder ist, nur als Mensch, dazu gleich berechtigt, wenn ihr Eigentumscharakter fortfällt. Denn technische Kompetenzen sind nur der Schleier des Eigentums.

DIE DREI SCHRITTE DER ORGANISATION

Die Originalität des Gefangenennrates als strategisch-politisches Konzept besteht zunächst darin, daß er von Anfang an eine revolutionäre Exekutive darstellte: Vertretung aller Internierten, als Vertretung des Lumpenproletariats. Vertretung nicht in einem affirmativen Sinn der Reklamierung vor 'Rechten', sondern als Eindringen in ein Machtvakuum (es gab aufgrund der Rückständigkeit des deutschen Gefängniswesens keine Vertretung der Gefangenen) und die Verwandlung dieser scheinbar reformistischen Position in eine revolutionäre Exekutive.

Der Sprung von einer scheinbar angepaßten reformistischen Gefangenvertretung zu einer revolutionären Initiative wurde deshalb auch zunächst von der Justiz nicht verstanden und schuf einen zeitlichen Vorsprung, der es erlaubte, das Konzept der Massenexekutive in seinen drei Stufen, von einer Gefangenvertretung und politischen Klassenvertretung zu einer Lumpenproletarischen revolutionären Miliz, als eindeutiges Modell des Kampfes zu demonstrieren. An diesem Modell werden vermutlich zukünftige Kämpfe anknüpfen, nicht nur der Gefangenen, sondern der Unterklasse insgesamt.

In der kurzen Zeit seines Bestehens hat der Gefangenennrat einen Zyklus des Kampfs durchlaufen, der, beginnend mit der Organisation der Basis, sich fortsetzt und steigend in der politischen Strategie und politischen Organisation und auslaufend in der politisch-militärischen Organisation, kennzeichnend für den revolutionären Sprung von der einfachen Interessenvertretung zur revolutionären Gegenmacht ist. Alle drei Stadien haben ihre eindeutigen Erfolge: das erste Stadium im Mannheimer Gefängnisfall, der eine schwere Niederlage der Justiz darstellte, das zweite Stadium in der Konzeption einer politischen Strategie und Theorie des Subproletariats, das dritte Stadium in der Exemplifizierung der kämpferischen Taktik des Subproletariats und einer politisch-militärischen Organisation, die sich nicht in die konservative Falle locken läßt, sondern aus dem Hinterland ihrer Legalität und ihrer breiten Basis operiert und gerade dadurch fähig ist, immer wieder überraschend anzugreifen und sich unerkannt

zurückzuziehen. Kein Angriff hatte die Verhaftung von Mitgliedern zur Folge – Verhaftungen waren immer die Folge von Denunziationen, die auf künstlichen Behauptungen aufgebaut waren und sich größtenteils als haltlos erwiesen.

Die administrative Exekutive des Gefangenennrats, völlig verschieden von der sich bescheidenden deklamatorischen und agitatorischen Rolle der heutigen Knastgruppen, schuf in verhältnismäßig kurzer Zeit eine breite Basis innerhalb der Gefängnisse und unter den Angehörigen. Wie groß diese Basis war, läßt sich daran ablesen, in welchem Ausmaß von der Repression auch Angehörige, sogar Gefängnisfarner getroffen wurden. Tatsächlich war der Einfluß des Gefangenennrats viel größer, als am Umfang der Organisation sich nachträglich ablesen läßt. Trotzdem war die Repression imstande, eine spontane Fortpflanzung des Modells zu unterbrechen, und das liegt einerseits an der (durch die kurzzeit bedingte) Beschränkung auf die Basis der Gefangenen und Internierten (statt ihrer immer wieder sporadisch versuchten Ausdehnung auf die gesamte subproletarische Unterklasse), und an der agitatorischen, auf Öffentlichkeitsarbeit beschränkten Rolle der Nachfolgegruppen, die sich durch die massive Repression gegen den Gefangenennrat abschrecken ließen.

EINHEIT UND WIDERSPRUCH: DIE GESPALTENE REVOLUTION

Ein Modell politischer Organisation läßt sich jedoch nicht zu jedem Zeitpunkt beliebig wiederholen. Die Bedingungen haben sich innerhalb weniger Jahre geändert. Die Basis der Knastgruppen hat sich zwar verbreitert und umfaßt heute auch die Atomkraftwerker, gegner und nahezu alle linken Gruppen; ihre klassenmäßige Eindeutigkeit ist jedoch verloren gegangen und damit auch die Militanz der Jahre 74/75/76. Die früheren Knastgruppen waren gekennzeichnet durch eine Koalition von Studenten und Gefangenen aus dem Subproletariat, heute erscheint die Beteiligung von Studenten eher sekundär, die subproletarische Basis ist zerfallen. An ihre Stelle ist ein breites Spektrum von Interessen getreten, die mit der Zone der subproletarischen Kämpfe – Gefängnis, Psychiatrie, Erziehungsheim, Sozialamt, Arbeitslosigkeit, Entqualifizierung, soziale Diskriminierung usw. – nur noch indirekt, sporadisch oder von der Betreuerseite verbunden ist. Die entscheidenden Impulse gehen von einer Klassenallianz von Lehrern, Sozialarbeitern, qualifizierten Arbeitern aus, die ihre Ziele mit allgemeinbürgerlichen Interessen verknüpfte, die politisch definiert sind: AKW-Gegner, Ökologiebewegung, undogmatische Linke. Der verbreiterte demokratische Gehalt dieser Bewegung manifestiert sich auch in den Knastgruppen, die sich als Hilfe gegen die Repression verstehen, darin zeigt sich, daß sich die Klassenbasis der Gefangenenebewegung wesentlich verändert hat; sie definiert sich nicht mehr als subproletarische Bewegung. Eine Konsequenz daraus ist, daß eine politisch-militärische Organisation, wenn überhaupt, ihre Basis nicht mehr in Knastgruppen haben kann, sondern eher in der Klassenallianz der AKW-Gegner. Diese Allianz ist jedoch in sich so brüchig und zu einer breiten Radikalisierung so unfähig, daß eine solche organisatorische Konsequenz ausgeschlossen scheint.

Das Modell des Gefangenennrates bedeutet keinen Verzicht auf eine Koalition mit anderen Klassen. Aber eine Koalition ist nur möglich mit definierten strategischen Interessen, und gegenwärtig gibt es kein Indiz eines eigenständigen Organisationsprozesses innerhalb der subproletarischen Unterklasse. Den sozioökonomischen Bedingungen – strukturelle Arbeitslosigkeit, Entwertung der manuellen Arbeitskraft in den Dienstleistungen, wachsende subjektive Verelendung der unteren Teile der Arbeiterklasse, wachsende Delinquenz als Ausdruck des individualisierten Widerstandes – entspricht noch kein Organisationsprozeß. Der Organisationsprozeß beschränkt sich auf die gefährdete Intelligenz und die qualifizierten Teile der Arbeiterklasse und definiert sich mit Interessen, die auf eine Abschaffung des Produktionsmitteleigentums und auf eine Vergesellschaftung aller Institutionen unter der Ägide einer neuen sozialproduktiven Klasse zielen – einer Klasse, deren Produktivität die soziale Arbeit ist und deren Hegemonie auf einen verschärften Klassenkampf gegenüber der Unterklasse hinauslaufen würde. In ihrer Isoliertheit wird die Linke heute allein bestimmt von den Interessen dieser aufstrebenden Mittelklasse, deren Produktivität die anachronistische Eigentumsverwaltung des Kapitals ablösen kann. Aber die Ablösung dieses Kapitaleigentums, längst historisch überfällig, trifft überhaupt nicht das ökonomische Interesse der Unterklasse: das Konsumeigentum und die produktiven Kompetenzen. Für eine Klasse, die im Konsumeigentum der anderen Klasse eingesperrt ist und deren Dasein die Kompetenzen ihrer Verwalter, Aufseher und Betreuer zu erleiden hat, ist die Abschaffung des Produktionsmitteleigentums lediglich nominell, eine politische und keine soziale Revolution. Die Struktur der Gesellschaft wird durch einen Sozialismus, der sich auf die Enteignung des Kapitals beschränkt, für Jahrhunderte auf ein parasitäres Konsumeigentum und auf individuelle Kompetenzen festgelegt – auf eine Entwicklung, die erst recht zur Akkumulation einer von der Gesellschaft abgesonderten, diskriminierten und ausgebeuteten sozialen Unterklasse führen muß. Die Institutionen bleiben den

Inkompetenten verschlossen wie das Eigentum der anderen, es regiert eine Soziale Klasse der Kompatenpanzer mit sich selbst. Für eine Klasse, deren allgemeinste Erfahrung ihre Diskriminierung und ihre Ausgeschlossenheit ist, ist die Aussicht auf eine sozialisierte Gesellschaft der Konsumeigentümer definitiv die Notwendigkeit zu einer Revolution. Es ist eine merkwürdige Ironie, daß es diese Revolution ist, die die alten Hoffnungen des Proletariats verwirklichen könnte – gegen die Parteien des Proletariats und ihren Staat.

PARTEI ODER BEWAFFNETE BASIS – DAS KONZEPT DER REVOLUTIONÄREN MILIZ UND DER RÄTE

Die Revolution ist jedoch von der geschichtlichen Dialektik keineswegs konserviert – auch sie unterliegt der Veränderung. Die linken Parteien, die sich bilden, leben von einem Mechanismus der Machtergreifung, der heute absurd ist. Eine Gesellschaft, die vollkommen repressiv strukturiert ist und deren Repression in ihrer totalen Strukturiertheit wurzelt, kann nur durch die Erschütterung aller Strukturen verändert werden. Die neuen Parteien der Linken scheinen diese Struktur heute mehr bestätigen als zersetzen zu wollen – man kann sie vergleichen mit den einfalligen Gefängnisreformern, die mit ihren humanitären gutgemeinten Vorschlägen immer wieder neue inhumanere Zustände schaffen, weil sie die innere Dialektik ihrer Erfolge nicht verstehen. Eine Partei lebt aus zwei Momenten: Beschränkung auf Erreichbares und Koalition mit möglichst vielen. Beide Momente bedeuten nach jahrhundertlangem verzögerten Revolutionen in Deutschland die Flucht in die Regression. Statt zu mobilisieren, schaffen die Parteien den Apparat einer Demobilisierung, mit dem sie schließlich ihre erkaltete Masse von Interessen ins Spiel zu bringen suchen – als eine weitere Institution der Desorientierung der Massen. Eine revolutionäre Partei wird nach hunderten gescheiterten revolutionären Parteien ein Anachronismus. Statt die Revolution auf lebendige Prozesse auszuweiten, beschränkt die Partei sie auf die Verwesung von Ideen, Interessen, Bürokratie.

Eine andere Tendenz rekurriert auf den bürgerlichen Skeptizismus. Doch die Vermeidung von Dogmen ist nicht notwendigerweise die Vermeidung von Irrtümern. Es gibt auch keine Garantie dafür, für die wirklichen Probleme nicht blind zu sein und immer das Wichtigere zu sehen. In skeptizistischer Einfall zieht sich ein Teil der Linken auf Positionen zurück, die weder Klassen, noch Dialektik und Revolution kennt. Die politische Strategie kommt herunter auf ein menschlich-allzumenschliches Gefasel. Für die neue Romantik der Linken entwickelt sich selbst die materielle Ökonomie ihres Interesses, das Konsumeigentum, zu den Urahn zurück: zum eigenen gebackenen Brot, zum eigenen Eingemachten, zum kleinbäuerlichen Betrieb (der seit hundert Jahren ein Anachronismus ist) und zum ländlichen Idyll. Zusammen mit der Frauenbewegung, deren Anthropologismus bei vielen die Klassenorientierung, Klassenbewußtsein und Klassenkampf verschwinden ließ, hat die neue Romantik eine Desorientierung hervorgebracht, die aus ihrer moralisierenden Innerlichkeit nur noch zu moralischen Urteilen kommt – von den Strömungen der Zeit hin und her gerissen wie jede Moral ohne des festen Boden einer Klasse.

In der linken "undogmatischen" Politik, die mit dem Monopol über ihre Medien neue Dogmen zu schaffen beginnt, deren Opfer die Subproletarier sind, haben eine revolutionäre Organisation der Unterklasse, ihr Kampf gegen das kapitalistische und konsumistische Eigentum, ihre militärische Entschlossenheit, die Revolution in die eigene Hand zu nehmen, keinen Platz mehr. Die neuen Dogmen haben mit dem Ökologismus, mit der Frauenbewegung und der neuen Innerlichkeit der Alternativbewegung Pseudobewegungen geschaffen, die gegenüber Klasseninteressen scheinbar neutral sind. Das Frauenzentrum kann sich der gefangenen Frauen annehmen (mit Zustimmung der Anstaltsleitung) das Betreuerinnenamt kann sich der gefangenen Kinder annehmen (im Frauengefängnis von Frankfurt, wo Kinder inhaftiert sind), das illosorische Interesse der "Frau" deckt zu, daß es verschiedene Klassen gibt und daß das Leben der einen Klasse der Tod der anderen ist. Die humanitäre Hilfe trägt da zumindest ebensoviel bei wie der Terror, den das Regime ausübt.

In der Weise, wie sich die alternativen Medien des Gefangenennrates annehmen, erkennen wir, welche Funktion er für die hat. Er erscheint nur in der ersten Funktion, die er in Wirklichkeit nie hatte: als Betreuungsverein, als Gefangenenhilfe, als kriminalisierte legale Gruppe der Linken. Keine dieser Betreuungen ist wahr, auch nicht, daß der Gefangenennrat kriminalisiert wurde. Er hat sich von Anfang an die Seite der Kriminellen gestellt.

Neben der seltenen Exemplifizierung des Baues eines eigenen Webstuhls oder den witzigsten Neuigkeiten, die die Banalität eines angepaßten Lebens widerspiegeln, nehmen sich der Tod, das Leiden, der wütende und verzweifelte Kampf unter den Bedingungen des faschistischen Ausnahmezustandes³⁾, wie Fremdkörper aus. Die Sprache der Leiden und des Kampfs hat keine Medien, keine Öffentlichkeit.

Und zwar nicht, weil in Deutschland zensiert wird, weil man Angst vor polizeilicher Verfolgung hat, sondern weil die Linke zensiert. Heute sind es die Propagandisten der legalen Veränderungen, die den Zustand veränderungsloser Lähmung schaffen – Agitatoren der Indifferenz, mit Zeitungen, deren Botschaft der Zynismus ist, der ebensogut der einer faschistischen Jeunesse dorée sein könnte.

DIE LUMPENPROLETARIER — EWIGE KOMBATTANTEN DER REVOLUTION

Es gibt die andere Seite: die bewaffneten Gruppen, die nachts das Vorgelände eines Gefängnisses durchqueren, entschlossen, ein taktisches Ziel zu verwirklichen. Es ist dieses Stadium der Entschlossenheit, der exekutiv gewordenen Organisation, das die revolutionäre Miliz der Lumpenproletarier hervorbringt und hervorbringt.

In einer künftigen revolutionären Situation, ausgelöst durch eine anwachsende strukturelle Arbeitslosigkeit, kann das Modell des Gefangenennrats eine Schlüsselrolle für den revolutionären Prozeß spielen: Zentrum und Organisation der entschiedensten militantesten Basis, deren Interesse sich nicht mit Gesetzen, Verordnungen, Reformen, nominellen Besitzänderungen fesseln läßt, weiterdrängende radikale Fliehkraft der Revolution, bewaffnete Miliz, die nicht wie die konspirative Guerilla zu isolieren ist, sondern durch Besetzungen, wechselnde Angriffs- und Verteidigungszonen in der Bevölkerung präsent bleibt und fähig ist, ihre Basis ständig zu vergrößern.

Der Kapitalismus läßt sich heute nicht mehr isoliert bekämpfen, denn sein natürlicher Widerspruch, die Arbeiterklasse, stirbt ab. Im oszillierenden Raum der Moral entsteht keine Revolution. Andererseits lassen sich die Probleme nicht mehr auf der Ebene einer sozialistischen Gesellschaft des Konsumeigentums lösen – im Gegenteil: der Kapitalismus ist in dieser Beziehung den Revolutionären weit voraus, denn er selbst revolutioniert sich in diese Art des Sozialismus. Die Apologeten der Sozialistischen Revolution treffen auf ihrem revolutionären Kurs unverhofft auf die Apologeten der friedlichen Übergänge, wie uns die Begegnung von Mahler und Baum, dem deutschen Innenminister, vorführt. Die "ökologische Krise" des Systems, die Krise seiner Akkumulation und Reproduktion, ist die Bedingung eines ungeheuren Anwachsens des europäischen Subproletariats, das in dieser Krise seine revolutionäre Rolle erkennen wird. Hinter den moralisierenden Begriffen des Ökologismus und der linken Alternativbewegung verbirgt sich aber auch die Krise des Konsumeigentums. Auf eine knappe Formel reduziert: das Konsumeigentum ist das größte Maß der Verschwendung an Ressourcen und der Vernichtung von Lebensmöglichkeiten. Eine Gesellschaft, die mit der kapitalistischen Krise fertig wird, findet sich mit dem Konsumeigentum mit derselben Krise von neuem konfrontiert. Die saubere Skala der Übergangslösungen hat endgültig versagt.

Andererseits ist das Subproletariat heute noch eine revolutionäre Kraft, die für sich allein steht – sein Kampf ist immernoch eine unklare Variante innerhalb des linken Spektrums. Eine revolutionäre Situation würde das ändern. Es wäre nicht die eigene Revolution der Unterklasse, aber es wäre die Revolution, in der sie zur revolutionären Klasse wird. Jahrhundertlang war das Subproletariat nur der Mitläufer und der Kombattant fremder Revolutionen – heute ist seine Stunde gekommen, als Subjekt in die Geschichte der Klassen einzutreten.

Peter Erlach
(Der Verfasser ist einer der im
Untergrund lebenden Mitglieder
des Gefangenennrats)

*) Man lehnt es ab, wie Mahler, vom gegenwärtigen Regime in der Bundesrepublik als faschistisch zu sprechen. Das ist angesichts der Klasse, die sich anschickt, den Staat über das Eindringen in seine Institutionen zu erobern, auch richtig – sicher ist für einen Lehrer, einen Sozialarbeiter usw. dieser Staat nicht faschistisch, genauso wenig, wie er es vermutlich zwischen 1933 und 1945 für einen Lehrer oder irgendeinen "Sozialarbeiter" war. Umgekehrt aber ist für das Leben der subproletarischen Unterklasse das Regime nach wie vor faschistisch. Und es ist nicht einmal ein "neuer Faschismus", sondern noch der alte, der mit dem Mordwerkzeug seiner Folter, seiner Gefängnisse, seiner Internierungsanstalten und seiner drückenden moralischen Herrschaft, seiner Internierungsanstalten und seiner drückenden moralischen Herrschaft. Jeder, der einige Zeit im Gefängnis verbracht hat, muß wissen, daß dort nicht das Grundgesetz, sondern der militärische Ausnahmezustand herrscht. Dieser Ausnahmezustand hat Märtyrer, deren Zahl in die Tausende geht.

Literatur:

Die drei Schritte der Gefangenenebewegung, in:
Autonomie (N.F.), Heft 2, 1979

Nachrichtendienst für eine Gefangenenebewegung,
1974 – 1976 (10 Nummern)
1979 (2 Nummern) (eingestellt)

Das graue Manifest (1972), vervielfältigtes Manuskript

Blättersammlung Gefangenennrat, die Akten des Gefangenennratsbüros 1974 – 1976

Der Gefangenennratsprozeß, vervielfältigtes Manuskript 1977, 30 S.

Gefangenennratsakten. Justizakten der Prozesse gegen den Gefangenennrat

Das asoziale Seminar, unveröffentlichte Texte der theoretischen Arbeit des Gefangenennrats bzw. dessen Gründungsgruppe, 1971 – 1974, 6 Teile

Erlach, P.: Die graue Fahne, unveröffentlichtes Manuskript, 1 / S
- Buba I, in: Panizza: Dialoge im Geiste Huttens, München 1979
- Nachrichtendienst für eine Gefangenenebewegung, in: Tageszeitung, 10.10.79, S.5
- Zellentagebuch, unveröffentlichtes Manuskript, 1975 – 1977, 1200 S.

Engelhardt: Neue Wege der Gefangenenebewegung, in: Kritische Justiz, 1975, Heft IV

Knastalltag am Beispiel Mannheim, o.V., Sozialistisches Büro Offenbach, 1974

Alles unter Verschluss, o.V., Frankfurt 1978

Ortner, Helmut: Normalvollzug, 1979, darin u.a.: Aufsatz von Peter Andres

Schult, P.: Gefangenenebewegung, in: Autonomie N.F., Heft 2, 1979



Ratgeber für Gefangene

Handbuch für Gefangene und alle, die mit ihnen – als Freunde, Angehörige, beruflich, politisch – zu tun haben oder Angst davor haben, selber einmal in ihre Lage zu kommen.

*Verhalten bei der Festnahme
Wie die erste Zeit im Gefängnis aussieht
Was man im Gefängnis gemeinsam tun kann
Überleben in strenger Isolationshaft
Wie die Situation als Frau im Gefängnis ist
Die Situation als ausländischer Gefangener
Wie man sich gegen besondere Haftverschärfungen wehren kann
Kontakte nach draußen und wie man sie herstellt
Möglichkeiten und Techniken, im Knast gesund zu bleiben
Was man selbst bei Gesundheitsbeschwerden tun kann
Welche Rechtswege einem als Gefangenen offenstehen*

Diese Fragen behandelt der erste Teil des Handbuchs, das als Loseblattsammlung erscheint. Gefangene, ehemalige Gefangene, Mediziner, Juristen, ehemalige Anstaltspfarrer und andere haben daran mitgearbeitet.

Der Text wird ergänzt durch Musterbeispiele für Anträge, Beschwerden etc. sowie eine Zusammenstellung zahlreicher Kontaktadressen, die für Gefangene wichtig sein können.

Der demnächst erscheinende erste Teil umfaßt ca. 210 Seiten und wird in etwa vierteljährlich erscheinenden Nachlieferungen ergänzt, die in den Ordner eingefügt werden können. Das gesamte Buch wird ca. 490 Seiten umfassen.

Preis im Abonnement: ca. 15,- DM für das gesamte Buch
Bestellungen an: iva verlag bernd polke GmbH, Am Lustnauer Tor 4, 7400 Tübingen 1

AUTONOMIE NR1 DER IRAN MATERIALIEN GEGEN DIE FABRIK- GESELLSCHAFT



Inhalt

Walter Moßmann
Elf Jahre unsre Sache
Editorial
Gottfried Bürker
Massenautonomie im Iran
Ahlich Meyer
Die Lehre Dr. Schariatis
Karl Heinz Roth
Mazdak: die erste sozialrevolutionäre Bewegung im Iran
Susanne Heim
Informationen über die Lebensbedingungen der iranischen Frauen
Angelika Ebbinghaus
Susan Mahdavi spricht mit Frauen aus der schiitischen Opposition

Ralf Lucke
Der Untertan gleicht dem Sesam: die Landreform im Iran
A. W.
Ethnische Minderheiten im Iran
Eberhard Jungfer
Die Industrialisierung als Programm der Despotie
Serge July / Liberation
Der Wirtschaftsplan der Khomeinisten. Ein Interview mit A. Bani Sadr
Enrico Deaglio und Domenica Jasaville / Lotta Continua
Die Projekte des Dr. Bani Sadr. Ein Interview
Serge July / Liberation
Der Schiitensozialismus der Khomeinisten

AUTONOMIE

Materialien gegen die Fabrikgesellschaft
NEUE FOLGE Nr.2



DIE NEUEN GEFÄNGNISSE

INHALT

Editorial
Peter Schult
Zur aktuellen Krise in der Gefangenenbewegung
Kollektiv Rote Hilfe München
Zum letzten Hungerstreik
Gefangenerrat Frankfurt
Die drei Schritte der Gefangenenbewegung
Karl Heinz Roth
Gehirnwäsche gegen den Umsturz
Sonja Balbach
Gespräch mit Helmut Ensslin
Gottfried Bürker
Einzelhaft und Arbeitszwang gegen „Kriminelle“ und der Widerstand der Gefangenen
Detlef Hartmann
Der Kampf gegen die Rheinische Psychiatrie

Enno Schwall
Erfahrungen mit der Ablauforganisation in Köln-Ossendorf

Monika Dankert und Angelika Ebbinghaus
Ein Stück Alltag:
Der Mann im Knast und die Frau ist draußen

Eberhard Jungfer
Die Zerstörung der Persönlichkeit

Gefangenenbewegungen und Gefängnisrevolten in Frankreich und Spanien.
Chronik und Dokumente

Der Aufstand der Champ-Dollon

Gefangenenaufstand in Hull 1976

Der Kampf der politischen Gefangenen in Irland

Detlef Schulz
Gefangen in Israel

Ingrid Mülle:
Zwei Linien in der islamisch-schiitischen Bewegung

AUTONOMIE

Materialien gegen die Fabrikgesellschaft
NEUE FOLGE

Sicherungsverwaltung
und
Zu den Hintergründen
der Kampagne
um Klein und Mahler

Sonderheft Januar 1980

blätter des iz3w

blätter des informationszentrums dritte welt
Postfach 5328 D-7800 Freiburg

Die blätter des iz3w informieren über den Zusammenhang von kapitalistischer Wirtschaftsstruktur und Elend in der Dritten Welt + über Theorie und Praxis der Widerstandsbewegungen

Jahresabonnement bei 8 Nummern mit 50 - 60 Seiten: DM 35,-
(Für Studenten, Zivildienstleistende und andere einkommensschwache Gruppen nach Selbsteinschätzung: DM 25,-)

- Informationszentrum Dritte Welt, Postfach 5328, D-7800 FREIBURG, Telefon: 0761 / 74003
- Kostenloses Probeexemplar anfordern!

